

# Stenographisches Protokoll.

## 83. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Montag, den 17. Mai 1920.

**Tagesordnung:** 1. Fortsetzung der Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen).

### Inhalt.

#### Besuch der Sitzungen.

Ansprache des Präsidenten, betreffend die Teilnahme der Abgeordneten an den Sitzungen der Nationalversammlung (Seite 2651).

#### Verhandlungen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (330 der Beilagen), betreffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen) — Fortsetzung der Spezialdebatte über die Gruppen XV: „Heereswesen“ und XX: „Liquidation“ — Redner: die Abgeordneten Dr. Schürff [Seite 2651], Dr. Schöpfer [Seite 2660], Dr. Angerer [Seite 2666], Smittka [Seite 2674], Edlinger [Seite 2680], Wimmer [Seite 2682],

Dr. Mataja [Seite 2683], Gabriel [Seite 2690], Staatssekretär für Heereswesen Dr. Deutsch [Seite 2694], die Abgeordneten Luttenberger [Seite 2703], Leuthner [Seite 2705], Spezialberichterstatter Witternigg [Seite 2708] — Annahme der Anträge des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 2708] — Spezialdebatte über die Gruppen XII: „Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten“ und XVIII: „Sozialisierung“ — Redner: Spezialberichterstatter Brandl [Seite 2709], Spezialberichterstatter Dr. Adler [Seite 2710], die Abgeordneten Josef Mayer [Seite 2710], Dr. Burjan [Seite 2712], Friedmann [Seite 2715], Hohenberg [Seite 2720], Dengg [Seite 2725], Partik [Seite 2726], Dr. Straßner [Seite 2729], Tuller [Seite 2731], Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten Ingenieur Zerdik [Seite 2734], Abgeordneter Forstner [Antrag auf Schluß der Debatte — Seite 2736].

Zur Verteilung gelangen am 17. Mai 1920:

die Regierungsvorlage 838 der Beilagen;

die Anträge 836 und 837 der Beilagen.







## Beginn der Sitzung: 10 Uhr 25 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident **Seih**, zweiter Präsident **Hauser**, dritter Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: **Probst, Schönsteiner**.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: **Eldersch** für Inneres und Unterricht, Dr. **Ramek** für Justiz, Dr. **Deutsch** für Heereswesen, Dr. **Reisch** für Finanzen, Ingenieur **Berdik** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Paul** für Verkehrswesen, **Hamsch** für soziale Verwaltung, Dr. **Ellenbogen**, Dr. **Mayr**.

Unterstaatssekretäre: **Glöckel** und **Miklas** im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. **Eisler** im Staatsamte für Justiz, Dr. **Wais** im Staatsamte für Heereswesen, Dr. **Reich** und Dr. **Tandler** im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sektionschef **Göbl**, Sektionschef **Riedl**, Sektionschef **Reich**, Ministerialrat Dr. **Bodner** vom Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Die Protokolle über die Sitzungen vom 14. und 15. Mai sind unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Hohes Haus! Die Sitzung ist heute wieder ziemlich schwach besucht. Auch in den letzten Wochen war die Präsenz sehr spärlich. Das ist bis zu einem hohen Grade begreiflich. Die Budgetdebatte erstreckt sich über die gesamte Staatsverwaltung. Es kann von keinem der Abgeordneten verlangt werden, daß er in jedem einzelnen Zweig der Verwaltung Fachmann ist und jenes spezielle Interesse bekundet, das eben dem Fachmann eignet. Im englischen Parlament hat die Geschäftsordnung in dieser Erwägung angeordnet, daß sich während der Budgetberatung das Haus in einen Ausschuss verwandelt; das heißt praktisch, daß sich nur jene Mitglieder an den Debatten beteiligen, die mit dem betreffenden Gegenstand unmittelbar sachlich befaßt sind. Die österreichische Geschäftsordnung kennt eine solche Bestimmung nicht, sie mutet eigentlich allen Mitgliedern des Hauses zu, sich an der Diskussion zu beteiligen, mindestens als Zuhörer. Da aber doch hier ein Gegensatz zwischen der sachlichen Möglichkeit und der Theorie vorliegt, so ergibt sich als Folge bei Budgetdebatten immer — das ist eine alte parlamentarische Erfahrung, die wir schon im alten Österreich gemacht haben — eine geringe Präsenz. So sehr also das alles begreiflich ist, so möchte ich doch an die Mitglieder des Hauses den dringenden Appell richten, sich möglichst zahlreich an den Sitzungen zu beteiligen. Es ereignen sich ja auch oft spontan Vorfälle, die das Interesse des gesamten Hauses und nicht nur der sachlich mit dem betreffenden Gegenstände befaßten Abgeordneten tangieren.

Wir kommen nunmehr zur Tagesordnung, das ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen) und zwar Kapitel XV: „Heereswesen“ und Kapitel XX: „Liquidation“.

Der erste Kontraredner ist der Herr Abgeordnete Dr. **Schürff**. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Schürff**: Hohes Haus! Der sehr geehrte Herr Präsident hat eben eine äußerst berechtigte Mahnung an das hohe Haus gerichtet und wir können ihm in dieser Richtung vollständig zustimmen. Nur möchte ich mir eine kleine Ergänzung diesem Appell hinzuzufügen gestatten. Die Präsenz auf den Bänken unserer Abgeordnetenkollegen ist zweifellos in den letzten Wochen eine äußerst nicht genügende und nicht erfreuliche gewesen. Sie steht aber in dieser Richtung in einem gleichen Verhältnisse mit der mangelnden Präsenz auf der Regierungsseite. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht bloß berechtigt, hier eine Mahnung an die Abgeordnetenkollegen zu richten, sondern wir müssen auch unserem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß diese Budgetdebatte bei vielen Fragen unter vollständiger Absenz der Regierung vor sich geht. Heute können wir mit besonderer Freude konstatieren, daß den Verhandlungen wenigstens drei Mitglieder (*Rufe: Vier!*) oder vier Mitglieder der Regierung einschließlich zweier Unterstaatssekretäre beiwohnen.

Nun gestatten Sie mir, zu der in Verhandlung stehenden Frage, Kapitel Heereswesen, Stellung zu



nehmen, und zwar möchte ich nach den Erregungen der letzten Sitzungen eine mehr sachliche Tonart in die Verhandlungen bringen und mich deswegen ohne alle Leidenschaft, ohne allen Haß und ohne alle Aufregung der Besprechung des Kapitels Heereswesen zuwenden.

Die öffentliche Meinung in Österreich war in den letzten Monaten von drei wichtigen Fragen beherrscht: Es ist das der Friedensvertrag gewesen, die Ernährungsfrage und das Militärwesen. Eine etwas gereiztere Auseinandersetzung fand über die Verhältnisse in unserem Heereswesen statt. Sie werden mir zugeben, daß eine Kritik über diese Zustände nicht ganz unberechtigt gewesen ist. Das Urteil über die Zustände in unserem Militärwesen war von rechts und links das der Unzufriedenheit, so daß hier in vielen Fragen eine gewisse harmonische Übereinstimmung zwischen den Parteien geherrscht hat. Und auch in der Bevölkerung selbst konnte man eine entschiedene Beurteilung dieser Zustände finden. Auch der Herr Staatssekretär Dr. Deutsch hat zu wiederholtenmalen diese Zustände gegeistelt und als unhaltbar bezeichnet, ja im Ausschusse für Heereswesen den Ausdruck gebraucht: Wir können diese Zustände nicht versteinern und nicht verewigen.

Umso sonderbarer ist es, daß sich der Herr Berichterstatter von dieser Stelle aus im Gegensatz zu der im Finanz- und Budgetausschuß und im Ausschusse für Heereswesen zum Ausdruck gekommenen Stimmung genötigt gesehen hat, hier ein Loblied auf die bisherigen Verhältnisse, insbesondere auf die Zustände in der Volkswehr zu singen. Ich muß sagen, meine verehrten Damen und Herren, es wundert uns dies aus zwei Gründen: erstens deshalb, weil der betreffende Herr Kollege als Anhänger der sozialdemokratischen Partei früher den schärfsten Kampf gegen den Militarismus geführt hat und schon von diesem Standpunkt aus Gegner jeder militärischen Einrichtung sein muß und auch das schärfste Urteil über die Zustände in unserer Volkswehr haben muß. Andererseits wäre er als Berichterstatter verpflichtet gewesen, ganz objektiv, nicht als Parteimann, die Stimmung zu schildern, die im Ausschusse zum Ausdruck gebracht worden ist, und in den Vordergrund der Diskussion zu stellen, daß zum Beispiel die Vertreter aller Parteien diesen Zuständen ihre Zustimmung nicht haben angebeihen lassen können. Ich muß gestehen, diese neue Einführung hier in unserem Hause, daß die Berichterstattertribüne zur reinen Parteitribüne herabsinkt, daß sich die Berichterstatter nicht aus der Parteizwangsjacke freimachen können und nicht objektiv den Anschauungen des Ausschusses Ausdruck geben, sondern ihrer Parteileidenschaft die Zügel schießen lassen, beziehungsweise ihren Parteienstandpunkt hier vertreten, kann auf die Dauer nicht gut geheißsen werden, denn es wäre dies eine große

Gefahr für unseren Parlamentarismus, wenn die Berichterstatter nicht mit voller Objektivität die Stimmung im Ausschusse hier vertreten, da sich dann die Nationalversammlung früher oder später einfach in eine Parteiversammlung oder Wählerversammlung verwandelt, in der einfach der jeweilige Parteienstandpunkt gegen den anderen Parteienstandpunkt vertreten wird.

Darum will ich, weil der Herr Berichterstatter sich genötigt gesehen hat, die Zustände bei der Volkswehr hier besonders zu loben, mich auch in der Kritik der militärischen Zustände noch einmal mit der Volkswehr befassen. Ich bin daher genötigt, die Zustände in der Volkswehr wenigstens streiflichterartig zu kennzeichnen, um die vom Referenten ausgesprochene Belobung der Volkswehr auf das richtige Maß zurückzuführen.

Hohes Haus! Ich will vor allem eines hehrichtigen, was auch tatsächlich festgestellt wurde; nämlich daß die Heimkehrer bei der Rückkehr über die Offiziere besonders erregt waren, daß sie davon-gelaufen sind, daß keine Kommandanten da waren und keine Ordnung herrschte. Demgegenüber will ich kurz feststellen, daß die Truppen, soweit es das innerösterreichische Gebiet betrifft, in größter Ordnung zurückgekommen sind — das habe ich selbst mit angesehen —, daß die Heimkehrer unserer Wiener Truppendivision vollständig diszipliniert gewesen sind, und daß sie ihren Offizieren gehorchten. Dem konnten wir aber die Tatsache gegenüberstellen, daß sie erst einige Tage später unter dem Einflusse von Leuten, die sich auf den Bahnhöfen und in Kasernen als sogenannte Wachtposten aufführten, nach Hause gegangen sind, weil man ihnen gesagt hat: seid nicht so dumm, bleibt nicht hier, packt euch zusammen, nehmt euch mit, was ihr wollt, und geht nach Hause. Da haben sich die Truppen aufgelöst. Die Ordnung war bis zu diesem Zeitpunkt noch vorhanden.

Nun hat der Herr Berichterstatter gesagt, die Volkswehr wird verleumdet. Diese Behauptung bedarf, wie ich früher gesagt habe, einer Widerlegung, und zwar wäre es sehr verlockend, hier über die verschiedenen Funktionen zu sprechen, die ein Militär überhaupt zu erfüllen hat: das sind die polizeiliche Aufgabe, die politische und die militärische Aufgabe, und von diesem Gesichtspunkt aus in die ganze Tätigkeit der Volkswehr einzudringen und sie zu beleuchten. Nun will ich aber nur ganz kurz die Verhältnisse skizzieren, insbesondere auf die Zustände bei der Volkswehr im allgemeinen hinweisen und ihre inneren militärischen Dienstverrichtungen charakterisieren. Der Wachdienst, der eine der wichtigsten Aufgaben der Volkswehr gewesen wäre, der Bereitschaftsdienst wurde in einer ganz ungenügenden Weise durchgeführt. Der Bereitschaftsdienst hat eine 24stündige Anwesenheit in der



Kaserne in Aussicht genommen und wie sich dieser Bereitschaftsdienst abgespielt hat, ergibt sich am besten daraus, daß er ganz disziplinos mit der größten Gemütslichkeit versehen wurde. Ein Drittel der Mannschaft stand auf Posten oder hätte wenigstens auf Posten stehen sollen. Der visitierende Offizier fand in der Wachtstube entweder niemand oder spielende und zechende Gruppen. Erst nach langem meldete sich der Kommandant. Ein Drittel der Mannschaft sollte auf Posten stehen. Das ist der einzige militärische Dienst. Innerhalb 24 Stunden steht der Mann viermal zwei, das ist acht Stunden im ganzen auf Posten. Innerhalb dreimal 24 Stunden in der Woche stand der Mann einmal im Bereitschafts- und höchstens zweimal im Wachdienst. Sie können sich denken, daß diese Tätigkeit als Wachposten keine besonders anstrengende ist. Die Dienstenteilung hat schon dafür gesorgt, daß ein ganz leichter Dienst zu versehen war, wie auch im großen und ganzen die Arbeit ziemlich leicht aufgefaßt wurde. Beim Volkswehrataillon 16 wurden nur deshalb monatlich acht bis zehn Wachrepartitionen ausgegeben und wieder zurückgezogen, weil die Mannschaft genau ausgerechnet hatte, daß eine Kompanie um ein Eindrittel Mann oder eineinhalb Stunden benachteiligt erscheint. Wenn ich das alles zusammenfasse, hat sich bei dem ganzen Wachdienst ein Zustand ergeben, daß die militärische Arbeit in einem Tag, auf die Wache umgerechnet, ungefähr nur eine Stunde und 42 Minuten ausmachte, wobei zu beobachten ist, daß der Mann seine Postenpflicht vollständig erfüllt, was aber bei 50 Prozent der Wachposten nicht angenommen werden kann. Als besonderes Beispiel, das für die Zustände beim Wachdienst spricht, möge folgendes dienen: Beim Bataillon 9 wurde der diensthabende Soldatenrat, es war ein Feldwebel namens Köllner, am 3. Jänner 1920 vom Kreisinspektionsoffizier beim Kreiskommando angezeigt, weil er ihm trotz dienstlicher Aufforderung, die Wachen mit ihm zu inspizieren, zwei Stunden warten ließ und dann erst auf Urgenz in sehr anmaßender Weise sein Verhalten rechtfertigte. Wie der Wachdienst zum Beispiel bei den Gerichten versehen wurde, zu deren Bewachung die Volkswehr herangezogen wurde, möge Ihnen folgendes bestätigen. Das Divisionsgericht Wien stellte die Forderung, daß die Volkswehrwoche wegen Unsicherheit abgelöst werden müsse, genau so wie es in Matzleinsdorf der Fall gewesen ist. Die Arrestantenwache übernahm dann beim Divisionsgericht — das ist eine Schande für das Militär, denn es handelt sich doch schließlich um ein Militärgericht — statt der Volkswehr der Stadtschutz. Im Gebäude war eine zeitlang noch die Volkswehrwoche vorhanden, ist aber später ebenfalls abgezogen worden. Außerdem will ich noch

erwähnen, daß beim Divisionsgericht trotz der Bewachung durch die Volkswehr die Kasse ausgeraubt wurde, und wie es seinerzeit mit dem Diebstahl in der Stiftskaserne ausgesehen hat ist noch allseits in Erinnerung und darüber zu sprechen habe ich weiter keinen Anlaß.

Bei der Materialbehandlung wurde der größte Unfug getrieben. In den Kasernen herrschte, das ergibt sich aus vielen Berichten, die größte Schlampererei und Unordnung. An Material gingen Millionenwerte zugrunde. Waffenreinigung war überhaupt etwas Überflüssiges und die wiederholten Inspektionen haben bewiesen, daß in dieser Richtung von den Soldatenräten gar nicht vorgesorgt wurde.

Was nun die Kriminalität in der Volkswehr anlangt, so sei darauf verwiesen, daß im Korpskommandobereich Wien in der Friedenszeit die Kriminalität die Höchstgrenze von 40 Prozent erreicht hat. Damals wurde aber jede Kleinigkeit angezeigt, meist militärische Delikte, zum Beispiel Gehorsamsverweigerung, Grußpflichtverletzung u. dgl. m. Beim Volkswehrkommando Wien finden wir in der letzten Zeit eine Kriminalität — ich habe diese Ziffern von authentischer Seite — von 50 bis 60 Prozent. Jetzt werden aber nur lauter schwere Delikte in Verhandlung genommen, fast durchwegs Eigentumsdelikte, Subordinationsdelikte wurden gar nicht mehr angezeigt, das war etwas ganz Nebensächliches. Die meisten Anzeigen gegen die Volkswehr machte die Polizei und die Gendarmerie. Die wenigsten Anzeigen erfolgten durch die Volkswehr selbst. Es wäre interessant, zum Beispiel einmal die Akten auszuheben und durchzuprüfen, die die Polizei über diese Kriminalitätsfälle besitzt. Einige krasse Fälle will ich hier feststellen. Am 25. Jänner 1920 berichteten die Zeitungen, daß jugendliche Personen, Frauen und Männer, wegen unbefugten Weiterbezuges der Arbeitslosenunterstützung verurteilt worden sind. Dem steht entgegen, daß vom Juli 1919 angefangen 577 Volkswehrleute über ein halbes Jahr lang die Volkswehrgebühren und die Arbeitslosenunterstützung bezogen haben. (Hört! Hört!) Diese Schwindler — Sie entschuldigen schon diesen etwas deutlichen Ausdruck — wurden aus der Volkswehr nicht ausgestoßen, sondern in der staatlichen Wehrmacht zur Aufrechterhaltung, wie man so sagt, der Ruhe und Ordnung weiterbelassen. Es wäre nun interessant, damit zu vergleichen, wie zum Beispiel so viele hunderte von Heimkehrern beurteilt und behandelt werden. Sie sind in Unkenntnis der Vorschriften zurückgekehrt, die da bestehen, haben durch einige Monate noch die Unterhaltsbeiträge für ihre Angehörigen bezogen und wurden später vor das Gericht zitiert, sogar vor das Landesgericht, und verurteilt. Im Vergleich damit ist die Behandlung der Volkswehrpersonen eine äußerst milde und



wohlwollende, jedenfalls aber parteiisch und ungerecht.

Weiters wäre zu fragen, wie viele Pistolen und Revolver in den verschiedenen Volkswhebataillonen im Verlauf ihrer Tätigkeit verschwunden sind. Betrügerische Machenschaften in der Standesführung sind nachgewiesen. Doppelte Standesführung war bei verschiedenen Formationen auf der Tagesordnung.

Erhebungen des Staatsamtes in der Richtung, beziehungsweise Mitteilungen über diese Erhebungen würden ganz überraschende Aufklärungen zutage fördern. Das zunächst über die Volkswhehr. Ich glaube, diese wenigen Beispiele werden Ihnen genügen, um das Lob des Herrn Berichtstatters für die Volkswhehr auf das entsprechende Maß zurückzuführen.

Was nun die parteipolitische Betätigung der Volkswhehr anbelangt, so ist eines sicher: daß nirgends noch ein solcher Terrorismus geherrscht hat wie in diesen Formationen und Kasernen. Die Aussperrung von Soldaten und Offizieren war an der Tagesordnung, die Sprengung von Versammlungen eine Lieblingbeschäftigung, ich möchte beinahe sagen, die Hauptbeschäftigung der Volkswhehrleute, Demonstrationsumzüge bei verschiedenen Anlässen, nicht nur bei Wahlen, sondern auch später, wurden immer geduldet. Nun sollte aber, glaube ich, das Heer in erster Linie seiner Pflicht genügen, der Allgemeinheit zu dienen und nicht einer Partei. Hier ist gerade das Gegenteil der Fall. Es war eine reine Parteigarde, gegen die der schärfste Protest nur berechtigt ist. Es beweisen dies nicht bloß vereinzelte Fälle, sondern es war ein systematischer planmäßiger Vorgang. Es wurden Aufrufe von sozialistischen Parteistellen erlassen und der Klassenkampf als Endzweck der Volkswhehr hingestellt.

Es ist interessant, eine Einrichtung besonders zu besprechen und das ist das Wirken der Soldatenräte in der alten Armee. Über das Institut der Soldatenräte ist hier schon genügend gesprochen worden, aber es ist für die Öffentlichkeit gewiß wissenswert, in welcher Weise sich die Soldatenräte in den Kasernen betätigt haben. Ihre Aufgabe wäre natürlich in erster Linie eine mehr oder weniger wirtschaftliche gewesen. Sie haben sich nun zunächst die politische zurecht gelegt und in den Vordergrund ihrer Arbeit gestellt. Am meisten betätigten sie sich dort als parteipolitische Einpeitscher und Agitationsredner. In welcher Art derartige Agitationsreden in den verschiedenen Bataillonen gehalten wurden, möge Ihnen hier der Inhalt einer Soldatenrede besonders illustrieren, die mir übermittelt worden ist und die beim 16. Bataillon am 10. Jänner d. J. gehalten wurde. Die Bataillonsversammlung war im Amtsbefehl verlautbart.

Das Fernbleiben von dieser Versammlung würde durch den Disziplinarrat geahndet werden. Wie es mit dieser Disziplin ausgefallen hat, ersieht Sie daraus, daß trotzdem nur 50 Prozent der ganzen Volkswhehrleute dieses Bataillons anwesend waren. Da erscheint nun ein Mitglied des Volkzugsausschusses und hält eine Rede, die ich nur auszugsweise mitteilen kann: Die Leute sollen nicht aus der Volkswhehr austreten, sondern um ihre Aufnahme in die neue Wehrmacht auch dann bittlich werden, wenn sie auf eine günstige Zivilstellung Aussicht haben, denn es wird im Zivildienst nicht gar so rosig sein.

Außerdem wird auch „unsere“, das heißt die sozialdemokratische Sache geschützt sein, niemand kann dann an sie heran. Über die wirtschaftliche Lage sagt er (*liest*): „Der Trottel, der Karl“ — und nun führe ich die Rede wörtlich an — „den wir so außi g'haut hab'n mit seiner Sippe, wird schon wieder frech und glaubt, wenn er kommt, dann werden uns die Tschechen gleich wieder Kohlen liefern. Wir brauchen Kredit. Aber wir haben nichts zu geben außer Wasser und Holz und das haben die anderen auch. Darum muß die Vermögensabgabe sein. Aber schon jetzt fangen's zu winseln an, die Pfaffen und die Juden. (*Heiterkeit*.) Da sitzt der Rabbiner mit dem Pfarrer am selben Tisch. Da san's glei' net dabei, die christlichsoziale Sippe, wenn's heißt etwas hergeben, die feinen Herren mit den Pelzträgen. Alle Welt reißt sich um unsere Kinder. Hat schon so a Pfaff, so a ausgfressener (*Heiterkeit*) a nur a anzig's Kind zu sich genommen, auf die reichen Stifter? Die Offiziere sind lauter Monarchisten. Sie soll'n sich hüten, denn kann anzigen wird's g'schenkt bleiben.“

Wenn sich die Tätigkeit der Herren Soldatenräte in dieser Weise abwickelt, dann muß man sagen, daß eine derartige Rede mehr in irgendein Witzblatt hineingehört, als in eine ernst zu nehmende Bataillonsversammlung, wo über militärische Angelegenheiten gesprochen werden und nicht der kleinlichste und schäbigste Parteikampf in einer so ordinären Weise geführt werden sollte. Das wollte ich Ihnen über die Art der politischen Propaganda innerhalb der Reihen unseres Militärs mitteilen.

Was das Verhältnis des Staatsamtes zur Volkswhehr, beziehungsweise den Soldatenräten anbelangt, ist es bekannt, daß das Staatsamt unter einem förmlichen Terror der Herren Soldatenräte gestanden ist. Die Abhängigkeit des Staatsamtes für Heerwesen von Soldatenratsbeschlüssen hat die dringendsten organisatorischen Fragen am Widerstande der Soldatenräte scheitern lassen und es konnten wichtige Fragen und oft nur im Kompromißwege erledigt werden. Wenn Sie, meine Herren, Beweise dafür haben wollen, so stehe ich, falls meine Behauptung nicht ruhig hingenommen würde,



in einer weiteren Rede, die ich eventuell später halten könnte, sehr gerne für Aufklärungen zur Verfügung.

Und nun, fragen wir uns, welche Folgen haben sich aus diesen Zuständen heraus ergeben? Die prachtvollsten Vorschriften, die das Staatsamt für Heereswesen erlassen hat, hatten die Wirkung, daß sie nicht respektiert worden sind, die Offiziere waren rechtlos, noch rechtloser waren die armen Kommandanten und Funktionäre. Die ganze Volkswehrtruppe hat sich als ein undisziplinierter, ganz unmilitärischer Verein, wie der Wiener sich ausdrückt, erwiesen.

Die Befehle galten ja nur vom Landesbefehlshaber höchstens bis zu den Kompagniekommandanten, sie wurden dann immer kleinlauter, zur Mannschaft kamen sie überhaupt nicht. Die jetzige oder vielmehr die vor einigen Monaten konstatierte angebliche Besserung war nur eine theoretische, in papierenen Befehlen hat sie sich geäußert, praktisch ist sie nicht zur Geltung gekommen.

Ich habe bereits früher über den ganz unhaltbaren Zustand gesprochen, der sich aus dem Doppelbezüge von Gebühren- und Arbeitslosenunterstützungen ergeben hat und ich möchte nur bitten, daß uns vielleicht der Herr Staatssekretär in dieser Beziehung Aufklärung gibt.

Und nun gestatten Sie, daß ich noch eine weitere Frage bezüglich der Volkswehr hier zur Sprache bringe, die mit einer Frage enge zusammenhängt, die auch hier wiederholt im Verlaufe der Budgetdebatte als unbedingt notwendig betrachtet wurde und die insbesondere der Herr Generalherichterstatter als eine der Hauptnotwendigkeiten für unseren Staat und unsere Verwaltung bezeichnet hat, nämlich die größte Sparsamkeit in diesem Staat und in seiner Wirtschaft. Im Jänner dieses Jahres wurden Teuerungsmaßnahmen für das Militär vorgesehen, und zwar für die Gruppe der Berufsmilitärpersonen und für die Volkswehr. Am 15. Jänner 1920 wurde in einem Erlasse die Auszahlung von Vorschüssen auf die gleitende Zulage an die präsenzte Volkswehrmannschaft angeordnet; diese betrugen für Ledige in Wien 150, für Verheiratete 200 K, außerhalb Wiens für Ledige 120 und für Verheiratete 150 K. Diese Beträge wurden ausbezahlt. In einem zweiten Erlasse vom 27. Jänner 1920 wurde ein zweiter Vorschuß unter Z. 1130 durch die Abteilung 14 angeordnet und es wurde die Auszahlung dieser Vorschüsse auch durchgeführt. Es wurde gleichzeitig in dieser Verordnung festgesetzt, daß auch eine Art Nichtigstellung, eine Nichtigkeitspflege, stattzufinden habe, weil das, was über die wirkliche gleitende Zulage hinausgegeben wurde, als Vorschuß in den späteren Monaten abgezogen werden soll. Von dieser Nichtigkeitspflege und Rückzahlung der überbezahlten Ge-

bühren und Vorschüsse wurde auf einmal abgesehen. Ich möchte daher den Herrn Staatssekretär bitten, uns mitzuteilen, wie es sich mit dieser Angelegenheit verhält, aus welchen Gründen der Abzug dieser Vorschüsse unterblieben ist und warum man eine Anordnung des Staatsamtes für Heereswesen, die in der zweiten Vorschußverordnung unter Z. 1130 enthalten ist, auf diese Weise annullierte.

Eine weitere Frage, die ich hier zur Diskussion stelle und bezüglich welcher ich insbesondere den Herrn Staatssekretär um Auskunft bitte, ist die wiederholt in den Blättern besprochene Doppelversorgung der Volkswehr und militärischen Vertragsangestellten mit Mehl, beziehungsweise Brot. Es wurde in diesem Hause bereits eine Anfrage von meinen engeren Parteikollegen Dr. Waber und Dr. Ursin eingebracht, eine Berichtigung erschien zwar über diese Frage in einem Wiener Mittagsblatt, aber die Sache ist wichtig und erfordert zweifellos eine Aufklärung nach außen hin, weil sich die große Mehrheit unserer Bevölkerung durch eine derartige bevorzugte Behandlung oder Belieferung eines Teiles der Bevölkerung benachteiligt fühlt. Es wird Ihnen aus der Presse bekannt sein, daß nachgewiesen wurde, daß die Volkswehr mit Brot einerseits durch die Volkswehr selbst und andererseits durch die Brotkommissionen beliefert wird und daß, obwohl diese Frage bereits im August des vorigen Jahres öffentlich erörtert und dem Staatsamte durch das Zivilkommissariat, wenn ich nicht irre, zur Abstellung dieses Unfuges mitgeteilt wurde, in dieser Frage eigentlich das allerwenigste geschehen ist. Ich könnte Ihnen über diese Angelegenheit einen langen Bericht mitteilen, ich will es aber unterlassen, weil ja wiederholt die Mahnung ergangen ist, daß die Redezeit nicht allzusehr mißbraucht werden soll.

Ich möchte nur bitten, daß der Herr Staatssekretär in dieser Frage offen die Verhältnisse klarlegt, ob eine Doppelversorgung stattgefunden hat und in welchem Ausmaß, ob es sich wirklich hier um Millionenbeträge handelt, ob ferner schon Maßnahmen getroffen worden sind, damit diese Zustände aufhören und dieser Benachteiligung der anderen Bevölkerung vorgebeugt werden kann. Vergessen Sie eines nicht, meine Verehrten: Die Volkswehr hat keinen so schweren Dienst geleistet, als daß sie eine Doppelversorgung beanspruchen könnte. Sie steht ja ohnehin im Gemisse der Schwerarbeiterquote. (Staatssekretär für Heereswesen Dr. Deutsch: Eben nicht!) Aus den Akten, Herr Staatssekretär, soweit ich sie gesehen habe, scheint das hervorzugehen und es ist aber die Tatsache sicher, daß eine Doppelversorgung an und für sich schon unzulässig erscheint. Ich stelle fest, daß bis in die letzten Tage in dieser Richtung eigentlich noch keine durchgreifenden Vorkehrungen getroffen worden sind.



Und nun, nachdem ich das gesagt habe, was ich Ihnen über die Volkswehr mitzuteilen hatte, komme ich zu dem Kapitel, das uns eigentlich als Politiker für die Zukunft auf dem Gebiete des Militärwesens beschäftigen sollte, zum Berufsheer. Meine verehrten Kollegen! Von unserer Seite würde in den vorbereitenden Beratungen bezüglich des Wehrgesetzes zum Ausdruck gebracht, daß wir der Politisierung des Heeres unter keinen Umständen zustimmen können und daß wir insbesondere dem Institut der politischen Soldatenräte und der Organe, die sich mit der politischen Erziehung der künftigen Berufsoldaten befassen sollen, keineswegs unsere Zustimmung geben können. Unsere Warnungen nach dieser Richtung wurden nicht beachtet, man hat das Wehrgesetz hier in einer sehr saloppen Art durchgepeitscht, raschestens angenommen und der Ragenjammer stellt sich bereits ein. Wir sehen, daß alle die Mahnungen, die darauf hinausliefen, denn doch die alten Verhältnisse nicht in die neue Wehrmacht zu verpflanzen und zu übertragen, vergeblich gewesen sind und daß sich nun trotz der schönsten Versicherungen bereits ergibt, daß unsere neue Wehrmacht ganz genau dieselben Verhältnisse zeitigt, wie sie in der alten Volkswehr bestanden. Wir sehen, daß insbesondere eine Behauptung, die wiederholt aufgestellt wurde, daß wir nämlich dieses politische Soldatenratsinstitut deswegen in die neue Wehrmacht übernehmen müssen, weil man das auch im Deutschen Reiche vor hat, ganz unbegründet gewesen ist. Wir hören im Gegenteil, daß das deutsche Wehrgesetz, das bereits formuliert, nur nicht dem Hause vorgelegt ist, weder dieses politische Soldatenratsinstitut kennt noch auch überhaupt eine politische Betätigung. Wir werden ja zweifellos einmal, aber hoffentlich recht bald die Gelegenheit haben, unser kleines, ohnmächtiges und nicht lebensfähiges Reich mit dem Deutschen Reiche zu vereinigen und dann werden wir in die Lage kommen, alle diese Punkte ausmerzen zu müssen, und zwar unter nicht leichten Kämpfen in unserer politischen Kammer. Wir werden dann erst die unangenehmen Folgen sehen, die wir durch die Politisierung des Wehrgesetzes nimmehr auch für die künftige Anschlußidee, beziehungsweise deren Verwirklichung herbeigeführt haben.

Bezüglich der Aufstellung dieser Wehrmacht gestatte ich mir nun, ihnen folgendes zur Erwägung zu unterbreiten. Die Werbung und die Anmeldung zur Wehrmacht ist bereits durchgeführt. In Wien und in Niederösterreich wurde die volle Zahl erreicht, zirka 18.000 Mann. Nun muß man aber eines feststellen, daß die Kontrolle für diese Werbung, beziehungsweise über diese aufgenommenen Wehrmänner bis zum heutigen Tage eine ganz ungenügende ist. Der Nachweis über die erfolgte Kriegsdienstleistung fehlt in den meisten Fällen, es ist

keine genügende ärztliche Untersuchung vorgenommen worden. Nach § 13 unseres Wehrgesetzes muß binnen vier Wochen nach Anmeldung der betreffende Söldner die Aufnahme oder die Ablehnung seiner Annahme erfahren. Wie stellt man sich bei dieser großen Anzahl von Personen vor, daß die Polizei imstande ist, über den Leumund der betreffenden Leute Auskunft zu geben, wie will man selbst in dieser kurzen Zeit ihre moralische, geistige und körperliche Eignung, ihr Alter, ihren Stand und ihre Bildung einwandfrei festsetzen, oder über ihre bisherige militärische Dienstleistung Auskunft geben? Meiner Meinung nach — es war das unser Standpunkt schon früher — war es vollständig überflüssig, daß man von vornherein getrachtet hat, den vollen Stand bei der Volkswehr zu erreichen. Der etappenweise Aufbau wäre viel zweckmäßiger gewesen; denn jetzt wird alles mögliche Material — ich will die Leute gar nicht charakterisieren — in dieser Söldnerheer aufgenommen und die Früchte, die sich daraus ergeben werden, sind sicherlich keine besonders günstigen für unseren Staat und für unsere militärischen Verhältnisse überhaupt.

Dann zeigt sich weiters, daß die Werbung unter rein parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt ist. Mir liegt hier der Aufruf vor, der aus dem „Freien Soldaten“ abgedruckt wurde und der die Bevölkerung, beziehungsweise die Parteiangehörigen der Sozialdemokratie auffordert, in die Wehrmacht einzutreten. Ein ärgeres Pamphlet ist noch kaum in die Öffentlichkeit hinausgegangen und man muß sich tatsächlich nur über eines wundern, daß derjenige, der diesen Aufruf verfaßt hat, nicht fühlte, welche bewußte Unwahrheit, welche demagogische Verdrehungskunst und Bauernfängerei in diesem Aufruf getrieben wird. Noch eines ist zu bedauern — und das muß ich hier feststellen —, daß dieser Aufruf sozusagen unter dem Protektorat oder der Patronanz eines Mitgliedes unseres hohen Hauses erfolgt ist, der noch dazu die Stellung des Obmannes des Ausschusses für Heereswesen bekleidet. Ich staune darüber, daß der Herr Kollege Skaret seinen Namen hergegeben hat, ein derartiges Dokument zu unterfertigen, beziehungsweise unter seinen Namen in die Öffentlichkeit hinausflattern zu lassen. Es ist ja kein Wunder, daß, wenn die Leute diesem Aufruf folgen, die künftige Wehrmacht keine unpolitische sein wird, sondern ein ausgesprochenes Parteiorgan, gegen das wir uns von vornherein entschieden gewendet haben.

Und nun noch eines. Das neue Heer wird das Institut der Vertrauensmänner so wie bisher die Volkswehr haben. Nun liegt die Sache so, daß die alte Volkswehr verschwunden ist, und mit der alten Volkswehr hätten selbstverständlich auch die Soldatenräte der Volkswehr verschwinden sollen. Nun beobachten wir aber bei verschiedenen Fragen



das Eingreifen der Soldatenräte der alten Volkswehr in die neue Wehrmacht, beziehungsweise in die Vorarbeiten für diese neue Wehrmacht. Die Soldatenräte und besonders der Vollzugsausschuß nehmen auf alles, was die neue Wehrmacht betrifft, heute bereits ganz entscheidenden Einfluß. Eine sachliche Arbeit für die künftige Wehrmacht ist da natürlich sehr erschwert. Denn diese Soldatenräte, die eigentlich in Liquidierung sind und schon längst abgeschafft werden sollten, handeln nur nach rein politischen Gesichtspunkten. Wenn irgendeine Anordnung hinsichtlich der Aufstellung der Wehrmacht diesen Soldatenräten mißliebig ist, treiben sie Sabotage bei der Durchführung durch Beeinflussung der Truppe. Daher verlangen wir ganz entschieden die Entfernung der alten Soldatenräte und ich werde mir gestatten, in dieser Richtung einen Antrag zu stellen, um so mehr als, wie ich schon früher sagte, die Soldatenräte gleichzeitig mit der alten Volkswehr seit 1. Mai zu bestehen aufgehört haben. Der Vollzugsrat der alten Wehrmacht ist heute ohne Rechte. Die Einflußnahme der Vollzugsräte auf Personalfragen in der neuen Wehrmacht ist direkt gesetz- und verordnungswidrig. Tatsächlich — und das ist das interessante — arbeitet dieser Soldatenrat, beziehungsweise Vollzugsausschuß heute aber bereits an einem Statut für die Soldatenräte der neuen künftigen Wehrmacht, und zwar beabsichtigt er im Gegensatz zu den Bestimmungen des Wehrgesetzes, die Hierarchie der Soldatenräte wieder herzustellen. Jede Kompanie soll drei Soldatenräte bekommen, davon geht ein Soldatenrat dann als sogenannter Bataillons-soldatenrat in die höhere Abteilung; bei jedem Kommando vom Bataillon aufwärts wird ein Soldatenrat vom Kommando gewählt und vom Bataillonssoldatenrat kommt einer in den Regiments-soldatenrat, dann in den Landes-soldatenrat, von dort in den Brigadesoldatenrat und von jeder Brigade soll einer in den Reichssoldatenrat mit dem Sitz im Staatsamte für Heereswesen entsendet werden. Das sind die Pläne des alten Soldatenrates für den künftigen Soldatenrat in der neuen Wehrmacht. Nun bestimmt unser neues Wehrgesetz aber ausdrücklich, daß für jede Befehls- und Verwaltungsstelle Vertrauensmänner gewählt werden können; es ist also eine Hierarchie in keiner Weise vorgesehen. Die Soldatenräte sind also nach dem neuen Wehrgesetze ganz unabhängig von einander gedacht, daher in ihrer Macht beschränkt. Das Wehrgesetz hat auch, wie Sie wissen, den Koalitionspassus ausdrücklich weggelassen. Und nunmehr wird dieser Gedanke wieder hineingeschmuggelt. Man plant, diese Wahlen durch Urwahlen von unten durchzuführen mit hierarchischer Weiterbildung bis zum Reichssoldatenrat. Wenn das durchginge, ist es klar, daß der eigent-

liche Kommandant, der oberste Befehlshaber des neuen Söldnerheeres nicht der Staatssekretär für Heereswesen, sondern nur wieder der Reichsvollzugsausschuß der Soldatenräte sein wird. Sie können sich denken, welche Zustände da in der neuen Wehrmacht sich ausbilden werden.

Das wollte ich hier zur Sprache bringen und gleichzeitig darauf hinweisen, welche Zustände politischer Natur sich bereits in den neu aufgestellten Formationen der jetzigen neuen Wehrmacht, des Söldnerheeres zeigen. Man hat sogenannte Musterbataillone aufgestellt, eines davon in der Rennweger Kaserne, und da hat sich vor wenigen Tagen ein äußerst bedauerlicher, ja geradezu aufreizender Vorfall ereignet. Es ist dort das ehemalige Volkswehrbataillon Nr. 1, jetzt Infanterieregiment Nr. 4, sozusagen der Sukzessor für das alte Deutschmeisterregiment, in Aufstellung und nun haben vor wenigen Tagen die dortigen Soldatenräte namens Glas, Tag, Steinbach, Fischer des Volkswehrbataillons Nr. 1 sich riesig aufgeregt über einige Soldaten, die diesem Regiment angehören, weil diese einer anderen politischen Organisation zugehören. Man geht dort nämlich darauf hinaus, alle Söldner in eine Gewerkschaft zu vereinigen, die auf sozialdemokratischer Grundlage steht; einige haben ihren Beitritt in diese verweigert. Die erwähnten Soldatenräte luden nun die Unteroffiziere Gradinger, Langmeier, ferner die Wehrmänner Kuppert, Madletti, Balhiesch und Windisch vor ihr Tribunal und forderten von ihnen Aufklärung darüber, warum sie einer anderen Vereinigung, der sogenannten Vereinigung der Frontkämpfer, deren Zweck in erster Linie ist, die wirtschaftlichen Interessen und den Kameradschaftsgeist unter Ausschluß aller Parteipolitik zu pflegen, angehören. Man hat sie dort als Reaktionäre und Monarchisten beschimpft, man hat sie glattweg aus dem Regiment ausgeschlossen und ihnen das Wiederbetreten der Kaserne verboten. Die Offiziere, die intervenieren wollten, wurden beschimpft und bedroht.

Und nun frage ich Sie: Wie ist dies mit dem sogenannten freien Koalitionsrecht und der Gewissungsfreiheit zu vereinbaren, die jedem unserer Berufssoldaten gewährt werden soll? Aber das Traurigste, das Bezeichnendste für den Geist der Unbuddhsamkeit, der dort herrscht, ist die Tatsache, daß, als die betroffenen Personen sich einige Tage später in der Kaserne einfanden, um ihr Brot und ihre Gebühren einzufordern, die Herren Soldatenräte, die ich eben genannt habe, ihnen glattweg die Ausfolgung der Gebühren und Brotationen verweigerten. Sehen Sie, das ist der alte Geist der Volkswehr in der neuen Wehrmacht! Ich glaube, daß ich da wohl berechtigt bin, an diesen Zuständen Kritik zu üben. (*Abgeordneter Smitka: Aber Ihre Darstellung ist falsch!*) Ich bitte, sie



dann zu berichtigen. Ich kann nur das mitteilen, was mir berichtet worden ist. Ich kann Ihnen versichern, daß es mir zweifellos nur angenehm wäre, wenn dieses Unrecht nicht begangen worden wäre. *(Zwischenrufe. — Abgeordneter Weber: Das ist zu bezweifeln!)* Herr Kollege, in der Richtung steht Ihnen das Recht, zu zweifeln, zu. Mir steht andererseits das Recht zu, diesen Einwurf so einzuschätzen, wie er es verdient.

Und nun gestatten Sie mir, um alle diese Fälle, die sich da ereignet haben, festzustellen und für die Zukunft vorzubeugen, Ihnen auch einige Anträge zu stellen, und zwar zunächst folgenden *(liest)*:

„Mit Rücksicht auf den Abbau der Volkswehr wird das Staatsamt für Heereswesen aufgefordert, die noch vorhandenen Soldatenräte der Volkswehr sofort zu entlassen und insbesondere ihnen jede Soldatenratstätigkeit innerhalb der neuen Wehrmacht oder jede vorbereitende Tätigkeit für diese zu verbieten.“

Ferner hat sich in letzter Zeit eine Unklarheit hinsichtlich unseres Wehrgesetzes ergeben: wer denn überhaupt zu Vertrauensmännern aus den einzelnen Gruppen, die wahlberechtigt sind, also Offiziere, Wehrmänner oder Unteroffiziere, gewählt werden kann. Es besteht die Absicht — ich bin nach dieser Richtung informiert worden —, daß ein Teil der Soldatenräte in dem Statute das Wahlrecht für die Vertrauensmänner derart festlegen will, daß die Wehrmänner und die Unteroffiziere auch Offiziere wählen können, und zwar zu dem Zweck — ich sage es ganz offen aus und halte gar nicht hinter dem Berg —, um den Hauptmann Dr. Frey, der vielleicht sonst in der Gruppe der Offiziere kaum gewählt werden dürfte, in dieses Vertrauensmännerinstitut hineinzuschmuggeln. Es ist aber klar, daß bei der Verhandlung unseres Wehrgesetzes zum Ausdruck gekommen ist, daß man bei den Offizieren das Wahlrecht wieder nur Offizieren gewähren wollte, und daß andererseits Wehrmänner und Unteroffiziere wieder nur durch ihresgleichen, durch Wehrmänner oder Unteroffiziere, vertreten sein sollen. Daher halte ich es für notwendig, daß in dieser Richtung eine entsprechende Klarstellung erfolgt und stelle den Antrag *(liest)*:

„Das Staatsamt für Heereswesen wird aufgefordert, in den Vorschriften, betreffend die Wahl der Vertrauensmänner (§ 31 des Wehrgesetzes), festzulegen, daß von der Gruppe der Offiziere nur Offiziere, von der Gruppe der Unteroffiziere und Wehrmänner nur Unteroffiziere oder Wehrmänner zu Vertrauensmännern gewählt werden dürfen.“

Und nun noch etwas. Das Wehrgesetz hat im allgemeinen das Verhältniswahlrecht festgelegt, und zwar hinsichtlich der Heeresverwaltungsstellen und auch beim Zivilkommissariat. Es ist nur selbstverständlich, daß dieses Verhältniswahlrecht auch für die Wahl der Vertrauensmänner gelten wird, so daß dort nicht der Majorz herrschen und nicht die Mehrheit zur Geltung kommen wird, sondern jeder größeren Minderheit die Möglichkeit geboten wird, auch ihre Vertrauensmänner nach dem Verhältniswahlrecht zu wählen.

Ich stelle daher den Antrag *(liest)*:

„Das Staatsamt für Heereswesen wird aufgefordert, die im neuen Wehrgesetze vorgesehene Wahl der Vertrauensmänner (Soldatenräte) analog den Wahlbestimmungen der §§ 7 und 8 des Wehrgesetzes nach dem Verhältniswahlrecht einzurichten.“

*(Abgeordneter Smitka: Dadurch werden die Vertrauensmänner zu einer politischen Sache gemacht!)* Sehr geehrter Herr Kollege! Von Ihrer Seite sind ja die Soldatenräte längst ein politischer Faktor geworden. Der Einwurf von Ihrer Seite kann daher meinen Antrag in der Richtung nicht entkräften.

Gestatten Sie mir nun, einige andere Fragen zu besprechen. Im innigen Zusammenhange mit dem ganzen Militärwesen steht die Frage der Erziehung, der körperlichen Erstarbung und Erziehung unseres Volkes. Man mag über das alte österreichische Heer denken wie man will. Die antimilitaristische Gruppe möge seine Schwächen mit aller Schärfe geißeln und verurteilen — es ist dies ihr gutes Recht, dem steht aber die Tatsache gegenüber, daß dieses alte Heer zweifellos zur körperlichen Kräftigung und Erziehung unserer Bevölkerung viel beigetragen hat. Das fehlt nun jetzt unserer Bevölkerung und ich bedauere außerordentlich, daß unsere Jugend, insbesondere die Jahrgänge von 17 bis 20 Jahren, heute einer entsprechenden körperlichen Kräftigung vollständig entbehrt. Wir sehen, daß in den Schulen auf diese körperliche Erziehung heute gar kein Wert gelegt wird. Das Turnen in den Schulen wird mehr vernachlässigt als der Zeichen- und Gesangsunterricht und das geschieht zum Schaden unseres Volkes. Es wäre zweckmäßig, wenn das Staatsamt für Heereswesen in dem Sinne bei den betreffenden Faktoren unseres Unterrichtswesens interveniert, daß dem Turnwesen entsprechend mehr Spielraum und Gelegenheit geboten wird. Jetzt fehlt diese Erziehung vollständig. Der Ersatz durch rein sportliche Betätigung ist ungenügend. Diese wilde Fußballspielerei, die wir heute allorts sehen, verroht mehr, als sie körperlich, geistig und moralisch erzieht. Die beste Erziehung sehen wir in einem geordneten Turnunterricht in den Volksschulen, Bürgerschulen,



in den Mittelschulen und auch in den Fortbildungsschulen, und es wäre zu wünschen, daß sich gerade in dieser Frage die ganze Energie des Herrn Staatssekretärs für die körperliche Ertüchtigung unseres Volkes erweisen würde.

Dadurch entsteht auch die weitere Frage, ob es nicht überhaupt möglich ist, unserer studierenden Jugend an den Hochschulen das Dienen, die Präsenzdienstleistung in der Berufsarmee gleichzeitig mit dem Studium an der Hochschule zu ermöglichen. Wir haben ja in dem Wehrgesetz oder zum mindesten im Arbeitsprogramm des Herrn Staatssekretärs die sogenannte Arbeitsschule für das produktive Leben, die Erziehung im staatsbürgerlichen Sinne vorgesehen. Es wäre doch zweckmäßig, diesen Präsenzdienst, der nicht besonders anstrengend sein wird, mit der Ermöglichung der Studien an einer Hochschule zu verbinden. Sie würden dadurch vielen Hunderten von jungen Leuten, die gern an der Hochschule studieren wollten, aber nicht die nötigen Mittel besitzen, um dieses teure Studium auszuführen, die Gelegenheit zu einem sorgenfreien Studium sowohl wie zu körperlicher Ertüchtigung bieten.

Sie würden so nicht nur akademische Bürger, die im engsten Kontakte zur Bevölkerung stehen, in die Armee bekommen und ein Reservoir von Intelligenz für die Armee schaffen, sondern würden auch, wenn wir später einmal vielleicht daran gehen, an Stelle unseres Berufsheeres ein anderes militärisches System, sagen wir die Miliz zu wählen, ein entsprechend verlässliches Offizierskorps schaffen.

Ich hätte noch eine andere Frage kurz zu erörtern, die von vielleicht nicht so politischer Bedeutung ist, aber denn doch schon aus Gründen unseres alten guten Rufes als Musikstaat und Musikstadt in Betracht kommt. Die Republik hat als Hymne unseres österreichischen Staates die Marseillaise übernommen. Ich bin gewiß der letzte, der die musikalische Bedeutung der Marseillaise ableugnen wollte, weil ich selbst zu sehr musikalisch bin. Aber eines möchte ich sagen, meine Herren, es ist doch traurig, daß wir in Österreich, und insbesondere in Wien, in der Stadt der Musik, der Tonkünstler, ja, im Besitze der einzigen Exportware, die wir überhaupt besitzen, der Musik, bis zum heutigen Tage nicht imstande gewesen sind, eine eigene österreichische Hymne zu bekommen. Wenn Ihnen schon die alte österreichische Hymne, auch mit dem Text „Deutschland, Deutschland über alles“ nicht behagt, weil sie vielleicht melodisch zu sehr an die Kaiserhymne erinnert, so wäre es doch möglich gewesen, daß die Regierung eine Konkurrenzanschreibung vornimmt und so für eine neue Hymne vorsorgt. Wenn das geschehen sein sollte, würde es mich sehr freuen, denn dadurch

würden wir von einem ausländischen Musikprodukt befreit werden, das bei all seiner Güte und all seinem Temperament dem deutschen Wesen doch vollständig fremd ist.

Noch eine Bitte an den Herrn Staatssekretär! Ich habe bis jetzt konstatiert, daß sich bei der Aufstellung unseres Berufsheeres bereits viele Mängel ergeben haben. Es wäre zweckmäßig, um von vornherein eine nachherige Kritik zu vermeiden, wenn das Staatsamt für Heereswesen dem hohen Hause die Dienstvorschriften, die Exerziervorschriften und das sogenannte Bildungsprogramm der Regierung zur Kenntnis bringen würde. Es geht nicht an, daß man auf diese wichtigen organisatorischen Bestimmungen einzig und allein die Soldatenräte Einfluß nehmen läßt. Hier hat die Nationalversammlung mitzusprechen und ich möchte hoffen, daß das gelingt und daß es möglich sein wird, unter einheitlicher Zustimmung des ganzen Hauses, beziehungsweise eines Ausschusses in dieser Richtung dann etwas Ganzes zu schaffen.

Ich will nun, meine Herren, auf eine Frage kurz zu sprechen kommen, die der zweite Herr Berichterstatter hier erörtert hat, die Frage des Heimtransports der Kriegsgefangenen.

Meine Herren! Wenn wir so überlegen, daß wir für unser staatliches Heereswesen die Summe von netto 352 Millionen Kronen, wie der Herr Berichterstatter ausgerechnet hat, ausgeben müssen, und bedenken, daß wir die ganze Zeit hindurch denn doch nur ein ganz unbrauchbares militärisches Institut gehabt haben, keine Waffe nach außen und auch keine Ordnungstruppe nach innen — erst in den letzten Wochen hat sich rühmlicher Weise ein Bataillon in Linz ausgezeichnet —, wenn wir bedenken, daß wir mit diesen 352 Millionen schon längst unsere Kriegsgefangenen aus Sibirien, Asien, Japan u. dgl., hätten zurückbringen können, muß ich sagen, daß es höchste Zeit ist, daß endlich in diese Frage ein rascheres Tempo hineingebracht wird. Es ist die Sache heute derart, daß eine weitere Verzögerung dieser Frage zur größten Aufregung unserer Bevölkerung beiträgt. Sie muß dazu beitragen, weil auf der anderen Seite alle Staaten bereits die Heimkehr ihrer Kriegsgefangenen möglich gemacht haben.

Ich glaube, daß das Kriegsgefangenenamt und sein geschätzter Herr Präsident heute noch über diese Frage Aufschlüsse in der Richtung geben wird, daß wir ehestens mit einer baldigen Rückkehr der Kriegsgefangenen rechnen können.

Und nun zum Schlusse. Die wirtschaftliche Lage unseres Staates ist eine derartig trostlose. — das haben ja auch schon verschiedene Redner der einzelnen Parteien dieses Hauses zum Ausdruck gebracht —, daß zur größten Sparsamkeit geschritten werden soll. Diese Sparsamkeit sollte in erster Linie



auf militärpolitischem Gebiete gezeigt werden. Das Haus hat das Wehrgesetz beschlossen, wir haben das neue Söldnerheer bekommen oder werden es in seiner Gänze erst bekommen und wissen, daß wir die Lasten, die sich daraus ergeben, tragen müssen. Meine Gruppe hat davor gewarnt, wir haben gesagt, der Staat kann dieses kostspielige Heer, das doch unbrauchbar sein wird, nicht tragen. Hier zeigt sich, daß man den Militarismus in der unproduktivsten Form einem Staat auferlegt hat, der ihn in keiner Weise tragen kann. *(Zwischenruf.)* Sie, meine Verehrten, haben ja zugestimmt, ich kann Sie von dieser Schuld nicht freisprechen; so viel ich weiß, haben Sie, meine Herren Sozialdemokraten, dem Wehrgesetz zugestimmt. Die Volkswehr war — das Urteil ist heute einig — eine militärische Maskerade zu parteipolitischen Zwecken. Die Staatsnot ist aber zu groß, um ein derartiges überflüssiges Instrument zu erhalten. Wir sagen darum und wir betonen es noch einmal, daß die weitere Verbeibehaltung dieser Zustände auf militärpolitischen Gebiete, die Übertragung der Verhältnisse, wie sie bei der Volkswehr bestanden haben, in das künftige Heer unmöglich von der Bevölkerung und dem Staate getragen werden kann und daß, wenn der Herr Staatssekretär hier nicht seine ganze Energie aufbringt, um Ordnung hineinzubringen, weder ein Zustand der Ruhe im Innern noch eine Zustimmung der Bevölkerung zu diesen militärpolitischen Verhältnissen eintreten kann. Bis zum heutigen Tage mußten wir leider beobachten — ich bin sonst der Letzte, der dem Herrn Staatssekretär den guten Willen zur Führung seines Amtes absprechen wollte —, daß der Staatssekretär Deutsch in verschiedenen Fragen vor dem Parteimanne Deutsch kapituliert hat. Hoffen wir, daß in der Zukunft der Staatssekretär Deutsch nie mehr vor dem Parteimanne Deutsch kapituliert, sondern den ganzen Willen des Staatsamtes für Heereswesen zur Ordnung und Stärkung der militärischen Verhältnisse unseres Staates nach außen und nach innen, zum Nutzen des Staates, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, und wenn es sein muß, zum Schutz unserer Grenzen aufbringt. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident Dr. Dinghofer** *(der während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat):* Das hohe Haus hat die drei Anträge des Herrn Abgeordneten Dr. Schürff gehört; sie sind genügend unterstützt und stehen in Verhandlung.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Schoepfer.

**Abgeordneter Dr. Schoepfer:** Hohes Haus! Als Präsident der Staatskommission für Kriegs-

gefangenen- und Zivilinterniertenangelegenheiten erachte ich es als meine Pflicht, bei Besprechung des Heereswesens den gegenwärtigen Stand der Kriegsgefangenenfrage hier mitzuteilen, nachdem die Angelegenheit der Kriegsgefangenen zum Heereswesen gehört. Es ist eigentlich tief bedauerlich, daß man jetzt noch über diesen Gegenstand sprechen muß, nachdem das Kriegsführen schon vor 1½ Jahren aufgehört hat, und es muß als eine Kulturschande bezeichnet werden, daß so lange Zeit nach der endgültigen Beendigung des Krieges so viele Tausende von Kriegsgefangenen noch fern von ihren Angehörigen und von ihrer Heimat in größter Not und in tiefstem Elende schmachten. Dies ist um so bedauerlicher, als es sich um jene Kriegsgefangenen handelt, die am längsten das Brot der Verbannung essen; es sind die, welche sich im Gebiete des ehemaligen russischen Reiches befinden. Zurückgekehrt sind die Kriegsgefangenen aus Italien, aus Frankreich, aus England, aus Nordamerika, aus dem Balkan, aus Ägypten und Indien. Gewiß werden Vereinzelte noch da und dort zurückgeblieben sein; und es ist bedauerlich, daß in einemfort Nachrichten kommen, daß in Italien noch Hunderte zurückgehalten werden. Die bisherigen Bemühungen, hierüber eine bestimmte Aufklärung zu bekommen, sind leider gescheitert. Aber das Betrüübendste bei der ganzen Frage ist, wie gesagt, daß wir noch für jene sorgen müssen, die bereits sechs russische oder sibirische Winter hinter sich haben und daß noch gefragt werden muß: Wann kommen sie und wie bringen wir sie zurück?

Bei der Besprechung der ganzen Frage gehe ich vom Staatsvoranschlag aus, von den Zahlen, die dort für die Kriegsgefangenenfürsorge aufgeführt sind. Es ist dabei auseinanderzuhalten, was im Berichte des Ausschusses steht und was später im dritten Nachtrage noch dazugekommen ist. Im Berichte finden wir eine Ausgabe von 120 Millionen für die Bekleidungsaktion, zu der dann nachträglich noch 50 Millionen dazugekommen sind, darunter 20 Millionen für Schuhe und 30 Millionen wegen Verteuerung der Bekleidungsaktion. Ferner finden wir dort einen Betrag von 48 Millionen Kronen und einen Nachtrag von über 50 Millionen Kronen. Die 48 Millionen sind für Unterstützungen von Kriegsgefangenen in Rußland und Sibirien, die 50 Millionen sind die Heimkehrergebühren. Diese Gebühren sind gering genug; wir mußten uns aber lange herumstreiten mit dem Staatsamte für Finanzen, viel länger als man heute für die Beamten streitet, wenn es sich um Milliarden handelt. Im Nachtrage sind dann aufgeführt 31 Millionen für die sibirischen Kriegsgefangenen vom Jänner bis Juni, nämlich monatlich 2 Millionen Rubel, und 60 Millionen Kronen vom April bis einschließlich Juni, monatlich 8 Millionen Rubel für die Kriegsgefangenenmission im



Sowjetrußland und außerdem je 100 Millionen Kronen für den Heimtransport aus Sibirien und aus Rußland.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nach früherem Maßstabe wären das ganze bedeutende Ziffern; bei dem heutigen Geldwerte und im Vergleich zu den sonstigen Zahlen unseres Budgets haben sie lange nicht mehr den Wert, den man ihnen sonst zuschreiben geneigt wäre, aber leider wird auch dieser Wert zu wenig gewürdigt. Denn wir hören nur allzu oft, daß die Kriegsgefangenen klagen, der österreichische Staat habe sie ganz vergessen, sie bekommen überhaupt nichts. Erst vor wenigen Tagen war ein Heimkehrer aus dem Lager von Tschita, östlich vom Baikalsee, hier, der auch als Beauftragter sämtlicher in Tschita und Umgebung befindlichen Kriegsgefangenen die Auffassung, das innere seelische Empfinden der dortigen Kriegsgefangenen mitgeteilt und auch ihrem Unmut darüber Ausdruck verliehen hat, daß für sie gar nichts geschehe. Die Schweden und die Deutschen hätten sich um sie gekümmert; für die Deutschen bestimmte Liebesgaben seien ihnen abgetreten worden. Es liegt hier eine sehr beklagenswerte Tatsache vor, die nur aus der ungeheuren Entfernung und aus der Unmöglichkeit einer Verständigung erklärlich ist. Seinerzeit sind vom österreichischen Roten Kreuz ganze Eisenbahnzüge von Liebesgaben durch Deutschland über Schweden abgegangen, und wie es zum Austeilen kam, haben die damit Beteiligten geglaubt, die so für die Deutschen bestimmten Gaben waren diesen von der eigenen Heimat vergessenen Österreichern abgetreten worden. Und so wird dies auf die deutsche Freigebigkeit und auf den österreichischen Undank gebucht. Daß solche Mißverständnisse und solche Unkenntnis mitten in Sibirien oder im äußersten Osten möglich ist, wird um so weniger wundernehmen, als es in Oberitalien vorgekommen ist, daß in den Lagern sogar Plakate angeschlagen waren, mit den Namen unserer Nationalversammlungspräsidenten, worin gestanden ist, die Kriegsgefangenen mögen nicht zurückkehren, weil sie bei uns keine Aufnahme finden würden. Und im italienisch-tirolischen Lager von Meano, wo Tausende waren, wurde ihnen von italienischen Offizieren gesagt, sie würden in Innsbruck zurückgewiesen, und man hat sich darauf berufen, daß der Befehlshaber in Innsbruck selbst sich dahin geäußert habe. Wenn das bei einer Entfernung von verhältnismäßig wenigen Kilometern möglich war, so kann man sich denken, wie es in Sibirien gegangen ist, wo unsererseits gar keine Möglichkeit gewesen ist, einen unmittelbaren Verkehr mit diesen bedauernswerten Landsleuten aufrechtzuerhalten.

Das Wichtigste im Budget ist nun die Summe von 200 Millionen Kronen für den Rücktransport — nicht wegen der Ziffer, sondern wegen der

Sache, um die es sich handelt. Denn heute ist sozusagen auf aller Lippen die Frage: Wann kommen sie denn zurück? Kommen sie nicht bald zurück? Ist es nicht genug, daß sie schon sechs Winter in der Ferne schmachten und allen Anzeichen eines schrecklichen Klimas ausgesetzt sein müssen? Gewiß, jetzt endlich kommen sie zurück. Aber gerade bei dieser Frage spielen die Zahlen des Budgets die größte Rolle; denn heute ist für einen großen Teil der Gefangenen die Frage der Heimbeförderung nur mehr eine finanzielle Frage, auf die ich noch zu sprechen komme.

Ausgehend von den 200 Millionen Kronen, die in das Budget eingesetzt sind, mache ich aufmerksam, es möge sich ja niemand einer Täuschung darüber hingeben, daß diese 200 Millionen Kronen nur ein verschwindender Teil von dem sind, was für den Rücktransport der Kriegsgefangenen überhaupt notwendig ist. Sie sind nicht etwa zu niedrig präliminiert, das sind ja nur die Beträge für einige Monate, die Beträge bis Ende Juni, und bis dort werden sie nicht einmal aufgebraucht. Wichtig wird es sein, klarzustellen, was denn beiläufig der Rücktransport der Kriegsgefangenen überhaupt kosten wird. Ich habe gesagt, daß sie jetzt zurückkommen. Es ist, wie schon erwähnt, überaus traurig, daß sie nicht früher zurückgekommen sind, und diese Tatsache wurde auch wiederum so gedeutet, als ob man sie nicht zurücklassen wollte. In Innsbruck waren die Kriegsgefangenen aus Italien auf das freudigste überrascht, und konnten über die Aufnahme, die sie gefunden haben, nicht genug staunen, weil sie auf dem ganzen Wege noch auf Grund der Irreführung, deren Opfer sie gewesen sind, besorgt waren, man werde bei der Auswaggonierung kalten Herzens ihnen gegenüberstehen und sie auf der Straße lassen. Und nachdem, was wir aus Rußland, Sibirien und Turkestan hören, müssen wir auch fürchten, daß Tausende sich denken, der österreichische Staat kümmere sich nicht nur nicht um sie, sondern man wolle sie nicht haben. Wir mußten das gleiche erst vor wenigen Tagen von dem erwähnten Heimkehrer aus Tschita hören, der die Stimmung seiner ehemaligen Leidensgenossen uns mitgeteilt hat. Aber ich kann nicht umhin, von dieser Stelle aus, obwohl es ganz überflüssig sein sollte, neuerdings ausdrücklich zu betonen, daß der österreichische Staat, die Regierung, die Nationalversammlung, die Kriegsgefangenenkommission nie einen jehnlicheren Wunsch hatten, als diese Opfer ihrer Pflichterfüllung endlich in ihrer Mitte begrüßen zu können. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Als ich als Vorsitzender der ehemaligen Staatsratskommission vor etwas mehr als einem Jahre in Bern war, da war es mein erster Schritt, im Verein mit dem Chef unseres Gefangenendienstes, General Elatin, in einem eingehenden Memorandum,



das an die Vertreter von Frankreich, England, Italien und Nordamerika im hohen Räte gerichtet wurde und das den Vertretern dieser Mächte in Bern übergeben und zugleich nach Paris geschickt wurde, die dringende Bitte im Namen des Staates, im Namen der Angehörigen auszusprechen, man möge, nachdem jetzt der Krieg ein Ende hat und gar keine Aussicht mehr ist, daß er wieder aufgenommen wird, doch die Gefangenen aus Menschlichkeitsrücksichten freilassen. Leider ist darauf eifriges Schweigen die Antwort gewesen. (Hört! Hört!) Unser Gefangenendienst in Bern hat sich oft und oft an die Vertreter der verschiedenen Mächte mit der gleichen Bitte gewendet. Die Staatskommission und unser Kriegsgefangenenamt waren in einmütiger in der gleichen Richtung tätig. Wir haben schon vor Monaten die Mission für Sibirien bestimmt. Endlich wurde die Erlaubnis gegeben, sie nach Sibirien zu entsenden, um dort den Transport einzuleiten und ausdrücklich erklärt, der Rücktransport der Kriegsgefangenen sei gestattet; aber auch jetzt wurde verfügt, die Kriegsgefangenen der mit unseren Gegnern verbündeten Sukzessionsstaaten müssen zuerst an die Reihe kommen. Aber in die militärische Einflußsphäre unserer ehemaligen im hohen Rat in Paris vertretenen Gegner, die dort unsere Schicksale bestimmt haben, gehört der weitaus geringere Teil der Kriegsgefangenen, der viel größere Teil befindet sich in den Gebieten der Sowjetregierung; und auch von dort konnten sie nicht zurückkehren. Es ist dabei eine sehr beschämende Tatsache, daß viel mehr Interesse an der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen der sogenannte österreichisch-ungarische Soldatenrat in Moskau gezeigt hat, als die kommunistische russische Regierung selber. (Hört! Hört!) Wenn dieser Arbeiter- und Soldatenrat in Moskau nicht gewesen wäre, so wären Tausende schon zurück, die heute noch auf die Rückkehr warten. Also uns waren die Hände gebunden; nicht an unserem Willen, sondern an unserem Können, an unserer Macht hat es gelegen. Aber jetzt sind auch diese Hindernisse überwunden und wir wollen für die Vergangenheit nicht weiter die Schuldfrage erörtern, um herauszubringen, wer es zu verantworten hat, daß die Kriegsgefangenen noch nicht in der Heimat sind.

Welcher ist nun der gegenwärtige Stand der Frage? Die verschiedenen Verhandlungen, die hierüber geführt wurden, teils vom Präsidium der Kommission, vom Kriegsgefangenenamt, vom Gefangenendienst in Bern mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf haben endlich dazu geführt, das das Internationale Komitee die Oberleitung des Rücktransportes und die Vereinigung der ganzen Angelegenheit in die Hände genommen hat. Um das genauer darzulegen, müssen wir die verschiedenen Gebiete unterscheiden, nämlich Sibirien, Sowjetrußland, Südrußland und Turkestan.

Was Sibirien anbelangt, weißt schon seit mehr als Jahresfrist ein Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes, Dr. Montandon, in Ostsibirien, meist in Wladiwostok, um dort einerseits mit den ihm zugesandten österreichischen Geldmitteln für die Unterstützung der Kriegsgefangenen tätig zu sein, andererseits dem Rücktransport die Wege zu ebnen.

Nachdem unsere Gegner endlich die Erlaubnis gegeben haben, daß die Kriegsgefangenen zurückgeführt werden dürfen, unsere eigene Mission aber erst auf dem Wege nach Wladiwostok ist, ist selbstverständlich die Aktion des Delegierten vom Roten Kreuze in Wladiwostok von größter Bedeutung geworden. Das Präsidium der Kriegsgefangenenkommission und eine Delegierte des österreichischen Roten Kreuzes, Frau Dr. Niedermeyer, wir waren zusammen in Genf und haben dort mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz die Verhandlungen über den Rücktransport und das ganze Arrangement gepflogen. Das Ergebnis war, daß zunächst die finanzielle Frage für den Beginn des Rücktransportes geregelt wurde. Auf Grund der dortigen Abmachungen haben wir dem Delegierten Dr. Montandon Vollmacht erteilt, und als ein bestimmtes Schiff in Aussicht stand, die Verhandlungen mit dem Herrn Staatssekretär für Finanzen gepflogen, der auch bereitwilligst die fremde Valuta beigestellt hat. Es handelt sich für Österreich bei den gegenwärtigen Geldverhältnissen um eine sehr große Leistung, es ist für den Rücktransport von einigen Tausenden bereits vorgesorgt. Der Rücktransport hat begonnen. Wie oft hat es geheißen: Wann geht denn das erste Schiff? Wir konnten bereits den Namen des Schiffes nennen, wir haben gesagt: auf Grund der Kabeltelegramme und auf Grund unserer Zustimmung ist es dieses Schiff, nach einigen Tagen kommt aber die Meldung: das Schiff konnte nicht genommen werden, es war vergeblich. Dann wurde ein anderes Schiff genannt. Sie können sich denken, wie unangenehm es ist, wenn die Angehörigen kommen; man sagt ihnen auf Grund ganz bestimmter Meldungen das Schiff sei gesichert, aber eine Woche darauf heißt es, daß es nicht gesichert ist. Darum waren wir sehr froh zu erfahren, daß am 30. April das erste Schiff abgegangen ist, ein japanischer Dampfer, der 490 österreichische Kriegsgefangene mit sich führt — die anderen gehören Ungarn und anderen Nationen an. Außerdem hat ein Schiff mit deutschen Kriegsgefangenen, wie ich glaube, auch über 100 Österreicher mitgenommen. Für ein zweites Schiff ist der Kredit von uns beigestellt worden und wir dürfen annehmen, daß es auch schon auf hoher See ist, weil die Barzahlung verlangt und von uns auch geleistet worden ist. Eine bestimmte Mitteilungs hierüber ist uns jedoch noch nicht zu-



gekommen. Wir können jedenfalls ruhig die Versicherung geben: der Rücktransport der Kriegsgefangenen aus Ostsibirien ist eingeleitet, er hat begonnen, und wir dürfen hinzufügen, daß wir nichts unterlassen werden, um zu erreichen, daß dieser Transport keine Unterbrechung erfahre.

Und nun zu Sowjetrußland. Nachdem uns dieses Gebiet viel näher ist, nachdem die Heimbeförderung von hier technisch viel leichter ist, war uns sehr daran gelegen, hier einen bestimmten und großen Erfolg zu erreichen. Schon im vorigen Jahre haben wir beschlossen, eine Mission nach Moskau zu entsenden. Die Einreisebewilligung wurde im Dezember endlich nach vielen vielen Bemühungen erteilt und seit Februar befindet sich die Mission auf russischem Gebiet. Es sind auch schon einige Transporte in die Wege geleitet worden. Aber eine weitaus größere Bedeutung haben die Abmachungen, die erst in letzter Zeit, ebenfalls unter Vermittlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz eingeleitet wurden und ein gemeinsames Vorgehen von Deutschland, Österreich und Sowjetrußland bezwecken. Hierüber muß ich mich etwas genauer äußern.

Der ehemalige Hauptdelegierte des internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Wien, Herr Fric, hat sich sehr bemüht, den Austausch der deutschen und russischen Kriegsgefangenen zu erreichen; und die Verhandlungen, die teils in Berlin, teils in Neval gepflogen wurden, haben dahin geführt, daß bereits, während wir in Genf waren, in der ersten Hälfte des Monats März, ihr Abschluß ganz nahe war. Der Plan war, es sollte der Rücktransport der österreichischen Kriegsgefangenen mit dieser deutschrussischen Aktion kombiniert werden. Es sind nämlich in Deutschland weit über 200.000 russische Gefangene und in Rußland nur zirka 25.000 deutsche Gefangene, so daß für den Hin- und Herverkehr die Parität vollständig fehlt und ungezählte Waggons leer zurückkehren müßten, um wieder russische Kriegsgefangene aufzunehmen, um so mehr als die deutschen Kriegsgefangenen im russischen Gebiete bis weit hinüber zum Baikalsee zerstreut sind. Darum wurde angeregt, es sollten in diesen sonst leer mitlaufenden Waggons die österreichischen Kriegsgefangenen mitgenommen, mit einem Worte, ein gemeinsames Übereinkommen zwischen Deutschland und Österreich auf der einen und Sowjetrußland auf der andern Seite getroffen werden. Dem Internationalen Komitee gegenüber gingen wir bereits in Genf die erforderlichen Verpflichtungen ein, ersuchten aber Herrn Vizepräsidenten Richter, von dort direkt nach Berlin zu fahren, um die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Damals hat für den deutschrussischen Vertrag nur mehr die Unterschrift des Vertreters der russischen Regierung in Berlin, Herrn Kopp, gefehlt. Es ist aber die unselige Kapp-

geschichte ausgebrochen und diese Angelegenheit wurde dadurch um Wochen verzögert. Sobald aber die Möglichkeit geboten war, haben die Deutschen und die Russen die Angelegenheit sofort wieder aufgenommen und wir haben dies neuerlich benutzt, Abgeordneter Richter ist wieder nach Berlin gefahren und hat dort die Verhandlungen mit dem deutschen Reichskommissär und dem Vertreter der Sowjetregierung geführt, und es ist zwischen uns und Deutschland das Übereinkommen perfekt geworden. Herr Kopp erklärte, um mit Österreich abzuschließen, habe er noch keine Autorisation. Er hat um sie im Wege eines Funkgesprächs in Moskau angesucht, und wir glauben, doch nicht fürchten zu müssen, daß sie abgelehnt worden ist, nachdem in letzter Zeit die Sowjetregierung wiederholt die Bereitwilligkeit gezeigt hat, die Kriegsgefangenen freizugeben. Der Rücktransport hat auch tatsächlich schon begonnen und waren auf dem ersten Zug bereits 200 Österreicher mit. Herr Richter ist Freitag von Berlin gekommen und heute wieder hingefahren, um die Verhandlungen zu einem endgültigen Abschluß zu bringen. Wir haben ihm in der gestrigen außerordentlichen Sitzung unserer Staatskommission die Vollmachten erteilt, soweit es unsere Sache war, zum Teil ist dies eine Sache der Regierung, ihm aber auch für das große Geschick und die Ausdauer, mit der er diese Angelegenheit geleitet hat, den Dank ausgesprochen.

Eine neue Situation auf einem verhältnismäßig beschränkteren Gebiet ist durch die polnische Offensive eingetreten. Nach uns zugekommenen Mitteilungen, die freilich noch nicht kontrollierbar sind, sollen gegen 20.000 Kriegsgefangene der verschiedenen Sukzessionsstaaten freigeworden sein. Die polnische Regierung habe von uns acht Eisenbahnzüge angesprochen, die jedenfalls bereitgestellt werden.

Was Turkestan anbelangt, ist dies lange Zeit eigentlich der dunkelste Punkt gewesen. Denn seit Mai 1918 war dieses ungeheure Gebiet für uns sozusagen ganz abgeschlossen. Jetzt ist aber der Einfluß der Sowjetregierung auf Taschkent ein bedeutend größerer geworden und wir dürfen hoffen, daß die Aktion, die mit der Sowjetregierung eingeleitet wird, sich auch auf das Gebiet von Turkestan bezieht.

Südrußland kommt in Frage, soweit es nicht unter dem Einfluß von Sowjetrußland steht, und hier werden wir damit rechnen müssen, daß der größte Teil der Kriegsgefangenen auf dem Seewege, entweder über das Mittelmeer oder auf der Donau, zu uns zurückkehrt.

Nun komme ich zur Kostenfrage, die, nachdem alle anderen Schwierigkeiten überwunden sind, noch das einzige, freilich um so größere löfungsbedürftige Problem ist. Bei der Kostenfrage handelt es sich vor allem anderen darum, wie viel Kriegsgefangene noch drüben und wo sie sind und auf welchem Wege sie



zurückkommen. Wir können die erste Frage nicht genau beantworten, weil die Daten viel zu dürftig und ungenau sind, weil die Mitteilungen an uns ganz ungenügend sind und weil wir auch nicht wissen, wie viele in der kühlen russischen und sibirischen Erde bereits ihr Grab gefunden haben. Nach den beiläufigen Schätzungen befinden sich in Sowjetrußland von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie — die Gefangenen sind nämlich meist überall gemischt — 100.000, in Turkestan zirka 30.000, in Südrußland 20.000 bis 25.000, in Westsibirien 90.000, in Ostsibirien 35.000 und in der Kistenprovinz 11.000. Von diesen 11.000 sind 2000 bis 3000 Österreicher. Wir dürfen nach allen Erfahrungen, die wir jetzt beim Rücktransport gemacht haben, annehmen, daß zirka 70.000 registrierte österreichische Gefangene sich noch im Gebiete des ehemaligen russischen Reiches befinden. Dazu kommt noch der österreichische Anteil an gewiß über 50.000 Gefangenen, die nicht registriert, sondern auf dem Lande draußen in der Landwirtschaft oder in einzelnen gewerblichen Betrieben in Arbeit sind.

Und nun zu den Kosten. Da bitte ich Sie, geehrte Damen und Herren, nicht zu erschrecken. Am meisten fallen die Kosten des Seetransportes ins Gewicht. Früher hat es ausgesehen, als ob ein einziger Kriegsgefangener auf 200 bis 300 Dollar komme; ich bitte, das mit dem damaligen Kurse von über 250 zu multiplizieren. Dann haben wir einmal ein Offert mit 1100 Schweizer Franken für einen Kriegsgefangenen angenommen. Es ist nicht zustande gekommen, weil das Schiff nicht mehr zur Verfügung gestellt wurde. Dann haben wir eines mit 1100 französischen Franken erreicht, es wurde wieder zurückgezogen. Das Schiff, das jetzt auf dem Wege ist, kostet für den Mann 350 Yen oder 175 Dollar. Wir müssen also jedenfalls mit Beträgen rechnen, die sich um 20.000 bis 40.000, vielleicht 50.000 K für den Mann bewegen. Denn seitdem der Rücktransport eingesetzt hat, hat sich bereits auch die Handelskonjunktur der Sache bemächtigt, und wie seinerzeit das Elend, die Not des Krieges ein Mittel zur Ausbeutung der Ärmsten war, so ist auch die Gefangenschaft wieder eine Gelegenheit, um deren Not und die Not unseres Staates auszubeuten. (Bewegung.)

Es sind, ich glaube, zirka 100 österreichische Kriegsgefangene von einem für Deutsche bestimmten Schiffe mitgenommen worden. Die Deutschen kostet ein Mann auf diesem Schiffe 50.000 Mark. (Hört!) Multiplizieren Sie das gemäß der Valuta, dann kommt ein Österreicher auf 200.000 K. Wir wissen nicht, wie viel Kriegsgefangene zur See kommen werden, aber nach den Mitteilungen, die der Herr Vizepräsident Richter uns auf Grund der ihm durch Herrn Ropp gegebenen Aufklärungen

über die Verkehrsverhältnisse in Sibirien und Ost-rußland mitgebracht hat, müssen wir wünschen, daß möglichst viele Kriegsgefangene gegen den Osten strömen, um zur See zurückbefördert zu werden, weil die Verhältnisse des Landweges über die Maßen ungünstig sind. Billiger ist natürlich der Rücktransport aus Südrußland. Gemäß einem Abschlusse mit dem Triestiner Lloyd kommt uns ein Kriegsgefangener zur See bis Triest auf 2475 K, dazu noch die Verpflegung, die mit 4 Goldfranken pro Tag berechnet wird.

Was aber den Rücktransport zu Land so schwer und kostspielig macht, ist der bereits ange-deutete Zustand der Verkehrsverhältnisse. In Sibi-rien ist die Eisenbahn zerstört, die Straßen sind unfahrbar, fast nur für das Gehen geeignet. Bei der viele Hunderte betragenden Zahl von Kranken und Invaliden müssen auf jede Weise Fuhrwerke herbeigeschafft werden. Man kann sich denken, was das kosten wird. Als vor einiger Zeit ein Trans- port aus Rußland an die polnische Grenze kam, wurde für einen Weg von zirka 30 Kilometern ein Betrag von 15.000 Rubel für einen Schlitten ver- langt! Auf die Frage, wie viel dieser Schlitten Leute faßt, hat es geheißen: sechs bis acht. Wir müssen uns darum mit sehr großen Summen ab- finden. Es wäre ganz zwecklos, sich die Augen zu verbinden und sich vorzustellen, es koste weniger. Es kostet ungeheuer viel.

Und nun kommt die Frage: wer zahlt's? Nach dem Friedensvertrage haben wir es zu zahlen; der Staat ist verpflichtet, die Kosten des Rück- transportes der Kriegsgefangenen zu übernehmen. Wir haben es immer gesagt, und ich bin fest über- zeugt, jeder von Ihnen hat ganz gleich gedacht und gesprochen: in dieser Frage dürfe das Geld keine Rolle spielen. Und doch spielt es eine unge- heure Rolle. Weshwegen? Weil unser Geld nicht angenommen wird. Wir müssen mit fremder Valuta zahlen. Nachdem es aber vor einiger Zeit schon in der Schweiz einem Mitgliede der Nationalversamm- lung nicht gelungen ist, für 500 österreichische Kronen einen schwarzen Kaffee zu bekommen, weil das österreichische Geld überhaupt nicht ange- nommen wurde, können Sie sich denken, was wir mit unseren armeligen Kronen leisten können. Nichtsdestoweniger bleibt es dabei: der österreichische Staat muß seinerseits jedes Opfer bringen, um den Rücktransport der Kriegsgefangenen nicht bloß möglich zu machen, sondern aufs Äußerste zu be- schleunigen.

Angesichts der armeligen Finanzlage unseres Staates und der Notwendigkeit fremder Valuten ist nun der Gedanke aufgetaucht — nicht bloß bei uns, sondern auch im Auslande —, uns in dieser Aufgabe zur Hilfe zu kommen. Wir haben selbst auch ein Zeichen des guten Willens gegeben. In der



Staatskommission besteht ein eigener Wohlfahrtsausschuß, der sich zur Aufgabe gesetzt hat, eine Sammelstätigkeit zu organisieren. Es hat sich dann ein eigenes Damenkomitee gebildet. In Wien ist, wie Sie wissen, sehr viel eingegangen. Wenn Sie aber die Kosten des Rücktransportes eines deutschen Kriegsgefangenen nehmen, was bedeutet dann eine Million unserer Kronen? Die Millionen, die wir durch freiwillige Spenden im ganzen Staate aufbringen, machen für uns ganz gewiß eine erkleckliche Summe aus, für den zu erreichenden Zweck verschwinden sie. Sie sind aber ein Beweis des guten Willens und der äußersten Opferwilligkeit und darum nach außen hin ein Ansporn, uns mit dem guten Gelde zu Hilfe zu kommen. In dieser Hinsicht sind es insbesondere die drei nordischen Länder Dänemark, Schweden und Norwegen, wo unter dem Vortritt des Prinzen Karl von Schweden und seiner erlauchten Gemahlin, die soviel für unsere Kriegsgefangenen getan hat und vor kurzem erst leider ein Opfer einer Krankheit geworden ist, sowie des dänischen Ministerpräsidenten Kapitän Cramer eine rege Sammelstätigkeit eingesetzt hat. Diese hat bereits auf England und auf Amerika übergegriffen, und wir können erwarten, daß uns dadurch eine bedeutende Hilfe gebracht wird. Ich erkenne es als meine Pflicht, im Namen der Staatskommission allen, die hier irgendwie mitwirken, den aufrichtigsten Dank auszusprechen, sowohl den einheimischen als den auswärtigen Organisationen und insbesondere den Persönlichkeiten, die an deren Spitze stehen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht umhin, zu erwähnen, daß der österreichische Episkopat schon Ende vorigen Jahres einen eigenen Hirtenbrief hinausgegeben hat. Es sei auch ihm dafür Dank gesagt, wie auch insbesondere für die vielen Bemühungen, die sich der Apostolische Stuhl auf diesem Gebiete gegeben hat, wovon ich anläßlich meines letzten Aufenthaltes in Rom genauere Kenntnis bekommen habe. Auch dafür den Dank der Kommission und gewiß auch des ganzen Volkes und Staates auszusprechen, halte ich für meine Pflicht. (Bravo!)

Nun hat aber die Angelegenheit der Geldbeschaffung, gerade während wir in Genf waren, eine neue Wendung genommen. Wir haben für die Reise die damalige Woche gewählt, weil dort gerade die Hauptversammlung der Ligue der Rotkreuze der Nationen tagte. Es sind das die Rotkreuzgesellschaften der ehemals gegnerischen und neutralen Mächte. Wir haben uns bemüht, dank der Verbindungen, die wir durch die Vertreter der Engländer und Nordamerikaner hier bekommen haben, uns an die wichtigsten Persönlichkeiten zu wenden und ihnen vorzustellen, sie sollten doch auf die Tagesordnung ihrer Beratungen, die ja rein humanitärer Natur waren, auch die Frage der

Kriegsgefangenen stellen. Wir waren bei den Vertretern von Nordamerika, von England, Schweden, Norwegen usw. Wir hatten Gelegenheit, mit Vertretern des Völkerbundes uns auszusprechen und immer war es unsere Bitte, es möge doch der Völkerbund selbst diese Angelegenheit in die Hand nehmen, damit durch seine Mitwirkung eine Weltsehnde endlich beseitigt werde.

In gleichem Sinne hat brieflich General Slatin, der sich damals in London befand, sowie auch der apostolische Delegierte von Bern, der eigens nach Genf gereist ist, um die Ligue der Rotkreuze für die Lösung der Kriegsgefangenenfrage zu interessieren, gewirkt. Es ist auch wirklich geglückt, noch in letzter Stunde den Gegenstand auf die Tagesordnung zu bringen, und dank den besonderen Bemühungen des Präsidenten vom britischen Roten Kreuz, Sir Artur Stanley und des Präsidenten des Verwaltungsrats der Ligue Davison wurde erreicht, daß der Beschluß gefaßt wurde, es habe das Internationale Komitee vom Roten Kreuz den Rücktransport der Kriegsgefangenen zu organisieren, und zwar unter Mithilfe des Völkerbundes. Die Vertreter aller vertretenen Rotkreuze — es waren gegen dreißig — haben sich verpflichtet, bei ihren Regierungen dafür einzutreten, daß durch eine gemeinsame finanzielle Aktion der Staaten des Völkerbundes das finanzielle Problem der Kriegsgefangenenfrage überwunden werde. (Bravo!) Fast schien es später, daß es bei diesem Beschlusse bleiben werde. Allein in der letzten Zeit sind uns wiederholt Mitteilungen mehr privater Natur zugekommen, daß bei den Mitgliedern des Völkerbundes immer mehr und mehr nicht bloß die Überzeugung, sondern auch der Wille durchdringe, die Kriegsgefangenenfrage wirklich als eine Aufgabe der ganzen Welt zu betrachten und zur Lösung zu bringen. Auf den Genfer Beschluß der Ligue ist jedenfalls zurückzuführen, daß der Völkerbund den berühmten norwegischen Nordpolforscher Nansen beauftragt hat, diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen. Es wurde vereinbart, daß er als Vertreter des Völkerbundes nach Berlin komme. Morgen beginnen dort die Verhandlungen hierüber. Das war der zweite Anlaß, weshalb Herr Richter dorthin gereist ist, um namens unseres Staates daran teilzunehmen und auch die großen Schwierigkeiten und die ungeheuren Opfer darzulegen und dadurch der Überzeugung, es müsse diese Angelegenheit mit Hilfe des Völkerbundes durchgeführt werden, zum Durchbruch zu verhelfen.

Dies ist der Stand der Frage bis zum heutigen Tage. Wenn wir auch heute die Aktion des Völkerbundes noch nicht kennen, so können wir doch nicht annehmen, daß der Völkerbund, nachdem er einmal eine solche Aufforderung bekommen, nachdem er in solcher Weise die Sache in die Hand genommen hat, es bei platonischen Liebeserklärungen



wird bewenden lassen, mit denen uns und den Kriegsgefangenen, aber auch den Staaten des Völkerbundes nicht gedient wäre. Es würde sie nur bloßstellen, wenn dort, wo die Entscheidungen fallen sollen, die in Aussicht gestellte Mithilfe wieder zurückgezogen würde.

Ich glaube, als Präsident der Kriegsgefangenenkommission darf ich diese Angelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne den dringenden Appell auch im Namen der ganzen Nationalversammlung an die Mächte des Völkerbundes zu richten, es möge der Völkerbund gegenüber diesen vielen Tausenden vollständig Unschuldiger — denn wer immer Schuld am Kriege haben mag, die Gefangenen ganz gewiß nicht, diese sind nur Opfer ihrer Pflichterfüllung — es möge der Völkerbund für diese Tausende Unschuldigen eine Pflicht der Humanität erfüllen und uns seine Mithilfe schenken, damit endlich einmal dieses furchtbare Elend ein Ende finde und wir, die Ungarn, die Österreicher und die anderen Staaten der ehemaligen Monarchie, unsere Kriegsgefangenen daheim begrüßen dürfen, wo sie neuerdings sich einwurzeln werden in das bürgerliche Leben, das sie so viele Jahre entbehren mußten. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident Dr. Dinghofer:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Angerer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Dr. Angerer:** Hohes Haus! Im Anschlusse an die Ausführungen des Herrn Vorredners wird es natürlich schwer sein, wieder zu den nackten Zahlen zurückzukehren, da wir ja noch unter dem Eindrucke der Rede und unter dem Mitgeföhle stehen, das wir mit diesen vielen Unglücklichen haben, die nicht durch unsere Schuld, sondern durch die Ungerechtigkeit, durch das Uebelwollen gehässiger, gefühlloser Menschen, teilweise auch infolge sachlicher Schwierigkeiten noch immer nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten. Allein ich muß mich doch auch wieder dem realen Gebiete der ziffernmäßigen Wirklichkeit zuwenden, zumal ja bei den beiden Gegenständen, die gegenwärtig in Verhandlung stehen, beim Kapitel „Wehrmacht“ wie beim Kapitel „Liquidation“ Ausgabenposten vorliegen, die zusammen ungefähr ein Viertel unseres gesamten Ausgabenetats im Staate darstellen. Es werden ja im Kapitel „Wehrmacht“ Ausgaben von 1179 Millionen und im Kapitel „Liquidation“ Ausgaben von 3199 Millionen, also zusammen von 4378 Millionen verzeichnet. Von den gesamten Ausgaben unseres Budgets von 16,8 Milliarden, das sich allerdings gegenwärtig schon auf gegen 18 Milliarden gesteigert hat, sind diese 4000 Millionen also ungefähr ein Viertel.

Es ist daher dringend notwendig, daß wir uns mit einzelnen dieser Posten eingehend beschäftigen. Zunächst einige Bemerkungen über die Wehrmacht. Es ist schon von einem Vorredner, Herrn Dr. Schürff, über die Wehrmacht bereits gesprochen worden, ich möchte daher nur einige wenige Punkte ergänzend hinzufügen. Zunächst über die Organisation der Bildungsarbeit. Ich betone, daß wir die Bildungsarbeit in der Volkswehr unbedingt für einen Fortschritt und für eine unbedingte Notwendigkeit halten. Sie soll aber ein Teil der allgemeinen Bildungsbestrebungen sein, die ja im Volksbildungsamt des Staatsamtes für Unterricht ihren Mittelpunkt haben. Allein wir könnten uns nicht damit einverstanden erklären, daß die Bildungsarbeit in der Volkswehr ein parteipolitisches Gepräge bekäme, daß sie eine parteipolitische Propaganda auf Kosten der Steuerträger wäre. Dagegen müßten wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Wenn das eingehalten wird, was beispielsweise vom Landesbefehlshaber in Wien im Amtsbefehl Nr. 5 vom 8. Jänner 1920 über den Zweck der Bildungsarbeit der Wehrmacht mitgeteilt wird, dann können wir mit diesen Bestrebungen durchaus einverstanden sein. Dort heißt es: „Die Bildungsarbeit verfolgt den Zweck, aus Soldaten produktive, wohl brauchbare und allgemein gebildete, körperlich tüchtige Arbeitsmenschen zu erziehen. Diese sollen überdies die infolge der Kriegszeit tief gesunkene Arbeitslust heben und beispielgebend in den breiten Massen des Volkes wirken.“ Das ist ein Ziel, alles Strebens wert und wir wären sehr damit einverstanden, wenn an diesem Ziele durchaus festgehalten würde. Nur möchten wir wünschen, daß zwischen den Bildungsbestrebungen in der Volkswehr und dem im Staatsamte für Unterricht eingerichteten Volksbildungsamte eine innige Beziehung hergestellt wird, weil wir nicht verstehen können, warum ein Teil, eine kleine Gruppe von Staatsbürgern, außerhalb jenes Rahmens stehen soll, der für Volksbildungszwecke durch das Staatsamt für Unterricht für die Gesamtheit eingerichtet wurde.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen, daß wir im Kapitel Volksbildung eine beschämend geringe Ausgabenziffer finden. Ich meine hier nicht die Volksbildung der Volkswehr, sondern die Volksbildung im Staatsamte für Unterricht. Wir finden im Voranschlag 130.000 K. eingesetzt, im ersten und zweiten Nachtrage nichts, im dritten Nachtrage finden wir 240.000 K., so daß im ganzen für Volksbildungszwecke in unserem gesamten nahezu auf 18 Milliarden kommenden Ausgabenetat für die Volksbildung 370.000, also ein Drittel Million Kronen eingesetzt finden. Diese geringe Summe ist für das gesamte Volksbildungswesen bestimmt. Wenn wir einerseits vor den großen Aufgaben erschrecken, so müssen wir andererseits jene Ausgaben, die für



Volksebildungszwecke eingesetzt sind, unter allen Umständen als eine zu geringe Ziffer ansehen, denn gerade die mangelnde Volksebildung ist eine jener beklagenswerten Tatsachen, die uns den Wiederaufbau so außerordentlich schwierig erscheinen lassen.

Was die Volksebildung der Volksewehr anbelangt, so würden wir wünschen, daß die oben angedeuteten Richtlinien eingehalten würden und daß die einzelnen Äußerungen, die wir aus Kreisen der Soldatenräte gehört haben, als Kinderkrankheiten auf diesem Gebiete zu betrachten wären.

Das zweite, worüber ich einige Worte sprechen möchte, ist die Auffassung dieser neuen Wehrmacht als Arbeitsarmee, wie es der Herr Staatssekretär Dr. Deutsch dargestellt hat. Die Auszubildung im Sinne einer Arbeitsarmee ist zu begrüßen. Es ist wertvoll, wenn Soldaten nach dem Ausscheiden aus der Wehrmacht als qualifizierte Arbeiter in das praktische Leben eintreten. Wenn wir dann aber wieder lesen, daß Ende April eine Kreiskonferenz der Soldatenräte in Wien stattgefunden hat, in der eine dreistündige Arbeitszeit gefordert wurde, dann müssen wir es freilich wieder als sehr zweifelhaft finden, ob diese Armee mit ihrem Gedanken, eine Arbeitsarmee zu sein, sich wirklich durchsetzen wird. Das Staatsamt für Heerwesen, so ist in den Zeitungen zu lesen gewesen, habe eine fünfständige Arbeitszeit von 7 bis 12 Uhr vorgeschlagen, während die Kreiskonferenz eine dreistündige Arbeitszeit von 8 bis 11 Uhr vormittags gefordert hätte. Dagegen müßten wir uns wohl wenden; denn der Staatsbürger hat nicht bloß Rechte, und das gilt auch für die Soldaten der Wehrmacht, sondern er hat auch Pflichten gegenüber der Gesamtheit. Es wäre sehr wertvoll, wenn wir von maßgebender Stelle eine Aufklärung über die Sache erhalten würden. Der Gedanke der Arbeitsarmee an sich aber ist ein zweifellos guter.

Eine dritte Bemerkung möchte ich über die Berufsmilitärangestellten und ihre Unterbringung machen. Ein Teil der Berufsmilitärangestellten ist in der neuen Wehrmacht untergebracht, ein anderer Teil soll bei den Finanzbehörden, insbesondere zum Zwecke der Durchführung der Vermögensabgabe, untergebracht werden. Da möchte ich darauf hinweisen, daß wir von dem Wirtschaftsverbande der Berufsmilitärangestellten Österreichs, und zwar vom Landesverbande Kärnten, eine Mitteilung zugekommen ist, in der verlangt wird, daß vor allem dafür eingetreten werde — und dieser Wunsch ist gerechtfertigt — daß bei der Auswahl der Offiziere, die sich um die Einreihung in den Finanzdienst bewerben, nicht die Entscheidung des Staatsamtes für Heerwesen, auch nicht die Entscheidung des Staatsamtes der Finanzen allein maßgebend sein sollen, weil diese Stellen nicht in der Lage sind, die einzelnen Bewerber zu kennen, sondern die Landesfinanzbehörden

der einzelnen Länder in erster Linie die Auswahl zu treffen hätten, weil diese am leichtesten in der Lage seien, mit den dortigen Berufsangestelltenverbänden in Verbindung zu treten und auf diese Art durch Zusammenwirken dieser Körperschaften die Auswahl der geeignetsten Bewerber zu treffen.

„Nach Mitteilungen des Vertreters des Landes Kärnten“, so heißt es in der Zuschrift, „in der Reichskommission A in Wien sind beim Staatsamt für Heerwesen nicht alle diese Gesuche einer gleichmäßigen Erledigung unterzogen worden. In der Behandlung der Gesuche zeigen sich auffallende Verschiedenheiten, weil sie das Staatsamt nach eigenem Gutdünken befürwortet oder nicht befürwortet. Dem Staatsamt liegt kein derartiges Material vor, um eine zutreffende Auswahl vornehmen zu können. Hierzu wären in erster Linie die Landesfinanzbehörden berufen, die sich bei den Übernahmskommissionen des Landes und der Berufsorganisation, wenn nötig, einwandfreie Aufklärungen einholen können sollte.“

„Wie uns unser Vertreter weiter mitteilt“, heißt es in der Zuschrift weiter, „sollen ein Großteil der Gesuche von jungen Offizieren und Beamten nicht befürwortet worden sein. Tatsache ist, daß den jungen Angestellten die Aufnahme in die neue Wehrmacht mit der Begründung eingeschränkt wurde, daß diesen ein Unterkommen in anderen Dienstbeziehungsweise Berufszweigen infolge ihrer Jugend leichter möglich ist, was wohl auch begründet erscheint. Nun will man ihnen aber die erste sich bietende Gelegenheit, eine Lebensexistenz zu finden, scheinbar nehmen.“ Dabei muß aber doch erwähnt werden, daß auch darauf Bedacht genommen werden muß, daß es auch unter den jungen Angestellten Familienväter gibt, daß also auch hier nicht eine einheitliche Ablehnung, sondern eine individuelle Prüfung des Sachverhaltes notwendig sein wird. Ich muß daher diesen Wunsch vorbringen, kann aber sagen, daß der Herr Staatssekretär für Heerwesen Dr. Deutsch, mit dem ich in dieser Sache schon gesprochen habe, erklärt hat, daß er durchaus keine Einwendungen dagegen zu erheben habe, im Gegenteil, daß es ihm nur darum zu tun sei, möglichst viele Leute unterzubringen. Ich glaube, daß wir wohl mit Aussicht auf Erfolg die Bitte an das Staatsamt der Finanzen werden richten können, daß dieser Wunsch berücksichtigt wird, daß also die Finanzlandesdirektionen in erster Linie bei der Auswahl zu entscheiden haben. Zudem stehen wir auf dem Standpunkte, daß womöglich in erster Linie die Landesfinder des betreffenden Landes in Betracht kommen, also für uns Kärntner die Kärntner und dann jene Offiziere, welche an den Kärntner Abwehrkämpfen teilgenommen haben, und erst wenn dann noch weiterer Bedarf vorhanden ist,



Offiziere aus anderen Ländern. Das ist der Standpunkt, den wir in dieser Frage einnehmen.

Ich möchte auch zu dem Kapitel der bewaffneten Arbeiterwehren ein paar Worte sprechen. Es wird viel darüber gestritten, ob es bewaffnete Arbeiterwehren gibt oder nicht, und es wäre auch an der Zeit, wenn man endlich einmal authentisch eine den Tatsachen entsprechende offizielle Aufklärung bekäme. Es geht natürlich nicht an, daß wir Arbeiterwehren auf Staatskosten besitzen, wie es in den Blättern betreffs des Arsenal's immer wieder mit Hartnäckigkeit berichtet wird. Arbeiterwehren auf Staatskosten könnten wir nicht brauchen. Wir könnten auch bewaffnete Bauernwehren auf Staatskosten nicht brauchen. Und wenn mitunter gesagt wird, daß es bewaffnete Bauernwehren gibt und demgemäß auch bewaffnete Arbeiterwehren geben müsse, so ließe sich darüber reden. Aber eine Bewaffnung auf Staatskosten für Bauern und Arbeiter kann es neben der eigentlichen bewaffneten Macht, die wir besitzen, nicht geben.

Wenn sich aber Bauern und auch bürgerliche Kreise Waffen zu verschaffen trachten, so darf man das wohl nicht so kritisch nehmen, wie es da und dort geschieht. Es ist Tatsache, daß Arbeiter, die nicht in der Wehrmacht sind, Waffen besitzen, und es ist daher selbstverständlich, daß sich andere Berufskreise auch nicht das Recht werden nehmen lassen, sich in den Besitz von Waffen zu setzen, nicht um irgend jemand zu überfallen — das muß ausdrücklich festgestellt werden — sondern um sich gegen Elemente der Unruhe und Unordnung zu schützen. Der Bauer und der Bürger ist nicht Volschewik, nicht gewalttätig und kein Eigentumsfeind. (*Abgeordneter Schiegl: Aber auf die Gendarmen haben sie geschossen!*) Ich siehe hier auf demselben Standpunkte, den der Herr Abgeordnete Mataja von der christlichsozialen Partei vorgestern hier vertreten hat. Wer das Gesetz übertritt, muß auch nach dem Gesetze bestraft werden, welcher Partei er immer angehört. Ich habe es vorgestern für tief bedauerlich empfunden, daß von seiten der sozialdemokratischen Vertreter, ich kann sagen, mit solcher Gehässigkeit den Ausführungen des Herrn Dr. Mataja gegenüberübergetreten wurde, als er die Neunkirchner Vorgänge erörterte. Es muß jeder rechtlich denkende Mensch unter allen Umständen erklären, daß Recht Recht bleiben muß, wenn wir nicht in ein völliges Chaos hineinkommen sollen. Ob jemand dieser oder jener Partei angehört, das muß gleichgültig bleiben. Es geht doch nicht an, daß ein Richter parteipolitische Gesichtspunkte bei der Sprechung des Urteiles oder daß ein Lehrer parteipolitische Gesichtspunkte bei der Klassifikation von Schülern als maßgebend erachtet. Um so weniger dürfen Männer, die politische Führer, Vertreter des Volkes sein sollen, sich auf den Standpunkt stellen, daß man

unter Umständen das Recht zugunsten einer Partei beugen soll. Das ist ein Tiefstand, der mich vorgestern geradezu entsetzt hat; denn ich stehe unverrückt auf dem Standpunkte, daß wir nur durch die Anerkennung von Gesetz und Recht zu einer Ordnung kommen können; darum verstehe ich nicht, wie es erwachsene Männer geben kann und noch dazu nicht politische Kinder, sondern politische Führer, die hier im Parlament sitzen, die einer so einfachen und richtigen Auffassung über die Justiz, wie sie Herr Dr. Mataja ausgesprochen hat, so feindlich gegenüberübertreten konnten. Ob einer, der das Gesetz übertritt, ein Parteigenosse unserer Partei oder der christlichsozialen oder der sozialdemokratischen Partei ist, muß gleichgültig sein. Wer das Gesetz übertritt, muß nach dem Gesetze bestraft werden. (*Zustimmung.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Ich muß den Herrn Redner aufmerksam machen, daß wir jetzt nicht beim Kapitel Justiz sind. Ich bitte zur Sache zu sprechen.

Abgeordneter Dr. Angerer (*fortfahrend*): Ich muß nun betonen, daß es Bauernwehren gibt, welche Waffen besitzen. Wenn sie sie mißbrauchen, müssen sie ebenso bestraft werden wie die anderen, die sie mißbrauchen. Aber wenn sie sie haben, um sich gegen Überfälle, Unordnung und Aufruhr zu schützen, so ist das berechtigt und ich muß die Gelegenheit ergreifen, das zurückzuweisen, was, wenn ich nicht irre — ich habe es in den Zeitungsberichten gelesen — bei der Verhandlung des Kapitels Heereswesen im Finanz- und Budgetausschuß der Herr Abgeordnete Dr. Danneberg gesagt hat und was auch hier im gedruckten Berichte angedeutet ist; dort heißt es nämlich: „Die Bürgerräte in diesen Ländern — nämlich Kärnten, Tirol und Salzburg — versuchten, die Volkswehr zu mißbrauchen.“ Wenigstens, was Kärnten anbelangt, muß ich betonen, daß von seiten der Bürger- und auch der Bauernräte niemals versucht wurde, die Volkswehr zu mißbrauchen. Wenn in diesem Zusammenhange insbesondere auf Vorgänge in St. Veit an der Glan in Kärnten hingewiesen wurde, wie ich aus den Zeitungsberichten über die Verhandlungen des Finanz- und Budgetausschusses entnommen habe, so muß ich betonen, daß es sich in St. Veit an der Glan darum gehandelt hat, über Mittel und Wege zu beraten, wie man es im Falle einer Störung der Ordnung einrichten könnte, um Störungen der Ordnung zu verhindern.

Ich weiß, daß nicht bloß zwischen Vertretern der beiden bürgerlichen Parteien, sondern im Einverständnis mit den Sozialdemokraten Abmachungen getroffen worden sind, wie der Herr Abgeordnete Hubmann jedenfalls wird bestätigen können. Es hat sich also nicht um irgendeine



Putzabsicht oder eine beabsichtigte Gewalttätigkeit bei dieser Vorbereitung einer Bewaffnung der Bevölkerung in St. Veit an der Glan in Kärnten gehandelt, sondern darum — ich betone es nochmals —, wie es alle Ordnungselemente zusammen einrichten könnten, um möglichen Gewalttätigkeiten entgegenzutreten.

Das ist etwas anderes, als wie es der Herr Abgeordnete Dr. Danneberg, wenigstens nach den Berichten der Zeitungen, im Finanz- und Budgetausschusse dargestellt hat. Ich glaube, daß auch die sozialdemokratischen Kreise das größte Interesse daran haben, dafür zu sorgen, daß alle Gewalttätigkeiten vermieden werden und eine ruhige Entwicklung in die Wege geleitet wird. Wir in Kärnten wenigstens haben vielfach die Möglichkeit gehabt, auch mit sozialdemokratischen Kreisen über viele wichtige Fragen ganz leidenschaftslos, rein sachlich zu reden und wenn nicht die bösen Einflüsse, die vielfach von Wien ausgehen, auch in die Länder hinüberkommen würden, würden wir noch viel leichter und besser zusammen arbeiten, weil uns doch vieles verbindet, neben vielem, was uns trennt.

Soweit über die bewaffnete Arbeiterwehr, die Kritik der Vorgänge in St. Veit an der Glan und die Bewaffnung der Bauern. Anders ist es, wenn Waffen und Kriegsmaterial, die vom alten Staate herkommen, eigenmächtig zur Ausrüstung von Arbeiterwehren verwendet werden und Arbeiterwehren auf Staatskosten bestehen. So etwas kann nicht gutgeheißen werden. Wenn man eine solche kontrollose Wirtschaft führt, dann weiß man eigentlich nicht, wie man sich dazu stellen soll, wenn man hört, daß jetzt die Entente die Überwachung der Kriegsmaterialdepots übernehmen will. Eigentlich ist das ein Übergriff, der entschieden zurückzuweisen ist, weil erst innerhalb dreier Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages diese Bestimmungen in Wirksamkeit treten können.

Wenn wir aber auf der anderen Seite uns wieder sagen müssen, da herrscht eine eigenmächtige Wirtschaft, es werden Sachen verschleppt, man weiß nicht, wohin sie kommen, so wird es einem wieder schwer, eine solche unparteiische Überwachung unter allen Umständen abzulehnen und zu bekämpfen. In eine solche Zwitterstellung kommt man durch die Eigenmächtigkeiten und Unordnung, die da besteht.

Es wäre daher notwendig und sehr dankenswert, wenn wir vom Herrn Staatssekretär für Heereswesen oder vom Herrn Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, dem die staatlichen Industriewerke unterstehen, Aufklärung über die ganze Sache bekämen, wie es mit den Waffen- und Munitionsverkäufen aus den staatlichen Industriewerken eigentlich steht. Man liest alle Augenblicke von Verkäufen nach Polen,

nach der Tschecho-Slowakei, nach Ungarn usw., dann werden sie wieder abgeleugnet und auf der anderen Seite liest man wieder, daß solche Verkäufe doch abgeschlossen worden sind. Es werden Mitteilungen abgedruckt, wie eine, die mir hier vorliegt, wo es heißt (*liest*):

„Das Staatsamt für Heereswesen an das Munitionswerk Wöllersdorf für nachbezeichnete Lieferung an das Munitionswerk Enzesfeld (Privatbetrieb):

32.000 Stück Muster 15 adjustierte Doppelzylinder zum Verkaufspreise von K 23 44 pro Stück;

10.000 Schrapnellnadelhülsen für Muster 14 Doppelzylinder zum Verkaufspreise von 78 Heller pro Stück.“

Wenn dann der Herr Staatssekretär sagt, er wisse nicht, wohin das kommt, er verkaufe es dem Munitionswerk Enzesfeld, und man darauf erwidert, daß dieses Enzesfelder Werk nach Polen liefert, so kann in der Öffentlichkeit keine andere Meinung entstehen, als daß eben in diesem Falle das betreffende Werk nur die Mittelsperson ist, um die Munition nicht direkt, aber auf diesem Umwege nach Polen zu liefern. Man könnte ja allenfalls darüber reden, aber das Vertuschen geht nicht; in diesen Dingen sollte Offenheit herrschen, wenigstens soweit wir Abgeordnete in Betracht kommen, damit wir doch erfahren, wie wir daran sind. Es sind das ja Vermögenswerte des Staates.

Was die staatlichen Industriewerke selbst angeht, so möchte ich betonen, daß es unbegreiflich ist, wie diese Werke mit 167 Millionen Kronen passiv sein können, wie es sich nach dem dritten Nachtrage ergibt, der uns von der Regierung vorgelegt wurde. Der Herr Berichterstatter hat sich die Sache sehr einfach gemacht, indem er die beiden Posten: liquidierende Kriegsbetriebe und Liquidation der Kriegsgüter zusammengezogen und herausgebracht hat, daß die Ausgaben 311 Millionen Kronen, die Einnahmen 338 Millionen Kronen betragen, daß also ein Überschuß von 27 Millionen da sei. (*Abgeordneter Schiegl: Das ist ja schön!*) Gewiß; wenn ich aber die Industriewerke allein behandle — und das halte ich eben für das Richtige, wenn ich wissen will, ob die Kriegsbetriebe aktiv oder passiv sind —, dann stellt sich die Sache anders. Dann sehen wir, daß die Ausgaben 252 Millionen, die Einnahmen 85 Millionen betragen und daß sich ein Abgang von 167 Millionen Kronen ergibt. Das ist die Bilanz über die staatlichen Industriewerke, für die seit 1. Oktober 1919 eine Generaldirektion eingesetzt ist — was ganz vernünftig ist —, die dem Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten untersteht. Darum habe ich eben früher gesagt, daß wir vom Herrn Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten die entsprechenden Aufklärungen bekommen



möchten. Wir können es nicht verstehen, warum diese staatlichen Industriewerke so passiv sein können. Ich gebe zu, daß vielfach, wie es auch im Berichte gesagt ist, irrtümliche Ziffern in den Zeitungen erschienen sind. Das wird gewiß richtig sein und es ist auch schwierig, zu beurteilen, wie die Sache wirklich steht, weil ja eine kaufmännische Bilanz bisher nicht erstellt worden ist. Aber daß auch nach dem Ausweise, der uns hier vorliegt, ein Abgang von 167 Millionen Kronen verzeichnet ist, das läßt schon tief blicken, das ist schon eine Sache, die zeigt, daß die Geschichte nicht in Ordnung ist. Deswegen glaube ich, daß die allgemeine Meinung in der Bevölkerung nicht ganz fehlgehen wird, wenn sie sagt: es herrscht in den staatlichen Industriebetrieben eine Gruppe von Menschen, die eine Wirtschaft ohne Rücksicht auf das Staatswohl, ohne Rücksicht auf das gesamte Staatsvermögen, eine Wirtschaft für sich betreiben. Sie betrachten die Werte als Eigentum ihrer privaten Gesellschaft, sie betrachten den Betrieb als einen Staat im Staate, ein Beispiel dafür, wie verfehlt die Sozialisierungs-idee in den Kreisen mancher Arbeiter aufgefaßt wird, die da aktiv beteiligt sind. Die Sozialisierung wird als eine Gelegenheit aufgefaßt, das für sich zu nehmen, was irgend ein anderer durch Arbeit erworben hat. Das ist die Auffassung der Sozialisierungs-idee in weitesten Kreisen. *(Ruf: Das ist Ihre Auffassung!)* Nein, wir anerkennen das Eigentum als den Lohn ehrlicher Arbeit und betrachten dieses Eigentum als Besitzstand, und zwar als gerechtfertigten Besitzstand desjenigen, der die Arbeit geleistet hat. *(Ruf: Ganz richtig, der die Arbeit geleistet hat!)* Gewiß, aber fremdes Material als sein eigenes zu erklären, geht nicht an; denn das ist doch sicher, daß die Arbeiter in diesen Werken das Kriegsmaterial nicht durch ihre Arbeit erworben haben, sondern das ist vom alten Staat aus Steuergeldern zusammengekauft worden und gehört der Allgemeinheit, nicht den Arbeitern.

Wir meinen, es kann keine schrecklichere Mißdeutung der Sozialisierungs-idee geben als die, wie sie uns hier vorliegt. Ich meine, es ist das gerade ein Beispiel, daß heute entsozialisiert wird, daß Einrichtungen, die durch langsame Entwicklung nach und nach Eigentum der Gesamtheit geworden sind, wieder aus dem Gesamteigentum herausfallen und wieder in das Privateigentum, wenn auch einer Gruppe von Menschen, übergehen. Es ist dieselbe Erscheinung, als wenn wir unsere Eisenbahnen ausländischem Kapital verpachten wollten, unser Tabakmonopol verkaufen würden. Das wäre eine Entsozialisierung, die zerstört, was auf dem Wege vernünftiger Sozialisierung durch jahrzehnte- oder sogar jahrhundertelange Arbeit geleistet worden ist. Denn jahrhundertelange Arbeit ist dahinter, bis wir dazugekommen sind, zum Beispiel ein einheitliches Postwesen zu-

standezubringen. Das ist vernünftige Sozialisierung. Ich betone das, weil ich aussprechen möchte, daß wir nicht gegen alle Sozialisierungsbestrebungen sind, sondern nur gegen jene, die gewaltsam und plötzlich vor sich gehen und auch keinem allgemeinen Bedürfnis entsprechen, und insbesondere gegen jene, die sich in den staatlichen Industriewerken zeigt, wo der Einfluß einer einzelnen Gruppe entscheidend ist. Daß solche Wirtschaften passiv sein müssen, kann uns nur selbstverständlich erscheinen.

Von den Industriewerken möchte ich nun zur Liquidation der Kriegsgüter übergehen. Hinsichtlich der Liquidation der Kriegsgüter spricht die Bevölkerung nicht anders als von einem Liquidierungsstandal.

Es ist ganz sicher, daß durch eine unkaufmännische und planlose Verwertung Milliarden verloren gegangen sind an Vermögen, das dem Gesamtstaat und dem Gesamtvolk gehört. Und wenn man nun sagt, wie es im Berichte heißt, daß die mangelnde Einordnung der Länder auch ein Hauptgrund für die nicht genügend erfolgreiche Tätigkeit in der Sachdemobilisierung sei, so ist das ganz unrichtig. In dem Berichte heißt es nämlich *(liest)*:

„Eine den Geschäftsgang der Anstalt hinderliche Erscheinung ist insbesondere in der mangelnden Einordnung der in den Ländern errichteten Zweiganstalten in die allgemeinen Grundsätze und Richtlinien der Hauptanstalt zu erblicken.“

Ich möchte sehr bezweifeln, ob nicht die Länder diese Kriegsgüter viel besser verwertet haben, als es hier in der Zentrale geschehen ist. Wir haben die Meinung, daß die Länder viel besser dafür gesorgt haben, daß nichts zugrunde geht, daß nichts gestohlen, daß nichts verschleudert wird, weil die Arbeit, meines Erachtens, in den Ländern draußen überhaupt viel mehr gewertet wird, daher auch das Eigentum, als in der Großstadt, wo es eine Menge von Leuten gibt, die nicht recht arbeiten wollen und daher auch das durch Arbeit erworbene Eigentum nicht recht zu schätzen wissen.

Auch wir in Kärnten haben uns sehr bemüht, die Kriegsgüter zu erhalten und ordentlich zu verwalten und nicht zu verschleudern. Und wenn es einmal zu einer ordentlichen Abrechnung kommen wird, dann wird es sich sicher zeigen, daß die Länder viel besser gewirtschaftet haben als Wien und daß es nicht in den Ländern gefehlt hat, sondern hier in der Zentrale in Wien, von wo die Unordnung ausgegangen ist. Da sind nicht immer allgemein sachliche Interessen, sondern vielfach private Provisions- und Geschäftsinteressen maßgebend gewesen. Es ist die Meinung der Bevölkerung, Privatinteressen sind allgemein volkswirtschaftlichen und staatsfinanziellen Interessen vorangestellt worden. In den Ländern ist das nicht der Fall gewesen.



Und wenn sich nun die Länder weigern, alles nach Wien zu geben, alles den Wienern auszuliefern, so ist das verständlich. Die Länder können nicht so ohne weiteres das, was sie durch ihre Arbeit und Mühe gerettet haben, hergeben, weil sie sagen, wer weiß, was in Wien damit geschieht, verwerten wir es also in den Ländern. Wir werden schon verrechnen; wir wollen nicht Raub am Staate ausführen. Das ist nicht richtig. Besonders wir in Kärnten haben große Schwierigkeiten gehabt und haben viel Sorge aufgewendet, weil es sich bei uns immer wieder um die jugoslawischen Einfälle und dabei darum gehandelt hat, die Sachen auch vor diesen fremden Eroberern zu schützen, und es ist auch viel gerettet worden durch Mühe und Plage und Sorge von Leuten, die dort in selbstloser Weise mitgetan haben. Es ist also meines Erachtens nicht gerechtfertigt, wenn es im Berichte heißt, der Hauptgrund für die nicht genügenden Erfolge der Sachdemobilisierung bestehe in der ungenügenden Einordnung der Zweigstellen in den Ländern. Daß die Länder nicht alles hergeben, ist begreiflich, aber gewahrt worden sind die Kriegsgüter in den Ländern besser als in Wien in der Zentrale. Das möchte ich ausdrücklich feststellen.

Manche Verfügungen der Zentrale sind äußerst ungeschickt. Ein Beispiel hierfür ist die Geschichte mit den Pferden in Kärnten. Beim Zusammenbruch im November 1918 sind von den bäuerlichen Besitzern Pferde übernommen, gekauft und dann aufgefüttert worden. Das war zu einer Zeit, wo die Pferde zu Hunderten und Tausenden auf den Feldern und Auen herumstanden und an Hunger zugrunde gegangen wären, wenn sich niemand ihrer angenommen hätte. Im Herbst 1919 kam es zur Verfügung einer Nachschätzung dieser Pferde. Es wurde kein Einwand gegen diese Nachschätzung erhoben. Der Kärntner Landeskulturrat ist vielmehr auf dem Standpunkte gestanden, man möge eine solche Nachschätzung bewilligen, allerdings müsse man verlangen, daß nur mäßige Nachzahlungen vorgeschrieben werden und die Sache nicht etwa so aufgefaßt wird, als ob es sich um ein neuerliches Ankaufen der Pferde durch die Besitzer handle. Was ist aber eingetreten? Der unvernünftige Vorgang, daß die Pferde, die ohne die Übernahme durch die Besitzer zugrunde gegangen wären und die die Besitzer gegen Beschneidung gekauft haben, nun zu Preisen neu eingeschätzt wurden, um die sie der Landwirt gar nicht mehr kaufen kann. Es ist begreiflich, daß eine solche übermäßige Einschätzung allgemeinen Unwillen hervorgerufen hat. Der Bauer kann einfach nicht verstehen, wieso das rechtmäßig gekaufte Pferd nicht sein Eigentum sein soll. Wenn man so wirtschaftet, muß man das Rechtsempfinden in der Bevölkerung untergraben.

Dazu kommt noch etwas. Diejenigen, welche die damals gekauften Pferde wiederverkauften und einen Gewinn daraus zogen, die die Pferde also nicht für ihre eigene Wirtschaft aufgezogen haben, die sie nicht aufgefüttert haben und heute benutzen, sondern die die Pferde nur zu Geschäftszwecken gekauft haben, weil sie gerade Futter hatten, um sie nach einiger Zeit teuer wieder zu verkaufen, die werden von dieser Nachschätzung nicht getroffen, sie gehen frei aus und die anderen kommen zum Handfuß. Sehen Sie, das sind Verfügungen, die von Wien ausgehen! Das müssen wir doch für durchaus ungerecht und unvernünftig halten. Ja, wenn der Schleichhändler und Spekulant getroffen würde, der die Pferde zu Profitzwecken gekauft und verkauft hat, dann wären wir durchaus einverstanden. So aber wird das Kind mit dem Bad ausgeschüttet; es wird nur der getroffen, der ein Pferd für sich gekauft, die Bestätigung über die geleistete Zahlung in der Hand hat und das Pferd aufgezüchtet hat und benutzt. Wir müssen also unter allen Umständen verlangen, daß diese unvernünftige Nachschätzung eingestellt und durch eine vernünftige Regelung ersetzt wird. So wie das jetzt angefangen wurde, geht die Sache nicht.

Ein Gegenstück dazu sind die offenen Forderungen und Rückerlässe der entstandenen Schäden. Da hört man von einer Auszahlung nichts. Es handelt sich bei uns um Aufmarschschäden, um Kampfschäden, um Etappenschäden und um Rückzugschäden. Diese Schäden sind zum Teil sogar schon kommissionell festgestellt. Aber daß irgendeine Begleichung, eine Auszahlung erfolgt, davon hört man nichts. Hier müßte die Staatsregierung unter allen Umständen die Pflicht erkennen, auch etwas zu tun. Ich muß feststellen, daß ich es für einen Fortschritt halte, daß endlich im dritten Nachtrag zum Finanzgesetz ein Betrag von 7,5 Millionen Kronen für Kriegsleistungs- und Einquartierungsschäden eingesetzt ist. Aber weder im Voranschlage, noch im ersten, noch im zweiten Nachtrag ist auch nur eine Krone dafür eingesetzt gewesen. Erst hier im dritten Nachtrage.

Darum sage ich, ich betrachte es als Fortschritt, im Sinne der Vernunft, daß hier ein Betrag von 7,5 Millionen Kronen für die vorzuschüssige Begleichung dieser Kriegsleistungs- und Einquartierungsschäden eingesetzt ist. Es haben ja Bauern wertvolle Gründe verloren, Gewerbetreibende mußten ihre Betriebe dem Militär überlassen; Fabriken sind vom Militär beschlagnahmt worden. Aber um eine Entschädigung hat man sich bisher nicht gekümmert. Von seiten der Großdeutschen Vereinigung ist vor Monaten bereits eine Anfrage in dieser Sache an die Regierung gestellt worden. Glauben Sie, daß wir eine Antwort bekommen hätten? Nicht einmal einer Antwort hat man die Anfrage wert gehalten,



eine Anfrage, die sich doch um eine Frage dreht, die Tausende von Menschen, welche im Wirtschaftsleben stehen, interessiert und betrifft. Diese Schadenersatzforderungen müssen doch in irgendeiner Weise geregelt werden. Rast darüber hinwegzugehen, geht doch nicht an. Darum betrachte ich es als Fortschritt, daß wenigstens 7½ Millionen in diesem dritten Nachtrag eingesetzt sind. Aber die Regierung hätte sich schon die Mühe nehmen können, auf unsere Anfrage eine Antwort zu geben. Wenn auch eine Zahlung augenblicklich unmöglich wäre, den guten Willen hätte man wenigstens zeigen sollen. Es ist schon eine Beruhigung, wenn man hört, man beschäftigt sich mit der Sache. Es ist richtig, es handelt sich um Berechnungen mit den Nachfolgestaaten, um Überprüfungen von Akten usw. Trotzdem hätte schon längst etwas geschehen können. Aber warum wird der Weg der voranschreitenden Abschlagszahlung erst jetzt beschritten? Es steht nämlich im Bericht, daß das nur vorläufige Zahlungen sind, unbeschadet der Berechnungen mit den Nachfolgestaaten. Das ist ein Weg der gangbar ist. Warum aber erst jetzt, warum nicht schon vor einem halben oder einem Vierteljahr? Oder wenn es damals noch nicht möglich gewesen wäre, warum hat man nicht wenigstens gesagt: Aus diesen und diesen Gründen geht es nicht, aber wir beschäftigen uns ernstlich mit der Sache? Aber einfach nichts zu tun und alles zu ignorieren, das halte ich für einen groben Fehler. Das erzeugt Mißtrauen und Mißstimmung und man sagt sich zum Schluß: Ja, wenn sich die Regierung um unsere Sache gar nicht kümmert, dann ist es eine Regierung, der wir feindlich gegenüberstehen müssen, weil sie im Gegensatz zu unseren Interessen steht und sich um das, was uns angeht, gar nicht kümmert. Wie leicht und rasch es geht, wenn man will, dafür ein Beispiel. Durch die Montanabteilung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten ist es möglich geworden, daß eine verhältnismäßig große Anzahl bäuerlicher Besitzer im Mülltal in kürzester Zeit zur Entschädigung jener Grundstücke kommen werden, über die seinerzeit eine Rollbahn gebaut wurde, die die Riese vom Schwefelkiesbergbau in Großfragant zur Bahn zu befördern bestimmt war. Es hat Jahre gebraucht, bis endlich vor 14 Tagen die Sache ins Geleise gekommen ist, und zwar nur dadurch, daß das Staatsamt für Handel und Gewerbe, und zwar die Montanabteilung, sich um die Sache gekümmert hat wegen der Ausnutzung des Schwefelkiesbergwerkes, da man doch den Schwefel in der heutigen Zeit so notwendig braucht. Aber das liquidierende Kriegsministerium hat sich nicht gekümmert und würde sich auch heute nicht kümmern um die Entschädigung jener Grundbesitzer, deren Gründe durch die Anlegung dieser Rollbahn, die leichtsinnigerweise mitten durch die besten Grundstücke angelegt wurde, zu Schaden gekommen sind.

Ich war selbst Mitglied der Kommission für die Feststellung der Entschädigungen und habe selbst gehört, wie ein Besitzer zu einem Vertreter des Staatsamtes hier in Wien gesagt hat: Hätte ich ein Kilo Butter aufgebracht, wäre meine Wiese verschont geblieben und es wäre die Bahn am Ufer der Möll angelegt worden, wo sie keinen Sachschaden angerichtet hätte. Aber weil er das Kilo Butter nicht aufgebracht hat — die Kühe waren auf den Almen — ist die Sache so gemacht worden.

Solche Dinge sind seinerzeit vorgekommen. Sie können sich vorstellen, wie sich der Besitzer zu der Sache stellt, wenn keine Behörde da ist, die sich darum kümmert. Wenn man das dem alten österreichischen Militarismus in die Schuhe schiebt, meinethalben; aber die neue Regierung hätte sich doch um solche Dinge kümmern müssen, sonst geht das Rechtsbewußtsein verloren und die Bevölkerung sagt: der neue Staat, die neue Regierung ist um kein Haar besser als die alte, der alte Schlandrian die alte Interessellosigkeit, der alte Bureaukratismus geht weiter, wie es früher war. Solche Dinge sind geeignet, das Vertrauen zu dem neuen Staate zu untergraben, und es ist die Entschädigungsfrage deshalb nicht bloß eine persönliche Angelegenheit der geschädigten Grundbesitzer, Gewerbetreibenden und Industriellen, sondern auch eine Staatsfrage, weil es nicht gleichgültig ist, ob man durch die Befriedigung solcher gerechtfertigten Anforderungen die Leute zum neuen Staate heranzieht oder sie abstößt.

Ebenso ist es in bezug auf die Abschlagszahlungen für Heeres- und Marinelieferungen. Im dritten Nachtrag ist ein Fortschritt zu verzeichnen, indem ein Betrag von 220 Millionen Kronen eingesetzt ist. Mit den 260 Millionen Kronen des Staatsvoranschlages und ersten Nachtrages und den 300 Millionen Kronen, die im zweiten Nachtrag für dieses Kapitel eingesetzt sind, erscheint heute also für Abschlagszahlungen für Heeres- und Marinelieferungen bis zum 30. Juni 1920 eine Summe von 780 Millionen Kronen bestimmt. Das ist zwar auch nicht sehr viel mit Rücksicht auf die großen Forderungen, die noch ausständig sind, aber es muß anerkannt werden, daß es doch wenigstens etwas ist; wir möchten um eine beschleunigte Behandlung bitten, denn es handelt sich hier um Betriebskapital. So und so viele Gewerbetreibende, Kaufleute und Industrielle haben dem Staate seinerzeit Arbeiten oder Material geliefert, sie haben nun ihr Geld zu fordern und bekommen es nicht. Sie sind ohnehin schon geschädigt durch die inzwischen eingetretene Entwertung des Geldes und sind es um so mehr, wenn sie jetzt nicht einmal das entwertete Geld bekommen, das sie zur Fortführung ihres Betriebes brauchen. Es ist daher eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, daß voranschreitend möglichst aus-



giebige Zahlungen der liquiden Forderungen durchgeführt werden.

Diese Ausgaben sind zweifellos gerechtfertigt, wenn es auch Millionenausgaben sind. Nicht vollends gerechtfertigt sind meines Erachtens aber jene Ausgaben, welche durch den ungewöhnlich hohen Personalstand verursacht werden. Wenn ich in dem Berichte des Berichterstatters über das Kapitel „Liquidation“ die Tabelle auf Seite 3 anschau, welche besagt, daß die Anzahl der Angestellten der liquidierenden Stellen 7420 beträgt, so ist das eine Ungeheuerlichkeit. Davon entfallen auf das liquidierende Kriegsministerium 6423, auf das liquidierende Ministerium für Landesverteidigung 541 Angestellte, zusammen mit dem liquidierenden Gemeinsamen Finanzministerium, dem liquidierenden Gemeinsamen Obersten Rechnungshof und dem liquidierenden Obersten Rechnungshof alles in allem 7420 Angestellte. Die Zahl der Amtsräume ist gleichfalls eine geradezu erschreckende: Zimmer und Rabinette in ärarischen Häusern 909, Amtsräume in Mietwohnungen 45, dazu noch acht Miethäuser. Das ist ein Aufwand an Kanzleien und Personal — dazu noch 197 Telephone —, der jedenfalls abgebaut werden muß. Es wäre mir zu wünschen, daß die im Berichte des Berichterstatters geäußerte Erwartung, der auch bei der Beratung im Ausschuß Ausdruck gegeben wurde, es stehe der aus dem Präliminare errechnete Personalstand und Personalaufwand mit dem heutigen Stande in keinem Verhältnis zur Wahrheit werde und der Abbau tatsächlich möglichst rasch durchgeführt werde. Denn diese gewaltigen Ausgaben sind unerträglich, weil sie die Ergebnisse der Verwertung der Sachgüter geradezu aufzuraufen. Dazu glaube ich, ist die ganze Liquidierung nicht da, daß sie sich selbst aufzehrt. Es soll doch ein Erträgnis erzielt werden.

Ein anderes Kapitel ist das der Zivilpensionen. Da ist ebenfalls eine vorschußweise Auszahlung, im ganzen 317 Millionen Kronen, angeführt. Wir können gegen diese Ausgabepost nichts einwenden; aber es muß bei dieser Gelegenheit auf einen großen Notstand hingewiesen werden, der bei jenen Ruheständlern besteht, von denen heute noch nicht bestimmt ist, ob sie zu diesem oder zu jenem der Nachfolgestaaten gehören. Sie bekommen nicht die gleitende Zulage, die einmaligen Zuwendungen usw., sondern sie bekommen kleine Vorschüsse und, da sie ohnehin wie alle Ruheständler zu den elendest lebenden Staatsbürgern gehören, geht es ihnen noch um so schlechter, weil sie nicht einmal den ihnen zukommenden kleinen Ruhegehalt voll bekommen, sondern nur kleine Vorschüsse. Es muß unbedingt getrachtet werden, daß die Verhandlungen mit den Nationalstaaten möglichst beschleunigt werden, damit diese Unglücklichen unter den Unglücklichen zu dem ihnen gebührenden vollen Ruhegehalt kommen können.

An den Ausgaben für Zivilpensionen und die vorschußweisen Auszahlungen für die noch in der Luft hängenden Ruheständler — das müssen wir auch anerkennen —, läßt sich nichts ändern, ebenso wenig an den eineinhalb Milliarden, die wir für den Staatsschuldenzinsendienst ausgeben müssen. Das sind Verpflichtungen, gegen die man nicht ankämpfen kann. Deswegen sollte man trachten — das ist auch der Zweck, warum ich vor allem das Wort ergriffen habe —, die Einnahmen aus der Verwertung der Sachgüter für den Staat entsprechend auszunutzen, nicht aber ihn um das Erträgnis daraus zu bringen. Denn wenn wir uns vorstellen, daß wir mit Ende Juni 1919 einen Abgang von 4 Milliarden, Ende November von 7·2 Milliarden, Mitte Jänner von 8·8 Milliarden, Ende April von 10·5 Milliarden gehabt haben und bis Ende Juni wahrscheinlich auf 12 Milliarden Abgang kommen werden, so müssen wir uns doch sagen, daß wir alle diese Abgänge durch bloße Steuern nimmöglich werden decken können. Daher muß auch die ausgiebigste Verwertung jener Güter, die im österreichischen Staate schon als Staatswerte vorhanden sind, unbedingt gefordert werden. Es ist doch nicht möglich, daß wir so bedeutende Beträge bloß durch Steuern decken können. Wenn wir zwölf Milliarden hereinbringen wollen, so müssen sechs Millionen Menschen je 2000 K im Jahre tragen, also eine fünfköpfige Familie, Vater, Mutter und drei Kinder, würden für eine Summe von 10.000 K im Jahre aufzukommen haben, damit diese zwölf Milliarden jährlicher Abgang hereingebracht werden.

Das sind doch Dinge, die zeigen, wie unmöglich die Sache ist. Wenn Sie das neue Einkommensteuergesetz ansehen, nach welchem auch diejenigen zum Steuerzahlen herangezogen werden sollen, die ohnehin mit ihrem Monatseinkommen nicht leben können, so müssen Sie einsehen, daß man diese Abgänge durch bloße steuertechnische Maßnahmen nicht wird decken können. Wir müssen also trachten, einerseits die staatlichen Betriebe aktiv zu machen — dazu gehören auch die staatlichen Industrierwerke, die in dieses Kapitel hineinfallen —, und wir müssen die Verwertung der Kriegsgüter, soweit sie überhaupt noch da sind, sachgemäß, kaufmännisch und mit Ausschaltung jedes privaten Interesses durchführen. Wir müssen auch trachten, zu sparen, indem wir den Beamtenkörper abbauen, soweit er nicht unbedingt notwendig ist.

Wir müssen also auf der einen Seite sparen und auf der andern Seite rationell wirtschaften, um endlich halbwegs herauszukommen. Alles auf das Konto Steuern zu schreiben und zu hoffen, daß es gehen werde, ist ein furchtbarer Irrtum, weil der Zusammenbruch der produktiven Stände erfolgen muß.



Die Vermögensabgabe soll zehn Milliarden tragen — zwölf Milliarden wird aber der Abgang eines Jahres sein — und diese zehn Milliarden sollen erst in Jahren hereinkommen.

Das sind Dinge, die unmöglich sind. Wir verlangen daher mit Recht, daß bei der Sachdemobilisierung endlich ein kaufmännischer Geist einzieht, daß endlich eine vernünftige Verwertung durchgeführt wird und daß bei den staatlichen Betrieben endlich eine geordnete Wirtschaft Platz greift; sonst wird man sich nicht wundern dürfen, wenn Not und Elend und die Teuerung immer größer werden; denn ebenso wenig wie durch bloße Steuermaßnahmen kann man durch bloße Ausgabe von ungedeckten Banknoten die Notlage beheben. Hier wird einfach nichts anderes als Rettung und Ausweg in Betracht kommen, als daß die sozialdemokratische Partei endlich einsieht, daß auf Grundlage ihrer Auffassung eine Wirtschaftsordnung nicht wird aufgebaut werden können. Wenn wir immer nur daran denken, den Besitz wegzunehmen, statt durch Arbeit Besitz zu erwerben, dann müssen wir, und selbst wenn wir ein noch so reicher Staat wären, zugrunde gehen. So lange nicht in die weitesten Kreise unserer Bevölkerung die Überzeugung dringt, daß nur die Arbeit Werte schaffen kann und man nicht spekulieren darf auf das Wegnehmen des Eigentums, das andere durch Arbeit erzielt haben, ist es ausgeschlossen, daß eine Besserung eintritt. Im Gegenteil, das Volk wird immer tiefer in Not geraten, bis endlich in der Not die Erkenntnis von der Arbeit und von der Wertung des Eigentums wieder Platz greifen wird.

Wir können der Regierung, welche seit dem 18. Dezember 1919 die Verantwortung für die ganze Liquidierung trägt, diesen Ernst und diese Auffassung nicht zusprechen, wir sehen diesen Ernst nicht, und weil wir diesen Ernst nicht sehen, deswegen richten wir mahnende Worte an die ganze Regierung. Wir können, weil wir zu wenige sind, sie nicht beeinflussen, aber wir können mahnende Worte an die Regierung richten, da sie die Verantwortung für die ganze Sachabristung übernommen hat, seitdem die ganze Liquidierung auftrifft, ist sie möge endlich mit Energie eingreifen, um nicht bloß größere Auslagen zu verhüten, sondern auch sich das zunutzen zu machen, was an Sachgütern noch vorhanden ist und noch nützlich verwertet werden kann. Es sind große staatsfinanzielle und volkswirtschaftliche Interessen auf dem Spiele, ja noch viel mehr, es handelt sich darum, daß die Staatsbürger das Vertrauen in die Regierung nicht vollständig verlieren. Das sind hohe Güter, um die es sich hier handelt. Deswegen glauben wir, daß die Regierung gut daran täte, sich ernstlich darum zu kümmern, daß endlich das beseitigt wird, was wir Liquidierungs-skandal nennen, und daß gerettet wird, was noch

gerettet werden kann. Ein Vertrauen können wir nach den bisherigen Erfahrungen zu der Regierung aber nicht haben. Deswegen können wir auch für dieses Kapitel nicht stimmen, obwohl wir in einzelnen Punkten einen kleinen Fortschritt und eine kleine Besserung anzuerkennen vermögen. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident Dr. Dinghofer. Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Smittka. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Smittka: Hohes Haus! Wir haben jetzt zwei Reden gehört von Vertretern der großdeutschen Partei, Reden, die wir schon wiederholt in diesem Hause vernommen haben, die, losgelöst von all den Verhältnissen, in die uns der Krieg gebracht hat, von all den realen Zuständen, in denen wir heute leben, Kritik üben. Alle diese Reden von Leuten, die die Dinge nicht so beachten, wie sie wirklich sind, die den Zuständen, in denen wir heute leben, nicht Rechnung tragen, die so losgelöst von all den Dingen hier nur Kritik üben und der Meinung Ausdruck verleihen, es solle anders sein, ohne zu sagen, auf welche Art es anders sein soll, alle diese Reden klingen schließlich meinem Empfinden nach darin aus, daß in der Form der parlamentarischen Rede und all der parlamentarischen Sitten, die in einer solchen Rede gewahrt werden müssen, doch schließlich und endlich die ganze Rede nichts anderes ist als das Geschimpfe auf eine Sache ohne irgendwelche Vorschläge, ohne irgendwelche sachliche Berechtigung.

Das Beispiel einer solchen Rede war die Rede des Herrn Kollegen Dr. Schürff. Der Herr Kollege Schürff hat hier nicht das erstemal, sondern schon wiederholt Gelegenheit genommen, das Wort zu ergreifen. Er hat keine passende und keine unpassende Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne das Thema der Soldatenräte und der Volkswehr hier anzuschneiden und natürlich wiederum über die Zustände bei den Soldatenräten und bei der Volkswehr loszuziehen. Meine Herren und Frauen! Ich hatte Gelegenheit, die Soldatenräte sehr genau kennen zu lernen, weil ich mit einer Reihe von anderen Abgeordneten auch aus den bürgerlichen Parteien beim Umsturz daran mitgewirkt habe, daß die Soldatenräte überhaupt zustandegekommen sind. Ich kann Ihnen heute auf Ehre und Gewissen sagen, daß wir, wenn wir in Deutschösterreich über diese Zeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch, die viel schwieriger gewesen ist als wir sie heute haben, doch hinübergekommen sind, dies zum großen Teile dem Einfluß der Soldatenräte zu danken haben. *(Zustimmung und Widerspruch.)* Daß auch bei der Wahl der Soldatenräte manche Leute gewählt wurden, von denen man dann gesehen



hat, daß sie nicht entsprechen — nun, meine Herren, wo kommt das nicht vor? Können die Herren der Bauernpartei leugnen, daß nicht auch sie manchmal Vertrauensmänner wählen, von denen sie nachträglich sehen, daß der Mann doch nicht der richtige ist, und daß sie einen Ersatz für ihn schaffen müssen? Haben wir nicht in allen Gewerkschaften die Erfahrung gemacht, daß in irgendeiner Versammlung Vertrauensmänner gewählt werden und daß man dann sieht, der Mann taugt nicht, man muß ihn wieder entfernen? (*Abgeordneter Schiegl: Auch Abgeordnete!*) Und, meine Herren, kommt es nicht auch vor, daß die Wähler einen Abgeordneten wählen, von dem sie dann sehen, daß er nicht taugt, und den sie dann das nächstemal fallen lassen? Stellen Sie sich doch die Situation, die damals bei der Volkswehr herrschte, vor. Stellen Sie sich vor, daß die Leute vielfach das erstmal zusammengekommen sind und sich gar nicht gekannt haben. Sie haben Leute gewählt, die sie erst im Laufe der Zeit in ihrem Gehaben, Denken, Fühlen und Handeln kennen gelernt haben, von denen sie erst dann gesehen haben, daß sie bei der Wahl einen Mißgriff getan haben. Das Entscheidende bei diesen Fragen ist nicht, daß jemand gewählt wurde, der nicht entsprach, das Entscheidende in dieser Frage scheint mir zu sein, daß, wenn man erkennt, daß der Mann nicht der richtige auf dem Plage ist, Remedur geschaffen und eine Änderung herbeigeführt wird. Ich kann Ihnen hier sagen, daß der Vollzugsausschuß der Soldatenräte in jedem einzelnen Falle, wo ihm zur Kenntnis kam, daß ein Soldatenrat seinen Wirkungskreis überschritten hat, daß seine Handlungsweise nicht eine solche war, wie es im Interesse der Soldatenräte und im Interesse des Staates gelegen ist — und ich könnte Ihnen dies an konkreten Fällen nachweisen —, daß der Vollzugsausschuß der Soldatenräte in allen diesen Fällen, ich möchte beinahe sagen, in terroristischer Form erklärt hat: Der Mann wird abgesetzt und durch einen anderen ersetzt! Sie müssen doch auch begreifen, daß solche Übergriffe, wenn sie vorgekommen sind, vielfach aus der Stimmung hervorgekommen sind, die damals unter der Mannschaft und unter den Soldaten herrschte, und daß eine solche Stimmung herrschte, daran waren eben nicht in letzter Linie die Offiziere schuld, die Ihrer Partei sehr nahe stehen. (*Sehr richtig!*) Und wenn Sie das alles begreifen und nun sehen, wie die Dinge im großen und ganzen gegangen sind, so müssen Sie sagen, daß wir bei der ungeheuren Schwierigkeit der Verhältnisse, in die wir infolge der Niedriglage und der Not, in der wir leben, hineingekommen sind, doch — ich kann es ruhig behaupten — mit Hilfe der Soldatenräte über alle die Dinge hinweggekommen sind. Denn die Gefahr, daß damals die Soldaten zu einer Prätorianer-

garde geworden wären, hat damals bestanden; sie wurde abgewehrt und die ganze Sache wurde mit Hilfe der Soldatenräte in die richtigen Bahnen geleitet.

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Schürff hat hier als Clou seiner Ausführungen die politische Rede eines Feldwebels zitiert, der in der urwüchsigsten Wiener Weise eine Rede gehalten hat, worüber ein vernünftig denkender Mensch lächelt und sich sagt: Mann kann nicht von jedem Manne oder von einem Feldwebel verlangen, daß er seine Worte so wählt und drehselt, wie sie der Herr Abgeordnete Schürff gedrehselt hat, sondern wir sind als Wiener schon gewöhnt, daß der urwüchsigste Wiener manchmal die Dinge so nennt und zum Ausdruck bringt, wie sie vielfach in den Kreisen nicht nur von uns Wienern, sondern ich glaube auch der Landbevölkerung manchmal in camera caritatis zum Ausdruck kommen. Das hier als Beweis anzuführen, scheint mir doch für einen ersten Politiker lächerlich zu sein.

Der Herr Abgeordnete Dr. Schürff hat weiters einige Angelegenheiten des Zivilkommissariats angeführt und ich fühle mich verpflichtet, als von dem Hause gewählter Zivilkommissär, der dem Zivilkommissariat seit seiner Gründung angehört, einige Worte zu verlieren.

In der Angelegenheit der Brotfrage hat der Herr Abgeordnete Dr. Schürff behauptet, daß sie schon seit dem August vergangenen Jahres bekannt und daß nichts geschehen sei. Mir ist nicht genau in Erinnerung, wie lange diese Angelegenheit im Zivilkommissariat läuft. Ich weiß nur das eine, daß der Herr Dr. Stingl, der Parteigenosse des Herrn Abgeordneten Dr. Schürff, die Angelegenheit zur Behandlung bekommen hat. Wir haben den Herrn Dr. Stingl im Zivilkommissariat als fleißigen und gewissenhaften Arbeiter kennen gelernt — ich anerkenne das selbstverständlich auch beim Parteigegner — und ich glaube nicht, daß der Angriff, den der Herr Abgeordnete Dr. Schürff gegen seinen Parteigenossen Dr. Stingl in dieser Form gerichtet hat, berechtigt ist.

Nun noch eine dritte Sache. Der Herr Abgeordnete Dr. Schürff hat die Angelegenheit des vierten Regiments geschildert und erklärt, daß die Frontkämpfervereinigung, die sich da gebildet hat, eine Vereinigung sei, die ganz harmlos nur wirtschaftliche Interessen verfolge und daß es natürlich ein Verbrechen wäre, eine Vereinigung, die rein wirtschaftliche Interessen innerhalb des Heeres verfolge, zu bekämpfen. Der Vorfall in der Kaserne hat sich in der Weise ereignet, daß einzelne Mitglieder dieser Frontkämpfervereinigung eine Propaganda in der Kaserne für diese Vereinigung gemacht haben, und diese Propaganda ist nun den Soldatenräten zur Kenntnis gelangt und sie sind dagegen eingeschritten. Eine Propaganda politischer



Art, eine Propaganda ganz besonderer Art! Ich werde das Protokoll verlesen, das mit einem dieser Soldaten, dieser Wehrmänner aufgenommen worden ist, wo er darüber berichtet, in welcher Art und Weise die Propaganda für die Frontkämpfervereinigung in der Kaserne gemacht wurde.

Das Protokoll hat folgenden Wortlaut (*liest*):

„Am 3. Mai l. J. erzählte mir Feldwebel Langmeier Franz in der Kaserne der 7. Kompanie, daß in Wien eine Vereinigung der Frontkämpfer existiere, welche sich in erster Linie für Judenpogrome einsetze. (*Hört! Hört!*) Er übergab mir eine Beitrittserklärung mit der Bemerkung, ja keinem Menschen etwas davon zu erzählen. Während dieser Zeit kam Wehrmann Laoral Karl in die Kaserne und hat Feldwebel Langmeier im Beisein dieses zweiten Zeugen sich geäußert, daß sich ein Verein gebildet hat, was dieser Verein leisten wird, da werden die Sozialdemokraten zu schauen haben.“ (*Gelächter.*)

„Weiters sagte er, in Ungarn ständen sieben Bataillone bereit, die im Falle einer Aktion der Frontkämpfer sofort in Österreich einmarschieren würden. Dies berichtete ein ungarischer Oberleutnant in einer Versammlung der Frontkämpfer und war sehr erstaunt darüber, daß in Wien noch nichts unternommen worden wäre.“ (*Hört! Hört!*)

In einem zweiten Protokolle, das mit einem Volkswehrmanne aufgenommen wurde, wird in ähnlicher Weise die Propaganda für die Frontkämpfervereinigung festgestellt. Das ist diese Frontkämpfervereinigung, von der der Herr Abgeordnete Doktor Schürff hier behauptet hat, sie sei eine rein wirtschaftliche Sache, die sich mit keinerlei politischen Dingen befaße. Meine Herren und Frauen, ich glaube ganz in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich es hier zum Ausdruck bringe, daß es eine Pflicht des Soldatenrates war, dagegen einzuschreiten. (*Sehr richtig!*) Ich kann die Form, in der das geschehen ist, nicht gutheißen, die Form wurde auch vom Ausschusse der Soldatenräte mißbilligt, aber ich glaube, daß wir eine Vereinigung innerhalb der Kasernen nicht dulden können, die offen Hochverrat begeht. Ich glaube, Sie müssen zugeben, daß der Soldatenrat nicht nur berufen, sondern auch verpflichtet ist, dagegen einzuschreiten. (*Zustimmung.*) Dies, meine Herren, zur Sache der Soldatenräte.

Ich komme jetzt zu einem anderen Kapitel, zu dem Kapitel der Liquidierung. Ich wurde mit dem Kollegen Buchinger vom hohen Hause zum Inspektor der Liquidierung ernannt und ich benütze die heutige Gelegenheit, um dem hohen Hause einen orientierenden Bericht über die Gesamtfrage der Liquidierung zu bringen. Vorweg möchte ich einige Zahlen, die der Herr Kollege Dr. Ungerer jetzt unmittelbar in der Frage der Liquidierung genannt

hat, richtigstellen. Er hat davon gesprochen, daß nach dem Berichte in der Liquidierung noch über 7000 Personen beschäftigt seien. Ich stelle richtig, daß diese Zahl bis zum Monat Dezember ihre Gültigkeit gehabt hat, bevor die Liquidierung noch ausstrifiziert gewesen ist, daß aber die Zahl der derzeit Beschäftigten noch etwas über 3000 beträgt und daß die privaten Wohnräume, die derzeit noch in Anspruch genommen werden, alles in allem 588 Räume umfassen. (*Rufe: Hört! Hört! — Bei der Wohnungsnot!*) Da sind alle Vorzimmer und alle kleinen Räume mitbegriffen. Ich werde noch darauf zurückkommen, denn ich glaube, daß es die Hauptaufgabe meines Liquidierungsberichtes sein muß, das hohe Haus über die ganze Frage der Liquidierung zu orientieren.

Meine Herren! Durch den Zerfall des alten Staates und durch die Lostrennung der verschiedenen Länder sind Jahrhunderte alte Verbindungen der verschiedensten Art mit einem Schlage auseinander gerissen worden, und es besteht heute noch eine große Anzahl von Fragen, die mit diesen Ländern bereinigt werden müssen.

Ich erinnere da an das Eisenbahnwesen, überhaupt an das ganze Verkehrswesen, an verschiedene Fondsfragen, die gemeinsam sind — es ist kein Staatsamt vorhanden, wo es nicht Fragen gibt, die heute noch ungelöst erscheinen, die einer Ausgleichung, einer Besprechung mit den Sukzessionsstaaten bedürfen, damit hier klare Rechnung und reiner Tisch geschaffen werde. Dieser Teil der Liquidierung obliegt den einzelnen Staatsämtern. Es sind in den einzelnen Staatsämtern eigene Gruppen geschaffen worden, die diese Liquidierung durchzuführen haben. Eine besondere Sache ist dabei noch die Liquidierung mit Ungarn. Hier ist das Verhältnis zwischen uns und Ungarn anders, weil ja beide Staaten — Ungarn und Deutschösterreich — zu den besiegten Staaten gehören, und auch hier harret eine große Anzahl von gemeinsamen Fragen noch der Lösung. Eine eigene Sache, welche die Liquidierung am meisten belastet und von größter Bedeutung ist, ist die Liquidierung des Militärs, des alten Heeres. Beim Zusammenbruch ist ja neben dem Auseinandergehen der einzelnen Staaten auch dieser große und gewaltige Apparat, der damals vorhanden war, um die ganze Armee auf den verschiedensten Fronten mit alledem zu versorgen was sie brauchte, zusammengebrochen.

Meine Herren! Sie können sich eine Vorstellung davon machen, wie groß dieser Apparat war, wenn ich Ihnen mitteile, daß nach Schätzungen von Sachmännern ungefähr 20.000 Mittelstellen — das sind jene Abteilungen, die wiederum eine große Anzahl von Stellen unter sich haben — während des Krieges bestanden haben. Die hauptsächlichsten



Arbeit, die bei der Liquidierung übriggeblieben ist, ist das Berechnungswesen, die Kontrolle, die Liquidmachung verschiedener Ansprüche von Privaten, insbesondere der Lieferanten, aber auch anderer privater Personen, die im Kriege ihre Bagage oder sonst irgendetwas verloren haben und nun verlangen, daß ihnen das ersetzt wird.

Es handelt sich aber weiter um die Liquidierung, Berechnung und Auszahlung von Pensionen, von Medaillenzulagen, Unterhaltsbeiträgen, Mannschaftsgebühren — viele kommen und behaupten, sie hätten noch diese oder jene Gebühr zu bekommen — wo alles erst nachgerechnet und nachgefordert werden muß, und noch eine Reihe von verschiedenen anderen Dingen mehr. Meine Herren! Wir haben es als erste Aufgabe, der wir uns zu unterziehen haben, angesehen, uns einen allgemeinen Überblick über das ganze Liquidierungswesen zu verschaffen, und wir haben gefunden, daß selbst diese Reste, die heute noch hier vorhanden sind, von diesen liquidierenden Stellen, von diesen Berechnungsstellen vielfach nicht in zweckmäßiger Weise zusammengefaßt und organisiert sind, daß ein und dieselbe Arbeit oft in diesem und jenem Amt gemacht wird, daß ein und derselbe Akt hin- und herwandert. Es muß daher eine unserer ersten Aufgaben sein, die Frage so aufzuklären, daß bei jenen Stellen, wo wir zur Überzeugung kommen, daß die Arbeit überhaupt eine unnötige Arbeit sei, diese Arbeit abgebrochen und daß bei den anderen Stellen, wo das so vorweg nicht durchgeführt werden kann, eine zweckmäßige organisatorische Zusammenfassung unter bester Ausnutzung der vorhandenen Kräfte durchgeführt wird. Meine Herren! Wer ein Urteil über diese Arbeiten haben will, die in diesen Rechnungsstellen heute noch geleistet werden oder zum Teil geleistet worden sind, muß über zwei Tatsachen orientiert sein: die eine Tatsache ist, daß, während unser Heer im Jahre 1918 zusammengebrochen ist, das Rechnungswesen des Heeres schon in den ersten Monaten des Krieges zusammengebrochen war. An allen Stellen hat es an einer Kontrolle darüber gefehlt, ob die Bauten, die Anschaffungen zweckmäßig sind, ob sie den Anforderungen der Ökonomie entsprechen, so daß an allen Heeresstellen die Wirtschaft eingerissen ist, daß man ohne Kontrolle, ohne Prüfung darüber, ob diese oder jene Ausgabe auch dem Zwecke entspricht, ob dieser oder jener Bau oder diese oder jene Sache auch notwendig und ökonomisch durchgeführt worden ist, gearbeitet hat. An allen Stellen wurde gebaut, wurden Gelder ins Ungemessene, ins Volle ausgegeben, ohne daß es möglich gewesen wäre, darüber eine Kontrolle zu führen, und es ist nicht von der Hand zu weisen, wenn von einzelnen Personen behauptet wird, daß ein Teil der Schuld am Zusammenbruche des Heeres

auch darin liegt, daß man im Anfang mit dem Volksvermögen nur so ins Volle gewirtschaftet hat und dann in kurzem vor dem Nichts gestanden ist. Erst über Anregung des ungarischen Finanzministers wurde, ich glaube, zu Beginn des Jahres 1918 getrachtet, eine Änderung zu schaffen und die Kontrolle wieder aufzubauen, zu einer Zeit allerdings, wo es schon viel zu spät gewesen ist, wo die Not auch schon im Staate und innerhalb des Heeres eine so große gewesen ist, daß eine Änderung nur außerordentlich schwer durchführbar war. Die Folge davon ist die, daß erst jetzt die Prüfung der Rechnungen, der Lieferantenrechnungen über Bauten und alle diese Dinge durchgeführt wird, vielfach zwei, drei sogar vier Jahre, nachdem die Sache gemacht worden ist, die Sache also an und für sich eigentlich schon erledigt erscheint.

Das ist die eine Tatsache. Die zweite, die man im Auge behalten muß, ist die, daß unmittelbar nach dem Zusammenbruch die Liquidierung des ganzen alten Heeres zuerst in die Hände der Gesandtenkonferenz gelegt worden ist, eine Vertretung sämtlicher früheren österreichischen Länder; aus dieser Gesandtenkonferenz wurde dann die internationale Liquidierungskommission geschaffen, der die Aufgabe zugefallen wäre, die Liquidierung durchzuführen.

Nun wußte man damals nicht, auf welcher Grundlage die Liquidierung durchgeführt werden soll. Ich erinnere Sie daran, daß damals der Gedanke war, daß alle Werte, die von dem alten Heere hier liegen, in verschiedenen Verhältnissen auf die verschiedenen Sukzessionsstaaten aufzuteilen seien und daß auf dieser Grundlage an die Liquidierung herangetreten wurde. Aber noch eine zweite Tatsache hat sich gezeigt: daß diese Kommission, deren Beschlüsse nur dann Gültigkeit haben sollten, wenn sie einstimmig gefaßt wurden, gar nicht zu einstimmigen Beschlüssen gekommen ist. Es ist beim größten Teile der Beschlüsse, die zu fassen waren, immer ein Vertreter eines Staates gewesen, der Einspruch erhoben hat, vielfach war es auch der Vertreter unseres eigenen Staates, der im Interesse des Staates Einspruch erheben mußte — und so ist ein Beschluß in dieser internationalen Liquidierungskommission nicht zustande gekommen. Diese Liquidierungskommission hat daher die Liquidierung in vielen Untern so laufen lassen, wie sie gelaufen ist, und es hat sich nur das abgebaut, was mehr oder weniger von selbst weggefallen ist. Es ist während des einen Jahres, da die Liquidierungskommission gearbeitet hat, vom Anfang 1918 bis zum Dezember 1919 auf dem Gebiete des Abbaues oder der Liquidierung selbst eigentlich wenig oder gar nichts geschehen. Erst nach der Publikation — man kann noch nicht vom Inkrafttreten sprechen —



der Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain wurde durch das Gesetz vom 18. Dezember, das dieses hohe Haus beschlossen hat, die Liquidierung auftrifft, das heißt, wir Deutsche haben alles, was auf unserem Gebiete zu liquidieren ist, in eigener Machtvollkommenheit zu liquidieren. Es hat sodann eine Trennung zwischen dem Staatsamt für Heereswesen und dem alten liquidierenden Kriegsministerium, wie es damals geheißen hat, stattgefunden, um auch hier einen Überblick über die Liquidierungsaufgaben zu erhalten.

Im Februar des laufenden Jahres wurden ich und Kollege Buchinger zu Liquidierungsinpektoren gewählt. Wir haben unsere Aufgabe dahin erfaßt, daß wir in erster Linie dazu berufen sind, die Liquidierung abzubauen. Es ist ganz verständlich, wenn im Voranschlag noch immer ein verhältnismäßig so hoher Betrag für Liquidierung erscheint. Die Zahlen, die der Herr Berichterstatter hier vorgebracht hat, beziehen sich allerdings nicht auf jenen Teil der Liquidierung allein, der uns zufällt, auf die Liquidierung der Ämter. Ich möchte das mit aller Deutlichkeit hervorheben, nicht die Liquidierung der Sachdemobilisierung, nicht die Liquidierung der Staats-, der Eisenbahnschulden usw. fassen wir als unsere Aufgabe auf, sondern nur die Liquidierung der Ämter. In den Zahlen, die der Herr Berichterstatter genannt hat, ist aber auch die Verzinsung der Schulden usw. enthalten, deren Abbau natürlich eine ganz andere Frage ist als die, die wir zu behandeln haben. Aber immerhin, auch wenn man nur die Kosten, welche das Personal der Liquidierung verursacht, aus dem Budget berechnet, kommt man zu einer Summe von 74 Millionen im Jahre. Man kann sich vorstellen, daß dies der Bevölkerung unbegreiflich erscheint. Und wenn man weiter bedenkt, daß diese liquidierende Stellen vielfach noch in Privatwohnungen untergebracht sind, wo doch eine solche Wohnungsnot in Wien herrscht, daß ferner seit dem Zusammenbruch schon eineinhalb Jahre vergangen sind, so versteht man, wenn die Bevölkerung sich fragt: Warum geht denn auf dem Gebiete der Liquidierung gar nichts weiter? Nun, wir drängen darauf und wir haben es ja auch in der letzten Zeit erreicht, daß die liquidierenden Stellen aus den Privatwohnungen möglichst verschwinden. Aber auch da muß man erwägen, daß bei einer Stelle, die vielleicht in kurzer Zeit mit ihrer Arbeit überhaupt fertig ist, die Übersiedlung mit dem oft großen Aktenmaterial, das Durcheinanderbringen aller Sachen und die dadurch bedingte Weiterbeschäftigung der Leute schließlich auch mehr Nachteil als Vorteil bringen kann. Ich kann Ihnen nur versichern, hohes Haus, daß wir beide, Kollege Buchinger und ich, darauf drängen, daß hier Änderungen Platz greifen.

Bei den Liquidierungsfragen sind wir ja aber auch in vielen Dingen an die Bestimmungen des Vertrages von St. Germain gebunden.

Im Vertrage von St. Germain sind eine Reihe von Vorschriften, die es notwendig machen, die Liquidierung in einzelnen Abteilungen weiterlaufen zu lassen, wenn man nicht die Erfüllung des Friedensvertrages unmöglich machen will. Ein anderer Teil der Frage betrifft unsern deutschösterreichischen Staat selbst. Da ist zum Beispiel folgende Frage: Wir haben in den verschiedenen Ländern beim Zusammenbruch Vermögensobjekte stehen gehabt und es muß nun genau erhoben werden, welche Vermögensobjekte, wieviel und zu welchem Wert vorhanden waren. Daß diese Erhebungen schwierig sind und einen großen Aufwand an Zeit und Mühe verursachen, ist klar. Zu beurteilen, welche Liquidierungsstellen im Interesse des Staates weiter zu arbeiten haben oder wo die Dinge so stehen, daß voraussichtlich der finanzielle Vorteil für den Staat in keinem Verhältnis zu den Kosten steht, die diese Stelle noch verursachen wird, ist eine der Hauptaufgaben des Liquidierungsinpektorats, weil es erst aus einer genauen Beurteilung dieser Frage dem Liquidierungsinpektorat möglich ist, zu sagen, hier ist kurzerhand abzubauen oder hier ist, wenn auch konzentrierter und auch organisatorisch zusammenfaßt, aber doch weitere Arbeit im Interesse der Finanzen unseres Staates zu leisten.

Hier kommen wir allerdings manchmal in einen gewissen Widerspruch zu dem Staatsamte für Finanzen oder zum Militärliquidierungsamt im engeren Sinne. Es ist selbstverständlich — und ich mache natürlich dem Staatsamt für Finanzen und den Herren, die dabei mitzusprechen haben, absolut keinen Vorwurf —, daß die Herren bei dem Herantreten an alle diese Fragen die Sache so beurteilen, daß sie, wenn auch nur eine entfernte Aussicht ist, daß die Finanzen des Staates geschädigt werden, die Verantwortung als Beamte nicht übernehmen können und sagen, es soll weiter gearbeitet werden, weil möglicherweise den Beamten der Vorwurf gemacht werden könnte, daß die staatlichen Finanzen durch Auflösung dieser Stelle irgendwie geschädigt werden. Ich begreife das ganz gut und ich und der Herr Kollege Buchinger machen den Herren daraus keinen Vorwurf. Aber ich glaube im Sinne aller Herren und Frauen der Nationalversammlung sagen zu dürfen, daß wir als Vertreter der Nationalversammlung die Dinge anders zu beurteilen verpflichtet sind. Auch wir prüfen jeden einzelnen Fall sehr genau. Auch wir verschaffen uns alle Behelfe, die zur genauen und gewissenhaften Prüfung des einzelnen Falles notwendig sind, aber wir kommen doch bei manchen Fragen im Gegensatz zum Militärliquidierungsamt oder zum Staatsamt der Finanzen zu dem Urteil, daß hier eine weitere Arbeit nicht notwendig ist.



und daß wir es selbst riskieren, daß möglicherweise dem Staate irgendein kleiner finanzieller Schaden entsteht. Wir verlangen da den Abbau und die Beseitigung der Sache. Ich werde Ihnen aus einer Fülle von Fragen, die da zu erledigen sind, wovon sich der Fernstehende kein Urteil bilden kann, nur einen herausgreifen, damit Sie sehen, daß natürlich das Staatsamt der Finanzen hier manchmal anders urteilt als wir.

In einer ziemlich großen Wohnung in der Leopoldstadt sind eine größere Anzahl von Leuten mit der Prüfung der Frachtrechnungen beschäftigt. Sie prüfen die Frachtrechnungen nach der Richtung hin, ob nicht eine Übergebühr für die Fracht verlangt worden ist und der Anspruch an die Bahn erhoben werden kann, diese Übergebühr zurückzustellen. Es sind in den Kellerlokalitäten noch 15 Millionen solcher Frachtbriefe, die zu überprüfen sind. Nach dem Gutachten der Herren dieses Amtes selbst würden ungefähr 80 bis 100 Menschen durch drei Jahre hindurch damit beschäftigt sein (*Heiterkeit*), diese Frachtbriefe zu überprüfen. Nach den Gutachten, die wir von sachkundiger Seite eingeholt haben, würde die Überprüfung bei dem Tempo, das gegenwärtig eingehalten wird, noch viel länger als drei Jahre dauern. Hier ist nun zu entscheiden: Soll diese Überprüfung weitergeführt werden oder nicht? Wir haben von dem Militärliquidierungsamte verlangt, daß uns ein Bericht gemacht werde, der genaue Zahlen enthält, wie hoch die Beträge sind, die da herausgefunden worden sind, und wie sie sich aufteilen. Es wurde uns ein Bericht gebracht, daß durch die Überprüfung dieser Frachtbriefe bereits 31 Millionen Kronen herausgekommen sind. Es wurde uns berechnet, daß, wenn wir auch dieses Amt noch durch drei Jahre bestehen lassen, es im Verhältnis zu dem erzielten Resultate nur eine geringe Summe erfordern würde, etwa eine Million jährlich. Abgesehen davon, daß ich eine Kostenberechnung von einer Million jährlich für 100 Personen für unrichtig halte — 100 Leute kosten bei den heutigen Gehältern mehr als eine Million im Jahr —, haben wir, nebenbei bemerkt, in dem Berichte keinen Anhaltspunkt gefunden, wie sich die Kosten auf die einzelnen Bahnen aufteilen. Die Sache steht doch so, daß die Bahnen, von denen diese Beträge zu fordern sind, größtenteils deutschösterreichische Staatsbahnen sind. Der deutschösterreichische Staat hat also auf der einen Seite etwas zu bekommen, auf der andern Seite etwas zu bezahlen.

Aber noch etwas, meine Herren! Bei den Bahndirektionen bestehen ebenfalls solche Überprüfungsbüreaus, und wenn eine Überprüfung von der Praterstraße kommt, und ein Betrag von der Bahn gefordert wird, wird dort die Sache neuerlich überprüft und es ergibt sich vielleicht, daß die Sache

doch nicht so ist, sondern anders und zum Schlusse wird hier gearbeitet, dort gearbeitet, und was ist das Resultat? Vor allem steht die Sache nach unseren Informationen so, daß unser Staat, wenn die Fracht über Deutschösterreich nach Serbien gegangen ist, nur den Betrag für jene Kilometerzahl erhält, die deutschösterreichische Bahnen auf deutschösterreichischem Gebiet zurückgelegt haben. Ferner kommt die Verjährungsfrist in Betracht. Es ist strittig, ob die Beträge nicht schon verjährt sind, und so sind noch eine Menge von Umständen zu erwägen. Es ist begreiflich und ich verstehe es sehr gut, wenn das Militärliquidierungsamt gesagt hat, man könne nicht die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, diese Stelle kurzer Hand abzubauen, man solle lieber noch sechs Monate warten und dann erst ein endgültiges Urteil fällen. Wir haben die Sache nach allen Richtungen geprüft und erwogen. Um aber ja nicht einen Fehlgriff zu begehen, sind wir an das Staatsamt für Verkehrswesen herangetreten, es möge uns ein Urteil abgeben, wie die Dinge stehen, damit wir zu einem Entschlusse gelangen.

Meine Herren! Das ist ein Beispiel. Ich könnte aber solche Beispiele in großer Zahl anführen. Wenn nun das Liquidierungsinspektorat nach genauer Überprüfung aller Umstände, in Berücksichtigung der Finanzen des Staates, der Bestimmungen des Friedensvertrages und all der Dinge, die da mitspielen, zu einem solchen Entschlusse gelangt ist, dann, meine Herren, stehen wir auf dem Standpunkte, daß dieser Beschluß auch durchgeführt werden muß. (*Sehr richtig!*) Würde er nicht durchgeführt — und auch wir nehmen für uns nicht Unfehlbarkeit in Anspruch —, dann müßten zumindest begründete Einwände dagegen erhoben werden. Kommt eine begründete Einwendung, eine Einwendung, aus der wir ersehen, daß die Dinge doch vielleicht etwas anders liegen, als wir geurteilt haben, so sind wir nicht so töricht, diese Einwendung nicht gelten zu lassen, sondern werden sagen: bitte machen wir dann die Sache anders.

Wenn solche Einwände aber nicht erhoben werden, wenn man nur, vielleicht begreiflicherweise, vom Standpunkte des Finanzbeamten oder des Finanzamtes zu einer anderen Ansicht gelang, dann müssen wir schon sagen, daß, wenn die Dinge nicht so gemacht werden, wie wir zum Entschlusse kommen, das Liquidierungsamt nicht eine Verkürzung der Liquidierung bedeutet, sondern eine Verlängerung, eine neue Instanz, die ihren Zweck, ihre Aufgabe, die sie von der Nationalversammlung bekommen hat, verfehlen würde. Wir verlangen von den Herrn des Finanzamtes nichts anderes, als daß sie mit uns den Weg suchen, die Liquidierung so rasch und so schnell als möglich abzubauen, und daß wir die Verantwortung vor der hohen Nationalversammlung



und vor dem ganzen Staate dafür übernehmen, wenn irgendein Amt abgebaut worden ist. Mögen dann vielleicht später Leute kommen und behaupten, daraus sei ein großer finanzieller Schade in irgendeiner Weise für den Staat entstanden. Wir — ich betone nochmals — prüfen die Dinge ebenfalls genau und sachgemäß und sind auch natürlich verpflichtet, das finanzielle Interesse des Staates zu wahren.

Meine Herren und Frauen! Wir hoffen, daß wir in kürzester Frist, innerhalb des Zeitraumes von wenigen Monaten in der Lage sein werden, der hohen Nationalversammlung einen Bericht darüber zu erstatten, daß die Liquidierung in einer Weise abgebaut ist, wie es derzeit, unter den gegebenen schwierigen Verhältnissen überhaupt möglich war. Es sind ja auf diesem Gebiete noch viele Fragen zu bereinigen und offen, die erst einer Erledigung, einer Beschlußfassung über die Richtlinien bedürfen. Aber wir glauben, daß es bei einem halbwegs guten Zusammenarbeiten zwischen den liquidierenden Stellen auf der einen Seite und dem Liquidierungsinspektorat auf der anderen Seite gelingen wird, die Liquidierung und mit ihr auch die Benutzung dieser vielen Wohnräume bei der heutigen Wohnungsnot abzubauen und damit — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich den Vergleich stelle — den Schutt des alten Staates wegzuräumen, um Platz dafür zu haben, daß auf den Ruinen des alten Staates neues Leben für unsere junge deutsche Republik erwachsen kann. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident** *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz wieder übernommen hat):* Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Edlinger.

**Abgeordneter Edlinger:** Hohes Haus! Die christlichsoziale Partei ist nur mit den schwersten Bedenken an die Errichtung einer neuen Wehrmacht herantreten und hat hinsichtlich des neuen Wehrgesetzes auch heute ihre Besorgnisse noch nicht überwunden. Wenn wir dem Gesetze unsere Zustimmung gaben, so geschah es gewiß nicht deshalb, weil wir es für sachlich gut und einwandfrei hielten; uns leitete in erster Linie das Bestreben, aus dem Provisorium und einem in vieler Hinsicht unersreulichen System einmal herauszukommen und klare Verhältnisse zu schaffen. Es war auch von dem alten Berufsmilitär sowie von der Mannschaft nicht zu verlangen, daß sie bei einem Provisorium, das von heute auf morgen besteht, mit ganzem Herzen dabei sind. Ich bin der Meinung, daß die so vielfach ungesunden disziplinären und dienstlichen Verhältnisse bei dieser Truppe nicht zum geringsten Teil darauf beruhen, daß weder Offizier noch Mann in ihre Zukunft sehen konnten und deshalb nicht

mit ganzem Herzen bei der Sache waren. Das wird nun hoffentlich mit der Aufstellung der neuen Wehrmacht anders werden. Es wird nun alles darauf ankommen, in welchem Sinne und in welchem Geiste der Herr Staatssekretär für Heereswesen das Wehrgesetz, das wir in seine Hände gelegt haben, auslegen und anwenden wird. Das Gesetz bietet leider nach wie vor die Möglichkeit, die Parteipolitik in die neue Armee hineinzutragen. Der deutsche Reichstag, der nach seinem Verhalten bei dem Putsch Kapp-Lüttwitz gewiß niemand reaktionäre Tendenzen nachsagen kann, hat erst vor wenigen Tagen das Wahlrecht des deutschen Soldaten abgeschafft. Das geschah in der ganz richtigen Erkenntnis, daß der Parteikampf innerhalb der Armee das disziplinäre Gefüge zersprengen muß. Das gilt ganz besonders auch in unseren jetzigen Zeiten, wo der Parteikampf so stark und nachhaltig beeinflusst ist und die radikalen Strömungen das Oberwasser haben. Wenn ich die militärischen Erscheinungen der letzten Jahre richtig einschätze, so muß ich an den Herrn Staatssekretär die Bitte richten: Benutzen Sie die Freiheiten des Wehrgesetzes nicht dazu, auch in die neue Wehrmacht eine rücksichtslose Parteipolitik hineinzutragen *(Zustimmung)*, sondern geben Sie uns die Möglichkeit, daß wir, alle Staatsbürger ohne Unterschied, in der Wehrmacht keine Parteigarde, sondern eine Garde des Gesetzes, des Rechtes und der Ordnung erblicken können. Zweitens: Stärken Sie die Autorität der rechtmäßigen Vorgesetzten und entfernen Sie mit schonungsloser Energie alle unberechtigten Nebeneinflüsse, damit die zusammengebrochene Disziplin wieder erstehen kann. Hohes Haus! Die neue Wehrmacht wird nicht gut gedeihen, sie wird morsch und brüchig sein, bevor sie überhaupt noch errichtet ist, wenn diese Forderung nicht erfüllt wird.

Zu diesen beiden Bitten und Forderungen muß ich mit Bedauern bemerken, daß die Heeresverwaltung sich keineswegs bereit gezeigt hat, in den Wochen, die seit der Schaffung des Wehrgesetzes vergangen sind, jene Bedenken zu zerstreuen, die wir christlichsoziale Mitglieder des Wehrausschusses und auch die christlichsoziale Partei im Hause oft geäußert hat. Ich möchte darauf hinweisen, daß erst vor einigen Tagen, also bevor noch eine Armee vorhanden ist, hat sich eine Armeegewerkschaft gebildet. Im Prinzip wäre gegen eine solche Gewerkschaft ja nichts einzuwenden, weil das Koalitionsrecht durch das Wehrgesetz garantiert ist. Aber charakteristisch ist es, daß die Leitung dieser neuen Gewerkschaft solchen Funktionären anvertraut wurde, die dem Herrn Staatssekretär für Heereswesen persönlich sehr nahe stehen und politisch sehr scharf hervorgetreten sind. Es scheint also, daß das Koalitionsrecht der Soldaten schon im ersten Anlaufe benützt wird, um mit Wissen und Zustimmung der



Heeresverwaltung eine Organisation zu schaffen, der viel mehr eine politische als eine wirtschaftliche Bedeutung zukommt. Die Herren Sozialdemokraten haben es auch gut verstanden, sehr gut haben sie es verstanden. Die Organisation wurde so geschaffen, daß nicht etwa die Organisation aus der Armee hervorgeht, sondern sie wurde so vorbereitet, daß die Armee gleich in sie hineingeschoben werden konnte. Diese Methoden sind durchaus geeignet, den politischen Zwang in die neue Armee hineinzutragen. Schon vor der Werbung wurde in dieser Hinsicht vorgebaut. Es ist mir auch sehr genau bekannt, daß noch vor den offiziellen Werbungen ganz gegen jedes Gesetz sozialdemokratisch organisierte Leute in die Volkswehr eingereiht wurden, und zwar gegen die Verpflichtung, sich in die neue Armee aufnehmen zu lassen und auch für direkte Neuaufnahmen amtierten eigene Kommissionen, die, die keine organisierten Sozialdemokraten oder gar christlich organisiert waren, schroff ablehnten. Im Prinzip wäre ja gegen eine interne Werbearbeit nichts einzuwenden, weil das ein Recht ist, das man keiner Partei absprechen kann oder will. Aber eine dieser Kommissionen amtiert direkt im Staatsamt für Heereswesen und damit beginnt wieder der alte Skandal, daß Personen, Ranzleien, Schreibmittel, die vom Staate bezahlt werden, für Parteizwecke gebraucht oder, besser gesagt, mißbraucht werden.

Ich bin mir auch darüber vollkommen klar, daß unter den heutigen Verhältnissen eine Söldnerarmee nicht in jenem Maße unpolitisch sein kann, wie es im Interesse des Staates zu wünschen ist und daß gerade in dieser Hinsicht die Bestimmung des Friedensvertrages den Sozialdemokraten und Kommunisten in die Hände arbeitet. Es ist auch klar, daß unter den heutigen Lohn- und Erwerbsverhältnissen die große Masse der Söldner nur aus Arbeitslosen oder Arbeitsscheuen oder aus Arbeitern solcher Betriebe bestehen kann, die nicht genügend beschäftigt sind. Für diese Leute ist die neue Armee ein willkommenes Unterstand oder besser gesagt eine zeitweilige Versorgung, bis sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte bessern werden. Ich möchte die Heeresverwaltung und den Herrn Staatssekretär nur darauf aufmerksam machen, daß die gewollten ganz zwecklosen politischen Provokationen durch die Errichtung der neuen Wehrmacht ein Ende finden müssen. An dem Tage zum Beispiel, wo der Einmarsch der französischen Senegalneger in Frankfurt bekannt wurde, hat unsere berühmte Volkswehrmanufaktur bei der Wacheabljung vor dem Heeresamt, also bei einem dienstlichen Akt, die Marseillaise gespielt. Hohes Haus! Wer einen Funken Nationalgefühl in sich hat, muß zugeben, daß darin nicht nur eine grobe Gefinnungslumperei, sondern auch eine ungemeine Provokation liegt. (Zwischenrufe.) Das ist doch wahr, das beruht doch auf Wahrheit!

(Abgeordneter Forstner: Aber Edlinger, machens doch bessere Witz!) Das ist kein Witz!

Meine zweite Forderung betrifft die Wiederaufrichtung der Disziplin. Hohes Haus! Der Volkswehrman mit der Zigarette im Mund und den Händen im Hosensack ist nicht die Erscheinung einer freien Zeit, sondern einer Zuchtlosigkeit und Verlotterung. Die Herren Sozialdemokraten haben es wieder verstanden. Sie haben aus politischen Gründen die Auflehnung des Mannes gegen die Autorität gewünscht. Sie haben genau gewußt, wie viel sie erreichen, wenn sie die Form lächerlich machen. Hohes Haus! Daß in der militärischen Disziplin niemals Geist und Form getrennt werden kann, das weiß man in jedem Veteranenverein und Turnverein. Ich hoffe, daß das neue Dienst- und Exerzierreglement mit dieser Volkswehrwirtschaft endlich einmal aufräumt. Ich denke dabei gewiß nicht an die Wiedereinführung theaternmäßiger Wachparaden, sondern ganz einfach an die Wiederherstellung des militärischen Anstandes.

Noch viel wichtiger als alle äußerlichkeiten sind die hoffentlich für kürzeste Zeit zu erwartenden Disziplinarvorschriften und organischen Bestimmungen für die Soldatenräte. Hohes Haus! Im Disziplinarverfahren ist die wahnwitzige Idee ausgebrütet worden, Untergebene zu Richtern ihrer Vorgesetzten zu machen. Dieser Gedanke scheint übrigens nicht vom Herrn Staatssekretär zu stammen, sondern vom Soldatenrate des Wiener Vollzugsausschusses, der schon in vielen Fragen mit Erfolg als Vorgesetzter des Staatsamtes für Heereswesen aufgetreten ist. Ich bin der Meinung, daß eine Armee, wo der Infanterist den Feldwebel und der Feldwebel den Hauptmann einsperren kann, in eine Operette gehört. (Heiterkeit.) Ich bin auch der Meinung, daß dem demokratischen Gedanken vollkommen genüge geleistet ist, wenn die Disziplinar Kommission aus Gleichgestellten des Beschuldigten zusammengesetzt ist. Jede Heranziehung Untergebener zur Bestrafung Vorgesetzter ist ein so absurder Angriff auf die Disziplin, daß wir ihn entschieden ablehnen müssen.

Von gleicher Wichtigkeit sind die Dienstesvorschriften für die Soldatenräte. Die Heeresverwaltung hat es nicht der Mühe wert gefunden, die grundlegenden Bestimmungen für die Disziplin fertigzustellen, bevor an die Formierung der Truppenkörper geschritten wurde. Die schwersten Sünden der Heeresverwaltung liegen vielleicht nicht in einem so sehr aktiven Hervortreten, sondern vielmehr in der wohlwollenden Duldung. Ich darf den Herrn Staatssekretär für Heereswesen auch darauf aufmerksam machen, daß wir den Kernpunkt der Soldatenratsfrage in jener Bestimmung des Gesetzes erblicken, wonach eine Beeinträchtigung der Kommandogewalt nicht stattfinden darf. Ich betone, wenn unserer Forderung nach dieser Bestimmung



nicht haarscharf entprochen wird, so müßte das von uns als ungesetzlich abgelehnt werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Herrn Staatssekretär bitten, daß die verschiedenen Soldatenräte, die mit der Entstehung des neuen Heeres jede Existenzberechtigung verloren haben, liquidiert werden. Ihr Fortbestehen ist nichts anderes, als eine ganz gemeine provokante Verletzung des Gesetzes. Ich möchte den Herrn Staatssekretär für Heereswesen nochmals bitten, tun Sie alles, damit Sie die Stellung der Vorgesetzten und Führer im Heere stützen, die sie haben müssen, damit die Armee nicht verwildert, und kehren Sie sich nicht immer an das Geschrei, daß die Offiziere staatsgefährliche Reaktionäre sind. Sie sind vielleicht nach einer Seite gefährlich; aber gefährlich sind sie nur jenen Wählern, Hezern und Schreibern, die durch die Volkswehrwirtschaft zu Macht und Ansehen gekommen sind. Und wenn diese Leute behaupten, daß die Republik bedroht ist, dann meinen sie, daß ihre Pfünden, ihre Autos, ihre Gebühren und Titel bedroht sind. Ich möchte Sie nur bitten, Herr Staatssekretär, machen Sie reinen Tisch und räumen Sie auf mit den halben Kommandanten und verpackten Politikern und sorgen Sie dafür, daß in der neuen Armee wieder befohlen und gehorcht wird, sonst wird sie nicht bestehen können.

Hohes Haus! Der Friedensvertrag von Saint-Germain hat uns dieses System aufgezwungen, die Entente hat geglaubt, wenn sie uns ein anderes System bewilligt, werden wir ihr noch einmal gefährlich werden. Daran werden Franzosen und Engländer heute wohl selbst nicht mehr glauben. Ich möchte nur an den Krieg erinnern: Das beste Material, die aktiven Truppen sind gleich im ersten Anlaufe zugrunde gegangen. Wer hat denn die vier Jahre gekämpft? Reservemänner waren es, alte Väter, Greise und junge Burschen (*Sehr richtig!*), die nicht ausgebildet waren. Und so hoffe ich, daß die Entente doch bald zur Einsicht kommen wird, daß es unserem Staate nicht möglich sein wird, dieses System zu erhalten, und ich hoffe, daß sie uns das Milizsystem bewilligen wird. Wir Christlichsoziale werden nicht früher ruhen, bevor uns das Milizsystem bewilligt ist. (*Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident Dr. Dinghofer (*welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat*): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Wimmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Wimmer: Hohes Haus! Selten hat eine Regierungsvorlage die Bevölkerung, das schaffende Volk am Lande draußen mehr interessiert, als die Heeresvorlage. Wer in den Jahren 1914, 1915 und 1916 den Feldzug mitgemacht hat,

an der Front draußen war und in den Karpathen tagtäglich 40, 50 Anstürme der russischen Welle zurückgeschlagen hat, kann sich einen Begriff davon machen, wie das bodenständige Volk, man kann sagen, um jeden Zentimeter gekämpft hat, wie heilig ihm der Grund und Boden war, den ihnen die Russen vielleicht vorübergehend abgerungen haben. Welch ein Unwille war oft in einer Kompagnie, wenn an die Gegenseite ein Graben verloren ging, welch ein Murren, denn man ließ über die Heimatscholle den Feind nicht hereinbrechen. Warum haben diese altergrauten Leute, diese Landsturmänner aus bäuerlichen Kreisen, diese Gewerbetreibenden und Geschäftsleute so ein Heldentum an den Tag gelegt? Nicht monarchistische Liebe, wie man immer sagt, sondern Heimatsliebe war es, damit der Heimatsboden nicht von Schurken und Feinden zertreten und zertrümmert wird, damit nicht ganze Dörfer niedergebrannt werden, wie es dort oben geschehen ist. Und wenn so ein armer Kamerad sein Leben aufgab, so war sein letzter Gruß, sein letzter Händedruck: Grüße mir alle zu Hause!

Wenn man nun fragt, was ist schuld an diesem Zusammenbruche, von dem soviel gesprochen und geredet wird, so muß man sagen, an dem Zusammenbruch war nicht die Kriegsmüdigkeit schuld, sondern es waren diese Mörder hinter der Front zu suchen. Altergraute Männer waren zuletzt noch draußen, im Hinterlande dagegen hat man in die Fabriken die Bürschlein von 18 Jahren aufwärts, die draußen versagt haben, hineingesteckt, hat ihnen einen üppigen Lohn gegeben und wenn der Verwundete zurückgekommen ist, haben sie ihn höhnisch ausgelacht, daß er so ein dummer Kerl ist und draußen zu kämpfen hat. Dies ist wiederholt vorgekommen und mancher Frontler bekam einen heiligen Zorn und sagte sich, daß diese Hinterlandstachinierer einem das Leben am meisten verbittern.

So war es auch in den Spitälern. Wo man hinkam, sah man junge, frische Kerls, die nur mit den Roten Kreuz-Schwestern liebäugelten und die Verwundeten verlachten, die noch dazu ein jüdischer Regimentsarzt, kaum daß er sie ein bitterl zusammengeflickt hatte, mit dem nächsten Marschbataillon wieder hinausjagte. Alle diese bodenständigen Leute haben nur deswegen so viel getan, weil sie ihre Heimat lieben, und deswegen besteht heute dieses Mißtrauen des Landvolkes gegen die Volkswehr. Von denen, die im Felde waren, sind die einen in die Werkstatt zurückgegangen, der Bauer ist hinter seinen Pflug gegangen und sie haben die Arbeit wieder angefangen. Diejenigen aber, die dort die Schmaroker waren, haben sich gleich angepaßt und sich zum Weiterdienen in der Volkswehr angemeldet. Es ist daher kein Wunder, daß die ländliche Bevölkerung und besonders die Heimkehrer mit diesen Herren nicht eines Sinnes sein können und sich



sagen, daß diese Armee nutzlos sei; denn wie diese Leute dort nicht ihre Pflicht erfüllt haben, so werden sie sie auch hier nicht erfüllen. Wer für seine Bodentständigkeit kein Herz hat, der wird niemals seine Pflicht erfüllen können, weil ihm das einerlei ist.

Man hat es bei der Anwerbung gesehen, die ja auch in den Gemeinden auf dem Lande stattgefunden hat. Es meldete sich niemand, und zwar deshalb, weil man kein Vertrauen zu dieser Armee hat und weil die Landbevölkerung besonders das Räteystem, das eingeführt worden ist und auch jetzt bei dem neuen Söldnerheer beibehalten werden soll, nicht gutheißt, sondern gegen jedes Räteystem ist. Meine Partei war von Anfang an in diesem Hause nicht für ein Söldnerheer, sondern sagte, daß wir mit einer bewaffneten Gendarmerie und Polizei auch ausreichen würden. Auch auf dem Lande ist man der Ansicht, daß wir mit einem disziplinierten Offizierskorps sowie mit unseren Heim- und Bürgerwehren die Sache leicht gemacht hätten und uns diesen überflüssigen teuren Apparat, der täglich eine Million kostet, hätten ersparen können.

Es wird in diesem Hause sehr oft davon gesprochen — besonders der Kollege Leuthner bringt das sehr oft zum Ausdruck —, daß von dieser Stelle aus der Wille des Volkes kundgetan wird. Ob in der Wehrevorlage von dieser Stelle aus der Wille des Volkes kundgegeben worden ist, das bezweifle ich sehr, meine Herren und Damen. Wenn heute eine Volksabstimmung über die Wehrevorlage, über das Söldnerheer stattfinden würde, so würden 90 Prozent der Bevölkerung dagegen stimmen und sagen: Weg mit diesem unnützen Apparat des Söldnerheeres! Wo ist denn der Volkswille? Hier liegt der tiefe Grund des Mißtrauens der Bevölkerung. Ein Volk oder eine Regierung die auf ihre Macht nicht vertraut, kann sich niemals weiterbewegen, denn die Regierung in jedem Staate beruht auf der Macht. Und wo die Macht nicht zuverlässig ist, ist auch die Regierung machtlos.

Dr. Renner klagt wiederholt, daß die Länder extreme Gesetze herausgeben und sie mit den Gesetzen der Staatsregierung nicht in Einklang stellen. Kein Wunder! Hätten wir ein Militär, eine Macht, die volles Vertrauen aller Länder genießt, so bin ich überzeugt, daß die Länder nicht gegen die Staatsregierung hantieren, sondern einstimmig die Macht der Staatsregierung anerkennen würden. Da ist es wiederum das Söldnerheer, das in den Ländern absolut nicht respektiert und niemals respektiert werden wird. Und wird es wieder einmal dazu kommen, daß unser Heimatboden in Gefahr ist, ich bin überzeugt, auf dieses Söldnerheer dürfen wir uns nicht verlassen. Wenn der Heimatboden einmal wieder in Gefahr sein wird, werden wieder die Heimwehren und Bürgerwehren als erste dastehen, und der Herr Staatssekretär wäre sehr zu beglückwünschen, wenn

das neue Söldnerheer auch nur annähernd so tüchtig zugreifen würde, wie es die Heimwehren sicherlich tun. Solange das Mißtrauen zwischen Volk und Wehrmacht besteht, können niemals Volk und Regierung auf eine gedeihliche Entwicklung rechnen. Da wird wieder das Sprichwort wahr werden, das sagt: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist.

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Mataja.

**Abgeordneter Dr. Mataja:** Hohes Haus! An dieser Stelle erinnere ich mich noch sehr wohl, wie ich vor etwa zwei Monaten hier gestanden bin und die Ehre gehabt habe, die neue Wehrevorlage zu vertreten. Ich erinnere mich schon deshalb so gut daran, weil mir diese Tätigkeit aus eigenen Kreisen und aus allen bürgerlichen Kreisen zum Vorwurf gemacht wird, aus einem Mißverständnis heraus, wie ich hier wieder feststellen muß, weil es sich nicht um Schwächen oder Vorzüge des Gesetzes handelt, mit dem ein Auskommen sehr wohl sich finden ließe, sondern um die Art seiner Durchführung, worauf sowohl ich wie auch meine Parteigenossen wiederholt aufmerksam gemacht haben. Eine Sache, die zum mindesten nicht mir allein zur Last gelegt werden kann, da die Überwachung der Durchführung des Wehrgesetzes sicherlich eine gemeinsame Angelegenheit und ein gemeinsames Interesse aller bürgerlichen Kreise und aller bürgerlichen Elemente ist, die in gleicher Weise daran interessiert sind.

Dem Referate über das Wehrgesetz sind hier langwierige Verhandlungen vorausgegangen, es wurde ein Kompromiß abgeschlossen, weil eine so wichtige Sache in diesem Hause nur durch ein Kompromiß zwischen rechts und links erledigt werden kann, und dieses Kompromiß habe ich die Ehre gehabt zu vertreten. Und heute haben wir zu untersuchen, ob die Intentionen dieses Kompromiß tatsächlich einzuhalten auch auf allen Seiten dieses hohen Hauses vorhanden waren.

Über diese Intentionen waren seinerzeit die Meinungen sehr verschieden. Ich habe zu der kleinen Gruppe gehört, die sich dieser Intentionen angenommen hat und die eine Reihe von Herren auch tatsächlich gehabt haben.

Ich muß aber heute wiederum wie so oft im Ausschusse darauf aufmerksam machen, daß es nicht hinreicht, wenn die Parteiführer der Sozialdemokraten dieses Kompromiß einhalten wollen, sondern daß sie auch dafür sorgen müssen, daß die vielleicht formell untergeordneten, meritorisch aber außerordentlich entscheidenden Persönlichkeiten, die mit dem Wehrgesetz verknüpft sind, wirklich die Absicht haben und betätigen, das Kompromiß



durchzuführen. Denn es ist selbstverständlich, daß, wenn man etwas verspricht, man auch verspricht, das Versprechen zu halten. Und daß das Kompromiß eine Irreführung wäre, wenn nicht die Absicht bestünde, es durchzuführen. Diese Faktoren, die nun unverbohlen und unausgesetzt ihrer Entschließung Ausdruck geben, das Wehrgesetz, nämlich das Kompromiß des Wehrgesetzes nicht zu halten und sich nicht um das Wehrgesetz kümmern, das sind in erster Linie die heute wiederholt besprochenen Soldatenräte. Die haben bei ihren zahlreichen Besprechungen, in denen ja die heutige militärische Haupttätigkeit besteht, in den verschiedenen Konferenzen, Konventikeln, Bataillonssoldatenräten, Vollzugsausschussitzungen, Vollversammlungen und bei einer ganzen Reihe anderer Gelegenheiten wiederholt ganz unverbohlen und drastisch erklärt: Dieses Wehrgesetz ist für uns ein Fetzen Papier, wir kümmern uns nicht darum, wir machen, was wir wollen und gehen soweit, als es unsere Kraft erlaubt und wir es durchsetzen können.

Mit der Aufzählung einzelner Aussprüche will ich Sie nicht ermüden, selbst das geringe Material, das mir bei der ausgezeichneten lückenlosen Organisation, mit der die sozialdemokratische und kommunistische Partei gemeinsam die Volkswehr und die neue Wehrmacht beherrschen, zur Verfügung steht, selbst dieses geringe Material würde uns zu lange in Anspruch nehmen. Aber vielleicht darf ich Ihnen nur den Ausspruch des Volkswehrlieutenants Hoffmann aus der Vollversammlung der Soldatenräte Wiens vom 24. März zitieren (*liest*):

„... Uns steht das Recht zu, die einzelnen Paragraphen (des Wehrgesetzes) so auszulegen, wie wir es brauchen werden.“

Wer stellt die Wehrmacht auf? Genosse Deutsch! Und wer kommt hinein? Sozialisten. Das ist, Genossen, wichtiger als das Wehrgesetz! Vollzugsinstrument des Gesetzes wird die Soldatengewerkschaft sein... dazu kommt noch eine ausgedehnte Bildungsarbeit.“

Diese Stichprobe möge dem hohen Hause und möge insbesondere auch dem Herrn Staatssekretär für viele genügen. Ich bin überzeugt, daß er eine Reihe solcher Aussprüche selbst kennt, und es würde ihn natürlich geringe Mühe kosten, dieses Sortiment von Aussprüchen numerisch und materiell beliebig zu ergänzen. Es gibt wohl kaum einen Tag, an dem solche Aussprüche nicht fallen, wobei allerdings auch wiederholt liebevoll seiner Persönlichkeit und manchmal auch der des Unterstaatssekretärs gedacht wird, in einer Terminologie, die ich natürlich dem hohen Hause nicht unterbreiten kann. (*Abgeordneter Alois Bauer: Sammeln und Ihnen zuschicken, damit Sie es im Hause vorlesen können!*) Wenn Sie mich bei meiner Arbeit irgendwo frei-

willig unterstützen wollen, werde ich es entgegennehmen. Im übrigen schicken Sie mir zu, was Sie wollen, aber lassen Sie mich hier die Sache weiter besprechen, das ist viel gescheiter als der Zwischenruf, den Sie jetzt gemacht haben. Glauben Sie mir das!

Nun, meine Herren, ich sprach von Aussprüchen, welche schließlich auch nicht mit der in diesen Kreisen dem Staatssekretär gebührenden Autorität in Einklang zu bringen sind, wie ich mir vielleicht zu bemerken erlauben darf. Nun möchte ich noch eine Bemerkung machen über die Bedeutung, welche die Soldatenräte in der Volkswehr gehabt haben und anscheinend auch in der neuen Wehrmacht bekommen sollen. Wenn diese Soldatenräte nämlich belanglose Persönlichkeiten wären, die in Wirklichkeit auf die Geschäftsführung des Staatsamtes und auf die Wehrmacht keinen Einfluß haben, dann wäre es ja nicht so sehr der Mühe wert, sich darum zu kümmern. Aber tatsächlich haben diese Soldatenräte einen ganz außerordentlichen Einfluß in großen und kleinen Dingen, werden überall befragt, wiederholt mußte der Staatssekretär in großen und kleinen Dingen infolge des Einspruchs der Soldatenräte von seiner Ansicht zurücktreten, und darum muß man sich mit der Ansicht der Soldatenräte beschäftigen, denn es nützt ja nichts, wenn ich mich heute an die formellen Kompetenzen halte, ich muß nach den Stellen forschen, die wirklich einen Einfluß auf den Geschäftsgang und auf die Richtung in der neuen Wehrmacht haben.

Nun, den Einfluß der Soldatenräte haben wir bei der Vorberatung des Wehrgesetzes gesehen, wo unaufhörlich mit ihnen konferiert worden ist anlässlich des ersten Abbaus der Volkswehr im Mai 1919, wo der Staatssekretär von dem von ihm beabsichtigten und angekündigten Abbau infolge Einspruchs der Soldatenräte zurücktreten mußte; aber auch in kleineren Dingen, anlässlich des Tragens des Waffenrockes, welche Sache eine Zeitlang an dem Widerspruch der Soldatenräte gescheitert ist, in der Frage der Gruppierung, die durch den bei der Volkswehr so sehr beliebten Landesbefehlshaber Haas eingeführt werden sollte. Auch diese haben sich die Soldatenräte entschlossen, illusorisch zu machen, zumindest in jenen Punkten, die ihnen bei aller schuldigen Achtung, Neigung und Dankbarkeit, die sie, wie sie behaupten, dem Landesbefehlshaber entgegenbringen, nicht angenehm sind.

Ich werde später über die Kompetenzen der Soldatenräte sprechen, über die von ihnen arrogierten und die ihnen gebührenden, woraus hervorgehen wird, wie die Soldatenräte selbst ihre Stellung einschätzen.

Was die Aufnahme anlangt, so ist das eine Sache, mit der man sich sehr wohl zu beschäftigen



hat und ich werde auf den Zusammenhang mit den Entscheidungen noch zurückkommen. Es ist zum Beispiel gesagt worden (*liest*):

„Jetzt wird es sich in der nächsten Zeit ergeben, daß Leute aus irgendeinem Grunde abgelehnt werden. (Gesundheitszustände, Vorstrafen, Heimatunfähigkeit, Staatsbürgerschaft etc.) Da ist es notwendig, daß von jenen Leuten, welche den Soldatenräten als „wirkliche“ Genossen bekannt sind, sofort Rekurs ergriffen wird und daß die Soldatenräte eine Liste dieser „wirklichen“ Genossen anlegen, mit dem Vermerk: „Es ist uns sehr daran gelegen, daß diese Leute aufgenommen werden“, und daß dieses Verzeichnis der Übernahmekommission vorgelegt werde, welche die Wünsche berücksichtigen wird, da wir dort die Majorität haben.“

Solche Aussprüche bleiben nicht auf dem Papier, sie werden im Staatsamt für Heereswesen notorisch in die Tat umgesetzt und auf diese Weise werden Kompromißbestimmungen des Wehrgesetzes mit Duldung oder, wenn Sie wollen, durch die Schwäche der sozialdemokratischen Partei und des sozialdemokratischen Staatssekretärs umgangen.

Es ist Ihnen bekannt, daß im Wehrgesetz ein Passus enthalten ist, wonach die Einteilung im Lande Nichtzuständiger in eine im dortigen Werbebezirk garnisonierende Abteilung von der Zustimmung der Landesregierung abhängig ist. Es ist wiederholt anlässlich der Überschüsse bei den Anwerbungen in Wien gesagt worden, daß diese Überschüsse unter alle Länder verteilt werden. Und wie man über den Widerstand der Landesregierungen denkt, hat uns der Ausspruch des Obmannes des Vollzugsausschusses der Soldatenräte Schuhbauer belehrt, der in Borarlberg ausdrücklich gesagt hat: „Wir werden es auf eine Kraftprobe mit der Landesregierung ankommen lassen, ob sie stark genug ist, die Zuschreibung von Nichtheimatzuständigen in Wien Angeworbenen hintanzuhalten und zu hintertreiben.“ Diese Frage müßte durch das Kompromiß ausgeschaltet sein. Hier soll es keine Kraftprobe geben. Die Kraftprobe hat ja zum Kompromiß geführt und ein Kompromiß kann nur dann geschlossen werden, wenn man beiderseits entschlossen ist, es einzuhalten und nicht Kraftproben zu veranstalten, ob es darüber hinaus ausgedehnt werden kann.

Was die Kompetenz der Soldatenräte anbelangt, so muß hier auf verschiedene Punkte hingewiesen werden. Die Kompetenz der Soldatenräte ist, glaube ich, im Absatz 2 des § 31 genau festgelegt. Es sind dort die wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Angelegenheiten aufgezählt und Sie werden mich wohl davon dispensieren, es hier noch einmal vorzutragen. Nun hat der Landesbefehlshaber Oberst Haas die neuen Regimentskommandanten versammelt und sie aufmerksam gemacht, daß sie

immer und in allen Angelegenheiten im Einvernehmen mit den Soldatenräten handeln müssen. Das ist natürlich ganz gegen das Wehrgesetz. Die Kommandogewalt darf laut ausdrücklicher Bestimmung durch die Vertrauensmänner nicht eingeschränkt sein und selbstverständlich könnte der Oberst oder der sonstige Befehlshaber höchstens angewiesen werden, mit den Soldatenräten in jenen Punkten ein Einvernehmen zu pflegen, die überhaupt ihrer Kompetenz zugewiesen sind. Diese Äußerung des Landesbefehlshabers ist also jedenfalls ein Bruch des Wehrgesetzes, und das Oberst Haas nicht einer bürgerlichen Gruppe, sondern Ihnen zuzurechnen ist, darüber dürften die Ansichten zwischen uns nicht geteilt sein.

Es hat heute der Herr Abgeordnete Smittka gesagt, daß, wenn ein Soldatenrat seinen Wirkungsbereich überschreitet, er vom Kollegium der Soldatenräte, sei es der Vollzugsausschuß oder der Kreis-ausschuß, unachtsächlich entfernt wird. Nun, der Obmann des Vollzugsausschusses, der bekannte Soldatenrat Schuhbauer hat am 11. Mai an den Herrn Staatssekretär eine Zuschrift folgenden Inhalts gerichtet (*liest*):

„Nachdem laut Wehrgesetz den Soldatenräten das Recht eingeräumt wurde, in allen den organisatorischen Aufbau des Heeres betreffenden Fragen mitarbeiten zu können, dies jedoch, wie es den Anschein hat, seitens der Organisationsgruppe nicht beachtet wird, stellt der Reichsvollzugsausschuß folgendes Ersuchen: Der Herr Staatssekretär möge eine gemeinsame Sitzung einberufen, zu der außer dem Reichsvollzugsausschuß der Herr Unterstaatssekretär Dr. Weiß, der Amtsleiter Oberst Körner und der Leiter der Organisationsgruppe Oberst Schneller sowie auch das Reichsbildungsamt einzuladen wären, damit dort diese Frage einer endgültigen Regelung zugeführt werden kann.“

Es ist natürlich keine Rede davon, daß nach dem Wehrgesetz der organisatorische Aufbau im Einvernehmen mit den Soldatenräten zu beraten ist, ja es ist sogar ganz unmöglich, weil die Soldatenräte erst nach Aufstellung der neuen Wehrmacht geschaffen werden können und von den Soldatenrätes der Volkswehr selbstverständlich im neuen Wehrgesetz bei der neuen Wehrmacht keine Rede ist und keine Rede sein kann. Es ist keine Frage, daß Herr Schuhbauer hiermit seine Kompetenz überschritten hat, und da die Soldatenräte der Volkswehr ohnehin bestenfalls eine liquidierende Körperschaft sind und eine Rechtsbasis ihnen überhaupt nicht mehr zukommt, bin ich sehr neugierig, ob diese Entfernung, von der der Herr Abgeordnete Smittka gesprochen hat, von der jeder Soldatenrat betroffen werden soll, der seine Kompetenz überschreitet, dem Herrn Schuhbauer zuteil werden wird. Ich erlaube mir daran zu zweifeln, ich bin nicht sehr überzeugt davon. Noch mehr bin ich aber neugierig, wie sich das Staats-



amt für Heereswesen hierzu verhalten wird und ich habe diesbezüglich — ich muß schon sagen — die Hoffnung, daß es ihm unmöglich erscheinen werde, auf diese Idee einzugehen und deshalb, weil ein liquidierender Soldatenrat der Volkswehr etwas anzusetzen hat, eine große Konferenz einzuberufen, zu der leitende Persönlichkeiten gerufen werden. Ich meine die Herren werden etwas anderes zu tun haben, als derartige Konferenzen abzuhalten.

Es ist heute von dem projektierten Statut des neuen Soldatenrates gesprochen worden. Ich glaube, Herr Dr. Schürff hat mehreres darüber erzählt — es könnte auch ein anderer Herr Rodner gewesen sein. Was mir aber das Interessanteste zu sein scheint, wurde, glaube ich, nicht erwähnt, das ist, daß in dem projektierten Statut eine Befehlsgebungsgewalt seitens des Zentralsoldatenrates oder des Vollzugsausschusses — ich weiß nicht genau, wie er dort genannt wird — über die in den Ländern befindlichen Soldatenräte ausdrücklich beansprucht wird, ein Vorgang, der sicherlich in ganz klarem Widerspruch zu dem Wehrgesetz steht. Außerdem wird, soviel ich weiß, ein Kredit von mehreren Millionen für die Organisation dieser Soldatenräte begehrt, und zwar deshalb, weil nach dem Wehrgesetz die Soldatenräte ihres Amtes unentgeltlich walten müssen, es aber doch nicht gerne tun, zum mindesten in ihrer Mehrzahl. Dieser Kredit soll dazu dienen, diese Lücke auszufüllen.

Ich habe schon von den Ausnahmen gesprochen, mit den Ausnahmen, die dabei angestrebt werden. Die Soldatenräte haben den Betrieb, wie ich sagen muß, großzügig organisiert. Dem Staatssekretär für Heereswesen ist es vorbehalten, gewisse Ausnahmen zu treffen. Er kann eine Altersdispens, eine Heiratsdispens erteilen, die sich, wie das der Charakter der Ausnahme mit sich bringt, auf einzelne irgendwie berücksichtigungswerte Fälle bezieht. Bei der Ausgabe der Erklärungen und Anmeldeblätter, haben nun die Soldatenräte, die tatsächlich die Anwerbung zum mindesten in Wien durchgeführt haben, überall sofort für jeden einzelnen Fall ein Formular, eine Druckform beigelegt, in der um diese Ausnahme angefragt wird, des Inhaltes (liest):

„Ich beabsichtige, in die neue Wehrmacht einzutreten. Da ich den geltenden Bestimmungen nicht entspreche, weil ich die Altersgrenze schon überschritten habe, so ersuche ich hiermit um ausnahmsweise Bewilligung meiner Aufnahme.“

Im nächsten, das ich gerade hier habe, heißt es:

„Da ich den geltenden Bestimmungen bezüglich Felddienstleistung nicht entspreche.“

Meine Herren! So ist die Sache nicht zu verstehen, ich glaube, nicht einmal zwischen Juristen kann darüber eine Meinungsverschiedenheit Platz

greifen, daß, wenn von Ausnahmen die Rede ist, man die Ausnahme nicht zur Regel erheben und mit Druckworten die Ausnahmewilligung begehren kann.

Aber nicht nur die Soldatenräte haben diesen Vorgang gepflogen, in weit höherem Ausmaße hat sich diesem Vorgehen der Herr Staatssekretär selbst angeschlossen, der unter mißbräuchlicher Anwendung der Dispensbestimmung, wie sie im § 14 enthalten ist, ganz einfach eine wesentliche Abänderung des Wehrgesetzes vorgenommen hat. Es ist ein Erlaß hinausgegangen, ich glaube im April 1920, in dem es heißt (liest):

„Die Leiter der Heeresverwaltungsstellen werden im Sinne des § 14 des Wehrgesetzes beauftragt, auch solche Zivilpersonen, welche jünger als 26 und älter als 40 Jahre sind, zur Aufnahme in den Heeresverband dem Staatsamte für Heereswesen vorzuschlagen. Ebenso sind verheiratete Zivilpersonen oder Witwer mit Kindern nicht abzuweisen, sondern für die Aufnahme zu beantragen.“

Nun, hohes Haus, über diese Fragen ist ja ausgiebig und in hervorragender Weise wiederholt gesprochen worden, über die Frage der Altersgrenze, über die Frage der Dispens und über alle diese einschlägigen Materien, und man hat sich schließlich dahin geeinigt, daß man in den Übergangsbestimmungen Sonderbestimmungen getroffen hat für diejenigen, die Berufsmilitärpersonen sind, und diejenigen, die in der Volkswehr dormalen Dienst tun. Es heißt, diese Ausnahmen wurden generell und prinzipiell für die Volkswehrleute und die Berufsmilitärpersonen festgesetzt. Daraus geht mit zugehöriger Gewalt hervor, ich weiß nicht, ob der Herr Staatssekretär ein Fakultätskollege von mir ist, aber jedenfalls wird er schon von dem argumentum a contrario gehört haben, daß es für die anderen nicht gilt, daß generelle und prinzipielle Ausnahmen wohl den Berufsmilitärpersonen und den Volkswehrleuten bewilligt werden können, damit aber den andern, den Zivilisten, die nicht Berufsmilitärpersonen sind und nicht in der Volkswehr dienen, abgesprochen werden. Hier kann der Staatssekretär in einzelnen Fällen Ausnahmen machen, wenn er aber diese Ausnahmeklausel zur generellen Regel erhebt und seinen diesbezüglichen Erlaß herausgibt, so hat er nach meiner Auffassung das Wehrgesetz abgeändert und sich an das zwischen uns geschlossene Kompromiß nicht gehalten.

Außerdem hat er doch den Leitern der Heeresverwaltungsstellen einen bestimmten Auftrag in bezug auf die Anwerbung gegeben, obwohl ein solcher Auftrag weder in der Form eines Dienstauftrages noch in der Form eines allgemeinen Erlasses gegeben werden, die Aufnahmestätigkeit der Leiter der Heeresverwaltungsstellen ganz frei bleiben soll und innerhalb



der vom Staatsamt zu erlassenden Grundsätze solche Bestimmungen keine Aufnahme finden sollen. Das, meine Verehrten, über die Einhaltung des Kompromisses, das nur ein Bruchstück des Materials ist, das mir zur Verfügung steht, und um so mehr ein Bruchstück des gesamten Materials.

Ich komme nun innerhalb des Kompromisses auf einen der wichtigsten, auf den einen der beiden entscheidenden Punkte. Die beiden entscheidenden Punkte sind — das haben wir jedesmal gesagt — der unpolitische Charakter der Wehrmacht und die Disziplin. Der unpolitische Charakter der Wehrmacht ist durch eine Reihe von Bestimmungen des Wehrgesetzes festgelegt worden und es haben sich die Parteien durch den Mund ihrer berufenen Funktionäre in so solennem Weise verpflichtet, daß aus der neuen Wehrmacht eine politische Truppe nicht werden soll. Ich habe aber den Eindruck, daß davon keine Rede sein kann und daß auch gar nicht die Absicht besteht, sondern daß es die feste Absicht auf sozialdemokratischer Seite ist, um jeden Preis aus der neuen Wehrmacht eine reine Parteitruppe zu gestalten. Es ist heute vom Militärverbande, von der soldatischen Gewerkschaft schon gesprochen worden. Es ist das eine Sache, über die man sich noch einigen muß. Es ist natürlich richtig, daß eine wirkliche Wehrmacht, eine brauchbare Wehrmacht auf diese Weise nicht entstehen kann.

Aber diese Gewerkschaft, dieser Militärverband ist selbstverständlich nur ein Mittel der vollständigen Politisierung der neuen Wehrmacht. Die Gewerkschaft, die gegründet worden ist, enthält nur das Wort „Militärverband der Republik Österreich“. Es ist weder vom Worte „proletarisch“ noch von dem Worte „sozialdemokratisch“ die geringste Rede, damit die sozialdemokratischen Agitatoren, vielleicht auch die sozialdemokratische Partei, vielleicht auch sogar die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder möglicherweise dann behaupten, es ist der Militärverband eine unpolitische und neutrale Gewerkschaft, denn tatsächlich, in ihrem Titel und ihrem Statut findet sich kein einziger Hinweis. Wenn wir aber die erste Kundgebung ansehen, die Nummer des „Freien Soldaten“, Halbmonatsschrift des Militärverbandes der Republik Österreich, Organ der Soldatenräte, wenn wir diese Schrift durchsehen, finden wir auf jeder Seite das reine parteipolitische Bekenntnis zum sozialdemokratischen Programm, zum Klassenkampf und zu dem, was Sie den Aufschwungkampf des Proletariats nennen, und was nach unserer Diktion ein sozialdemokratisches Parteiprogramm ist. „Klassenbewußte Arbeiterschaft“, die Aufforderung, „die proletarische Armee durch die militärische Gewerkschaft zu ergänzen“, alles Sachen, die eine Gewerkschaft zu einer rein sozialdemokratischen machen, ganz abgesehen von der Person der Führer, die sämtliche rein sozialdemokratischen Parteikreisen

entnommen sind, so daß wir es hier, richtig gesagt, mit einer rein sozialdemokratischen Gewerkschaft zu tun haben.

Was dabei noch besonders ins Gewicht fällt, ist eine Auffassung, die in den Schlusssätzen des Artikels auf Seite 2 und 3 zur Geltung kommt. Es ist auch hier wiederum die Tendenz, von Österreich aus die Welt zu reformieren, dem sozialistischen Klassenkampf der Welt von hieraus einen neuen Impuls zu geben, hier einen Grundstein zu einer neuen Errungenschaft des Proletariats zu legen, zur politischen Organisation der Wehrmacht. Nicht nur wir in Österreich sollen beglückt werden, sondern von hier aus soll der Kampf in der ganzen Welt eingeleitet werden. Es heißt: Gelingt es uns erst, die Soldaten Europas zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu erwecken und eine internationale Organisation im Waffenrock zu schaffen, dann wird kein Krieg mehr die Welt erschüttern. Also wiederum einmal diese Tendenz, von Österreich aus der sozialistischen Bewegung eine neue Stufe zu hauen, ihr einen neuen Weg zu bahnen, als ob dieses zusammengebrochene Österreich hierzu in der Lage wäre. Während der Ihrer Partei angehörende Staatskanzler in Linz sagt, die Geschicke des Sozialismus in der Welt können wir in Österreich nicht entscheiden, die werden in England und Rußland entschieden werden, während er diesen unserer Meinung nach vernünftigen Standpunkt einnimmt, daß von einem zusammengebrochenen kleinen Staat aus, um den sich kaum viele Leute in der Welt draußen kümmern werden, nicht neue Bahnen und Wege gefunden werden können, verfällt die radikale Gruppe Ihrer Partei immerwährend in den Fehler, daß sie die Welt von hier aus im sozialistischen Sinn reformieren will. Ihre Partei wird sich einmal entscheiden müssen für das eine oder für das andere; Sie können nicht immer nebeneinander nach der einen und der anderen Richtung zugleich programmatische Erklärungen abgeben.

Wie es mit der persönlichen Freiheit im Militärverbände gemeint ist — im sozialdemokratischen Sinne verbindet sich mit der politischen Organisation immer der politische Zwang —, das haben Sie sehr gut und geschickt gemacht und ich möchte wissen, ob es dem Herrn Staatssekretär Eldersch nicht auch aufgefallen ist, daß es in § 5 heißt: „Es ist pflichtgemäßes Interesse jeder in militärischer Dienstleistung stehenden Person, Mitglied des Verbandes zu sein“. Sie beherrschen sicher die Stilistik gut genug, um zu wissen, daß der Ausdruck „pflichtgemäßes Interesse“, hier nicht zutrifft. Pflichtgemäßes Interesse ist ein Interesse, welches nicht dem eigenen Triebe entspricht, sondern zufolge eines anvertrauten Amtes mit Rücksicht auf andere Interessen von der betreffenden Person selbst wahr-



genommen wird, also nicht spontanes Interesse, sondern das Interesse, welches wahrzunehmen die Pflicht wegen eines Auftrages gebietet. Das Interesse mag den Beitritt gebieten, aber das eigene Interesse, nicht das „pflichtgemäße Interesse“. Aber warum haben Sie „pflichtgemäßes Interesse“ angenommen? Weil bei der Agitation, die Sie betreiben, das „gemäße Interesse“ entfällt und die Pflicht übrigbleibt, weil Ihre Leute den Wehrmännern sagen, ihr müßt in die Organisation eintreten, weil sie diesen Organisationsterror, der Organisationsvereinheitlichung, wie Dr. Otto Bauer vor einigen Wochen hier von dieser Stelle aus so ausdrücklich verkündet hat, auch in der Militärgewerkschaft durchführen wollen und weil Sie fest entschlossen sind, keinen aufkommen zu lassen, der anderer Meinung ist. Das ist auch meine Einwendung, die ich gegen den Antrag, den der Abgeordnete Dr. Schürff heute eingebracht, habe. Der Abgeordnete Schürff glaubt, daß im Wege des Proporz die Möglichkeit besteht, daß die Minorität der Wehrmänner, solange die Minorität nicht sozialdemokratisch ist, Vertrauensmänner hinein entsenden kann. Ich glaube, er beurteilt die Verhältnisse unrichtig. Es ist schon eine Wahlordnung ausgearbeitet worden, beschlossen ist sie nicht worden. Wie werden sich die Wahlen bei der Militärgewerkschaft abspielen? Die Leute werden im Turnsaal oder im Speisesaal zusammenkommen, die Terroristen werden Vorschläge machen und dann wehe dem, der es wagt, sich dagegen zur Wehre zu setzen! Sie, meine Herren, gehen über diese Sache meist hinweg oder stellen Sie in Abrede, dann kommt die Stimmung und Erregbarkeit der Massen, der gegenüber man nichts machen kann, aber schließlich ist das ein Weg, den sie entschlossen sind zu gehen, bei dieser Gewerkschaft wie bei jeder anderen.

Es ist hier heute der Fall von der Rennweger Kaserne erörtert worden, der Fall mit den beiden Berufsunteroffizieren, die die Kaserne verlassen mußten, weil sie für die Frontkämpfervereinigung Propaganda gemacht hatten. Wenn hier der Herr Abgeordnete Smittka gesagt hat: Diese Leute haben eine politische Propaganda gemacht und die Soldatenräte waren verpflichtet, darüber zu wachen, daß diese Propaganda nicht gemacht werde, so ist das zwar nicht ganz richtig, weil darüber zu wachen nicht Aufgabe der Soldatenräte, sondern im allgemeinen des Zivilkommissariates ist. Aber wenn die Soldatenräte dieser Materie Interesse entgegenbringen, so werde ich nichts dagegen haben. Aber — wie soll ich es sagen, um mich ganz höflich auszudrücken? — ich meine, bleiben wir doch ganz auf festem Boden: Keine Propaganda in den Kasernen und Ubikationen! Es wird ja dort nichts als Propaganda im sozialdemokratischen und kommunistischen Sinne betrieben — nichts anderes. Ich

würde gar nicht, womit diese Truppen im Weien sonst befaßt sein sollten. Sie haben neben den Soldatenräten die politischen Vertrauensmänner, deren Aufgabe es ist, für die beiden Parteien, für die sozialdemokratische und die kommunistische, in den Kasernen zu agitieren, für die Zeitungen Propaganda zu machen — und zwar sind zugelassen die „Arbeiter-Zeitung“ und die „Rote Fahne“, der „Freie Soldat“ und der „Rote Soldat“ — die Abonnementsbeträge einzusammeln, die Abonnements-erklärungen entgegenzunehmen beziehungsweise zu erzwingen, denn es handelt sich nur um einen Konkurrenzkampf der beiden Parteien. Das ist ihre Hauptbeschäftigung. Propagandaschriften sind natürlich dort unausgesetzt überall in der größten Anzahl vorhanden. Hier ist das Organ der kommunistischen Partei, „Was will die kommunistische Partei“ von der politischen Sektion des Volkswehrbataillons Nr. 13, Wien, Deutschösterreich, hier ein Exemplar der Zeitschrift „Der rote Soldat“, überdies ein ganz interessantes Exemplar als Beleg dafür, inwieweit die Propaganda unter Ihren Augen für die Disziplin sich abspielt, denn weh tun wollen Sie in solchen Fällen der kommunistischen Partei doch nicht. Hier haben Sie unter dem Titel „Der kommunistische 1. Mai“ einen Artikel des berühmten Blasius Kolozsvary, von dem immer gesagt und verbreitet wird, er sei identisch mit Bela Kun. In einem Artikel dieses Blattes heißt es zum Beispiel — auch sonst sind ganz hübsche Sachen drinnen — (liest): „Die letzten Tage haben erst bewiesen, welch gewaltigen Respekt die Bourgeoisie mit all ihrem lakaienhaften Ungeziefer noch immer vor den Wehrmännern hat. Wie rasch zog sich doch die Wache auf der Landstraße zurück, als die Volkswehr anrückte!“ Diese neue Wehrmacht soll nämlich ein Organ zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ordnung und Ruhe sein. Und mit diesen Mitteln, die in den Kasernen von Mann zu Mann getragen werden, unter Ihren Augen, glauben Sie wahrscheinlich, die Disziplin festigen zu können. Diese Drucksorten und Aufnahmszetteln sind so im Schwung, daß ich hier einen Passierschein gefunden habe, der auf der Rückseite einer Beitrittsklärung zur kommunistischen Partei Deutschösterreichs ausgestellt ist, weil der Betreffende in der Geschwindigkeit wohl kein anderes Papierstück oder keinen Zettel bei der Hand gehabt hat als die dort zu Tausenden herumfliegenden Einladungsblätter und Einladungsschriften für sozialdemokratische und kommunistische Zeitschriften und für die Partei selbst. Über diese politische Freiheit habe ich schon gesprochen. Was aber die Disziplin anbelangt, so habe ich schon früher den „Freien Soldaten“ zitiert, wo auch so manches vorkommt. Im Wehrgesetz heißt es, ich glaube im § 17 kommt es im Eid vor und in einem anderen Passus des Wehrgesetzes, und zwar im § 24, Punkt 2, kommt die ausdrückliche



Bestimmung vor: „der Soldat hat die Befehle seiner Vorgesetzten pünktlich und genau zu befolgen und allen ihren Weisungen zu gehorchen.“ Daß das nicht der Fall ist, wissen wir alle, aber wie schreiben Sie schon prinzipiell darüber in diesem „Freien Soldaten?“ Ich hoffe nur das eine, Sie werden mir nicht mit dem Gegensatz zwischen der Gewerkschaft und der Partei kommen und sagen: In der Gewerkschaft ist es erlaubt, im Staatsamt ist es nicht erlaubt. Sie können ja vielleicht von diesem Argument Gebrauch machen, aber erwarten Sie nicht, daß ein derartiges Argument ernst genommen wird, denn diese Gewerkschaft ist nur Ihre Partei, hinter der Gewerkschaft steht Ihre Partei und was Sie nicht wollen, das dort geschieht, das geschieht in dieser Gewerkschaft nicht, denn Sie machen sie, Sie stellen sie auf. Es heißt sogar, daß Köhler, der an der Spitze steht, der Platzhalter für den gegenwärtigen Staatssekretär ist, der später einmal selbst an die Spitze dieser Gewerkschaft zu treten beabsichtigt. Hier heißt es nun in bezug auf die Disziplin (*liest*): „Einen Teil dieser Menschen, die in der monarchistischen Tradition leben, bilden die Offiziere, dieselben Offiziere, die unsere Führer sein werden. Nicht alle, aber doch so mancher hofft, daß es ihm gelingen wird, die neue Wehrmacht zur alten Armee zu stempeln. Mancher ist darunter, der in uns nur das Werkzeug seiner Laune, das Objekt seiner Willkür erblickt. Der Gedanke, Gleiche unter Gleichen zu sein und für alle Zukunft auf alle Vorrechte ihrer Rasse verzichten zu müssen, erfüllt einen nicht unbeträchtlichen Teil der Offiziere mit Widerwillen und sie werden wohl kein Mittel unversucht lassen, um die uneingeschränkte Herrschaft über die Soldaten, dadurch aber über das ganze Volk zurückzuerobern. Unterdrückungs- und Entrechtungsversuche, Schikanen und Verletzungen der Soldaten werden ihre Kampfmittel sein. Wir aber werden keinesfalls gewillt sein, dies alles ruhig hinzunehmen und werden durch unsere Organisation imstande sein, unsere Rechte zu verteidigen.“

Meine Frauen und Herren, es wird nicht behauptet, daß irgendeine dieser Schikanen oder Rechtsverletzungen seitens der Offiziere geschehen sei. Schon im vorhinein macht die Gewerkschaft darauf aufmerksam, als erstes Lebenszeichen, das sie von sich gibt. Und da wollen Sie sagen, daß das mit dem Wehrgesetz in irgendeinen Einklang zu bringen wäre? Dann hätten Sie sich weigern müssen, die Bestimmung über die genaue und pünktliche Befolgung der Befehle der Vorgesetzten hineinzunehmen. Denn die Vorgesetzten, von denen im Wehrgesetze zugestanden wird, daß ihre Befehle genau und pünktlich befolgt werden, das sind diese Offiziere und Führer, deren Autorität in solcher Weise untergraben wird, eine Autorität, die nicht mehr besteht. Denn das haben wir jetzt zur Genüge

miterlebt, daß die Befehle der Offiziere zum großen Teil überhaupt nicht mehr befolgt werden. Wir haben die Vorgänge am Rennweg gehabt, die ich bereits geschildert habe. Sie waren nicht so harmlos, wie sie von seiten des Herrn Kollegen Smittka dargestellt worden sind, sie waren vielmehr außerordentlich stürmisch. Es war, glaube ich, am 10. Mai und es hätte eine Konfirmierung stattfinden sollen. Die Leute haben sich geweigert, sie sind nicht hingekommen. Ein paar Offiziere haben ihr möglichstes getan, um auf die Leute einzureden. Dann ist der Soldatenrat gekommen, hat eine Bataillonsversammlung einberufen, und nun ist es in einer Tonart losgegangen, die sich an Rohheit und Gefährlichkeit überhaupt nicht überbieten läßt. Die Offiziere sollen froh sein, daß sie nicht auf die Laternenpfähle aufgeküßt worden sind, und ähnliche Äußerungen sind gegen die Offiziere in deren Gegenwart geäußert worden. Mir ist nicht bekannt, ob die Schuldigen zur Verantwortung gezogen worden sind und ob die betreffenden Offiziere irgendeine Genugtuung bekommen haben. Andere Details stehen mir auch in einiger Anzahl zur Verfügung. Zum Beispiel ein Fall, wo ein Bataillonszahlmeister abgesetzt wurde, weil er beanstandet wurde, daß er Unteroffiziersgebühren nicht auszahlte, deren Auszahlung ihm vom Staatsamt für Heereswesen verboten worden ist. Trotzdem mußte der Mann von dem Posten weg, weil der Soldatenrat ihn nicht geduldet hat.

Wir haben uns schon bei der Beratung des Wehrgesetzes darüber ausgesprochen, daß mit der größten Beschleunigung — wenn ich mich recht erinnere, geschah es sogar über Initiative des Staatssekretärs — das angekündigte Disziplinargesetz Gesetz werden muß. Ich habe damals noch in den letzten Tagen vor der endgültigen Beschlussfassung an die Herren vom Staatsamte die Anfrage gerichtet, ob es nicht möglich wäre, daß dieses Gesetz, über dessen Grundsätze wir uns bei einer Besprechung, bei der nicht nur ich und der Herr Staatssekretär anwesend waren, vollständig geeinigt haben, fertiggestellt wird. Die Herren haben damals geantwortet, in dieser kurzen Zeit sei dies unmöglich. Nun sind aber seither sechs bis acht Wochen vergangen, das Wehrgesetz ist seither Gesetz geworden und das Disziplinargesetz ist noch immer nicht vorgelegt worden, es ist meines Wissens noch nicht einmal fertig oder ist zumindest nicht akzeptiert worden. Man muß aber doch endlich einmal diese Ergänzung vornehmen. Man wird doch nicht glauben, ohne Disziplinargesetz Disziplin in die neue Wehrmacht hineinzubringen, wenn nicht anders Sie die Hoffnung hierauf überhaupt schon aufgegeben haben. Denn die Entwicklung der Dinge ist tatsächlich besorgniserregend. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Dinge diesen Gang gehen mußten, daß diese Entwicklung notwendig war. Aber jetzt



müssen wir schon mit ihr rechnen. Ich glaube nicht, daß sich aus diesem Gebilde noch ein wirkliches Instrument der Ordnung und Sicherheit wird herausbilden lassen. Aus dem Geseze — um den Angriffen meiner eigenen Parteigenossen zu begegnen —, aus dem Geseze sicherlich, nicht aber aus der Entwicklung der Dinge, wie sie bisher zugelassen worden ist. Das bezweifle ich. Dazu sage ich Ihnen jetzt eines: Die Verhältnisse in diesem Staate werden tatsächlich bedrohlicher. Sie haben mir jetzt wiederholt und in der vorgestrigen Sitzung am allerärgersten die Bauernunruhen vorgehalten, diese Bauernunruhen, die gerade in der Oststeiermark sich von Tag zu Tag vermehren. Es ist jetzt wieder ein Fall solcher bedauerlicher, unglücklicher Unruhen gemeldet worden, die dort ausgebrochen sind. Es ist nun ganz gleichgültig, ob das bürgerliche oder kommunistische Demonstranten sind oder welche Wurzel immer darin steckt, aber Tatsache ist, daß schon wieder ein solcher Gewaltakt vorgekommen ist. Glauben Sie selbst, daß aus dieser neuen Wehrmacht in irgendeiner absehbaren Zeit, sich eine Truppe herausbilden wird, die Sie zur Unterdrückung selbst solcher Unruhen verwenden können? Glauben Sie das? Wenn Sie das glauben, dann sind Sie starke Optimisten. Ich sage Ihnen folgendes: Vor zwei Monaten wäre meiner Berechnung nach die Möglichkeit einer Abänderung der Wehrbestimmungen des Friedensvertrages bei den auswärtigen Mächten nicht gegeben gewesen, auch nicht die Möglichkeit, uns überhaupt von der Wehrmacht zu befreien. Überlegen Sie sehr genau: Wenn heute alle Parteien dieses hohen Hauses sich dahin einigen, daß sie an Stelle dieser Wehrmacht nur die Verstärkung der wirklich für den Sicherheitsdienst brauchbaren Truppen verlangen, so bin ich überzeugt, daß unter den heutigen Verhältnissen diese Abänderung zu erzielen ist. Zwei Monate können das politische und diplomatische Bild manchmal sehr wesentlich ändern. Wenn Sie das wollen, wäre diese Möglichkeit ganz gewiß ins Auge zu fassen, mit dem Nebengedanken, daß man jenen einzelnen Personen aus der neu gebildeten Wehrmacht, die sich wirklich dazu eignen, einen solchen Sicherheitsdienst zu übernehmen, in diesen einstellen könnte. Wenn Sie aber wieder geordnete und Rechtsverhältnisse schaffen wollen, wozu Sie schließlich und endlich einer gewissen bewaffneten Truppe nicht werden entbehren können, dann werden Sie — denn, um Ihnen etwas genehmeres zu sagen, auch der Bauernunruhen in Steiermark werden Sie ohne wirkliche Brachialgewalt nicht Herr werden — sich entschließen müssen, eine Ordnungstruppe zu schaffen. So aber, wenn die Dinge weiter diesen Lauf nehmen und Sie nicht imstande sind, den Dingen einen anderen Lauf zu geben, was ich nicht glaube, wenn Sie heute nicht imstande sind, in diesen Dingen da und dort den unpolitischen Charakter herzustellen

und dort sich für die Disziplin einzusetzen, für die sich einzusetzen Sie zumindest versprochen haben, wenn Sie dieses Wort nicht zur Tat werden lassen, ist um die enormen Summen von Millionen, die für die neue Wehrmacht ausgegeben werden müssen, schade, weil wir nicht nur den Zweck nicht erreichen, sondern dies dem Zweck, die Ordnung und Sicherheit wieder herzustellen, direkt widerstreitet. Kommen Sie also, meine Herren, mit sich selber darüber ins Klare und dann sagen Sie, was Sie in der Sache tun wollen; entscheiden Sie sich für die eine oder die andere Variante. Aber wenn die neue Wehrmacht sich so entwickelt wie bisher, wird keine Stütze der Ruhe und Ordnung daraus werden, sondern wie die Volkswehr, eine ständige Beunruhigung und Bedrohung der Sicherheit dieses Staates und seiner Bürger. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident Dr. Dinghofer:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Gabriel; ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Gabriel:** Hohes Haus! Es wird ununterbrochen in übertriebener Weise über die Tätigkeit der Soldaten- und Arbeiterräte gesprochen. Die Zeit verbietet mir, hierauf näher einzugehen, aber das zu sagen, meine ich, ist notwendig, daß die Soldaten- und Arbeiterräte zur Ordnung und Gesezlichkeit bestimmt viel mehr beigetragen haben, als das ganze Bürgertum, viel mehr, als alle Bauern- und Bürgerräte es bisher nur versucht haben. Nun hat aber der Herr Abgeordnete Dr. Angerer sich ganz besonders beschwert, daß in Kärnten Arbeiterwehren bestünden, die auf Kosten des Staates erhalten würden. Er hat gesagt, daß das absolut unzulässig ist, er hat aber auch nebenbei erklärt, daß er es für selbstverständlich findet, daß sich Bürger und Bauern bewaffnen, um ihren Besitzstand zu verteidigen. Der Herr Abgeordnete Dr. Angerer hat auch gesagt, daß die Länder bei der Vergung des Staatsgutes viel besorgter und gerechter waren, als man beispielsweise in Wien war. Er hat sich auch darüber beschwert, daß gegenwärtig Nachtzierungen von Vergögütern, besonders von Pferden angeordnet und durchgeführt werden. Diese Behauptungen bedürfen einer Richtigstellung. Vor allem muß festgestellt werden, daß wir von Arbeiterwehren in unserem Lande nichts wissen, dagegen aber Bürger und Bauern bis an die Zähne bewaffnet sind. Daß unsere Herrschaften auf dem Lande um die Vergung der agrarischen Güter besonders besorgt waren, muß ich ebenfalls bestreiten. Ich gebe zu, daß manches geschehen ist, um die Güter zu bergen, muß aber auch sagen, daß unschätzbare Werte nicht im Interesse des Staates geborgen worden sind, sondern daß sich ziemlich



viele Menschen bei uns durch diese Bergegüter schwer bereichert haben.

Was die Nachtaxierung der Pferde anbelangt, möchte ich nur feststellen, daß sie allerdings jetzt ungerecht wirkt, ungerecht deshalb, weil man heute diejenigen Pferde nachtaxieren will, die der Kleinbauer für sich selbst erworben hat und benötigt, nicht aber alle jene Pferde, die verkauft worden sind und die heute noch bei den Großbauern in Verwendung stehen. Der Herr Abgeordnete Angerer macht den Vorwurf der Staatsregierung, obwohl es nur Sache der Landesbehörden ist, dafür zu sorgen, daß diese Bergegüter gleichmäßig bei allen nachtaxiert werden und nicht nur bei den armen Kleinhäuslern, während die Großbauern ihre kaum halbbezahlten Pferde ohne Nachtaxierung in Verwendung haben, während die Pferdehändler und Großbauern Hunderttausende durch den Handel mit ärarischen Pferden verdient haben und da von Nachtaxierungen nichts zu merken ist. Die Bauern haben sich schon beim Rückzug außer mit verschiedenen anderen Gütern auch ganz besonders mit Waffen versorgt. Als bei uns noch die Abwehrkämpfe gegen die Jugoslawen geführt wurden, mußte ein großer Teil der Bevölkerung, die sogenannten Heimwehren, bewaffnet werden und es ist charakteristisch, daß bei der Abrüstung dieser Heimwehren Waffen fast gar nicht mehr abgeführt wurden. Es wurden für die Heimwehren zirka 5000 Gewehre ausgegeben und bei der Abrüstung nach der Besetzung Klagenfurts durch die Jugoslawen wurden nicht einmal 200 Gewehre abgeführt. Also fast die ganzen 5000 Gewehre haben die Heimwehren mit heimgenommen, die ja zum größten Teil aus Angehörigen der bäuerlichen und ländlichen Kreise zusammengesetzt waren. Die Bauern haben sich also schon damals bewaffnet, während das Bürgertum sich damals noch nicht so sehr mit der Bewaffnung beschäftigt hat. Jetzt aber ist in Kärnten gerade das Bürgertum daran, sich in einer Weise zu bewaffnen, als wenn es gälte, schon in der nächsten Zeit wieder gegen den äußeren Feind zu kämpfen. Die Bürgerräte, die sich in Kärnten erst in der letzten Zeit gebildet haben, haben ausdrücklich selbst als ihren Zweck angegeben, nicht den Kampf gegen die Arbeiter, sondern den Kampf gegen die kommunistischen und sozialistischen Bestrebungen zu führen. Kommunisten haben wir keine im Lande. Also gegen die sozialistischen Bestrebungen, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft bewaffnet sich bei uns das Bürgertum. Und wie wird diese Bewaffnung durchgeführt? Es sind vor einigen Wochen Anzeigen eingelaufen, daß Waffen aus einem Waffendepot weggenommen sind. Die Anzeige ist an den Landesverweiserstellvertreter gelangt, der die Gendarmerie beauftragt hat, diese Waffen wiederum einzuholen.

Der Gendarm hat erklärt, er brauche einen Auftrag vom Bezirkshauptmann. Der Landesverweiserstellvertreter beauftragt den Bezirkshauptmann, den Gendarmen den Auftrag zu geben, die Waffen zu holen, die aus den Depots weggetragen worden sind. Der Bezirkshauptmann erklärt, da müsse er den Auftrag vom Landesverweiser haben, einen Auftrag von seinem Stellvertreter nehme er nicht zur Kenntnis. Der Landesverweiser selbst erklärt, er habe keine Macht gegen seine eigenen Parteigenossen, um die Waffen wieder zu holen.

Ende April hat sich in einem andern Orte in Oberkärnten, in Spittal, das Bürgertum ganz ernstlich wie bei der Mobilisierung mit der Bewaffnung befaßt, und zwar sind dort von einem Waffendepot mit Autos und mit Wagen Gewehre, Maschinengewehre, Munition, Handgranaten weggeführt und unter die Bauern und Bürger verteilt worden. Die Arbeiterschaft ist der Sache nachgegangen, sie war entrüstet und empört darüber, was da vorgeht, und einige naive Bauern haben erklärt: Wir müssen uns für den 1. Mai rüsten! Eine Deputation der Arbeiterschaft hat auch beim Bezirkshauptmann vorgesprochen. Sie hat Einspruch erhoben dagegen, daß mit ärarischem Gut so herumgewirtschaftet wird und verlangt, daß der Bezirkshauptmann die Waffen wieder zurückbringen und deponieren lassen soll. Der Bezirkshauptmann erklärte, das gehe ihn amtlich gar nichts an, privat aber wisse er, daß das im Auftrage des Landesbefehlshabers geschieht. Der Landesbefehlshaber aber bestreitet, einen derartigen Befehl herausgegeben zu haben. Nun erklärt der Offizial, der bei der Ausgabe anwesend war, daß er das auf eigenes Risiko gemacht habe. Wir gehen aber nicht fehl, wenn wir annehmen, daß das der Bürgerrat von Spittal auf eigene Faust gemacht hat und daß dem Bürgerrat die ganzen Munitionsdepots einfach zur Verfügung stehen. Die Arbeiterschaft war noch neugieriger und hat sich dann im Markte umgesehen und bei den Mitgliedern des Bürgerrates und bei andern Privaten in ihren Privatmagazinen und Räumen ganze Kisten mit Gewehren, auch Maschinengewehren, Handgranaten und Munition vorgefunden. Wir haben die Anzeige an die Landesregierung erstattet, es ist eine Kommission erschienen, aber es scheint, daß auch diese Kommission da nichts finden wird, was Anlaß geben würde, um einzuschreiten. Die Arbeiterschaft ist darüber selbstverständlich sehr erregt, um so mehr erregt, als beim Rückzug im Jahre 1918 bei uns dort die Gassen, Felder, Wiesen direkt angefüllt waren mit ärarischen Monturstücken und Ausrüstungsgegenständen usw., und wenn damals hier und da auch ein Arbeiter ein Stück aufgehoben und nach Hause getragen hat, so kam ein paar Monate später der Auftrag — ich weiß nicht vom Landesbefehlshaber oder von



der Landesregierung — Nachschau zu halten, wo ärarische Güter verborgen sind. Man hat nun ziemlich viele Arbeiter angezeigt, in deren Besitz man minderwertige ärarische Güter gefunden hat, zum Beispiel Leibriemen, eine alte Patrontasche, ein Bajonett, das die Familie in der Wohnung als Küchenmesser verwendet hat, usw. Alle die Leute aber, bei denen solche Gegenstände angetroffen worden sind, sind angezeigt und zum großen Teile wegen Diebstahls ärarischen Gutes mit Arreststrafen bestraft worden. Um so mehr erregt sind jetzt die Arbeiter, wo sie sehen, daß beim Bürgertum so hochwertige ärarische Güter verborgen liegen, die es auch nicht anders erworben haben kann, als durch Diebstahl oder eigenmächtiges Mitnehmen in die Wohnungen, und da sind sie mit Recht darüber erregt, daß im Lande absolut keine Behörde aufzutreiben ist, die auch gegen dieses Vorgehen energisch einschritte. Ich möchte schon bei dieser Gelegenheit den Herrn Staatssekretär bitten, ob es nicht doch möglich wäre, eine gründliche Untersuchung einleiten zu lassen und alle diese Waffen und Munition aus den Wohnungen des Bürgertums zu holen und für den Staat zu retten. *(Abgeordneter Steinegger: Bitte auch die sozialistische Arbeiterbäckerei in Innsbruck dabei nicht zu vergessen!)* Ich gebe zu, daß auch einzelne Arbeiter ein Gewehr zu Hause haben, aber eine organisierte Arbeiterwehr, wie Herr Nationalrat Angerer es sagte, besteht bei uns nicht. Wohl aber ist das Bürgertum und die Bauernschaft bewaffnet und die haben sich nicht bewaffnet, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Denn wenn irgendwo die Ruhe und Ordnung gesichert ist, so ist sie es bei uns in Kärnten. Eine Arbeiterschaft, die so ruhig und geduldig leidet, wie die unsere, werden Sie wahrscheinlich keine zweite mehr finden. Und Tatsache ist auch, daß noch niemand, auch unser borniertester Gegner nicht, Anlaß zu einer Beschwerde gegen Arbeiter oder Arbeiter- und Soldatenräte hatte, daß noch nirgends eine Beschwerde erhoben worden ist, und das ist doch der beste Beweis, daß bei uns die Arbeiterschaft durchaus in Ruhe lebt und die Ruhe aufrecht erhalten will.

Nun, die Bewaffnung der Bauern begreifen wir, sie haben sie ja selbst begründet und es bewiesen, daß sie dazu da ist, um Ablieferungstreifs zu inszenieren. Die Bauern, die Gewissensbisse haben, daß nicht heute oder morgen doch vielleicht die verhungerten Arbeiter hinauskommen könnten, um von ihnen Lebensmittel zu fordern, brauchen die Gewehre für ihr schlechtes Gewissen, weil sie ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen. Wogegen aber das städtische Bürgertum kämpfen will, das ist unserer Arbeiterschaft selbstverständlich unersinnlich.

Die verehrten Kollegen Angerer und Größbauer haben hier die Sache so dargestellt, als wenn in Kärnten das Bürgertum schikaniert würde, als ob unsere Richter nichts anderes täten, als die Bauern wegen Preistreiberei strafen und jekkeren usw. Nun, das heißt die Tatsachen auf den Kopf stellen. Daß der Herr Abgeordnete Größbauer sich darüber beschwert, daß ein paar Bauern wegen Preistreiberei bestraft worden sind, beweist noch gar nichts. Ich muß sagen, daß die Preistreiberei und Schieberei nirgends so floriert wie bei uns in Kärnten. In keinem anderen Lande haben die Bauern in solchem Maße Waren im Schleichhandel über die Grenze gebracht, wie bei uns, und es sind schon recht wenige Fälle, wo der eine oder der andere ein wenig gestraft worden ist. Dann das Schiebertum in Villach, das täglich Millionen umsetzt und so grausam die Bevölkerung plündert, das unser ganzes Land so schwer schädigt, erfreut sich der vollsten Freiheit und ist noch kein einziger Fall bekannt, daß irgendein Preistreiber dort bestraft worden wäre.

Nun stellen Sie die Sache hier in Wien so dar, als ob Sie unter dem Terrorismus der Arbeiterschaft in Kärnten leiden würden. Wenn Sie das zu Hause sagen, könnten Sie einen Sturm der Entrüstung erleben, der Ihnen vielleicht lange im Gedächtnis bleibe. Aber hier die Sache so darstellen, wo Sie doch im Lande Kärnten die unumschränkten Herrscher sind, wo die nationalen Beamten, die nationalen Richter und Advokaten blindlings gehorchen, was die herrschende Partei im Lande will — allerdings muß ich sagen, daß die Partei ungerecht im Lande herrscht. Wir sind so unglücklich in unserem Lande, daß wir eine provisorische Landesversammlung haben, die nach dem Wahlergebnis vom Jahre 1911 zusammengesetzt ist und fungiert. Wir sind die stärkste Partei im Lande und haben einen schon recht bescheidenen Einfluß auf die ganze Verwaltung und auf die ganzen Sachen, die im Lande vorgehen. Wir könnten uns allerdings einen anderen Einfluß erkämpfen. Aber auch die Arbeiter und die Sozialdemokraten Kärntens sind gute Kärntner, sie unterlassen gar vieles und bringen die größten Opfer dafür, daß die Volksabstimmung über die Anteilbarkeit Kärntens nicht ungünstig beeinflusst werde. Aber diese Rücksicht, die wir üben, mißbrauchen die bürgerlichen Parteien, um uns unser gutes Recht streitig zu machen. Sie treiben einfach Obstruktion. Sie haben eine Koalition mit den Christlichsozialen, die zwar nicht mit Vertrag festgelegt ist, die aber um so tatsächlicher bei allen Unternehmungen wirkt. *(Zwischenrufe.)* Sie führen ja scheinbar den Kampf in der Öffentlichkeit und in der Presse, Herr Kollege Angerer! Aber wir durchschauen deutlich diesen ganzen Kampf. Er beschränkt sich darauf, daß eine Partei der anderen



vorwirft, daß sie viel zu lau gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft vorgehe. Das ist der ganze Kampf, den Sie führen. In allen übrigen Fragen haben Sie eine festgefügte Koalition und üben mit ihr eine unumschränkte Herrschaft im Lande aus, obwohl Sie dazu kein Recht haben.

Wir haben im Landtage über 40 außerordentlich wichtige Vorlagen liegen. Wir drängen auf Einberufung der Landesversammlung — vergebens, weil der deutschsozialistische Vorsitzende die Landesversammlung nicht einberuft. Wir haben im Wirtschaftsausschusse so wichtige Sachen zu erledigen — er wird nicht einberufen. Der sozialdemokratische Obmann des Wirtschaftsausschusses beruft diesen so wenig ein, wie der christlichsoziale Dechant den Justizauschuß. Die Bauern verlangen fortwährend Preiserhöhungen. Im Landesrat sitzt die Majorität und macht diese Preiserhöhungen auf ungesetzlichem Wege. So wird im Lande Kärnten gewirtschaftet und gearbeitet und dann bringen Sie es so heraus, als wenn Sie unter unserem Terror leiden würden. Die Wahrheit ist, daß wir das größte Opfer bringen, um Sie unumschränkt wirtschaften zu lassen. Man kann über die Abstimmung und unser Verhältnis auch hier nicht gut sprechen. Wir möchten es aber schon sagen: Diese Rücksicht auf eine ungünstige Beeinflussung der Abstimmung muß ein Ende nehmen, weil wir meinen, ungünstig für die Volksabstimmung ist es auch, wenn nach außen hin gezeigt wird, daß noch immer dieselbe Herrschaft im Lande ist, die dazu geführt hat, daß man die Kämpfe mit den Jugoslawen führen mußte.

Ich hätte noch einiges außerordentlich Wichtiges zu sagen, aber der Herr Präsident läßt mir keine Ruhe mehr und ich werde mich daher sehr kurz fassen müssen. Ich hätte sehr gern einige Beispiele angeführt, wie die Beamten und Richter in Kärnten jedes Recht und Gesetz sabotieren und nach reiner Willkür handeln, worunter auch die kleinen Bauern gegenüber den großen sehr leiden. Herr Dr. Angerer, ich werde Ihnen das noch im Landtag sagen, wenn wir dazu Zeit haben werden. Die Kleinbauern werden von den Großbauern schlimm behandelt. Wir wissen, wie die Kleinbauern bei der Durchführung des Wiederbesiedlungsgesetzes und bei der Durchführung der Pächterschutzverordnung leiden, wo sie nicht imstande sind, das Grundpächterrecht gegen den Verpächter zu finden. Wir wissen, daß vielfach die Richter und Advokaten alles tun, um namentlich die Kleinhäusler gegen die Großbauern niederzuhalten. Wir haben Fälle bei den Gerichten, die geradezu haarsträubend sind.

Einen Fall muß ich Ihnen hier erzählen. Wir haben in einer größeren Landgemeinde einen Bürgermeister gehabt, den die Empörung der Bevölkerung vom Bürgermeisterstuhl geworfen hat.

An seiner Stelle wurde ein sozialdemokratischer Kleinhäusler gewählt. Wir haben also dort einen sozialdemokratischen Bürgermeister, dem aber der alte Bürgermeister keine Ruhe gibt, bis er ihm einmal volkschädigendes Wirken vorwirft. Der alte Bürgermeister hat noch den Mut, den anderen zu klagen. Der geklagte Bürgermeister bietet den Wahrheitsbeweis an und weist vor Gericht durch Zeugen nach, daß der Bürgermeister als Leiter des Wirtschaftsamtes die Lebensmittel, die ihm zur Verteilung zugewiesen wurden, nur zum Teil verteilt, zu einem Teil aber in seinem Haushalt verwendet hat. Es wird ihm ferner nachgewiesen, daß er Butter und Speck, den die Bauern abgeliefert haben, nicht oder nur zu einem geringen Teil an die Nichtselbstversorger verteilt hat und das andere in seinem Haushalt verwendet hat. Es wird ihm nachgewiesen, daß selbst für arme, kranke Kinder, unter ihnen für das totkranke Kind des neuen Bürgermeisters, nicht  $\frac{1}{4}$  Kilogramm Zucker von dem alten Bürgermeister herzubringen war, obwohl in dessen Gasthaus Zucker genug vorhanden war. Daß er volkschädigend gewirkt hat, wollte der neue Bürgermeister folgendermaßen beweisen: Vor Gericht ist einmal ein junger Bauer gestanden, den das Gericht großjährig erklären wollte und auch erklärt hat. Der alte Bürgermeister war dabei anwesend und sagte zu dem neugebackenen Bauern: Ich möchte jetzt den Vertrag fertig machen, den ich im Jahre 1914 mit deinem Vormund begonnen habe. Ich habe im Jahre 1914 von ihm einen Wald gekauft um 12 K pro Stock, gebe dir jetzt freiwillig 10 K Wertzuwachs dazu und will deinen Wald abkaufen. Der Bauer schaut hilflos herum und der Richter, ein guter Freund und Genosse des Bürgermeisters, sagt zu ihm: Wenn Sie 10 K pro Stamm freiwillig daraufbekommen, könnten Sie den Verkauf ganz gut eingehen. Der Bauer denkt sich, wenn der Richter meint, es ist recht, könne er die Sache machen. Der Bürgermeister hat also den Stamm, der 300 bis 400 K wert ist, um 22 K gekauft und hat so den armen Bauern den Wald fast umsonst abgenommen. Trotz all dieser Angaben hat der Richter erklärt, daß der Wahrheitsbeweis dem Beklagten nicht gelungen sei, und hat ihn zu 1000 K Geldstrafe und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Der Mann ist ganz ruiniert, wenn nicht das Landesgericht ein anderes Urteil fällt.

So schaut es bei uns im Lande Kärnten aus. Diese Verhältnisse im Lande sind unerträglich und ich muß es meinen Kollegen vom Lande schon sagen: Sie mögen zur Kenntnis nehmen, daß wir von nun an dafür sorgen werden, daß Ihre Macht in die richtigen Grenzen zurückgewiesen wird. Es ist unerträglich, daß eine Partei im Lande herrscht, noch dazu in einer Form, die nicht einmal als die einer Partei anerkannt werden kann. Selbst die



eigenen Parteiführer behaupten, daß sie gegenüber ihren Parteigenossen machtlos sind. So schaut es bei uns im Lande Kärnten aus und es ist gewiß nicht in der Ordnung, wenn dann die Herren Abgeordneten hier die Sache so darstellen, als wenn sie die Bedrückten im Lande wären, während die Arbeiterschaft, das Kleinbürgertum, die Kleinbauern und Kleinhausler unter der Krute der nationalen Herrschaft ganz erbärmlich zu leiden haben. Es ist nicht richtig, daß die Bürgerlichen das Opfer einer terroristischen Nebenregierung in Kärnten sind. So steht die Sache nicht und wenn Sie mit so falschen Berichten arbeiten, werden wir dafür sorgen, daß die ganze Wahrheit überall bekannt wird. (Beifall.)

**Präsident Dr. Dinghofer:** Zum Worte gelangt der Herr Staatssekretär für Heereswesen Dr. Deutsch.

**Staatssekretär für Heereswesen Dr. Deutsch:** Hohes Haus! Im Laufe der Debatte ist eine solche Fülle von Details vorgebracht worden, daß es mir ganz unmöglich ist, auf alle diese Details einzugehen. Ich will mich aber bemühen, die wichtigsten herauszugreifen und zu besprechen.

Vorwegnehmen möchte ich, daß das Bild, das unser Heeresbudget ziffermäßig bietet, doch nicht ganz den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, weil in dem Heeresbudget, das dem hohen Hause vorliegt, eine Reihe von Summen, wie bereits der Berichterstatter angeführt hat, miteinbezogen sind, die mit der Heeresmacht gar nichts zu tun haben. Ich möchte darauf verweisen, daß der größte Teil des Budgets, das dem hohen Hause als Heeresbudget vorgelegt worden ist, Ziffern enthält, die zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen dienen oder die sonst in irgendeiner anderen Form dazu verwendet werden sollen, um Kriegsschäden zu heilen. Keine Heeresausgaben, das heißt Ausgaben für die Volkswehr, sowohl die Personal- als die sachlichen Ausgaben der Volkswehrmannschaft, der Offiziere, die der Volkswehr zugeteilt sind und die Bereitstellung all der Materialien, die für diese Belange erforderlich sind, machen zusammen nur einen Betrag von 352 Millionen Kronen aus.

Nun ist hier im hohen Hause verschiedentlich davon die Rede gewesen, daß es notwendig wäre, insbesondere auf diesem Gebiete zu sparen. Es wurde sogar die Meinung geäußert, daß es ganz überflüssig wäre, einen so kostspieligen Apparat aufrecht zu erhalten. Ich möchte demgegenüber auf folgendes verweisen: Im Vergleich zu den Heeresausgaben des alten Österreich sind die Ausgaben, die wir für unsere Heeresmacht haben, geradezu lächerlich gering. Man kann nicht die absoluten

Ziffern von heute mit den absoluten Ziffern des Jahres 1914/15 vergleichen, sondern man kann nur versuchen, ein Verhältnisbild zu geben. Das ergibt, wie ich bereits einmal hier dargelegt habe, folgendes: Im letzten Friedensbudget, das dem Abgeordnetenhaus Österreichs vorgelegt war, waren die Heeresausgaben mit 16, nach einer anderen Rechnung mit 19 Prozent des ganzen Voranschlages präliminiert, nämlich 16 bis 19 Prozent des Voranschlages der Ausgaben. Heute betragen die reinen Ausgaben, die wir für die Wehrmacht einstellen, 21 Prozent. (Hört! Hört!) Sie sind also gegenüber der damaligen Zeit ganz erheblich billiger geworden. Wir brauchen heute für die Wehrmacht der Republik nur ein Achtel von dem, was im letzten Friedensbudget für Österreich vorgesehen war. Selbst wenn man zu den reinen Heeresausgaben, von denen ich bis jetzt gesprochen habe, eine Reihe von Verwaltungsausgaben hinzuzählt, die aus der Verwaltung von Magazinen entstehen, die wir noch haben, von Depots, die alle noch das Staatsamt für Heereswesen belasten, obwohl sie im engsten Sinne mit der Wehrmacht nichts zu tun haben, kommt doch erst eine Summe von rund 500 Millionen Kronen heraus. Es ist auch das nur verhältnismäßig ein Fünftel jener Heeresausgaben, die das alte Österreich geleistet hat. Es ist deshalb, wie ich meine, ganz falsch, zu glauben, daß dieser Staat finanziell etwa gerettet werden könnte, wenn man keine Heeresmacht aufstellte. Wenn wir wissen, daß von unseren Gesamtausgaben das Heeresbudget, soweit es die wirkliche Heeresmacht betrifft, soweit es nicht mit den Ausgaben für die Kriegsgefangenen und ähnlichen Ausgaben, die nicht zu den Heeresausgaben gezählt werden können, zusammenhängt, nur ein Fünftel darstellt, wenn wir aber die Nebenausgaben, die zum Teil auch durch den Krieg entstanden sind und die nicht völlig auf das Konto der Wehrmacht zu setzen sind, hinzuzählen, im höchsten Falle ein Dreißigstel der gesamten Ausgaben ausmacht, so muß jeder begreifen, daß damit, daß wir ein Fünftel oder ein Dreißigstel ersparen, dieser Staat nicht gerettet werden kann. Wenn so viel davon geredet wird, die Entente habe uns die Wehrmacht nicht gerade aufgezwungen und wir daher, wenn wir solche Ausgaben ersparen könnten, gerettet werden könnten, so will ich entgegenhalten, daß das eine ganz unsachliche Darstellung ist. Es ist ganz unmöglich, daß dieser Staat gerettet werden könnte, wenn er ein Fünftel oder im besten Falle ein Dreißigstel seiner Ausgaben erspart, wobei ich noch hinzufüge, daß eine wirkliche Ersparung dieser Summen ganz unmöglich ist, denn selbst jene Leute, die dafür eintreten, daß man keine Wehrmacht haben soll, treten ja dafür ein, daß man die Gendarmerie oder die Polizei ausbauen soll. Es



ist nicht einzusehen, warum das dem Staate weniger Geld kosten soll, im Gegenteil, das wird wahrscheinlich noch teurer sein als die Wehrmacht, so daß also der Verdacht nicht ganz abzuweisen ist, daß der Wunsch, die Ausgaben für die Wehrmacht zu ersparen, während man sich gleichzeitig bereit erklärt hat, dieselben Ausgaben für eine andere Formation herzugeben, nicht den Bedürfnissen entspringt, den Staat finanziell zu erleichtern, sondern vielmehr politischen Erwägungen, die mit der finanziellen Gebardung sehr wenig zu tun haben.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nachdrücklich konstatieren, daß das ganze Heeresbudget, das wir dem hohen Hause vorlegen und das ich die Ehre habe, hier zu vertreten, das niedrigste Heeresbudget sämtlicher Staaten von Europa ist. Es gibt keinen Staat Europas, der verhältnismäßig so wenig für die Wehrmacht ausgibt als die Republik Österreich. (Ruf: Es gibt auch keinen so kleinen Staat!) Es gibt auch kleinere Staaten als wir sind, aber ich sagte „verhältnismäßig“ und ich erkläre nochmals, es ist kein Staat in Europa, der verhältnismäßig so wenig für seine Wehrmacht ausgibt als Deutschösterreich.

Das vorausgeschickt, möchte ich mir erlauben, mich den Ausführungen der einzelnen Redner zuzuwenden. Der erste Kontraredner, Herr Abgeordneter Dr. Schürff, hat sich auf eine Äußerung von mir im Budgetausschuß berufen, in der ich erklärt habe, daß ich mit der Volkswehr nicht ganz zufrieden bin. Meine Herren! Es ist ganz richtig, daß ich mit dem, was ist, nie sonderlich zufrieden bin und daß ich immer das Bessere habe, Dinge, die sind, zu verbessern; insofern bin ich immer unzufrieden. In mir wohnt ein leidenschaftlicher Wille zur Unzufriedenheit, weil ich die Verhältnisse, wie sie sind, bessern will. Wenn Sie das so auffassen, dann möchte ich Ihnen sagen, daß ich mit dem jungen Staate Deutschösterreich nicht zufrieden bin, weil ich ihn bessern will. Deshalb bin ich also unzufrieden und wenn der Wunsch nach Besserung aus der Unzufriedenheit entspringt, dann bin ich unzufrieden, weil es das Bestreben jedes Menschen sein soll, die Dinge, die sind, zu verbessern. (Zwischenruf.) Der Herr Abgeordnete hat ja durch den Zwischenruf bekundet, daß wir in dieser Beziehung alle einer Meinung sind. Freilich, wenn ich auch mit dem Stande der Dinge im Heereswesen nicht zufrieden bin und nicht zufrieden sein kann, denn wer könnte Vollkommenes schaffen oder könnte glauben, es ist etwas Vollkommenes im Menschenleben hervorgebracht worden, noch dazu, wenn es so im Drang der Zeiten entstand, wie unsere provisorische Wehrmacht. Wenn ich also durchaus nicht zufrieden bin, so muß ich doch gestehen, daß die allgemeinen Angriffe gegen die Wehrmacht weit über das Ziel hinauschießen und daß ich sie, wie ich glaube, mit

vollstem Recht zurückweisen kann. Wir haben hier vom ersten Kontraredner gehört, daß der Wachdienst, den die Volkswehr macht, eine ganz geringe Arbeitsleistung sei, und daß er dort, wo er geleistet wird, nicht wirklich gemacht wurde und daß sogar beim Wachdienste Diebstähle vorgekommen sind. Ich muß sagen, wir haben wirklich in diesem Jahre soviel an Unwahrscheinlichkeiten erlebt, daß es wirklich nicht zum Unwahrscheinlichsten von allen Unwahrscheinlichen gehört, daß selbst dort gestohlen wird, wo gut aufgepaßt wird. Wir haben gesehen, daß nichts imstande war, keinerlei Vorfragen, die von den sämtlichen Ämtern getroffen worden sind, den Diebstahl von Gütern zu verhindern, weil eben in Wahrheit die Not und der Reiz, sich Güter anzueignen, verbunden mit der gesunkenen Moral des Krieges, so groß sind, daß nichts imstande ist, eine wirkliche Verhinderung dieser betrüblichen Vorfälle zu bewirken. Wozu noch kommt, daß in dem konkreten Beispiel, das der genannte Herr Redner angeführt hat, es sich merkwürdig trifft, daß er wohl davon redet, daß die Bewachung in der Stiftskaserne schlecht war, er aber bei dem Diebstahl, von dem er hier gesprochen hat, vergessen hat, zu bemerken, daß der Diebstahl von Berufsunteroffizieren ausgeführt wurde, also von einer Kategorie von Menschen, die sonst nicht von vornherein mit den Volkswehrleuten gerade von dieser Seite des Hauses in einen Topf geworfen werden. Er hat dann weiter gesagt, daß die Kriminalität bei der Volkswehr beträchtlich größer ist, als die Kriminalität im früheren Heer. Ja, meine Frauen und Herren, in welchem Kreise der Bevölkerung ist denn die Kriminalität der vor dem Kriege gleich geblieben? Die Kriminalität ist überall gestiegen. Das sind eben die Folgen des Krieges und ich sehe nicht ein, warum man bei der Volkswehr eine Ausnahme fordern könnte. Das wäre ein unmögliches Verlangen.

Was wird sonst immer alles der Volkswehr vorgeworfen! Der Volkswehr wird vorgeworfen, daß sich einzelne Leute an der Sprengung von Versammlungen beteiligt haben. Gewiß ist das vorgekommen und es ist ebenso gewiß, daß ich das mißbillige und immer meinen Einfluß aufwende, um zu verhindern, daß dergleichen vorkommt. Aber es ist doch eine ganz merkwürdige Erscheinung, daß man gerade nach der einen Seite mit so großer Aufmerksamkeit blickt und mit so großer Strenge verurteilt und daß man bei anderen Dingen sehr wenig davon merken will. Man blickt immer auf unsere Volkswehr und redet so von ihr, als ob sie ein Ausbund von Schlechtigkeit und Disziplinlosigkeit wäre. Man vergißt ganz, einen Blick in die ausländischen Zeitungen zu machen, aus denen man ersehen müßte, daß anderswo, wo eine sogenannte disziplinierte Armee besteht, gerade diese Art von



Ausschreitungen viel mehr auf der Tagesordnung stehen als bei uns. Haben Sie, meine Damen und Herren, nicht davon gelesen, wie sich die Baltikum-soldaten aufgeführt haben, lange noch vor dem Rapp-Putsch? Wie sie draußen Versammlungen gesprengt und wie sie sich in den Versammlungen aufgeführt haben? Haben Sie nicht gehört, daß dort sogar von Soldaten Versammlungsteilnehmer getötet worden sind?

Wir brauchen gar nicht nach Deutschland zu blicken. Sehen wir nach Ungarn; ich glaube, daß die Verhältnisse bei der Armee in Ungarn durchaus nicht so glorreiche sind, daß wir uns sehnen könnten, sie etwa bei uns nachzuahmen. Man darf also die Dinge nicht so darstellen, als ob alles, was passiert, gerade in Österreich so schlecht ist, und gerade bei uns immer alles nur schlecht ist und wo anders aber alles gut oder wenigstens besser als bei uns. Das ist nicht richtig. Ich glaube, daß diejenigen, die immer bei uns alle Schlechtigkeiten heraus-suchen, unserem Lande gar keinen guten Dienst erweisen.

Von den vielen Details, die hier vorgebracht wurden, ist mir eines, ich möchte sagen, psychologisch interessant gewesen, nämlich, wie oft von den Rednern darauf verwiesen wurde, daß die Soldaten, auch die Soldatenräte böse Reden halten. Es ist hier ein ganzes System zum Vorschein gekommen, nach dem man die Aussprüche der Soldaten und der Soldatenräte so sammelt, wie früher die Aussprüche der hohen und höchsten Persönlichkeiten gesammelt wurden. Man hat wahrscheinlich den hohen und höchsten Persönlichkeiten nicht jene Bedeutung beigemessen und Aufmerksamkeit geschenkt wie jetzt jedem Ausspruch eines Soldatenrates. *(Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Mataja.)* Nicht wahr, Sie sind ganz dieser Meinung, Herr Kollege Mataja, denn Sie haben diese Zitate hier mit großer Vorliebe vorgebracht. Nun, ich möchte doch darauf verweisen, daß im Kreise der Wehrmacht immer viel geredet und immer viel kritisiert worden ist. Wenn Sie jede Rede eines Soldaten und jeden Ausspruch eines Soldaten, der Ihnen so bedenklich und gefährlich erscheint, hier vorbringen, so könnte ich Ihnen von ähnlichen Reden erzählen, die man früher in den Offiziers-messen gehalten hat, die gleichermaßen unzufrieden waren und gleichermaßen alles kritisiert haben, von denen es aber doch keinen Menschen eingefallen ist, sie so tragisch zu nehmen, wie es hier von den Reden der Soldatenräte geschehen ist. Herr Dr. Mataja hat sogar mit allen Zeichen des Entsetzens kundgegeben, daß einzelne Soldaten sogar lieblos über mich und meinen verehrten Kollegen den Herrn Unterstaatssekretär Wais gesprochen hätten. Ich will dem Herrn Kollegen Dr. Mataja ver-raten, daß nicht allein Soldaten über mich lieblos

reden, sondern ich will ihm auch im Vertrauen sagen: sogar Offiziere haben lieblos über mich geredet, und nicht nur etwa unter sich, sondern, wie ich ihm wieder im Vertrauen sagen kann, sogar in großen Versammlungen. Ich bin deshalb durch-aus nicht ängstlich geworden und bin deshalb durch-aus nicht aufgeregt geworden, sondern ich habe mir eben sagen müssen, daß man in der aufgeregten Zeit, in der wir leben, eben nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen darf. *(Zustimmung.)*

Ich möchte nun eine Anfrage besprechen, die der Herr Kollege Dr. Schürff an mich gerichtet hat, und zwar über die Gebühren, die im Jänner dieses Jahres der Volkswehr ausbezahlt und, wie er meint, nachher widerrechtlich belassen worden sind. Es handelt sich um folgendes:

Gelegentlich der Besoldungsreform für die Berufsmilitärpersonen wurde, wie bei den Zivil-staatsbediensteten, hinsichtlich des am 15. Jänner 1920 empfangenen Vorschusses auf die gleitende Zulage die Richtigkeitspflege verfügt. Die Berufs-militärpersonen haben daher im Monate Jänner 1920 nur einmal einen Vorschuß auf die gleitende Zulage, und zwar von 100 K in Wien, 90 K in der II. und 80 K in der III. Bezugsklasse für sich, beziehungsweise für jedes Familienmitglied erhalten.

Bei der Volkswehrmannschaft, die am 15. Jänner 1920 den Vorschuß auf die gleitende Zulage von 150 K für Ledige, beziehungsweise 200 K für Wien; außerhalb Wiens von 120 K, beziehungsweise 150 K für Verheiratete erhalten hat und die nunmehr gleich den Berufsmilitär-personen auf Grund der Verordnung, Abteilung 14, Zahl 1130 von 1920, auch den zweiten Vorschuß auf die gleitende Zulage für Jänner erhielt, ist infolgedessen die Frage akut geworden, ob nicht auch hier so wie bei den Berufsmilitärpersonen hin-sichtlich des am 15. Jänner empfangenen Vorschusses die Richtigkeit zu pflegen wäre. Wenn die Richt-keitspflege tatsächlich durchgeführt worden wäre, hätte ein lediger Volkswehrmann von dem zweiten Vorschuß von 100 K z. nicht nur nichts erhalten, sondern noch 50 K für den Monat Jänner zurück-zuzahlen gehabt. Mit Rücksicht darauf, daß bei der Volkswehrmannschaft eine allgemeine Gebühren-erhöhung so wie bei den Berufsmilitärpersonen nicht stattgefunden hat, habe ich mich bemüht gesehen, bei der Volkswehrmannschaft von einer Richtigkeitspflege vollkommen abzugehen und im Kabinettsrate einen diesbezüglichen Antrag einzu-bringen.

Dieser Antrag wurde am 30. Jänner im Kabinettsrate von mir eingebracht und der Kabinetts-rat hat demselben zugestimmt.

Ich habe dies deshalb hier zur Kenntnis gebracht, weil es nach den Ausführungen des Herrn



Dr. Schürff so schien, als ob ich widerrechtlich der Volkswehr irgend einen Vorteil zugewendet hätte, wovon natürlich gar keine Rede ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhange auch auf die Angelegenheit der Doppelversorgung der Volkswehrmänner mit Brot zu sprechen kommen, die von einem Herrn Abgeordneten hier erwähnt wurde. Ich möchte hier nachdrücklich sagen, daß auf dem Gebiete der gerechten Verteilung der Brotkarten mannigfache Mißstände herrschen, die auszumerzen unmöglich allein Sache des Staatsamtes für Heereswesen sein kann und daß aber andererseits sowohl das Staatsamt für Heereswesen als auch die anderen beteiligten Ämter sich sehr bemüht haben, alle Mißstände auf diesem Gebiete auszumerzen, wie ich mir noch zu beweisen erlauben werde, daß es aber selbstverständlich ist, daß man nicht jeden Mißstand bis zur Wurzel ausmerzen kann, weil eben im menschlichen Leben die absolute Zufriedenheit nicht erreichbar ist und die vollkommene Ausmerzung jedes Übels schwerlich erzielbar erscheint. Das Staatsamt für Heereswesen hat schon am 12. Dezember 1918 zum erstenmal in einem Erlaß sich gegen die Doppelversorgung gewendet und damals hat das Staatsamt für Heereswesen die einzelnen Volkswehrbataillone in Wien aufgefordert, Verzeichnisse der Volkswehrmänner, getrennt nach Gemeindebezirken anzulegen, und in diese Verzeichnisse die genauen Zivilwohnadressen der Leute aufzunehmen; die Verzeichnisse sind sodann den magistratischen Bezirksämtern der in Frage kommenden Bezirke zuzusenden. Dieser Vorgang ist auch bei der Aufnahme von Volkswehrmännern einzuhalten. Der Magistrat der Stadt Wien wurde unter einem ersucht, die magistratischen Bezirksämter anzuweisen, nach dem Einlangen der Verzeichnisse den einzelnen, im Bezirke tätigen Zivilapprovisionierungsstellen, den Brotkommissionen, die auf ihren Bereich entfallenden genauen Adressen der Wehrmänner umgehends bekanntzugeben, damit an die in ärarischer Verpflegung stehenden Leute keine Lebensmittel der Zivilversorgung ausgegeben werden. Sinngemäß hat dann das Volkswehrkommando Wien einen Befehl herausgegeben, in dem sehr scharf die technische Durchführung dieser Angelegenheit nochmals dargelegt und geregelt wurde. Am 7. Jänner 1919 erging dann ein Erlaß des Staatsamtes für Heereswesen, in dem es ausdrücklich heißt: „Jeder Mann hat die Wahl zwischen Naturalverpflegung oder Bezug des Kostgeldes. Die eine Verpflegungsart schließt die andere aus. Bei Bezug des Kostgeldes hat der Mann alle Lebensmittel nach den Bestimmungen für Zivilpersonen zu beziehen. Ein Wechsel zwischen der einen und der anderen Verpflegungsart darf innerhalb der Dekade nicht stattfinden.“

Es wurde im Sinne dieser Erlasse der Magistrat der Stadt Wien verständigt, und zwar heißt es in der Zushrift, daß wir ersuchen, „Brotkarten

nur an solche Volkswehrleute auszufolgen, welche von ihrem zuständigen Körper eine Bestätigung beibringen, daß sie kein Brot in natura von seiten des Arars erhalten“.

Am 19. Februar 1919 fand dann im Staatsamte für Volksernährung eine Besprechung statt, die diese ganze Angelegenheit zu regeln versuchte und die wieder eine Reihe von technischen Details beschlossen hat, damit endlich einmal auf diesem Gebiete eine Ordnung einführe und eine Doppelversorgung ausgeschlossen wäre. Es ging dann auch am 13. März 1919 ein Erlaß heraus, der das Ergebnis dieser Besprechung zusammengefaßt hat. Am 3. August 1919 wurde vom Staatsamt für Heereswesen der Befehl, betreffend die Doppelversorgung, neuerlich in Erinnerung gebracht.

Dann haben wir uns der Doppelversorgung der Vertragsangestellten zugewendet und wir haben auch diese zu bekämpfen versucht. Wir sind dabei im Einvernehmen mit dem Volksernährungsamte vorgegangen und haben alles getan, was möglich war, um den Mißstand zu beheben. Selbstverständlich, hohes Haus, war es ganz unmöglich, zu verhindern, daß es nicht doch in einzelnen Fällen zu Übertretungen gekommen ist, aber die Summen, die hier genannt wurden, nämlich daß Millionen Kilogramm Mehl durch die Doppelversorgung unrechtmäßig verausgabt worden sind, sind fürchterlich übertrieben, davon kann gar keine Rede sein. Die Berechnung, die hier vorgetragen wurde, stützt sich auf einen Akt im Staatsamt für Heereswesen, der auf eine ganz merkwürdige Art zustande kam. Eine Kommission des Zivilkommissariats hat bei einem Bataillon nachgefragt, und zwar hat sie nicht mit der ganzen Mannschaft, sondern mit dem Verpflegungsmeister gesprochen und in Erfahrung gebracht, daß dort bei dem einen Bataillon, wie der Verpflegungsmeister gemeint hat, Doppelversorger sind. Die Feststellungen nun, die bei dem einen und dann noch bei einem zweiten Bataillon, und auch dort nicht bei der ganzen Mannschaft, sondern nur durch den Verpflegungsmeister erhoben wurden, haben die Beamten, ohne weiter zu überlegen, einfach auf die ganze Volkswehr im ganzen Reiche ausgedehnt, das heißt, sie haben angenommen, es sei überall der gleiche Vorgang gewesen, ohne die Grundlage dafür zu haben. Sie haben weiters angenommen, auch bei allen Vertragsangestellten sowohl des Heeresamtes als der Sachliquidierungsstellen sei das gleiche geschehen. Ohne daß also Beweise vorgelegen wären, hat man auf Grund dieser ganz irrigen Annahme geschlossen, daß, wenn es so wäre, wenn alle Volkswehrleute und alle Vertragsbeamten tatsächlich Doppelversorger gewesen wären, eine große Summe von Mehl, und zwar wie man dort ausgerechnet hat, 800 Waggons Mehl widerrechtlich verbraucht worden wären. Aber ich sage noch einmal,



daß davon gar keine wie immer geartete Rede sein kann. Diese Annahme gründet sich auf nichts anderes als auf die Aussagen einiger Leute, die vielleicht die Verhältnisse ihres Bataillons, aber keineswegs die Verhältnisse der ganzen Volkswehr gekannt haben. Jedenfalls möchte ich nachdrücklich sagen, daß das Staatsamt für Heereswesen alles getan hat, was in seiner Kraft war, um selbst vereinzelte mißbräuchliche Doppelversorgungen hintanzuhalten und wohl annehmen darf, daß es endlich doch gelungen ist, im großen und ganzen den Mißbrauch abzustellen und daß er nur mehr in ganz geringen Ausnahmefällen vorkommen kann.

Der Herr Abgeordnete Dr. Schürff hat hier dagegen polemisiert, daß die Soldatenräte der Volkswehr vorläufig noch immer ihre Funktionen ausüben. Ja, meine Herren, sie müssen ja vorläufig ihre Funktionen ausüben, weil die neue Wehrmacht noch nicht tatsächlich aufgestellt ist. Und daß wir in der schweren Übergangszeit erst recht die Soldatenräte brauchen, um den Übergang in Ruhe und Ordnung zu vollziehen, ist für jeden, der die Verhältnisse kennt, ganz selbstverständlich. Ich muß schon sagen, daß der Antrag, der hier gestellt wurde, man solle jetzt einfach die Soldatenräte entlassen, eine ganz merkwürdige Auffassung von der Arbeit dieser Männer bekundet. Ich gebe zu, daß Ihnen, meine Herren, die Arbeiter- und Soldatenräte in manchen Dingen un bequem sein mögen, weil Sie in ihnen die Vertreter eines Systems sehen, dem Sie feindlich gesinnt sind, so daß Sie den Soldatenräten nicht mit Wohlgefallen gegenüberstehen. Aber lassen Sie doch endlich die Wirklichkeit an sich herantreten, sehen Sie doch die Dinge, wie sie tatsächlich sind und erkennen Sie doch, daß es ganz unmöglich wäre, in diesem Staate zu einer Ordnung zu kommen, wenn heute etwa alle Soldatenräte und — es geht mich zwar nichts an, aber ich will es doch nebenbei anfügen — sämtliche Arbeiterräte ihre Tätigkeit einstellen würden. Denken Sie doch daran, daß diese Männer mit ihren besten Kräften und nach ihrem besten Wissen seit anderthalb Jahren mitgearbeitet haben, um dieses Staatswesen über die schwierigste Zeit hinwegzubringen. Bloß weil Ihnen aus theoretischen Überzeugungen heraus das System nicht paßt, wollen Sie diese Leute einfach schlankweg davonjagen, obwohl ich überzeugt bin, daß Sie nichts anderes erzielen würden als ein Chaos, das Ihnen dann selbst unangenehm werden könnte.

Ich möchte hier auch gleich erwähnen, daß mir die beiden anderen Anträge, die der Herr Abgeordnete Schürff gestellt hat, ganz unmöglich erscheinen. Er stellt den Antrag, daß die Wehrmänner und Unteroffiziere nur aus ihrer Mitte Soldatenräte sollen wählen dürfen und die Offiziere dergleichen. Das Wehrgesetz sagt darüber gar nichts und läßt es den Soldaten selbst anheimgestellt,

wen sie wählen wollen. Nun, meine Herren, muß ich schon sagen: Wenn Sie wirklich Ihren bisherigen Standpunkt konsequent beibehalten würden, so müßten Sie sagen, daß es doch der Mannschaft überlassen bleiben muß, wen sie wählt, und es wäre vielleicht gerade von dem Gesichtspunkt aus, den die Abgeordneten von der Partei des Antragstellers vertreten, vielleicht gar nicht unerwünscht, wenn auch ein Offizier einmal zum Soldatenrat gewählt würde. Aber wenn Sie nun selbst die Klust schaffen wollen, wenn Sie selbst die Wehrmänner und Unteroffiziere von den Offizieren trennen wollen, so erreichen Sie doch dadurch unmöglich eine Beruhigung, so erreichen Sie dadurch unmöglich eine Überbrückung der Gegensätze, die anzustreben Sie doch immer vorgeben. Sie sagen immer, die Wehrmacht solle unpolitisch sein, und Sie bemühen sich täglich und stündlich, selbst in die Wehrmacht die Politik hineinzutragen. Nehmen Sie einmal den Fall, Ihr Antrag, bei den Soldatenratswahlen das Verhältnissystem einzuführen, würde angenommen. Was wäre die Folge? Die Folge wäre, daß es ganz ausgeschlossen erschiene, die Soldatenräte jemals zu Vertrauensmännern wirtschaftlicher Art zu machen, wie sie von Ihnen selbst erstrebt werden, sondern in diesem Augenblick wären die Soldatenräte die Exponenten politischer Parteien in der Wehrmacht und Sie würden dadurch keine Ruhe in die Wehrmacht hineinbringen, sondern erst recht den politischen Kampf herbeiführen. Ich kann also nur annehmen, daß diese Anträge aus nicht ganz sachlichen Erwägungen heraus gestellt werden. Denn würde man sie tatsächlich durchführen, so würde ja das Gegenteil von dem erreicht werden, was Sie selbst zu wollen vorgeben.

Hohes Haus! Mit einer Wendung des ersten Herrn Kontraredners bin ich allerdings einverstanden und das ist die, in der er davon spricht, daß uns schließlich diese Wehrmacht in einem Ernstfalle doch nicht schützen könnte und daß es notwendig wäre, das Volk so tüchtig zu machen, körperlich so zu erziehen, daß in dem Augenblick, wo unser Land wirklich in Gefahr wäre, es auch imstande ist, sich selbst zu schützen. Ich bin auch der Meinung, daß es, wenn einmal unser Land wirklich in Gefahr wäre, wenn unser Land wirklich einmal bedroht würde und wir — wir hoffen, daß es niemals mehr dazu kommen wird — zu den Waffen greifen müßten, selbstverständlich ist, daß eine Wehrmacht in dem Ausmaße, das uns vorgeschrieben ist, uns nicht helfen kann. Ich bin tief innerlich davon überzeugt, daß ein demokratisches Volk, ein Volk, das sich zu einer größeren Höhe emporarbeiten will, vor allem körperlich tüchtig sein muß. Es muß zur körperlichen Tüchtigkeit erzogen werden und glauben Sie mir, meine Frauen und Herren: was das Staatsamt für Heereswesen tun kann auf diesem



Gebiete, wird gewiß geschehen, um unser Volk zu ertüchtigen. Alle Bestrebungen, die darauf hingingen, unser Volk tüchtiger, körperlich leistungsfähiger zu machen, werden gewiß auf das größte Verständnis des Staatsamtes für Heereswesen stoßen.

Noch eines, meine Herren: Es wurde hier mehrfach kritisiert, daß die Volkswehrmusiken, mitunter Musikstücke spielen, die das Gemüt vieler Bürger dieses Staates verletzen. Ich sage Ihnen ganz offen, ich bin auch der Meinung, daß etwa ein französisches Lied bei uns zu Lande nicht das Volkslied werden kann und nicht unser Volkslied werden soll. Ich würde auch sehr wünschen, daß wir zu einer Hymne kämen, die unserem Lande entspricht, die unseren Volke, die unseren Gefühlen entspricht. (*Ruf: Das Lied der Arbeit!*) Das Lied der Arbeit wird doch von vielen Angehörigen anderer Klassen wieder als politisches Kampflied empfunden werden und so sehr ich persönlich mich damit identifizieren könnte, würde dieses Lied als Volks hymne doch kaum möglich sein. Ich will aber die Herren, die schon einige Male gefragt haben, dahin beruhigen, daß wir uns bemüht haben, für die Militärmusiken eine Hymne zu schaffen, die, wie ich glaube, allen Bürgern gerecht werden kann. Es hat einer der besten deutschen Meister in diesen Tagen eine Hymne fertiggestellt, die, wie ich hoffe, die Militärmusiken bei ihren Ausrückungen werden spielen können. Ich will nur hoffen, daß die Hymne „Deutschösterreich“ auch von den Herren der anderen Seite des Hauses mit derselben Begeisterung gesungen werden wird, wie sie seinerzeit das Kaiserlied gesungen haben. (*Heiterkeit.*)

Es wurde von dem Herrn Abgeordneten Dr. Schürff auch verlangt, daß die Dienstvorschriften für das neue Heer und das Bildungsprogramm dem Hause vorgelegt werden sollen. Ich möchte aufmerksam machen, daß nach § 10 des Wehrgesetzes die Dienstvorschriften von der Staatsregierung zu verfassen sind und daß infolgedessen die Staatsregierung die Entscheidung über die Dienstvorschriften nach dem Gesetze besitzt und danach muß ich mich selbstverständlich halten.

Zum Schlusse ist von demselben Redner eine Wendung gebraucht worden, die ich allerdings mit der größten Entschiedenheit zurückweisen muß. Er hat gemeint, daß wir vielleicht, wenn wir die Kosten der Wehrmacht nicht hätten, imstande wären, mit 350 Millionen, die wir dafür aufwenden, die Kriegsgefangenen heimzubringen.

Hohes Haus! Jeder Einsichtige weiß, daß es ganz unmöglich wäre, mit diesem Betrage die Kriegsgefangenen tatsächlich heimzubringen. Und der unmittelbar folgende Redner, Herr Hofrat Schoepfer, hat in sehr ausführlicher Weise dargelegt, welche ungeheuerlichen Summen erforderlich sind, um die Kriegsgefangenen tatsächlich der Heimat zuzuführen.

Wir wissen ja, daß es sich nicht darum handelt, Kronennoten aufzubringen und mit diesen Kronennoten etwa Schiffe zu chartern, die die Kriegsgefangenen in die Heimat bringen könnten, sondern darum, fremde Valuten zu erhalten, und wir haben diese fremde Valuta einfach nicht. Wenn wir auch gar keine Wehrmacht hätten und auf diesem Gebiete noch so sparen würden, würden wir in der Frage der Heimbringung der Kriegsgefangenen nicht um einen Schritt vorwärtskommen. Ich muß sehr bedauern, daß auch in dieser Frage, die wahrlich nicht die Frage einer Partei sein soll, versucht wird, das parteipolitische Moment vorzukehren. Man muß sich doch vorstellen, daß man hier die Gefühle der am schwersten Betroffenen verletzt. Denken Sie sich doch diese Mütter, die seit Jahren auf ihre Söhne warten, denken Sie sich doch die Frauen, die auf ihren Gatten warten, die Kinder, die auf ihren Vater warten! Glauben Sie, daß Sie diesen armen Leuten das Los erleichtern, wenn Sie ihnen täglich vorerzählen, eure Väter könnten schon lange zurück sein, wenn nur die Regierung das Geld hergeben würde, wobei Sie ganz gut wissen, daß die finanziellen Fragen dieser Art für uns augenblicklich unlösbar sind und daß die Frage, ob wir eine Wehrmacht aufstellen oder nicht aufstellen, für die Lösung dieser Frage vollständig gleichgültig ist?

Es ist tief betrüblich für mich, daß selbst der Schmerz dieser Ärmsten der Armen dazu benützt wird, um in politisches Kapital umgesetzt zu werden.

Die Frage der Heimbringung der Kriegsgefangenen darf keine Frage einzelner Parteien sein, das ist eine Frage des ganzen Volkes und hier sollten uns nicht Parteiunterschiede trennen; wenn uns in dieser Frage Parteiunterschiede trennen würden, wären wir nicht wert, hier zu sitzen. Wir alle sind verpflichtet, alles, was wir tun können, zu tun, um die Kriegsgefangenen heimzubringen. Tatsächlich arbeiten auf diesem Gebiete die beiden großen Parteien des Hauses einträchtig nebeneinander. Und wer die Arbeit der führenden Männer im Kriegsgefangenen-Fürsorgeamt überblickt, muß zugeben, daß sie sich die herzlichste Mühe geben, um dieses entsetzliche Unglück, daß so viele unserer Mitbürger noch im fernen Osten schmachten müssen, zu beseitigen. Der Dank dafür ist schließlich doch nur der, daß Angehörige anderer Parteien hergehen und sagen, daß wir den Willen gar nicht haben, die Kriegsgefangenen wirklich heimzubringen.

Nun gestatten Sie, daß ich mich noch mit einigen Herren Rednern beschäftige. Der Herr Abgeordnete Dr. Angerer hat der Bildungsarbeit, die das Staatsamt für Heereswesen begonnen hat, Anerkennung gezollt und ich freue mich sehr, von dieser Seite, von der oppositionellen Seite des Hauses doch ein Wort der Anerkennung für diesen Zweig der Tätigkeit gefunden zu haben, weil ich



vornehmlich konstatieren möchte, daß ich der Ausbildung der Wehrmänner der künftigen Wehrmacht die allergrößte Bedeutung, die allergrößte Wichtigkeit beimesse. Ich bin der Meinung, daß diese Wehrmacht nur dann wirklich für uns ein Vorteil sein kann, wenn es gelingt, aus der Wehrmacht eine große Arbeitsschule zu machen. Was wir brauchen, ist Arbeit, was wir nicht brauchen können, ist das Herumlungern von Tausenden von Menschen, deren Erhaltung schließlich zu einer ganz unproduktiven Ausgabe werden würde. Wir bemühen uns, aus der Wehrmacht eine Arbeitsschule zu machen, aus der tüchtige Arbeiter, tüchtige Bauern hervorgehen sollen. Wenn Sie uns bei diesem Bestreben unterstützen, kann der Erfolg schließlich nicht ausbleiben.

Derselbe Herr Abgeordnete hat dann an mich die Frage gerichtet, was mit den Waffen und mit der Munition geschieht, die wir für die neue Wehrmacht nicht brauchen. Was wir damit tun, ist ganz einfach: Was der Friedensvertrag uns vorschreibt, dürfen wir behalten, den Rest übergeben wir der Anstalt für Sachdemobilisierung und diese verwertet ihn eben nach geschäftlichen Grundsätzen, ohne daß das Staatsamt für Heereswesen weiter daran beteiligt ist.

Von demselben Herrn Abgeordneten wurde dann noch eine weitere Munitions- und Waffenfrage angeschnitten. Er hat erzählt, daß die Enzesfelder Munitionsfabrik vom Staatsamt für Heereswesen einmal eine größere Quantität Material bekommen und dann dieses Material nach Polen geführt habe. Ich möchte demgegenüber sagen, daß die Enzesfelder Munitionsfabrik gewöhnlich ihren Bedarf an Material, Hülsen usw. bei uns nicht gedeckt hat; sie hat das nur ein einziges Mal getan und wir haben natürlich dann keine Kenntnis mehr davon, wenn ein Material von uns an eine Firma verkauft worden ist, was damit geschieht. Aber daß ein solches Material deshalb nach Polen abgeht, ist nicht möglich, weil ja dazu die Ausfuhrbewilligung des Staatsamtes für Äußeres nötig ist. Wenn wir auch im Augenblick nicht sagen können, was mit dieser einen Sendung geschehen ist, und nicht wissen können, was eine private Firma damit macht, so möchte ich doch sehr nachdrücklich bezweifeln, daß davon etwas nach Polen kommen sollte. Auf normalem Wege gewiß nicht. Und dem Schleichhandel zu begegnen ist ja leider alles ohnmächtig und erst recht natürlich die schwache Kraft dieses Staates.

Ein anderer Herr Abgeordneter hat die Wiederherstellung der Disziplin in der neuen Wehrmacht verlangt, wobei er mit Wiederherstellung etwa sagen wollte, daß man die alte Disziplin, die im alten Heere zusammengebrochen ist, wieder herstellen sollte. Nun glaube ich nicht, Herr Abgeordneter

Edlinger, daß es möglich ist, die Disziplin des alten Heeres herzustellen und ich glaube auch nicht, daß das ein Vorteil für das Heer wäre, sondern was wir brauchen, ist, daß wir die Mannschaft erziehen zum Willen zur Unterordnung, wir müssen sie fähig machen, Ordnung zu halten in den eigenen Reihen, wir müssen die Disziplin hineinbringen nicht nur durch äußere Mittel des Zwanges, sondern wir müssen sie hineinbringen auch in die Gehirne der Menschen. Worunter wir leiden, meine geehrten Herren, ist ja nicht etwa, daß wir in dieser Gesellschaft zu wenig Zwang haben und deshalb alles außer Rand und Band geht. Denn, glauben Sie mir, der Zwang, den man anwenden würde, wäre kein Mittel, um wirklich Ruhe zu erzeugen, weder in der Gesellschaft noch im Heere. Was wir brauchen, ist nicht der Zwang zur Ordnung, was wir brauchen, ist der Wille zur Ordnung. Die Vorstellung, als ob man heute noch alles so richten könnte wie früher, mit Gewalt und Zwang, sollte, wie ich glaube, nach den Erfahrungen der letzten Jahre wohl für abgetan gelten. In der Zeit, in der wir leben, ist der Zwang, wie ich meine, kein gutes, sondern ein schlechtes Mittel, die Ordnung wirklich herzustellen. Wir haben Erfahrungen genug von anderen Staaten, um zu wissen, daß das forsche Draufgehen mit der Gewalt nicht den gewünschten Effekt erzielt.

Von sehr vielen Rednern ist die Meinung vertreten worden, daß die Gewerkschaft, die sich jetzt in der Soldatenschaft gründet, zum Teil nicht mit dem Wehrgesetz, zum Teil nicht mit den Koalitionsvereinbarungen übereinstimmt. Ich muß sagen, daß ich diese Meinung nicht hege, wobei ich aber vorwegnehmen möchte, daß jene Herren, die heute so geärgert sind, daß sich eine Gewerkschaft der Soldaten bildet, doch bedenken sollten, daß die erste Gewerkschaft, die sich im österreichischen Heer gebildet hat, nicht von Soldaten, sondern von Offizieren gebildet worden ist. (Zustimmung.) Denn was ist der Wirtschaftsverband der Berufsgastisten anderes als auch eine Gewerkschaft, sogar eine Gewerkschaft, die vor einem Jahre an der Inszenierung eines Streiks beteiligt war, lange noch bevor die Soldaten an derlei Dinge gedacht haben. Man kann also den Soldaten nicht etwas zum Vorwurf machen, womit die Offiziere begonnen haben. Haben die einen seit eineinhalb Jahren eine Gewerkschaft, so war es selbstverständlich, daß auch die Soldaten eine Gewerkschaft aufzubauen versuchen, und das Wehrgesetz gibt durchaus keine Möglichkeit, dagegen einzuschreiten; im Gegenteil, die Koalitionsfreiheit wird dort den Soldaten ausdrücklich freigegeben.

Nun wird allerdings gemeint, daß das Bedenkliche nicht die Gewerkschaft sei, sondern der Umstand, daß die Leitung in den Händen von politisch prononzierten Persönlichkeiten liegt. Dem



Staatsamte für Heereswesen ist es unmöglich, auf die Wahl der Leitung eines Vereines Einfluß zu nehmen. Aber Sie werden es nicht erzielen, daß in einer und derselben Gewerkschaft sich so leichtin Männer der verschiedensten politischen Überzeugung zusammenfinden. Wir wissen im Gegenteil aus der Erfahrung, daß Gewerkschaften, wenn sie auch nicht politisch sind, immer von Männern geleitet werden, die einer politischen Partei nahe stehen. Es ist bei allen Gewerkschaften so, auch bei den Gewerkschaften, die Ihrer Richtung angehören. Daher ist es gar nicht verwunderlich, daß sich beim Militärverbände des österreichischen Heeres eine ähnliche Situation herausgebildet hat. Zu hindern ist das auf keinen Fall, wobei ich noch sage, daß auch hier wiederum das Beispiel beim Wirtschaftsverbände der Gasgisten gegeben ist. Denn Sie können nicht behaupten, daß dort Anhänger meiner Partei an der Spitze stehen. Dort dominieren wieder Anhänger der bürgerlichen Richtung. Ich meine also, man kann den Gewerkschaften unmöglich damit beikommen, wenn man sie als politisch ausschreit, sondern man muß sie als Gewerkschaften betrachten, die erfahrungsgemäß immer einer Partei nahe stehen, ohne daß die Möglichkeit oder Notwendigkeit bestünde, dagegen irgend etwas zu unternehmen.

Der Herr Abgeordnete Edlinger hat hier auch erzählt, daß christlichsoziale Aufnahmewerber für die Aufnahme in das neue Heer abgelehnt wurden. Ich möchte die Herren Abgeordneten bitten, wenn Sie einen solchen Fall wirklich haben, ihn mir zu sagen. Ich frage jetzt schon seit Wochen, ob denn wirklich irgendwo ein solcher Fall vorgekommen ist, und bitte die Herren seit Wochen, mir einen einzigen solchen Fall zu nennen. Es war mir aber bisher noch nicht möglich, auch nur von einem Herrn einen solchen Fall zu erfahren. *(Abgeordneter Edlinger: Das kann ich Ihnen schon bringen! Eine große Liste!)* Ich bin neugierig, ich werde dann gewiß sofort der Sache nachgehen.

Die Herren Abgeordneten Edlinger und Mataja haben sich mit dem neuen Disziplinargesetz befaßt und die Beschleunigung der Vorarbeiten verlangt. Ich möchte hier mitteilen, daß die Vorarbeiten in vollem Gange sind, und ich hoffe, in möglichst kurzer Zeit dem hohen Hause einen Entwurf vorzulegen. Daß diese schwierigen Fragen nicht so leicht gelöst werden können, liegt in der Natur der Dinge. Es sind eine Reihe sehr schwieriger Fragen zu lösen und es ist unmöglich, das von heute auf morgen zu tun.

Und nun erlauben Sie, daß ich mich noch dem Herrn Abgeordneten Dr. Mataja so kurz als möglich zuwende. Herr Dr. Mataja hat sehr viel erzählt, was die Soldatenräte alles gesagt haben, und hat schließlich auch berichtet, daß ein Volkswehrleutnant irgendwo in einer Provinz

gemeint hat, daß man die Landesregierung schon zwingen werde, Nichtzuständige aufzunehmen, und was dergleichen Dummheiten mehr sind. Ich sage Dummheiten, weil es von einem Volkswehrleutnant, der das Gesetz gesehen hat, unmöglich gesagt worden sein kann, und ich sage Dummheiten, weil eine Landesregierung sich so etwas nicht gefallen zu lassen brauchte, weil ja im Gesetz das Gegenteil steht.

Schließlich hat Herr Dr. Mataja mit allen Anzeichen der Entrüstung von einem Brief gesprochen, den ein Soldatenrat an mich gerichtet hat, in welchem er verlangt, ich möge eine Konferenz einberufen. Das Wort „Konferenz“ ist freilich für die verlangte Besprechung ein etwas hoher Ausdruck; diese „Konferenz“ hätte darin bestanden, daß ich, der Unterstaatssekretär, und ein Amtsleiter uns mit dem Soldatenrat hätten zusammensetzen sollen, um zu besprechen, ob nicht die Soldatenräte bei der Organisationsgruppe in irgendeiner Form mitbeteiligt werden können. Es war ein Brief in der höflichsten Form, den der Herr Abgeordnete vorgelesen hat, ein Brief, in welchem ein Ansuchen gestellt wurde. Es sei vorweggenommen, daß ich gar nichts darin sehe, wenn mich ein Soldatenrat um etwas ersucht, und daß ich darin, daß ein Soldatenrat mich ersucht, eine Besprechung einzuberufen, durchaus keine Kompetenzüberschreitung zu erblicken vermag. Wenn der Herr Dr. Mataja so nachdrücklich die Bestrafung des unterschriebenen Soldatenrates wegen Kompetenzüberschreitung verlangt hat, so muß ich sagen, daß ich nicht weiß, woher ich dazu die Berechtigung nehmen sollte. Gestatten Sie mir aber doch, meine Herren, auf folgendes aufmerksam zu machen. Sie erzählen fortwährend wie disziplinos die Soldaten sind und wie die Soldatenräte sich in alles einmengen, wie sie nicht folgen und was für eine Unordnung überall herrscht. Dieser Brief, den Herr Dr. Mataja vorgetragen hat, gibt mir aber zu folgender Bemerkung Anlaß: Der Brief ist von dem Soldatenrat an die Amtsleitung und an mich gerichtet worden; er hat also nur den Amtsweg passiert, die Amtsleitung und meine Adjutantur. Von diesem Wege ist dieser Brief oder eine Abschrift mit einemmal abhanden gekommen und kam in die Hände des Herrn Dr. Mataja. *(Hört! Hört!)* Es ist ganz unmöglich, daß der Brief auf andere Weise als durch einen groben Vertrauensmißbrauch eines Offiziers in die Hände des Herrn Dr. Mataja gekommen sein kann, und ich bitte das hohe Haus, sich selbst ein Urteil darüber zu bilden. Man redet fortwährend davon, daß man Disziplin halten soll, daß man die Soldaten zur Folgsamkeit erziehen soll. Wie soll man sie nun zur Folgsamkeit erziehen, wenn Sie selbst sich dazu hergeben, von Organen des Staatsamtes für Heereswesen Vertrauensmißbräuche zu erzielen? Es ist



ganz unmöglich, auf diese Weise Ordnung zu schaffen, und wenn die Herren von dieser Seite des hohen Hauses sich nicht endlich daran gewöhnen, die Disziplin nicht allein von den Soldaten, sondern auch von denen, die über den Soldaten sind, zu verlangen, wird nie Ordnung eintreten. *(Zustimmung.)*

Herr Dr. Mataja hat mir auch vorgeworfen, daß ich das Wehrgesetz nicht so handhabe, wie es vereinbart worden ist, und daß ich mir einiges zuschulden kommen ließ, was durchaus nicht im Sinne des Gesetzes selbst gelegen sei. Insbesondere meinte er, daß der Erlaß, der verfügt, daß die Heeresverwaltungsstellen angewiesen werden, jene Personen, die über 26 Jahre alt oder verheiratet sind, unter gewissen Umständen doch aufzunehmen, im Widerspruch mit dem Gesetze stehe. *(Abgeordneter Dr. Mataja: Es ist ein Kunststück, das nicht zu finden!)* Es ist vielleicht ein Kunststück, das Gegenteil finden zu wollen. Dieses Gesetz gibt mir das Recht, daß Ausnahmen getroffen werden können, und nun wird im Erlaß nichts anderes gesagt, als daß Zivilpersonen, die sich anmelden, nicht von vornherein abgewiesen werden, sondern daß ihnen die Möglichkeit geboten werden soll, Aufnahmsgesuche vorzulegen, und dieses Recht hat jede Person. Man muß doch die Leute, die kommen und sich anmelden, darüber belehren, daß sie, wenn sie auch älter als 26 Jahre oder verheiratet sind, doch aufgenommen werden können, wenn sie ein Gesuch um ausnahmsweise Aufnahme einreichen; und nichts anderes beinhaltet dieser Erlaß. *(Abgeordneter Dr. Mataja: Die Leute können ja berufen, aber Sie dürfen nicht den Auftrag geben, daß sie in erster Instanz aufgenommen werden!)* Sie werden nicht aufgenommen, sie werden nur nicht von vornherein abgewiesen. Die Gesuche werden weitergeleitet und das Staatsamt für Heereswesen entscheidet dann über die Aufnahme. *(Abgeordneter Dr. Mataja: Dafür besteht die Berufung!)* Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter, ich kann doch die Heeresverwaltungsstellen anweisen, daß sie die Leute, die nach dem Wehrgesetz nicht aufgenommen werden könnten, aufmerksam machen, daß sie nicht im ordentlichen, wohl aber im außerordentlichen Verfahren aufgenommen werden können. Das kann unmöglich eine Überschreitung des Gesetzes sein. *(Abgeordneter Dr. Mataja: Im Erlaß steht etwas ganz anderes!)* Nein, lesen Sie ihn genauer! *(Zwischenrufe.)*

Noch merkwürdiger ist folgende Ansicht des Herrn Dr. Mataja. Er sagt, daß es mir völlig verwehrt ist, den Leitern der Heeresverwaltungsstellen eine Weisung über die Werbung zu geben. Ja, vielleicht würde er so liebenswürdig sein, das Wehrgesetz, das wir gemeinsam ausgearbeitet haben und dessen Referent er war, einer näheren Besichtigung zu unterziehen. Er würde da im § 13 folgende

Stelle finden *(liest)*: „Die Werbung wird von den Heeresverwaltungsstellen nach den von der Staatsregierung aufgestellten Grundsätzen geleitet und durchgeführt.“ Daran halte ich mich. Nachdem die Grundsätze im Kabinettsrat genehmigt worden sind, teilte ich sie selbstverständlich den Heeresverwaltungsstellen mit und gab ihnen dementsprechende Aufträge. Das ist durchaus im Sinne und im Wortlaute des Gesetzes. *(Abgeordneter Dr. Mataja: Aber wir haben eine bestimmte Verabredung getroffen, Sie werden sich daran erinnern!)* Nein, davon habe ich gar keine Ahnung. *(Zwischenrufe.)* Es ist doch eine Unmöglichkeit, durch eine Verabredung, von der Sie hier reden, das Gesetz etwa außer Kraft zu setzen.

Dazu kommt noch, daß es im § 8 ausdrücklich heißt: „In jedem Lande werden zur Verwaltung der Heeresangelegenheiten Heeresverwaltungsstellen errichtet, die unmittelbar dem Staatssekretär unterstehen.“ Ja, wenn ich einer Stelle, die mir direkt untersteht, keine Weisungen geben kann, haben wir eine Anarchie der Verwaltung. *(Abgeordneter Dr. Mataja: In diesem Punkt!)* Auch in diesem einen Punkte habe ich das Recht, Weisungen zu geben, und ich lasse mir dieses Recht nicht nehmen. *(Abgeordneter Dr. Mataja: Sie haben darauf freiwillig verzichtet!)* Es ist unmöglich, daß ich auf ein Recht verzichte, wozu ich durch das Gesetz berufen bin. Die Durchführung der Werbung ist doch kein Kronrecht des Staatssekretärs, sondern eine Verwaltungsaufgabe, die ich zu erfüllen habe, und zwar im Rahmen des Gesetzes. Und danach halte ich mich.

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Mataja hat hier sehr viel erzählt von der wilden Agitation, die die Kommunisten in unseren Kasernen treiben. Ich gebe zu, daß sie sehr rührig sind. Sie sind ja nicht nur in den Kasernen, sondern auch sonst sehr rührig. Die Kommunisten treiben viel Agitation, nur kommt mir der Schluß, der daraus gezogen wird, nicht ganz richtig vor. Denn daß die Sozialdemokraten einen Vorwurf deshalb erhalten, weil andere Parteien versuchen, Soldaten für sich zu gewinnen, ist unangebracht. Wir wehren uns gegen die kommunistische Agitation, und wenn wir noch nicht zu einer kommunistischen Überflutung gekommen sind, so haben nicht Sie das erreicht *(lebhaft Zustimmung)*, sondern wir, und wenn die Volkswehr seinerzeit nicht mit Sack und Pack kommunistisch geworden ist, haben nicht Sie, Herr Dr. Mataja, das Verdienst, sondern wir mußten die Leute zur Vernunft bringen und ihnen die Unmöglichkeit der kommunistischen Ziele darlegen, um sie zu befähigen, ihre Aufgabe zu erfüllen. Es ist also ganz merkwürdig, wenn da fortwährend durcheinandergeworfen wird und wenn alles das, was von den Kommunisten geschieht, auf das Konto der Sozial-



demokraten geschrieben, und wenn alles, was an Agitation geleistet wird, so dargestellt wird, als ob es von unserer Seite geschehen würde. Wichtig ist eines, und da stimme ich dem Herrn Dr. Mataja zu, daß die Verhältnisse bei uns im Lande auch nach meiner Meinung anfangen, bedrohlich zu werden, und zwar deshalb, weil das Bestreben, das wir haben, die Gegensätze zu mildern, auszugleichen und vor allem zu verhindern, daß diese Gegensätze mit den Waffen ausgetragen werden, nicht von allen Seiten des Hauses mit dem gebührenden Eifer unterstützt wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Gestatten Sie mir . . . *(Zwischenrufe des Abgeordneten Witternigg. — Abgeordneter Dr. Mataja: Blamieren Sie sich nicht mit Ihren unanständigen Zwischenrufen! — Abgeordneter Witternigg: Sie leben von der Brandstiftung!)*

Präsident Dr. Dinghofer *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe; ich bitte, den Herrn Staatssekretär sprechen zu lassen. *(Lebhafter Zwischenruf. — Abgeordneter Witternigg: Sie leben von der Brandstiftung! — Abgeordneter Dr. Mataja: Dieser Mensch redet noch; glauben Sie, Sie schüchtern mich ein? Sie können reden bis übermorgen, lieber Freund Witternigg! — Fortgesetzte Zwischenrufe. — Präsident Dr. Dinghofer, das Glockenzeichen gebend.)* Ich bitte um Ruhe; ich bitte, den Herrn Staatssekretär sprechen zu lassen.

Staatssekretär für Heereswesen Dr. Deutsch: Gestatten Sie mir, daß ich meiner Meinung dahin Ausdruck verleihe, daß ich glaube, daß mit der ständigen Heze gegen die Wehrmacht eine Beruhigung nicht erzielt werden kann. Wenn die Wehrmacht zu einem wirklichen Apparat der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit dieses Staates gemacht werden soll, dann kann das nur geschehen, wenn man nicht immer und immer wieder auf sie einwirkt und immer wieder die Heze gegen sie betreibt. Sie treiben ja selbst die Leute in den Zustand der ständigen Aufregung. Lassen Sie uns endlich einmal ruhig arbeiten. Ich versuche seit langem, es Ihnen klar zu machen. Wenn Sie uns ruhig arbeiten lassen, dann wird es auch möglich sein, die notwendige innere Ordnung in der Wehrmacht herbeizuführen, dann wird es möglich sein, die Beruhigung bei den Wehrmännern herbeizuführen, die es ermöglicht, daß wir zu einer Konsolidierung der Verhältnisse gelangen. Wenn Sie aber selbst fortwährend die politische Agitation gegen die Wehrmacht führen, wenn Sie selbst fortwährend den Wehrmännern einreden, ihr seid lauter politische Agitatoren, und ihr wollt nur euer Parteiinteresse, kein Staatsinteresse, wenn Sie jeden Tag den Leuten das immer und

immer wieder einreden, ist es kein Wunder, daß die Leute schließlich es selber glauben, und Sie bringen einen Geist in die Wehrmacht hinein, der es unmöglich macht, dieses Instrument zu dem zu machen, was wir alle aus ihm machen wollen: ein Instrument, daß fähig ist, ein Schutz der Republik zu sein. Bedenken Sie doch, daß Sie mit dieser Art, mit der Sie den Kampf gegen die Wehrmacht führen, doch nicht dazu beitragen, weder die Wehrmacht zu festigen noch unsere Republik zu festigen, noch überhaupt unsere so erschütterte Volkswirtschaft auf jene Grundlage der Sicherheit zu stellen, die zu ihrem Gedeihen nötig ist.

Lassen Sie mich zum Schlusse den Appell an Sie richten, uns zu helfen, daß wir zur Ruhe gelangen und die Ruhe benutzen können, um uns emporzuarbeiten. Wir sind überzeugt davon — ich meine, wir alle in diesem Hause — daß dieser armelige Staat, den uns der Friedensvertrag von Saint Germain beschert hat — ich sage nicht, blühen kann, davon ist keine Rede — aber doch nur leben und existieren kann, wenn in seinem Innern ein gewisses Maß von Ruhe und Ordnung einkehrt, die es ermöglicht, daß gearbeitet wird. Rasten kann uns nur die Arbeit in diesem Staate. Was wir brauchen ist, daß unser Volk zur Ruhe kommt, um arbeiten zu können. Was aber für das ganze Volk gilt, gilt auch für jeden einzelnen Teil der Verwaltung und gilt auch insbesondere für ein so subtiles und feines Instrument wie die Wehrmacht. Wenn Sie haben wollen, daß wir zur Ruhe kommen, wenn Sie haben wollen, daß die Möglichkeit besteht, daß dieses Volk sich herausarbeitet aus dem Glend und daß es diesen Staat wenigstens so weit existenzfähig erhält, bis die Möglichkeit besteht, uns anzuschließen an ein größeres Wirtschaftsgebiet, wenn Sie wollen, daß wir nicht zugrunde gehen, dann führen Sie nicht den Kampf wie bisher mit vergifteten Waffen weiter, sondern versuchen Sie, uns zu helfen, daß Ruhe einkehrt. Mit einem Worte, lassen Sie uns arbeiten. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Luttenberger.

Abgeordneter Luttenberger: Hohes Haus! Sehr geehrte Frauen und Herren! In dem Budget ist eine ziemlich große Summe für das neue Heer eingesetzt, welche natürlich die Steuerträger ziemlich stark belasten wird. Wenn wir uns das alte Heer, die Volkswehr, anschauen, die nach dem verlorenen Krieg aus dem Zusammenbruch hervorgegangen ist, so hat man doch ein wenig Bedenken, wenn man darangehen muß, eine neue Wehrmacht aufzustellen. Ich will über die Volkswehr, über die guten und schlechten Seiten derselben mich nicht weiter aus-



lassen, denn es ist ohnehin darüber genug schon gesprochen worden.

Was verlangt das Volk draußen von dem neuen Heer, von dem Söldnerheer, welches uns richtig die Entente im Frieden von Saint-Germain aufgezwungen hat? Es verlangt, daß das neue Heer, daß das Söldnerheer wirklich ein Faktor sei, der diesem Staate Ruhe und Ordnung und der Regierung eine Exekutivgewalt verschafft. Wir haben uns, als wir diesem Gesetze zustimmten, auch mit dem Gedanken getragen, daß das wirklich der Fall sein wird. Im Laufe der Zeit hat sich nun gezeigt, daß bei der Zusammensetzung dieses neuen Heeres oft nicht so vorgegangen wird, wie man es für wünschenswert hält. Es kommt manchmal vor, daß sich gewisse unsaubere Elemente in dieses neue Heer hineindrängen wollen, daß oft manche Soldatenräte, die alles andere als Pulver im Schützengraben gerochen haben, sich bemühen, unwürdige Elemente, die sich in der Etappe und im Hinterland in zweifelhafter Weise bereichert haben, in dem neuen Heer unterzubringen, besonders von seiten der Juden. Dies alles macht bei der Bevölkerung draußen keine gute Wirkung. Die Leute sind beunruhigt und fragen sich mit Recht: Wozu sollen wir für dieses neue Völkerheer so viel Geld hinauswerfen? Da möchte ich schon den Herrn Staatssekretär für Heereswesen — leider ist er weggegangen — ersuchen, sein Versprechen, das er uns schon wiederholt gegeben hat, voll und ganz zu erfüllen und zu trachten, daß nur wirklich brave Leute in das neue Heer hineinkommen, damit wir nicht eine Neuauflage der alten Volkswehr erleben, die Sie zur Linken wie Sie zur Rechten und die Herren in der Mitte auch nicht wünschen. Nach allem, was wir bis jetzt erfahren haben — und mag man es auch abzuschwächen versuchen — scheint das nicht der Fall zu sein. Wenn getrachtet wird, daß anständige Elemente hineinkommen, so ist, wenn auch keine große, so doch immerhin eine kleine Hoffnung vorhanden, daß dieses neue Heer wirklich ein republikanisches, ein demokratisches, freies Heer sein wird, nicht ein Heer, welches nur eine Partei beschützt, und auch kein solches, welches — wie wir und Sie nicht wünschen, obwohl Sie es uns weiß Gott in die Schuhe schieben — reaktionären Zwecken dienen soll. Durchaus nicht. Dieses neue Heer muß ein Heer sein, das nicht nur den Arbeiter, sondern auch den Bürger und den Bauern schützt, was bei der bestehenden Volkswehr vielfach leider nicht der Fall war. Ich erinnere daran, daß es sehr häufig vorgekommen ist, daß die Volkswehr zu Requirierungen hinaus aufs Land genommen wurde, um der Gendarmerie zu helfen. Sie werden sagen: Das war ja sehr notwendig, damit die Herren Bauern einmal abliefern! Ich gebe es Ihnen teilweise zu; aber es war oft ein großer

Skandal, wie diese Volkswehrleute mit den Bauern, die sich für sie geschunden haben und für sie gearbeitet haben, vielfach verfahren sind. Das möchte ich wohl in Zukunft vermeiden wissen. Nur mit großer Vorsicht und unausgesetztem Fleiß wird es dem hohen Staatsamte für Heereswesen möglich sein, daß wirklich Leute in das neue Heer kommen, die uns helfen, diesen Staat aufzubauen.

Erlauben Sie mir, noch einige Worte über die Offiziere zu sprechen. Es wird hier besonders von der Linken immer wieder auf die schlechten Offiziere hingewiesen. Es hat leider Gottes viel zu viel schlechte und nichtsnutzige Offiziere gegeben. Aber vergessen Sie nicht: es hat auch sehr viele brave Offiziere gegeben, die heute im größten Elend und in Not ihr Dasein fristen müssen. Es geht nicht an, daß man immer wieder alle diese Leute in einen Topf wirft und nur mit Hohn und Verachtung von ihnen spricht.

Dann ein paar Worte über die Heimkehrer. Es wird von den Heimkehrern auf dem Lande draußen sehr häufig darüber Klage geführt, besonders bei uns in Steiermark, daß sie ihre Heimkehrergebühren und die Zivilkleider nicht erhalten. Da möchte ich schon das hohe Staatsamt für Heereswesen ersuchen, daß man gegenüber den Heimkehrern trachtet, daß sie ihre Gebühren und ihre Kleider rechtmäßig erhalten und nicht vom Pontius zum Pilatus geschickt werden. Ja, es ist vorgekommen, daß die Herren Soldatenräte beispielsweise in Graz — ich könnte Namen hierfür angeben — zu den Leuten, wenn sie aus der Gefangenschaft gekommen sind, oder auch später, gesagt haben: Bist du sozialdemokratisch organisiert? Einer hat gar gefragt: Bist du kommunistisch organisiert? Dann bekommt du etwas! Da möchte ich den Herrn Staatssekretär dringend ersuchen, daß solchen Übelständen möglichst bald abgeholfen werde; denn das trägt zur Erbitterung unter den Heimkehrern unendlich viel bei. Ebenso möchte ich den Wunsch aussprechen, daß, soweit es in die Kompetenz des Staatsamtes für Heereswesen fällt, auch für die Invaliden gesorgt wird. Es dauert oft Monate lang, daß so ein armer invalider Heimkehrer seine Gebühren bekommt. Das kommt daher, weil auch im Staatsamt für Heereswesen, so manches nicht so zu gehen scheint, wie es wünschenswert wäre, weil manche Dinge auch dort sehr bureaukratisch und faul sind.

Ich möchte nur noch einen Appell an das hohe Staatsamt richten: dafür Sorge zu tragen, daß das neue Heer ein dementsprechend gutes ist, damit es möglich ist, endlich einmal in diesem nach Ruhe und Ordnung schreienden Staat Ruhe und Ordnung zu schaffen. (Beifall.)

Präsident Dr. Dinghofer: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Leuthner.



**Abgeordneter Leutner:** Hohes Haus! Man hat, wie zu erwarten stand, sehr langatmige, großdeutsche und christlichsoziale Anklagereden gegen die Volkswehr vernommen — und noch dazu recht viele — aber es war, im Grunde genommen, nichts als ein zweiter Ausguß der Reden, die wir schon bei den Verhandlungen des Wehrgesetzes zu hören bekommen haben. Nur der Herr Abgeordnete Dr. Mataja sah sich genötigt, weil er der Mischöpfer des Wehrgesetzes ist, diese alten Anklagen in der Form etwas zu ändern, indem er jedesmal hinzufügte, daß seine Angriffe nicht dem Wehrgesetze gelten, sondern der Durchführung. Es wäre also wirklich eine Zeitvergeudung, wollte man auf diese alten Chosen noch ausführlich zurückkommen, um so mehr als der Herr Staatssekretär das alles wirklich ganz prächtig erledigt hat. Nur zu dem einen Zweck habe ich das Wort ergriffen, um gegenüber den unglaublichen Verleumdungen, die hier gegen die Volkswehr vorgebracht werden, einmal ein Wort des Protestes, ein Wort der Entrüstung auszusprechen. Es wird der Mist der Anklagen und Lügen aus allen Zeitungs- und Tratschwinkeln zusammengekehrt. Dort wird von einem Diebstahl, da von einer Disziplinwidrigkeit erzählt, dort wieder von einem drohenden Worte und alles dies nur zu dem Zwecke, um den Anschein zu erwecken, als ob die Volkswehr eine Bande von Lumpen und Dieben und Verbrechern wäre. Dabei werden Dinge herangezogen, die bei jedem, der das alte Heer kannte, geradezu Lächeln erregen müssen. Zum Beispiel Schiebereien mit den Standeslisten. Als ob das nicht beim alten Heere eine bekannte Geldquelle für diejenigen gewesen wäre, die mit diesen Dingen zu tun hatten, und als ob nicht jedes Ersatzkader zugleich ein Ort der ausgedehntesten Korruption gewesen wäre. Vielleicht erinnern sich die Herren, die in Wien ihren Reservedienst geleistet haben, an die Kanzlei in der Rennwegkaserne. (Ruf: An die Waffenübungen!) An die Waffenübungen und an die Kanzlei in der Rennwegkaserne. Oder hat es vielleicht an Kameradschaftsdiebstählen im alten Heere gefehlt? Und daß alle diese Fälle von Kameradschaftsdiebstahl zur Aburteilung gekommen wären, das zu behaupten, wäre wirklich lächerlich. Diese, in der Presse sowohl, wie im Hause und in den Ausschüssen konsequent verfolgte Politik der Verleumdung der Volkswehr wird von Leuten betrieben, die, wie ich schon einmal bei der Erörterung des Wehrgesetzes gesagt habe, nicht hier saßen, wenn die Volkswehr nicht wäre, die die Tatsache, daß sie Abgeordnete sind, die Tatsache, daß die Staatsordnung noch besteht, lediglich der Volkswehr verdanken. Warum haben Sie am Gründonnerstag, warum haben Sie an jenem 15. Juni nicht solche Äußerungen getan, und sich so an den Tagen der Volkswehr entgegengestellt, an denen die Volkswehr die

Existenz dieses Staates gerettet hat? Und wie können Sie behaupten . . . (Abgeordneter Luttenberger: Das ist eine Übertreibung!) Jetzt freilich nennen Sie es eine Übertreibung, weil Sie schon hinter dem Rücken der Volkswehr Ihre körperliche Sicherheit gefunden haben; Sie werden wieder schweigen an dem Tage, wo die Gefahr herandroht und die Volkswehr sich wieder wird voranstellen müssen. Sie werden sich dann sicherlich nicht voranstellen! (Zustimmung.) Der Herr Abgeordnete Dr. Mataja erinnert sich gewiß der Vorgänge, die sich vor einigen Tagen in Linz abgespielt haben und er wird zugeben müssen, daß das, was die Volkswehr dort getan hat, der denkbar höchste Beweis von Disziplin ist. Denn gerade die Volkswehr in Linz galt immer als eines der radikalsten Bataillone und sicherlich hat sehr viel von dem, was sich da auf den Straßen begab, in den Herzen der Zugehörigen der Volkswehr Widerhall gefunden. Sie haben trotzdem im entscheidenden Augenblick die Pflicht voll erfüllt, sie haben trotzdem im entscheidenden Augenblick die Sicherheit und Ruhe, wie Sie das zu nennen pflegen, aufrechterhalten. Ja, was wollen Sie denn eigentlich von der Volkswehr mehr, was soll sie sonst leisten? Wie stellen Sie sich überhaupt die Leistung und die Tätigkeit eines Heeres in dieser Republik vor? Glauben Sie denn, die alte Disziplin, von der Sie immer reden, läßt sich mit irgend welchen Mitteln wieder herstellen? Worin bestand denn diese alte Disziplin? Ich will mich nicht auf historische Ableitungen einlassen, obwohl es ganz interessant wäre, ich begnüge mich mit der Feststellung der Tatsache, daß die Gebote dieser Disziplin von Leuten erfüllt wurden, die zum größten Teil das, was sie unter dem Zwange der Disziplin tun mußten, als etwas ihrem eigenen Gefühle, ihrem eigenen Verstande auf das schärfste Widersprechendes empfanden. Wenn dem Soldaten auf Mütter und Brüder zu schießen befohlen wurde oder wenn der Soldat, wie es im Kriege hundert- und hundertfach geschehen ist, an einer Dezimierung teilzunehmen hatte, etwa an einem reiheweisen Niedererschießen der tschechischen Legionäre, so tat er es mit dem Gefühle innerster Empörung, die Sie heute noch aus dem Gespräche der Leute, welche an solchen Exekutionen teilgenommen haben, herausklingen hören können. Warum tat er es aber doch? Weil der Geist der Knechtschaft, der Knechtseligkeit, der in der ganzen Institution des alten Heeres lag, in keinem Soldaten den Menschen, der in ihm lebte, hat aufstehen lassen, weil eine dumpfe Angst, eine unbestimmbare Furcht vor etwas Ungeheuerlichem, das sonst geschehen würde, wenn er nicht Gehorsam leisten würde, ihn niederdrückte, ihn beugte unter ein Gebot, gegen das sich kein ganzer Mensch, gegen das sich kein Gefühl, das beste Gefühl seiner Seele empörte. Nun haben Sie doch selbst dafür gesorgt, daß dieses ungeheuerliche,



unbestimmte Etwas, dieser alte Gewaltstaat zusammengebrochen ist. Nun ist er in Scherben gegangen, nun ist all das, was diese Gewaltautorität bedeutete, in nichts aufgelöst. Und nun hat sich das Menschengefühl sieghaft in allen erhoben und es ist ganz ausgeschlossen, daß Sie es wieder beugen sollten unter das alte Blutgebot, es ist ausgeschlossen, daß Sie irgendwo einen Menschen fänden, der sich zu Taten würde bereit finden lassen, wie es die Taten waren, auf denen sich früher Ruhe und Ordnung aufgebaut haben. Ihr Ruhe- und Ordnungsbegriff hat etwas zur Voraussetzung, was freilich in einem modernen, was überhaupt in einem demokratischen Staate undenkbar ist: daß immer eine geschlossene, einem Befehl kadavermäßig gehorchende Gruppe vorhanden ist, die man gegen die übrige Bevölkerung verwenden und stellen kann. Das fehlt eben heute. Sie haben eine solche Gruppe von Menschen nicht und deshalb können Sie auch die Ruhe und Ordnung im alten Sinne mit den alten Gewaltmitteln nicht mehr aufrechterhalten. Sie können auch die alte Disziplin nicht mehr wieder herstellen. Der Herr Abgeordnete Dr. Mataja war ja selbst einmal in der Lage, das an seiner eigenen Amtstätigkeit, an sich zu erleben. Er war ja einmal Chef der deutsch-österreichischen Polizei, Chef der deutschösterreichischen Gendarmerie. Warum hat er als Staatssekretär für Inneres gegen die Tatsache, daß das Organisationsprinzip, das Prinzip der Gewerkschaft auch diese zwei Körperschaften ergreift, nicht Widerstand geleistet? Auch dort handelt es sich ja um bewaffnete Macht, die nur anders uniformiert ist, auch dort mußte für ihn der Wunsch gelten, daß eine unbedingte, eiserne, an gar keine Bedingung geknüpfte Disziplin walte. Er hat aber gar nicht den Versuch gemacht, diese alte Disziplin aus den Zeiten vor dem Umsturz gegenüber der Polizei und Gendarmerie gebietend zur Geltung zu bringen, er hat vielmehr die Gelegenheit wahrgenommen, im Sinne seiner Partei die sich bildende Organisation zu beeinflussen, vielleicht aus der ganz klugen Erwägung heraus, daß andere Mittel des Einflusses ihm überhaupt nicht zur Verfügung standen. Und in der Tat: wie wollen Sie denn die Disziplin in einem modernen Heereskörper anders herstellen, als indem diejenigen, die der Disziplin unterworfen sein sollen, ihr innerlich zustimmen? Diese innerliche Zustimmung wird sich natürlich nicht immer im Augenblick und aus eigener Bewegung vollziehen, sie wird gewisse Erörterungen und Auseinandersetzungen zur Voraussetzung haben. Und bei diesen Erörterungen und Voraussetzungen, meine Herren und Frauen, haben die Soldatenräte eine so große und wichtige Rolle gespielt, daß wir ihnen gar nicht genug Dank zollen können. Wären die Soldatenräte nicht gewesen, als das Organ der inneren Auseinandersetzungen des Heeres, der Vermittlung jener Gedanken, aus denen

überhaupt der Gehorsam heute erwachsen kann, dann wäre die Volkswehr außerstande gewesen, in den entscheidenden Tagen für die Rettung der Republik einzutreten, dann wäre sie überhaupt ein amorpher Körper gewesen, der, jedem Eindruck des Augenblicks unterworfen, sofort von den plötzlichen Erregungen der Stimmung hingerissen und in den Strom der Zerstörung mit hineingezogen worden wäre. Sie verdanken also den von Ihnen so beschimpften und bekämpften Soldatenräten tatsächlich, daß die Volkswehr in allen Augenblicken der Gefahr für die Erhaltung der Republik, für die Rettung dessen, was Sie Sicherheit und Ordnung nennen, eintreten konnte. Nun, meine Herren und Frauen, was haben Sie denn gegenüber der Art von Gehorsam, der Art von Manneszucht, die tatsächlich in der österreichischen Volkswehr bestanden hat und besteht, was haben Sie dem entgegenzustellen als ein Gegenbeispiel und als ein Gegenmuster? Was ist denn die Manneszucht etwa bei den ungarischen Truppen, was ist sie bei der deutschen Reichswehr, den beiden von ihnen so verehrten Beispielen der Wiedererweckung oder Erhaltung alter Disziplin? Gibt es da tatsächlich Manneszucht und Disziplin im Sinne der alten Zeit? Nein, es handelt sich um echte und rechte Prätorianergarden, bei denen die Führer mit den Geführten durch eine Art ins größere gesteigerter Räuberpsychologie verknüpft sind. Wenn Sie sich gütigst die Mühe nehmen wollten, die Berichte über das Lager von Döberitz nachzulesen, würden Sie durchaus den Eindruck gewinnen, als läsen Sie ein Kapitel aus der Beschreibung des Lebens Rinaldo Rinaldinis. Und da sind es doch die Offiziere, die alten Offiziere der preussischen Armee, der berühmtesten aller Zeiten, die diesen Heeresteil in der Hand halten! Aber natürlich, die alte Disziplin herstellen können sie weder, noch wollen sie es; denn sie sind ja dort gleichfalls Parteigänger, sie sind dort nicht Träger der Staatsgewalt oder Werkzeuge der Staatsgewalt, sondern sie kämpfen ihren eigenen Parteikampf durch in denselben Räuberformen wie etwa ein Hölz, dem sie in der Anwendung der Mittel durchaus ebenbürtig sind. Wollen Sie uns erzählen, daß die Horthygarde ein Muster von Disziplin sei? Sie wissen ganz genau, daß nicht einmal Herr Horthy, sondern einige einflußreichere Hauptleute und Offiziere gebieten, daß sich diese Offiziere an Stelle der Staatsgewalt setzen, daß sie sich in das parlamentarische Getriebe, daß sie sich in die Verwaltung, in die Justiz einmengen, daß sie, überall mit dem Prätorianerbewußtsein der vollkommenen Straffreiheit das Staatswesen verwirrend, selbst nicht zurückscheuen vor dem blutigsten Verbrechen!

Können Sie aber aus der Geschichte der Volkswehr etwas anführen, was sich mit den Morden, mit den Bluttaten vergleichen ließe, die



auf dem Schuldkonto der Horthygarde stehen? Was haben Sie schließlich der Volkswehr vorgehalten? Redensarten, die Ihnen nicht gepaßt haben, Worte, die Ihnen zu stark klangen, angebliche Vernachlässigungen des Wachdienstes und eine Steigerung der Kriminalität, an der die Volkswehr, wie alle Teile der Bevölkerung, teilgenommen hat. Haben Sie ihr wirklich nichts anderes vorzuwerfen, dann war Ihr Reden vergeblich, ihre Anklagereden müssen vielmehr als Verteidigungsreden gelten. Nein! Es ist eine Schande — ich erlaube mir dieses kräftige Wort zu gebrauchen —, daß in diesem Hause, welches nur besteht und aufrechtersteht, weil die Volkswehr die Ordnung gerettet hat, sich immer wieder solche lächerliche, unsinnige Anklagen gegen die Volkswehr erheben, solche wahnwitzige Übertreibungen, die an den Tatsachen keinen Anhalt gewinnen. Im übrigen, was soll es denn besagen, wenn einer der Redner — ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Dr. Mataja — so viel von dem Treiben der Kommunisten im Lager der Volkswehr sprach? Schon der Herr Staatssekretär Deutsch hat darauf hingewiesen, daß diese Vermengung der Taten der Kommunisten mit dem, was wir tun und anstreben, einfach den Tatsachen widerspreche und die Wahrheit verwirre. Nun, der Herr Staatssekretär muß natürlich als Staatssekretär sehr höflich sein. Ich habe nicht diese Verpflichtung und kann ruhig sagen, daß es sich hier nicht um eine Verwirrung der Tatsachen handelt, sondern um eine ganz gewöhnliche demagogische Absicht. Aber diese Absicht schießt völlig verfehlt und erreicht ihr Ziel nicht.

Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Wenn die Kommunisten im Heer einen mehr oder weniger großen Anhang haben, so verdanken sie dies zu einem nicht geringen Teil denjenigen, die in der Partei der Christlichsozialen den Anschauungen des Herrn Dr. Mataja huldigen, und auch einigen Herren aus der Großdeutschen Partei. Jawohl. Denn die merkwürdige Art, mit der die Herren von der Färbung des Herrn Dr. Mataja die konterrevolutionären Äußerungen, die immer wieder laut werden, zu verteidigen und zu beschönigen sich bestreben, die Haltung eines großen Teiles der christlichsozialen Presse, namentlich der „Reichspost“ gegenüber den Großtaten der Horthygarde und den Absichten der der Horthygarde in Deutschösterreich gesinnungsverwandten Kreise muß natürlich die Besorgnis der gesamten Bevölkerung wach erhalten, daß wir von einem Putschismus von rechts bedroht sind. Wenn Leute von solchem politischen Gewicht wie Dr. Mataja und eine Zeitung von solchem politischen Gewicht wie die „Reichspost“ immer wieder in beschönigender und durchaus freundlicher Weise von den monarchistischen Bestrebungen reden, wenn sie es an Anwaltskniffen und Verteidigungskünsten

für die Gegenrevolution nicht fehlen lassen, dann muß natürlich der Argwohn wach bleiben, daß eine starke Strömung konterrevolutionärer Art in Deutschösterreich wirksam ist. Nun halte ich das in einem gewissen Sinne für eine Übertreibung, indem ich nicht glaube, daß in absehbarer Zeit konterrevolutionäre Bestrebungen sieghaft werden könnten, gerade deshalb nicht, weil wir in der Volkswehr einen sicheren Rückhalt der Republik haben. Aber damit ist noch nicht bestritten, daß solche Bestrebungen und daß ihre huldreiche Förderung nicht gleichwohl eine sehr ernste Gefahr bedeuten.

Die Herren haben sich hier darüber beklagt, daß Leute, die der Frontvereinigung angehören, von einigen Wehrmännern recht unfreundlich angeblasen wurden. Nun der Frontkämpferverein steht ausgesprochen auf dem monarchistischen Standpunkt und die Leute im Wirtschaftsverbände der nichtaktiven Gagisten, von denen die Gründung des Frontkämpfervereines ausgegangen ist, wie ein Meyer und vordem noch ein Hofer, die haben niemals an ihrer konterrevolutionären und monarchistischen Gesinnung irgend einen Zweifel gelassen. Wie steht nun aber der Fall, wenn es sich um Monarchisten und monarchistische Gesinnung handelt? Gewiß ist jedem Staatsbürger freigestellt, welche Gesinnung auch immer zu hegen und zu pflegen, und es kann daher auch jedes Mitglied der deutschösterreichischen Republik monarchistisch empfinden und für die Monarchie sich betätigen. Aber als Mitglied des Heeres hat er den Eid auf die Erhaltung der Republik zu leisten, folglich mag jede andere politische Bestrebung eines Zugehörigen des Heeres statthaft sein, nur nicht monarchistische Bestrebungen. Denn einer, der als Soldat monarchistisch empfindet und im Sinne der Monarchie im Heere handeln will, ist entweder ein eidbrüchiger Lump oder aber er will den Eid nur als Maske für seine Machenschaften benutzen. Es ist also durchaus begreiflich, daß sich gegen Leute, die im begründeten Verdacht monarchistischer Gesinnung stehen, Widerstand erhebt. Und wenn der Widerstand manchmal Formen annimmt und eine Ausdrucksweise wählt, die den Herren nicht salonmäßig scheint, so haben wir ja soeben von Abgeordneten Äußerungen über die Volkswehr vernommen, die ebenfalls nicht salonfähig waren, obwohl kein Grund zur Aufregung war, und obwohl es sich schließlich um Abgeordnete handelt und diese in der Nationalversammlung sprechen.

Es ist also wirklich nicht der geringste Anlaß vorhanden, sich über derartige Vorfälle aufzuregen, sondern in ihnen liegt nur der Beweis dafür, daß die Gefahren innerhalb der Volkswehr, die Sie angeblich beklagen, gerade durch Ihre Politik verstärkt, ja vielfach hervorgerufen werden. Ich werde freilich mit diesen Ausführungen die Politik jener Kreise in der christlichsozialen Partei,



die durch den Namen Mataja und die „Reichspost“ bezeichnet sind, nicht aus ihrer Bahn ablenken. Es ist seit langem eine Art Verknüpfung von zwei demagogischen Firmen: Die Kommunisten haben gewissermaßen zu ihrem stillen Teilhaber jenen Flügel der Konterrevolutionäre und die Konterrevolutionäre haben in ihrer demagogischen Firma zum stillen Teilhaber die Kommunisten. Dank der Demagogie der einen gedeiht die Demagogie der anderen. Je mehr Argwohn gegen konterrevolutionäre Gefahren sich verbreitet, um so schöner blüht der Weizen der Kommunisten und je mehr kommunistische Übertreibungen und Exzentritäten laut werden, um so erfolgreicher können sich die Leute von der Richtung der „Reichspost“ betätigen. Da es sich also um ein so lukratives Geschäft gemeinsam betriebener Demagogie handelt, so glaube ich nicht, daß das, was sich dagegen sagen ließe, irgendeine Abhilfe bringen könnte. Ich will nur den Herren vor Augen führen: Sie haben wahrlich keinen Grund zur Entrüstung, vielmehr haben Sie allen Grund, in sich zu gehen und sich zu fragen, ob es nicht sogar einen Mangel an Charakter zu erkennen gibt, wenn man gegenüber einer Institution wie die Volkswehr, der wir so viel verdanken und der im wesentlichen nichts nachzusagen ist, weil sie in den furchtbarsten Stürmen der letzten anderthalb Jahre der starke Anhalt und Rückhalt der Gesellschaft war, bloß aus demagogischen Gründen Anklagen und Vorwürfe erhebt, hinter denen nichts steht als eben das Bedürfnis, demagogisch zu wirken. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident** *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz wieder übernommen hat):* Die Debatte ist geschlossen. Wünscht einer der Herren Berichterstatter noch das Schlusswort? *(Berichterstatter Witternigg: Ja!)* Ich erteile dem Herrn Berichterstatter Witternigg das Wort.

**Berichterstatter Witternigg:** Hohes Haus! Zu dem Voranschlag des Staatsamtes für Heereswesen habe ich kurz folgendes zu bemerken. Der Herr Abgeordnete Schürff hat drei Resolutionsanträge gestellt. Ich möchte das hohe Haus bitten, bezüglich dieser Resolutionsanträge denselben Vorgang zu wählen, wie in der Budgetdebatte bei jedem derartigen Antrage vorgegangen wurde. Ich beantrage die Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Schürff bei der Behandlung dieses Gegenstandes die Kritik erhoben, daß der Berichterstatter bei seinen Ausführungen den Tatbestand der Ausschußverhandlungen nicht objektiv wiedergegeben habe. Dem gegenüber stelle ich fest, daß das nicht richtig ist.

Ich habe als Berichterstatter ausschließlich das gesagt, was Gegenstand der Beratungen im Finanzausschuß gewesen ist, und im Finanzausschuß wurde mit Befriedigung von allen Parteien der Abbau der Volkswehr und die Arbeit derselben zur Kenntnis genommen. Ich muß daher den Vorwurf, den der Herr Abgeordnete Dr. Schürff dem Berichterstatter gemacht hat, zurückweisen. Ich bitte das hohe Haus, das Kapitel XV anzunehmen.

**Präsident:** Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder die den vom Budgetausschuß vorgeschlagenen Zahlen für die Gruppe XV, Kapitel 27, Titel 1 bis 5, samt Nachtrag in der Bedeckung und in den Ausgaben zustimmen, dieselben beziehungsweise genehmigen wollen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Die Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen haben drei Anträge gestellt, die dem hohen Haus bekannt sind, hinsichtlich deren vom Berichterstatter beantragt wird, sie dem Finanz- und Budgetausschuß zuzuweisen. Ich bitte jene Mitglieder, welche diesem formellen Antrage auf Zuweisung zustimmen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel XX „Liquidation“. Ich bitte jene Mitglieder, welche den im Kapitel XX des Voranschlages für das Verwaltungsjahr 1919/20, samt ersten und zweiten Nachtrag enthaltenen Einnahmen- und Ausgabenzahlen zustimmen wollen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Es liegt hier eine Entschließung seitens des Finanzausschusses vor, die den Mitgliedern bekannt ist. Ich bitte diejenigen Mitglieder, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschicht.)* Gleichfalls angenommen.

Wir kommen nunmehr zu dem Gegenstand, der der eigentliche Gegenstand unserer heutigen Sitzung ist, das ist der 7. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppen XII, „Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten“ und XVIII, „Sozialisierung“.

Berichterstatter für die Gruppe XII, Kapitel 21 und 22, Titel 1, 3 und 4 und die Kapitel 23 und 24 ist der Herr Abgeordnete Dr. Schönsteiner. In dessen Verhinderung bitte ich den Herrn Obmann des Finanz- und Budgetausschusses, Herrn Dr. Weiskirchner, den Bericht zu erstatten.

Berichterstatter für Gruppe XII, Kapitel 22, Titel 2, 5 und 6, ist der Herr Abgeordnete Brandl.

Da nun auch der Herr Abgeordnete Dr. Weiskirchner nicht anwesend ist, wird Herr Abgeordneter Brandl so freundlich sein, beide Berichte unter Einem zu erstatten, wenn keine Ein-



wendung erhoben wird. (Niemand meldet sich.) Eine Einwendung wird nicht erhoben. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Brandl, über beide Gegenstände die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter Brandl:** Hohes Haus! Namens des Finanz- und Budgetausschusses gestatte ich mir, über den Staatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1919/20 des Staatsamtes für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten, welches zufolge des Gesetzes vom 14. März 1919 durch die Zusammenlegung des ehemaligen Ministeriums für öffentliche Arbeiten und des Ministeriums für Handel mit Ausschluß einiger Kompetenzen für Verkehrswesen entstanden ist, zu berichten. Es ist dies die Gruppe XII, Kapitel 21 und 22, Titel 1, 2, 3, 4, 5 und 6, Kapitel 23 und 24.

Das Staatsamt für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten hat sich außerordentlich bemüht, sparsam vorzugehen; obwohl zwei Unterzusammengelegt worden sind, hat doch ein Abbau des Personals von 411 Personen stattgefunden.

Ein gewiß bemerkenswertes Kapitel ist das Bergwesen, welches sich in dieser ganz kurzen Zeit, in der sich das Staatsamt dafür eingesetzt hat, hier neue Formen zu schaffen, sehr entwickelt hat.

Die Bergbehörde Österreichs besteht aus den Berghauptmannschaften Wien und Klagenfurt und den ihnen unterstehenden Revierbergämtern. Das Amtsgebiet der Berghauptmannschaft Wien umfaßt nach dem Wegfall von Mähren und Schlesien nunmehr Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg. Ihr unterstehen die Revierbergämter St. Pölten und Wels. Der Amtsbereich der Berghauptmannschaft Klagenfurt mit den ihr unterstellten Revierbergämtern in Graz, Leoben, Klagenfurt und Hall in Tirol, erstreckt sich über das sonstige Gebiet Österreichs.

Der Kupferkiesbergbau Kupferplatte in Hochberg bei Ritzbühel in Tirol ist ein alter staatlicher Bergbau, welcher infolge auftretender Konkurrenz der überseeischen Kupferkiesbergbaue Ende der achtziger Jahre eingestellt wurde. Aus dem gleichen Grunde kamen kurz darauf auch die übrigen Bergbaue bei Ritzbühel zum Erliegen. Zu Kriegsbeginn wurde der Bergbau Kupferplatte als der hoffnungsvollste Bergbau des Ritzbüheler Reviers wieder in Betrieb genommen. Wir sehen daraus, daß das Staatsamt auf diesem Gebiete in der kurzen Zeit außerordentliches schon geleistet hat.

Wenn ich nun zu dem Kapitel 22, Titel 2, Patentwesen, übergehe, so möchte ich darauf hinweisen, daß im Budgetausschuß an die Regierung das Ansuchen gestellt wurde, demnächst ein Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb einzubringen. Ich möchte neuerlich an die Regierung die Bitte richten, daß sie jetzt ein derartiges Gesetz der National-

versammlung vorlege, weil dies eine unbedingte Notwendigkeit ist. Unter den früheren Regierungen wurde schon auf diese Notwendigkeit hingewiesen, verschiedene Anträge von allen Parteien gestellt und es sind auch diesbezügliche Petitionen von einzelnen Handels- und Gewerbetreibenden dem Hause zugegangen.

Die Gewerbeförderung läßt allerdings noch manches zu wünschen übrig. Auf diesem Gebiete, wo es sich darum handelt, das Gewerbe in seiner Produktivität zu heben, wird es notwendig sein, demnächst größere Summen einzustellen, damit das Gewerbe in seiner Produktivität gehoben und das Genossenschaftswesen umgestaltet werde, das noch immer sehr im argen liegt. Wir finden hier eine Ziffer, die geradezu lächerlich erscheint, daß nämlich die Genossenschaftsinstruktoren zur Mithilfe bei der Gewerbeförderung eine Summe von 300 K erhalten. Es ist also gewiß notwendig, daß man darauf hinwirkt, daß die gewerblichen Genossenschaften von dem starren Wirken, welches bis jetzt leider geherrscht hat, befreit und in das Getriebe des modernen Genossenschaftswesens in der Form der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften hinübergeführt werden, um sie zu wirklichem Leben zu bringen.

Sehr arg steht es auch mit dem gewerblichen Bildungswesen. Das gewerbliche Bildungswesen, welches auf dem flachen Lande besteht, ist oft mangelhafter als der verkürzte Unterricht. Es muß da endlich einmal Ordnung gemacht werden. Wenn wir bedenken, daß der Lehrer, der vom Schulunterricht ermüdet ist, zu Schülern kommt, die wieder von der Arbeit ermüdet sind, so ist es unbedingt notwendig, daß hier endlich einmal Wandel geschaffen wird, daß beiden, sowohl den Lehrern wie den Schülern, die nötige Zeit gegeben wird, damit sie in der Lage sind, Entsprechendes zu leisten. Das gewerbliche Bildungswesen ist gewiß die Hauptsache, um den Gewerbestand in die Höhe bringen zu können.

Es wurden im Zuge der Verhandlungen im Finanz- und Budgetausschuß folgende Entschließungsanträge gestellt (*liest*):

1. des Abgeordneten Dr. Danneberg:

„Das Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten wird aufgefordert, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß in allen gewerblichen Fortbildungsschulen der Sonntagsunterricht abgeschafft und der Unterricht ausschließlich in den Tagesstunden der Wochentage abgehalten werde.“

2. des Abgeordneten Heintl:

„Die Regierung wird ersucht, die in der Zentralanstalt für Frauengewerbe in Wien,



VI., Mollardgasse, vertragsmäßig angestellten Lehrkräfte und die daselbst in Verwendung stehenden Werkmeisterinnen, deren Besoldungs- und Abancementsverhältnisse sowie Altersversorgung trotz jahrelanger Dienstzeit und trotz hochqualifizierter, sogar künstlerischer Arbeit zum Teil noch immer einer Regelung entbehren, zu pragmatizieren, das heißt in das Rangklassensystem der Staatsbeamten einzureihen.

Es handelt sich im ganzen um sechs Personen, und zwar drei Werkmeisterinnen am Gobelinkurs dieser Anstalt, darunter eine mit mehr als 30jähriger Verwendung, und drei vertragsmäßig angestellte Lehrkräfte."

3. Des Abgeordneten Schiegl:

"Die Regierung wird aufgefordert, die Frage der Papiererzeugung auf gemeinwirtschaftlichen Grundlagen in Erwägung zu ziehen."

4. Des Abgeordneten Spalowsky:

"Die Regierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, daß das Militärgeographische Institut dem Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten unterstellt und der Verwaltungsrat dieses Institutes aufgelöst wird. Auch für die staatliche Lichtbildstelle ist die Unterstellung unter dasselbe Staatsamt und die Vereinigung mit der Photoabteilung des Militärgeographischen Institutes vorzubereiten."

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt sodann den Antrag (liest):

"Die Nationalversammlung wolle den in der Gruppe XII des Staatsvoranschlages für das Verwaltungsjahr 1919/20 unter dem Titel 'Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten' eingelezten Beträgen einschließlich des Nachtrages I die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen und die beige druckten Entschlüsse annehmen."

**Präsident:** Als Regierungsvertreter ist der Herr Sektionschef Goebel erschienen.

Weiter wird in dieser Gruppe noch ein anderer Gegenstand verhandelt, das ist die Sozialisierung. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Adler.

Berichterstatter **Dr. Adler:** Hohes Haus! Bezüglich der Gruppe XVIII, Sozialisierung, erlaube

ich mir auf den gedruckt vorliegenden ausführlichen Bericht hinzuweisen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt folgenden Antrag (liest):

"Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Das Kapitel XVIII des Staatsvoranschlages wird in der Fassung der Regierungsvorlage unverändert zum Beschluß erhoben."

Falls bezüglich dieses Berichtes in der Debatte Bemerkungen fallen sollten, werde ich mir erlauben, in meinem Schlußworte darauf zurückzukommen.

**Präsident:** Ferner sind noch als Regierungsvertreter erschienen die Sektionschefs Reich, Riedl und Ministerialrat Dr. Sochor.

Wir treten in die Debatte ein. Erster Kontraredner ist der Herr Abgeordnete Josef Mayer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Josef Mayer:** Hohes Haus! Der Zeitpunkt, in dem bei dieser Budgetberatung über die volkswirtschaftlich so wichtigen Berufe des Handels und Gewerbes gesprochen wird, trifft diese Berufsgruppe eigentlich im allgemeinen in keinem beneidenswerten, im besonderen aber für einzelne Gruppen trostlosen Zustande. Wenn ich mir heute bei diesem Gegenstande das Wort erbeten habe, um für diesen Gegenstand Ihre Aufmerksamkeit nur einige Minuten in Anspruch zu nehmen, so tue ich das im Hinblick darauf, daß die Zeit schon so weit vorgeschritten ist und heute noch sehr viele Redner zu diesem Kapitel sprechen wollen.

Die Wichtigkeit dieses Gegenstandes, die Wichtigkeit dieser volkswirtschaftlichen Berufsstände wird uns wohl zwingen, länger bei diesem Gegenstande zu verweilen. Der Krieg hat ja, wie Sie alle wissen, eine vollständige Umwälzung mit sich gebracht, sowohl durch den furchtbaren Verbrauch aller Güter und Werte als auch dadurch, daß infolgedessen ein Mangel an diesen Gütern entstanden ist und die Regierung sich im Laufe des Krieges und nach dem Kriege gezwungen sah, einzelne dieser Güter immer mehr und mehr dem freien Verkehr zu entziehen und der Zwangsbewirtschaftung zu unterziehen.

Dadurch sind eigentlich viele dieser Berufsgruppen mehr oder minder ausgeschaltet, viele Berufsgruppen sind kaltgestellt worden. Wenn auch die Bewirtschaftung während des Krieges teilweise gewiß ihre Berechtigung gehabt haben mag, so kann nicht bestritten und muß hier festgestellt werden, daß sich in der Praxis nicht das gezeigt hat, was man sich in der Theorie von der Bewirtschaftung



erhoffte: die möglichst gleichmäßige, schnelle und billige Überführung der Güter aus der Produktion in den Konsum. Im Gegenteil, in sehr vielen Fällen waren es nicht nur die Konsumenten, sondern auch die Produzenten, die sich über die Spannung zwischen den Einkaufs- und Verkaufspreisen heftig beklagten und mit Recht darauf hinwiesen, daß solche Spannungen im freien Handel früher nicht vorgekommen sind.

Wenn es aber auch zugegebenermaßen im Kriege nicht anders möglich war oder teilweise nicht möglich war, so sind heute nicht mit Unrecht sehr viele Kreise aus diesen Berufsgruppen des Handels und Gewerbes darüber aufgebracht, daß man jetzt darangeht, aus dem sogenannten Kriegszölibatismus einen Friedenszölibatismus zu machen, daß man heute beim Abbau der Kriegszentralen bemerkt, wie sich an ihre Stelle sofort eine Friedenszentrale setzt, die den Titel „Übergangswirtschaft“ und darunter einen mehr oder minder schön klingenden Namen trägt und nicht weniger bezwecken will, als eine Monopolstellung für gewisse Zweige der Handels-, beziehungsweise Gewerbewirtschaft zu erreichen. Und wenn mit Recht darüber geklagt wird, so klagen nicht nur diejenigen betroffenen Kreise, die früher dieses Gebiet als ihr Erwerbsgebiet betrachtet haben, sondern es klagen diejenigen Kreise, die sich auch betroffen fühlen, weil sie mit der Wirtschaft des Krieges eben, nicht einverstanden waren und nicht glauben, daß durch eine derartige Einrichtung Zustände geschaffen werden, die es erhoffen lassen, daß der Konsum auf billigere Art und Weise befriedigt werden könnte. Und wenn Sie diese viel verleumdete und verlästerte Massendemonstration der Wiener gesehen haben, so ist man sich eigentlich darüber klar, daß diese Bestrebungen eine geradezu heftige Gegenagitation auslösen. Ich will gar nicht darauf verweisen, daß man seinerzeit hauptsächlich diesen Kreisen bei Auslegung der achten Kriegsanleihe versprochen hat, sie sollen nur möglichst viel zeichnen, weil die achte Kriegsanleihe auch zum Kauf von Demobilisierungsgütern verwendet werden kann und sie in erster Linie berufen sind, diese Demobilisierungsgüter zur Verteilung zu bringen. Ich will deshalb nicht darauf verweisen, weil dieses Versprechen von einer anderen Regierung ausgegangen ist und von der heutigen Regierung selbstverständlich die Einlösung dieses Versprechens nicht verlangt werden kann. Aber auf etwas anderes will ich verweisen, und zwar darauf, daß bei der Beratung des Nachstundentages die Einführung desselben hauptsächlich auch deshalb für notwendig erklärt wurde, weil mehr oder weniger allen Gelegenheit geboten werden muß, Arbeit zu finden, sich Beschäftigung verschaffen zu können. Wenn das aber zutrifft, so muß das schließlich und endlich auch auf Handels- und

Gewerbetreibende zutreffen. Auch diese haben ein Recht auf Arbeit, um so mehr, als ihnen gewiß zugestanden werden muß, daß sie in den früheren Zeiten ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben, bis auf einige Ausnahmen, im besten Sinne erfüllt haben. Und wenn sich heute gerade aus diesen Kreisen heraus das Bestreben geltend macht, mit aller Macht diese zentrale Bewirtschaftung zu sprengen, so ist es hauptsächlich deshalb, weil diese Kreise empfinden, daß man sie im wirtschaftlichen Leben auf die Dauer leider ganz ausschalten will.

Ich möchte aber bezweifeln, ob dieser Weg der richtige ist, weil ich bezweifle, ob man durch die geplante Einführung dieses Friedenszölibatismus die Güter billiger vom Produzenten in den Konsum überführen kann. Ich glaube, es wird nur eine Bürokratisierung und infolgedessen Erstarrung des Wirtschaftslebens eintreten, weil etwas fehlt, was bei der individualistischen Wirtschaftsweise den Antrieb bildet; es fehlt der persönliche Reiz, es fehlt der Antrieb zur Selbständigmachung, zur Selbstverantwortung, aber auch der Antrieb zum selbständigen Schaffen und zum selbständigen Lohn. Und in vielen Institutionen, die ja theoretisch gewiß sehr anheimelnd gewirkt haben, die in der Theorie so schön aussahen, ist in der Praxis selbstverständlich gerade das Gegenteil herausgekommen, weil eben dieser Anreiz gefehlt hat. Ich bin gewiß keiner von denjenigen, die das Unheil und das ganze Unglück dieser im Kriege geschaffenen zentralen Bewirtschaftung zuschreiben. Nein! Ich gehöre aber zu denjenigen, die sich sagen, daß es im Wirtschaftsleben nun einmal nicht ohne persönlichen Anreiz geht. Und warum? Weil wir Menschen immer Menschen sind und nicht Engel. Für alle diese Probleme fehlt uns nämlich eine Voraussetzung, und das ist die Sozialisierung der Gesinnung. Erst dann, wenn alle Menschen ganz gleich wären, wenn jeder Mensch nur für die Allgemeinheit arbeiten würde, erst dann, meine Herren, wäre es möglich, gerade mit dieser Wirtschaftsweise, mit dieser Wirtschaftsmethode vielleicht am besten zu fahren. Solange das aber nicht ist, wird es wohl am besten sein, daß wir bei einer Wirtschaftsmethode bleiben, die zwar nicht ideal ist, aber mindestens in der Vergangenheit gewiß Großes geleistet hat. Ich verteidige gewiß nicht die sogenannte manchesterliberale individualistische Wirtschaftsordnung, die sonst gar nichts kennt als nur den eigenen Erwerb, aber ich glaube, die freie Wirtschaft ganz aufzuheben und in das andere Extrem verfallen, heißt nichts anderes, als, um mich sprichwörtlich auszudrücken, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen.

Wenn ich von der Sozialisierung der Gesinnung gesprochen habe, so werden Sie mir ja zugeben, daß wir heute unter diesen Auspizien in



eine Wirtschaftsweise, wie man sie hier plant, gar nicht eintreten können. Ich erwähne hier nur Vorgänge, die sich im Laufe der letzten Jahre abgespielt haben. Wenn Sie in allen Betrieben, ob sie nun gemeinwirtschaftlich oder nicht gemeinwirtschaftlich, individualistisch geführt sind, privatwirtschaftlichen Charakter haben, wenn Sie in den kommunalisierten, ja auch in den sozialisierten Betrieben sehen, daß die Forderungen nur durch das Machtmittel des Streiks durchgesetzt werden, so möchte ich wohl bezweifeln, ob wir die Gewähr haben, daß, wenn wir die Wirtschaft vollständig sozialisieren würden, diese Wirtschaft etwas Besseres hervorbringt — ich glaube, sie würde ganz zum Zusammenbruche führen. Man sollte doch glauben, daß in gemeinwirtschaftlichen Betrieben der Gemeininn, der ja eine unbedingte Forderung hierfür ist, soweit vorhanden sein soll, daß man mindestens der Außenwelt zeigt, daß für diese sozialen Ideen, die an und für sich gewiß ganz schön sind, das richtige Verständnis vorhanden ist. Wenn aber die Einzelnen oder die einzelnen Gruppen zusammen auch eine individualistische Wirtschaft in dem Sinne treiben, daß sie ihre Forderung nur auf diese Art und Weise durchsetzen, so sage ich, daß dies der klarste Beweis dafür ist, daß im Falle der Überführung der ganzen Wirtschaft auf eine sozialistische Basis diese ganze Wirtschaft vollständig lahmgelegt werden würde. Ich möchte aber überhaupt bezweifeln, ob der Streik und alle diese Bestrebungen immer diejenigen Mittel sind, die auf die Dauer erträgliche Zustände schaffen. Ich glaube kaum; denn Druck erzeugt Gegendruck und so finden wir heute im ganzen Wirtschaftsleben, daß sich ein Syndikalismus herausbildet, der letzten Endes nur dazu führen kann, daß das ganze Produktionsleben stillesteht, daß es ein Kampf aller gegen alle wird und infolgedessen den Bankrott des ganzen Volkes bedeuten wird. Da wir alle das ja nicht wollen, sondern wir nur wollen, daß wir so schnell als möglich wieder in die Höhe kommen, so schnell als möglich wieder in Zustände gelangen, die ein halbwegs erträgliches Leben ermöglichen, so wird es ja gewiß nicht anders möglich sein, als uns so schnell wie möglich — ich möchte sagen — auf einer mittleren Linie zusammenfinden, die die Gewähr bietet, aus diesem Chaos herauszukommen. Man kann ja über die freie Wirtschaft denken, wie man will, eines aber muß zugegeben werden: nur die äußerste Sparsamkeit, nur der äußerste Fleiß, nur die äußerste Tüchtigkeit werden imstande sein, uns aus diesem Zustande herauszuführen und eine Mehrproduktion zu ermöglichen. Das kann aber wieder nur dadurch geschehen, wenn diesem Fleiß und dieser Tüchtigkeit auch dadurch Rechnung getragen wird, daß nicht nur die Arbeit geschützt wird, sondern daß dieser Tüchtigkeit, dieser Mehrleistung auch der entsprechende Lohn und der ent-

sprechende Mehrlohn gestattet werden muß und nicht vorenthalten wird. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gelangt die Frau Abgeordnete Dr. Burjan.

Abgeordnete Dr. Burjan: Hohes Haus! Wir haben in einer der letzten Sitzungen dieses Hauses ausführlich über Schulreform gesprochen. Damals wurde von mehreren Rednern und Rednerinnen die Frage der Mädchenbildung einer eingehenden Erörterung unterzogen. Es war ein trostloses Bild, das diese Frage uns aufrollte. Wir hörten, daß es in ganz Österreich keine einzige staatliche mittlere Mädchenschule gibt und daß die Verhältnisse in den privaten Mädchenschulen derartig traurige sind, daß täglich mehrere geschlossen werden müssen, daß man von einem direkten Zusammenbruch dieser privaten mittleren Mädchenbildungsanstalten sprechen kann. Wenn ich Ihnen heute von der hauswirtschaftlichen Frauenbildung spreche, so geschieht es, weil ich der Überzeugung bin, daß diese Frage ganz genau so wichtig, ich möchte fast sagen, in unserer Zeit mindestens so wichtig ist, wie die der mittleren Mädchenschulen.

Das Staatsamt für Handel, dem ja dieses ganze Gebiet untersteht, hat in sehr einsichtsvoller und verständnisvoller Weise alles getan, um die hauswirtschaftliche Frauenbildung auf eine gewisse Höhe zu bringen. Leider stehen ihm aber in keiner Weise genügende Mittel zur Verfügung und deshalb wird auch das Bild, das ich Ihnen zu entwerfen habe, kein sehr schönes sein! Die hauswirtschaftliche Bildung der Frau ist aber gerade in unserer Zeit eines der dringendsten Erfordernisse. Wir wissen ja, daß die Frauen es sind, die die Einkäuferinnen aller der Lebensmittel und aller der Waren sind, für die unser armer Staat dem Auslande Milliarden bezahlen muß. Die Frauen sind für den Verbrauch dieser Lebensmittel verantwortlich und es muß uns allen sehr viel daran gelegen sein, daß dieser Verbrauch ein möglichst rationeller ist. Nun wissen wir aber alle und wir haben es im Kriege doppelt schmerzlich erfahren, daß die Frauen in diesem Punkte nicht immer auf der Höhe sind und es ist auch gar nicht möglich, weil eben die hauswirtschaftliche Ausbildung unserer Jugend außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt.

Die Ausbildung in der Hauswirtschaft ist aber nicht nur eine Frage der Volkswirtschaft, hohes Haus, sie ist auch eine Frage der Volksgesundheit. Wir wissen ja, wie traurig die Gesundheitsverhältnisse in unserem Staate sind, wie die Tuberkulose immer mehr überhand nimmt. Freilich wären zur wirksamsten Bekämpfung vor allem genügend Lebensmittel nötig. Aber es ist auch ein sehr großer Unterschied, wie man die wenigen Lebensmittel, die



eben vorhanden sind, verwendet, ob sie in wirklich gesunder Weise zubereitet werden und ob man den denkbar größten Nutzen aus ihnen schlägt. Es ist also auch in dieser Beziehung die hauswirtschaftliche Vorbildung außerordentlich wünschenswert. Ich schreibe ihr vor allem deshalb eine so große Bedeutung zu, weil ich einen so engen Zusammenhang mit der ganzen kulturellen Lage unseres Vaterlandes sehe.

Hohes Haus! Sie wissen, daß der Herr Staatssekretär für Unterricht uns neulich erst gesagt hat, wie die Jugend immer mehr und mehr verwahrlost und der Herr Staatssekretär für Justiz hat uns darauf aufmerksam gemacht, in welcher steigenden Linie die Kriminalität sich befindet, wie besonders ganz Jugendliche immer mehr verkommen und moralisch sinken. Ich glaube, daß es dagegen nur ein Mittel der Besserung geben kann, das ist eine gute sittliche Erziehung. Nun freilich wird das mit der Hauswirtschaft direkt nichts zu tun haben, aber indirekt wohl sehr viel. Denn eine Frau, die versteht, ihren Haushalt gut zu führen, die versteht, ihren Mann und ihren Kindern ein schönes angenehmes Heim zu schaffen, wird auch in jeder Beziehung besser befähigt sein, die Erziehung ihrer Kinder zu besorgen. Dann wissen wir ja auch alle, daß die äußerlichen Verhältnisse auch auf das Innenleben eines Menschen so großen Einfluß haben. Kinder, die zerlumpt und verwahrlost umhergehen, werden ganz bestimmt, auch in sittlicher Beziehung viel eher sinken, als solche, die in äußerer Beziehung an Ordnung gewöhnt sind. Die hauswirtschaftliche Bildung ist also ein volkswirtschaftliches, volkshygienisches und kulturelles Problem.

Vergleichen wir nun mit ihrer Bedeutung die Summen, die im Staatshaushalte dafür ausgeworfen sind, so sehen wir da ein sehr schiefes Verhältnis. Wir haben, genau wie wir es bei den mittleren Mädchenschulen konstatieren müssen, in ganz Österreich keine einzige staatliche Anstalt zur hauswirtschaftlichen Schulung der weiblichen Jugend. Ebenso haben wir kein einziges staatliches Seminar für Koch- und Haushaltungslehrerinnen; die einzige Bildungsstätte, die wir dafür haben, ist von der Genossenschaft der Gastwirte errichtet worden. Sie hat viel gutes geleistet, sie ist in Wien am Judenplaz; aber wir müssen trotzdem sagen, daß sie dringend des Ausbaues bedarf. Augenblicklich aber befinden sich alle privaten Haushaltungsschulen in Österreich in der ganz gleichen Krise wie die Mädchenmittelschulen. Man kann es nicht anders ausdrücken, sie stehen vor dem Zusammenbruch. Wir haben in Wien zehn nennenswerte solche Anstalten. Sie alle können im nächsten Jahre ihren Betrieb nicht eröffnen, wenn sie nicht auf viel größere Subventionen rechnen können, als es bisher der Fall war. Die Besoldung der Lehrkräfte — es handelt sich im ganzen um

ungefähr 75 weibliche Lehrkräfte — ist dort eine fast ebenso traurige wie die an den weiblichen Mittelschulen. Es sind mir Fälle bekannt, wo nach zehnjähriger Lehrtätigkeit Lehrkräfte zwischen 200 und 300 K monatlich haben und nicht etwa ganze Verpflegung, sondern nur eine teilweise Verpflegung dabei. Ich betone nochmals, daß das Staatsamt für Handel auch in dieser Beziehung vorgesorgt hat, was irgendwie möglich ist; aber es genügt das alles nicht, wenn nicht vom Staatsamt der Finanzen in dieser Beziehung größere Kredite gewährt werden.

Ich möchte mir erlauben, einige Vorschläge zur Reform des Haushaltungsschulwesens in Österreich zu machen. Einmal wird es sich um augenblickliche Übergangsmaßnahmen handeln. Es wird unbedingt nötig sein, daß die Subventionen ganz bedeutend erhöht werden und daß von den 75 Lehrkräften mindestens ein Drittel in den staatlichen Dienst übernommen wird. Als zweite Forderung möchte ich aufstellen, daß in jedem Lande mindestens eine große staatliche Frauenberufsschule oder wie immer wir sie nennen wollen, errichtet werden muß. Ich stelle mir diese staatlichen Frauenberufsschulen so vor, daß sie im engen Zusammenhang mit den Ländern, mit der Gemeinde, mit den Frauenvereinigungen, mit den Handels- und Gewerbekammern arbeiten müssen. Diese Frauenschulen sollen alle Typen des hauswirtschaftlichen Bildungswesens umfassen, einmal die einfachen Koch- und Haushaltungsschulen, die zur Ausbildung von Mädchen und Frauen dienen; dann auch vor allem die sogenannten Hauswirtschaftsschulen, die ganz besonders zur Ausbildung für den Arbeiterhaushalt dienen. In diese Kategorie werden auch die Hausgehilfenschulen fallen, über die ich aber jetzt nicht näher sprechen möchte, weil sie ja ohnehin anlässlich der Beratung des Hausgehilfengesetzes behandelt worden sind.

Sehr wichtig für uns sind auch die Frauengewerbeschulen. Hohes Haus! Diese Anstalten hatten bis vor kurzer Zeit internationalen Ruf. Aus allen Herren Ländern kamen Leute hierher, um hier die Anstalten, die Arbeitsmethoden zu studieren. Sie wissen außerdem, welche außergewöhnliche Bedeutung die gewerblichen Erzeugnisse haben, daß sie eine wichtige Ausfuhrpost in unserer gesamten Handelsbilanz sind. In letzter Zeit haben auch diese gewerblichen Schulen bedeutend nachgelassen. Es liegt einzig und allein am finanziellen Mangel. In dieser Beziehung müssen wir alles aufbieten, um diese Schulen wieder auf die alte Höhe zu bringen. Unbedingt nötig wird sein, daß man in diesen Schulen Spezialkurse für den Mittelstand einführt. Wir wissen ja alle, daß so viele Frauen des Mittelstandes heute gezwungen sind, zur Erwerbsarbeit zu greifen, die gar keine Vorbildung haben. Es sind auch in dieser Beziehung von der Anstalt für Frauenhausindustrie schon Versuche gemacht worden, man hat kurzfristige



Kurse für Perlweberei, für Filzarbeit, für Kreuzsticherei usw. eingeführt. Aber ich glaube, daß das alles viel zu wenig ist, daß das ganz systematisch in die Hand genommen werden muß.

Eine der wichtigsten Lehranstalten, wie sie mir vorschwebt, ist aber eine höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe. Wir wissen, daß die Arbeitslosigkeit für die Frauen heute eine bedeutend größere ist als bei den Männern und wir müssen doch alles anbieten, die Frauen den Berufen zuzuführen, die gerade ihrer weiblichen Eigenart entsprechen. Nun, in diesen höheren Lehranstalten werden die Frauen zu Wirtschaftsbeamtinnen herangebildet, erstens zu tüchtigen, praktisch geschulten Arbeitskräften im ganzen Fürsorge- und im ganzen Wohlfahrtswesen. Wir haben ja neulich gehört, daß die Lyzeen ihre Aufgabe gar nicht erfüllt haben und heute schon überhaupt nicht mehr zeitgemäß sind. Und da schwebt es ja den meisten, die sich mit dieser Frage beschäftigen, vor, die Lyzeen in solche höhere Frauen-Berufsschulen umzuwandeln. Freilich müßten solche Anstalten mit einem Großküchenbetrieb verbunden sein, mit Auspeisungen, mit Kinderhorten, mit Krankenküchen usw. Ein sehr wichtiger Zweig dieser Anstalten wird auch die Gartenbauerschule sein. Auch das ist ein Gebiet, für das wir in Österreich bisher noch zu wenig Verständnis gehabt haben. Gerade auf diesem Gebiete finden ja die Frauen ausgezeichnete und gesunde Berufe: Gärtnergehilfinnen, Obstbaumpflegerinnen, Kleintier- und Bienenzüchterinnen usw.

Eine dringende Forderung wird die Verstaatlichung der Bildungsanstalt für Koch- und Haushaltungslehrerinnen in Wien sein. Der Staat hat ja die Pflicht, für Lehrkräfte zu sorgen und sie richtig auszubilden. Ich glaube aber, daß auch auf diesem Gebiete einige Reformen nötig sein werden. Für unbedingt wichtig halte ich, daß diesem Seminar Übungsschulen angegliedert werden. Wenn es uns bei theoretischen Lehrgegenständen heute ganz selbstverständlich ist, daß eine Lehrerbildungsanstalt nicht auf die Übungsschule verzichten kann, wieviel dringender brauchen wir dann solche Übungsschulen auf den Gebieten, die rein praktisch sind und die man doch nur durch praktische Betätigung richtig lernen kann.

Sehr wichtig wird auch sein, diesem Seminar Internate anzufügen, um denjenigen, die von draußen kommen, die Möglichkeit zu geben, dort gleich zu wohnen und sich den ganzen Tag über dort beschäftigen zu können.

Für sehr wichtig würde ich es auch finden, wenn nicht nur städtische Haushaltungslehrerinnen ausgebildet würden, sondern auch Haushaltungslehrerinnen für das flache Land. Die bäuerliche weibliche Jugend braucht genau so dringend geeignete Bildungsstätten wie die städtische und die landwirt-

schaftlichen Schulen in Niederösterreich — mir ist ihre Zahl nicht ganz geläufig, ich glaube, wir haben vierzehn solcher Schulen — sind doch nur für Großbetriebe und nützen für die Führung der kleinen bäuerlichen Haushalte nicht viel.

Eine sehr wichtige Frage wird sein, wer die landwirtschaftlichen Lehrkräfte für Volks- und Bürgerschulen auszubilden hat und wie sie auszubilden sind, wenn wir an den Abschlußkursen der Volks- und Bürgerschulen den von uns allen so heiß ersehnten obligatorischen Haushaltungsunterricht haben werden. Wenn ich darüber meine Meinung sagen darf, so geht sie dahin, daß die heutige Ausbildung in den sogenannten Schnellleiderkursen, wie sie den Lehrerinnen geboten wird, absolut mangelhaft und ungenügend ist. Ich wäre unbedingt der Meinung, daß das alles an einer Anstalt ganz richtig und sachlich durchgeführt werden muß.

Eine weitere Forderung, die wir stellen müssen, ist, daß die bestehenden privaten Anstalten richtig ausgebaut werden und daß nur solche eine Bewilligung, zu arbeiten, bekommen, die wirklich für einen vollen Lehrerfolg garantieren. Ich habe vorhin schon gesagt, daß heute die Haushaltungsschulen entweder von Privaten oder von Vereinen gegründet und betrieben werden. Und da sind manche Haushaltungsschulen, die absolut nicht den richtigen Erfolg haben. Es muß auch unbedingt gefordert werden, daß nur staatlich geprüfte Lehrkräfte an diesen Schulen unterrichten dürfen.

Sehr wichtig wird auch die Ausarbeitung der Lehrpläne sein. Ich weiß, daß in dieser Beziehung ausgezeichnete Vorarbeiten im Staatsamte für Handel bestehen. Ich möchte nur den Wunsch aussprechen, daß man bei Durcharbeitung dieser Lehrpläne praktisch erfahrene und theoretisch geschulte Kräfte aus der Organisation der Koch- und Haushaltungslehrerinnen heranziehe. Der Lehrplan muß ganz besonders so eingerichtet sein, daß er wirklich für das praktische Leben geeignet ist. Wenn auch die hauswirtschaftliche Ausbildung im Vordergrund steht, so müssen wir trotzdem unbedingt auch für diese hauswirtschaftlichen Schulen verlangen, daß sie eine richtige, religiös-sittliche, eine soziale und eine staatsbürgerliche Bildung vermitteln. Wir haben im Staatsamt für Handel drei Fachinspektorinnen, die ausgezeichnet arbeiten. Ich glaube aber fast, daß die Zahl zu gering ist, und da möchte ich mir erlauben vorzuschlagen, daß in Zukunft für die Stelle von Fachinspektorinnen nur solche Persönlichkeiten genommen werden, die selbst aus dem Lehrberuf hervorgegangen sind. Es ist das eine Forderung, die von seiten der Lehrerschaft immer und immer wieder aufgestellt wird und die ich nur auf das Allerwärmste unterstützen kann. Sehr wichtig wird auch sein, daß im Staatsamt für Handel eine Referentin zur Mitarbeit bei den



ganzen Lehrplänen und zur Überprüfung der Wünsche und Vorschläge der Schulen herangezogen wird. Wir haben ja schon vor fast einem Jahre den Antrag eingebracht, daß Referentinnen in den Staatsämtern für Erziehung und Unterricht und Handel angestellt werden sollen. Leider harret dieser Antrag noch immer der Erledigung, weil von seiten des Staatsamtes für Finanzen Schwierigkeiten gemacht worden sind. Wir sind aber der Meinung, daß es in einem so ausgesprochen weiblichen Bildungsfach, wie es der hauswirtschaftliche Unterricht ist, unbedingt nötig ist, daß im Staatsamt an leitender Stelle weibliche Referentinnen stehen, die diese Sache mit der ganz selbstverständlichen und natürlichen Fähigkeit, die ihnen ja für dieses Gebiet eigen sein muß, vertreten können.

Ich hoffe, hohes Haus, daß Sie die Überzeugung gewonnen haben, daß die Ausgestaltung der hauswirtschaftlichen Frauenbildung nicht etwas Nebenächliches ist, sondern eine Kulturförderung ersten Ranges. Deshalb richte ich den warmen Appell an die hohe Nationalversammlung, sie möge mit aller Wärme und Energie dafür eintreten, daß dem Staatsamt für Handel genügende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die von ihm so gut vorbereitete Reform des hauswirtschaftlichen und gewerblichen Frauenbildungswesens ehestens durchführen zu können. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident Dr. Dinghofer** *(der während der vorstehenden Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Friedmann.

**Abgeordneter Friedmann**: Meine geehrten Damen und Herren! Bereits ein flüchtiger Blick in die Voranschläge des mit dem Staatsamt für Bauten zusammengelegten Staatsamtes für Handel, Gewerbe und Industrie zeigt, wie außerordentlich umfangreich die Agenden sind, welche diesem Staatsamt anvertraut sind. Ich schicke das voraus, wenn ich Kritik übe an einer Reihe von Vorgängen, welche Produktion und Verkehr, welche unsere Volkswirtschaft hemmen, und ich bin mir auch vollkommen dessen bewußt, daß das Staatsamt für Handel allein für diese Vorgänge unmöglich verantwortlich gemacht werden kann, weil ja ein gewichtiges Wort das Staatsamt für Volksernährung und das Staatsamt für Finanzen dreinzureden haben, und daß das Vielerlei der Kompetenzen eine außerordentliche Bremse bedeutet. Außerdem steht unsere auswärtige Politik durchaus nicht im Dienste unserer Wirtschaftspolitik und schließlich und endlich hindern die anarchischen innerpolitischen Verhältnisse geradezu jeden geordneten Verkehr.

Es ist merkwürdig, daß die Zwangswirtschaft, von der der Herr Redner auf der Kontrasteite

gesprochen hat, die Zwangswirtschaft, die ein Prinzip der Sozialdemokraten ist, von Staatssekretären durchgeführt wird, die nicht der sozialdemokratischen Partei angehören, jene Zwangswirtschaft, die Sie als eine der ersten Stufen für den Aufstieg in den Sozialisierungshimmel betrachten. Ich werde heute über die Sozialisierung nicht sprechen. Es haben ja die stürmischen Anläufe zu Beginn ganz wesentlich nachgelassen und man hat schließlich eingesehen, daß wir hier nicht mit weltstürzenden Maximen beginnen können, in einem Lande, das so ganz und gar von dem engeren und fernerem Ausland abhängt. Aber ich kann es mir doch nicht verjagen, eine kurze Bemerkung bezüglich unserer ehemaligen militärrararischen Betriebe, die jetzt als Industriewerke unter einer eigenen Generaldirektion stehen und bei denen ja Sozialisierungsbestrebungen ganz deutlich zum Ausdruck kommen, zu machen.

Der Herr Berichterstatter hat es sich bei diesem Kapitel leicht gemacht, indem er erklärt hat, es ist nicht auffallend, daß einer Ausgabe von 160 Millionen Einnahmen von bloß 20 Millionen gegenüberstehen; es sei noch nicht möglich, eine Eröffnungsbilanz zu machen, später werde sich schon — das liest man aus seinen Ziffern heraus — der große Erfolg dieser Industriewerke zeigen. Nun, meine Verehrten, es ist leztlich eine Untersuchungskommission eingesetzt worden, welche alle mit der Sachdemobilisierung zusammenhängenden Agenden zu untersuchen hat, und ich möchte nur hoffen, daß sie sich mit den Industriewerken eingehend beschäftigen und daß ihr Bericht ausführlicher werden wird als der Bericht des Herrn Berichterstatters zu dem betreffenden Kapitel des Budgets.

Wir haben in den letzten Tagen in den Zeitungen gelesen, daß die Militärmissionen nach hier gekommen sind, um Kriegsmaterial und insbesondere das Material des Luftfahrwesens zu inspizieren und für sich in Anspruch zu nehmen. Man hat sich vor Monaten bemüht, alle die zum Luftfahrwesen gehörigen zahlreichen Apparate, Bestandteile und Materialien einer Gesellschaft zu übertragen, um sie schnell der Volkswirtschaft zuzuführen oder sie als wertvolles Kompensationsobjekt mit dem Ausland zu benutzen. Wenn das nicht in einem Tempo vor sich gehen konnte, welches erwünscht war, so tragen nicht zuletzt die von der linken Seite des Hauses so protegierten Industriewerke die Schuld daran, die eine Unmenge von Materialien für sich in Anspruch nahmen und akkumulierten, ohne einen Betriebsplan vorgelegt zu haben, ohne selbst zu wissen, wie sie sie verwenden sollen. Die Nachteile, die uns möglicherweise daraus erwachsen, daß wir jetzt gezwungen werden sollen, dieses wertvolle Material abzuliefern, statt es zu



verwerten, fallen größtenteils auf das Konto der staatlichen Industriewerke.

Ich möchte dieses Kapitel verlassen — es ließe sich unendlich viel darüber sprechen —, weil mir daran liegt, im besonderen vorzuführen, in welche Situation unsere Volkswirtschaft durch den Zwang kommt, der auf Handel, Gewerbe und Industrie ausgeübt wird: Die Hebung der Produktion, möglichst intensiver Export sollen unsere Volkswirtschaft wieder aufrichten. Aber diese Aufrichtung ist unmöglich, solange wir unsere ganze Wirtschaft in Fesseln legen, solange wir uns selbst boykottieren, solange wir durch 1 Maßnahmen, von denen ich noch einzelne hervorheben werde, uns nach außen und im Innern geradezu abschließen. Was war denn die Triebfeder für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Zwangswirtschaft nach Kriegsende? Die Herbeischaffung von Lebensmitteln in genügender Menge, zu anständlichen Preisen, und der Schutz unserer Valuta, die Eindämmung der Teuerung, das waren die hauptsächlichsten Momente, die maßgebend waren. Ich glaube, wir müssen sagen, daß dieser Erfolg in keiner Weise erzielt worden ist. Der Schutz unserer Valuta ist so weit gegangen, daß wir von einem Tiefstande sprechen können, unter den herabzugehen uns kaum mehr denkbar erscheint. Schutz der Valuta! Unsere heimische Volkswirtschaft ist durch den Krieg entgütert, sie ist im Laufe der Monate seit dem Kriege noch weiter entgütert worden. Uns hätte eine möglichst ausgiebige Einfuhr von Waren helfen können, noch zu einer Zeit helfen können, als die Krone nicht den Tiefstand erreicht hat, auf dem sie heute steht. Ich erinnere Sie daran, daß vor Monaten, als die Krone noch viel besser im Kurse stand, es möglich gewesen wäre, eine Unmenge von Waren hereinzubringen, die selbstverständlich einen Preisdruck ausgeübt hätten, denn die Teuerung ist ja eine Folge des Mißverhältnisses zwischen Nachfrage und Angebot. Dieses Mißverhältnis hat es mit sich gebracht, daß die Kaufkraft der Krone im Inlande eine immer geringere wurde, und dieses Sinken der Kaufkraft ist in erster Linie die Ursache für den Tiefstand unserer Valuta im Auslande.

Ich habe eingangs gesagt, ich bin mir sehr wohl dessen bewußt, daß das Staatsamt, dessen Budget gegenwärtig zur Beratung steht, durchaus nicht allein für diese Erscheinungen verantwortlich gemacht werden kann. Als der Staatssekretär für Finanzen sein Amt angetreten hat, hat er uns in Aussicht gestellt, die Devisenverordnung zu ändern. Es ist dies nicht geschehen und infolgedessen sind auch die Schäden nicht aufgehoben worden, welche durch die Devisenverordnung und durch ihre Handhabung durch die Devisenzentrale uns aufgebürdet bleiben.

Meine verehrten Herren! Sie dürfen nicht übersehen — und gewiß ist sich auch der verehrte Herr Staatssekretär für Handel vollkommen darüber im klaren —, welches Ausmaß von Kaufereien, von unproduktiver Arbeit daran gewendet werden muß, um die Hindernisse zu überwinden, die uns durch den Zwang der Devisenzentrale, des Warenverkehrsbureaus und die Ein-, Aus- und Durchfuhrstelle auferlegt werden, denn in der Tat, es muß jedermann drei Tagefeuer passieren, bis es ihm endlich gelingt, eine Einfuhr- oder Ausfuhrbewilligung zu erhalten. Die Devisenzentrale, welche vor allem unsere Valuta schützen sollte, hat unsere Krone geradezu diskreditiert und hat dem Kaufmann, dem Gewerbetreibenden, dem Industriellen ein ungeheures Risiko aufgehaßt, an dem mancher schwer zu tragen hat. Sie hat den Import gegen Kronenzahlung die längste Zeit nicht gestattet, das heißt dadurch unsere Krone außerordentlich geschädigt; denn wie konnte das Ausland unsere Krone einschätzen, wenn wir selbst die Kronenzahlungen nicht gestatten? Oder sie hat bei Importen durch die längste Zeit Stundungen für drei, sechs, neun ja bis zwölf Monaten gefordert. Es ist selbstverständlich, daß eine derartige Forderung ein ungeheures Risiko beinhaltet, welches dem Importeur, beziehungsweise dem Kaufmann, dem Industriellen oder Gewerbetreibenden aufgebürdet wird. Und im Export kam es häufig vor, daß für die Ausfuhr nach den Nationalstaaten eine Valuta verlangt wurde, die in dem betreffenden Nationalstaat nicht gängig ist. Man hat zum Beispiel für die Ausfuhr nach Ungarn gefordert, daß Valuta in Lire oder Lei gezahlt wird, die, wenn sie von dem betreffenden Käufer beschafft wurden, in der Regel hier in Wien, aber nicht bei der Devisenzentrale, wo man sie nicht bekommt, sondern im Schleichhandel beschafft worden sind.

Ich sprach von den drei Tagefeuern. Die Ein-, Aus- und Durchfuhrstelle regelt die Einfuhr von dem Gedanken, die Valuta zu schützen, was ja schon die Devisenzentrale tut, und die Regelung der Ausfuhr versteht sie ganz besonders deshalb, weil sie die Strengen und Härten korrigieren soll, welche aus der Tätigkeit des Warenverkehrsbureaus entstehen. Das Warenverkehrsbureau war bis zum Zusammenbruch eine Stelle, die dazu gedient hat, die Transporte mit den Balkanstaaten und der Ukraine zu vermitteln. Nach dem Zusammenbruch ist daraus das Warenverkehrsbureau entstanden, mit dem wir gesegnet sind, und welches sich zu einem ganz stattlichen, großen Amt ausgebildet hat, wie ich höre, mit einer Zahl von 550 Angestellten. Es kann also beinahe ein neues Staatsamt daraus gewonnen werden. Während der Zeit, da das Warenverkehrsbureau beabsichtigt, mit dem einen oder anderen Nationalstaate Verträge abzuschließen, stockte der Verkehr. Es wurden Ausfuhrbewilligungen nicht



erteilt, weil man noch nicht wußte, auf welche Waren sich die Kompensationsverträge beziehen würden; und da man solche Ausfuhren nach einem bestimmten Nationalstaate nicht verbieten konnte, wurden sie gewöhnlich generell verboten. Sache der Ein-, Aus- und Durchfuhrstelle ist es, Bewilligungen zur Korrektur des generellen Verbotes zu erteilen. Aber abgesehen davon, wurde in der Geschäftswelt vielfach darüber geklagt, daß die Bewilligungen viele Wochen gedauert haben. Das Warenverkehrsbureau sollte eigentlich nach seiner Bestimmung nur in den allerersten Fällen eigene Geschäfte machen. Aber wie mitgeteilt wurde, und wie schließlich auch aus der Halbjahresbilanz ersichtlich ist, hat das Warenverkehrsbureau geradezu in ausgedehntestem Maße eigene Geschäfte gemacht. Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht umhin, einige Worte über einen Vertrag zu sprechen, der unter der Patronanz des Warenverkehrsbureaus zustande gekommen ist, den berühmten jugoslawischen Vertrag. Ich weiß nicht, ob uns anlässlich der Debatte über das Volksnahrungswesen mitgeteilt wurde, wie groß denn die Mengen der Nahrungsmittel sind, die aus Jugoslawien hereinkamen. Der ganze jugoslawische Vertrag ist aufgebaut auf der Einfuhr von Lebensmitteln aus Jugoslawien gegen den Export in compensando von Industrieartikeln aus Österreich. Es würde mich interessieren zu erfahren, ob denn die Nahrungsmittel, die hereingekommen sind, durchwegs gegen Industrieartikel kompensiert wurden oder ob nicht ganz namhafte Valutabeträge von hier nach Jugoslawien geschickt werden mußten, um trotz des bestehenden Kompensationsvertrages Nahrungsmittel zu bekommen und trotz des Umstandes, daß die Menge an Industrieprodukten, die wir nach Jugoslawien geliefert haben, weitaus größer sein soll als die im Kompensationswege hereingelieferten Lebensmittel.

Dann wäre es interessant zu erfahren, welche Beträge den Lieferanten, die im Wege des Warenverkehrsbureaus von hier nach Jugoslawien exportiert haben, bezahlt wurden. Es ist Ihnen bekannt, daß die Bezahlung im Wege des Warenverkehrsbureaus erfolgt, welches wieder mit dem jugoslawischen Warenverkehrsbureau, der sogenannten „Uprawa“ abrechnet. Weiters würde es mich interessieren, zu erfahren, ob eine und welche Belastung des Staatsschatzes sich daraus ergibt, daß das Warenverkehrsbureau den österreichischen Exporteuren die jugoslawische Krone zum Tageskurse abrechnete, während es sein aus dem Überschusse von Lieferungen sich ergebendes Guthaben in Jugoslawien zu ungünstigerem Kurse verwerten mußte. Dennoch immer ist der Überschuß der Lieferungen, die im Wege des Warenverkehrsbureaus nach Jugoslawien getätigt worden sind, ein, wie ich höre, ganz bedeutender. Vielleicht bekommen wir diesbezüglich Aufschluß.

Nun haben wir nebst der Devisenzentrale, neben der Ein-, Aus- und Durchfuhrstelle, neben dem Warenverkehrsbureau noch eine Stelle, das ist die Warenverkehrsstelle, die allerdings eine agrarische Stelle ist und dazu dient, der Landwirtschaft in natura notwendige Artikel zuzuführen. Insofern es zu dem Zwecke geschieht, um für landwirtschaftliche Betriebszwecke Maschinen, Pflüge und dergleichen zur Verfügung zu stellen, ist das gewiß durchaus zu begrüßen. Aber ich bitte, folgendes nicht zu vergessen. Wohin kommen wir und was soll der Schutz unseres Geldes bedeuten, wenn man sich schließlich daran gewöhnt, durch Organisationen mit Monopolcharakter nicht nur im Verkehr mit dem Auslande, sondern auch für den Verkehr im Inlande den Tauschhandel einzuführen? Der Geldverkehr wird dadurch beseitigt und wir dürfen uns dann nicht wundern, daß das Ansehen und die Bewertung der Krone immer mehr sinkt und daß die städtische Bevölkerung, die schon genug Schwierigkeiten hat — von einer Ernährung durch die bewirtschafteten Artikel und das Volksernährungsamt kann ja selbstverständlich nicht die Rede sein, denn sonst würden in diesem Staate bereits ebenso viele Leichen als Einwohner existieren —, daß die städtische Bevölkerung, die gezwungen ist, mit all den Schwierigkeiten der Umgehung der unmöglichen Verfügungen sich direkt oder indirekt auf Schleichwegen vom Lande Lebensmittel zu beschaffen, bei den Landwirten, die durch eine derartige Stelle, wie es die Warenverkehrsstelle ist, gewöhnt sind, Lebensmittel gegen Lieferung von Gegenständen in natura zu liefern, verschlossene Türen findet, weil man ihr die Krone nicht annimmt, und wir wissen ja, wie ungeheuer groß die Zahl der Menschen ist, die ihre letzte Habe, nicht in Kronen, sondern in Kleidungsstücken oder Hausrat irgendwelcher Art hingeben mußten, um doch Lebensmittel zu erhalten. Ich möchte also, obwohl die Warenverkehrsstelle, wie ich glaube, in die Kompetenz des Staatsamtes für Volksernährung fällt, mir erlauben, die Aufmerksamkeit unseres verehrten Herrn Staatssekretärs auch auf diese Stelle zu lenken. Es wäre auch interessant, zu erfahren, welches die Gebarung dieser Stelle ist. Man spricht von einer ganz bedeutenden Anzahl von Millionen, die sie in Reserve liegen haben soll. Wir wissen, daß sie hier Betriebe beschäftigt. Das ist deshalb nicht nebensächlich, weil diese Gesellschaft deshalb, weil sie Gegenstände gegen Nahrungsmittel liefert, die staatlich bewirtschaftet sind, eine Monopolstellung besitzt und nicht mit einer Handelsgesellschaft oder einem gewöhnlichen Kaufmann zu vergleichen ist.

Über den Transithandel ist viel in der Öffentlichkeit gesprochen worden. Wien — und das wird ja allgemein anerkannt — soll berufen sein, ein großer Handelsplatz, ein Handelszentrum zu



werden, nicht nur vermöge seiner geographischen Lage, sondern vermöge der vielfachen Beziehungen im kaufmännischen Leben, der vielfachen Beziehungen, die zwischen den Kaufleuten Wiens und den Kaufleuten des Auslandes bestehen. Man unterschätze den Wert dieser Beziehungen nicht, aber die Vorgänge, die sich tagtäglich ereignen, durch die der Handel und ganz besonders der Transithandel schwer geschädigt und geschnürt wird, bringen es dahin, daß schließlich die Kundschaft wegen der großen Schwierigkeiten den Verkehr an Wien vorbei über Österreich hinweg mit anderen Staaten sucht. Es ist geradezu ein Illustrationsbeispiel, das allerdings nicht die Frage des Transithandels betrifft — ich habe vergessen, es anlässlich des jugoslawischen Vertrages hervorzuheben —, daß auch die Handhabung des jugoslawischen Vertrages heute daran schuld ist, daß unsere Schuhindustrie in Österreich zurückgeht. Die jugoslawischen Kaufleute, die nach Wien gekommen sind, um Einkäufe zu machen, sind beim Abtransport derartigen Schwierigkeiten begegnet, daß sie mißmutig wieder zurückgekehrt sind, und nun bemächtigt sich die italienische und die französische Produktion dieses Marktes, und Österreich geht leer aus.

Im Transithandel besteht die Vorschrift — ursprünglich war sie auf einen Monat ausgedehnt, jetzt ist sie auf zwei Monate erweitert —, daß die Waren, die im Transit hier ankommen, wenn sie binnen zwei Monaten nicht behoben sind, als verfallen erklärt und beschlagnahmt werden — an und für sich eine ganz monströse Verfügung, aber ganz besonders bedenklich, wenn wir uns vor Augen halten, daß unser Verkehrsweisen, unser Eisenbahnwesen in der Situation, in der es sich jetzt befindet, es ja oft kaum möglich macht, innerhalb dieser Zeit die Waren abzuheben und an Ort und Stelle zu schaffen. Es werden ja dann Ausnahmen gemacht, aber all das erfordert wieder eine Unmenge von Kaufereien und das Ausland, das von der Beschränkung Kenntnis hat, gibt die Ware dem Kaufmann nicht mehr für den Transithandel, sondern bringt sie nur nach Wien, wenn sie für Wien eingekauft wird, und man überläßt dem Wiener Käufer die Sorge, sie von Wien an das Ausland, für das sie ursprünglich bestimmt war, weiter zu verkaufen.

Meine verehrten Anwesenden! Ich habe mir erlaubt, die Frage des Kompensationsverkehrs zu streifen und möchte dazu noch einige Bemerkungen machen. Es ist natürlich ausgeschlossen, die Valuta durch den Export zu bessern, wenn so ziemlich alles auf Kompensationsgeschäfte ausgeht. Aber es gibt eine Unmenge von Artikeln, die sich ganz außerordentlich für Kompensationen eignen, die für unsere Ernährung und die Beschaffung wichtiger Bedarfsgegenstände sehr dienlich sein würden, und das ist

all das Kriegsmaterial, die Munition für deren Veräußerung zur Beschaffung von lebenswichtigen Gegenständen sich auch unser Staatsamt für Handel eingesetzt hat. Mir ist sehr wohl bekannt, welchen Anstürmen der Herr Staatssekretär für Handel beispielsweise in der Benzinfrage ausgesetzt ist.

Es wurden Kompensationsverträge mit Polen abgeschlossen, wonach für Benzin Kriegsmaterial von hier nach Polen geliefert werden sollte, aber das war eben nicht möglich, weil eine natürlich weit über dem Staatssekretär stehende Instanz, die Betriebsräte, das nicht gestattet hat. Sie haben gefunden, daß es nicht angeht, nach Polen Kriegsmaterial zu schicken, das möglicherweise gegen die Sowjettruppen in Rußland verwendet werden könnte, und da ist es besser, wir bekommen derart wichtige Bedarfsgegenstände nicht. Wenn dann da und dort die Arbeiterschaft dessen gewahr wird, daß Benzinmotoren nicht betrieben werden können, daß unser Automobilverkehr leidet, daß ganze Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen werden, so möge sie sich bei denjenigen bedanken, die derartige Momente der äußeren Politik in Unkenntnis unserer volkswirtschaftlichen Bedürfnisse in den Vordergrund stellen.

Meine verehrten Anwesenden! Bezeichnend für den Geist des Zwanges, bezeichnend für die Meinung, man könne mit dem Wirtschaftsimperialismus, der viel stärker ist als das, was die Herren auf der linken Seite des Hauses je in der alten Zeit Imperialismus genannt haben, man könnte mit dieser Wirtschaftsmethode unsere Wirtschaft weiter aufbauen, ich sage, bezeichnend für den Geist des Zwanges ist es, daß eine Verordnung beachtlich war, die, wie ich glaube, das Licht der Welt nicht erblicken wird, daß das Staatsamt für Finanzen eine Vollzugsanweisung vorbereitet hat, wonach eine Gebühr für Ein- und Ausfuhr, von einem halben Prozent für die Einfuhr und einem halben Prozent für die Ausfuhr als Manipulationsgebühr eingehoben werden sollte. Ich glaube, man hat sich berechnet, daß das im ganzen einen Betrag von 150 Millionen Kronen macht. In dieser Vollzugsanweisung war ein Paragraph vorgesehen, daß die Zentrale zur Überwachung der Ein- und Ausfuhr auch die Preise vorzuschreiben gehabt hätte, welche der Kaufmann, der Gewerbetreibende, der Exporteur, der Industrielle der auswärtigen Kundschaft aufrechnen darf. Also die Privatindustrie, das Gewerbe sollen sich auch noch ihre Preispolitik von einer derartigen Zentralstelle diktieren lassen. Ich wiederhole, es wird die Verordnung, wie ich glaube, nicht erscheinen, weil rechtzeitig abgeblasen wurde, aber ich mußte darüber sprechen, um den Geist zu kennzeichnen, der immer noch herrscht, nebenbei gesagt, eine Verordnung, die unter dem harmlosen Titel „Manipulationsgebühr“ Steuern eingehoben hätte auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächti-



gungsgesetzes. Sie sehen wieder, wohn es führt, wenn ein derartiges Ermächtigungsgesetz von der Regierung ganz nach Belieben interpretiert werden kann. Man braucht ja dann zur Einhebung von Steuern das Parlament überhaupt nicht mehr; man macht das auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes und man hätte ja auf Grund dieses Gesetzes auch das Budget ganz einfach von Regierungswegen erledigen können.

Wenn ich von Hindernissen im Geschäftsleben spreche, möchte ich auch die vielen Sticheleien, die vielen Beunruhigungen nicht unerwähnt lassen, die aus der Art und Weise der Tätigkeit unseres Kriegswucheramtes einer Anzahl von Handels- und Gewerbetreibenden erwachsen. Und weil ich gerade vom Kriegswucheramte spreche und weil vor einigen Tagen der Herr Staatssekretär für Inneres es versucht hat, das Vorgehen unserer löblichen Arbeiterräte zu entschuldigen, so gestatten Sie mir, daß ich einige wenige Bemerkungen aus einem amtlichen Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterräte im Kriegswucheramt zur Verlesung bringe. Es heißt dort (liest):

„Die von der Polizeidirektion legitimierten Arbeiterräte nehmen eine Zwitterstellung ein. Teils haben sie sich im Interesse einer einheitlichen Amtierung dem Kriegswucheramt unbedingt unterzuordnen, teils aber können sie sich von dem manchmal entgegenstehenden Einfluß der Organisation nicht freimachen. Sie sind daher verurteilt, eine nicht ganz aufrichtige und zweideutige Rolle zu spielen. Dies tritt besonders in jenen Bezirken zutage, wo die Bezirkswucherstelle in den Räumen des Bezirksarbeiterrates oder des sozialdemokratischen Parteisekretariats untergebracht ist, was in einer großen Reihe von Bezirken zutrifft.“

So ereignete es sich, daß von den Bezirkswucherstellen Leopoldstadt und Alsergrund größere Mengen Tabakfabrikate beschlagnahmt wurden, worauf die Bezirksarbeiterräte Leopoldstadt und Alsergrund in Volksversammlungen den Beschluß faßten, die Tabakfabrikate den Behörden nicht auszuliefern, sondern in den Bezirken zur Aufteilung zu bringen und den Erlös dem Kriegswucheramte zu übermitteln. Obwohl den Arbeiterräten die Angehörigkeit solcher Beschlüsse begreiflich zu machen versucht wurde, wurden die Tabakfabrikate der sie im Zuge des gefällsamlichen Verfahrens abfordernden Finanzbezirksdirektion nicht ausgeliefert. In einem anderen Falle wurden mehrere Säcke Mehl, die vom Arbeiterrat Simmering in der Tierfutterfabrik Simmering beschlagnahmt wurden, vom Kriegswucheramte nach Feststellung der einwandfreien Herkunft und Bestimmung der Ware freigegeben. Von dem die Beschlagnahme durchführenden Arbeiterrat waren jedoch, ohne das Einvernehmen mit dem Kriegswucheramte zu pflegen, sehr vorzeitig fünf Säcke

Mehl dem Kriegsspital Simmering zugewiesen worden. Trotz der Freigabe durch das Kriegswucheramt erteilte der Bezirksarbeiterrat Simmering dem Spital den Auftrag, das Mehl vor Untersuchung und endgültiger Beschlußfassung des Bezirksarbeiterrates nicht herauszugeben.

Am Apfangbahnhof beschlagnahmte kürzlich ein legitimierter Arbeiterrat der Bezirkswucherstelle Landstraße drei Waggons Patronen, nahm eigenmächtig Assistenz der Volkswehr in Anspruch, welche die Waggons durch einen Posten ständig überwachen ließ. Der Arbeiterrat erstattete hierüber dem Kriegswucheramt überhaupt keine Meldung, da er die Beschlagnahme nicht als Organ des Kriegswucheramtes, sondern als Arbeiterrat, für den in erster Linie die Beschlüsse seiner Partei maßgebend seien, vorgenommen habe.“

Die Beispiele ließen sich noch wesentlich ergänzen, ich möchte das hohe Haus aber nicht weiter damit aufhalten, sondern nur noch einen Passus aus dem Berichte zur Verlesung bringen, in dem es heißt (liest):

„Auch die Arbeiten der gutqualifizierten Arbeiterräte sind oft nur in beschränktem Maße verwendbar. So schreibt zum Beispiel der im übrigen recht tüchtige und eifrige Arbeiterrat, welcher unter allen Arbeiterräten die höchste Verdienstentgangentschädigung, nämlich 610 K monatlich erhält, in einer Meldung. Die Revision in der Küche verlief negativ und wurde des trotz fleischlosen Tages (Freitag) kein Fleisch vorgefunden. Daß ein Arbeiterrat für seine immerhin untergeordnete Mitarbeit eine höhere Entlohnung erhält als zum Beispiel der mit der Leitung sämtlicher Bezirkswucherstellen betraute Referent, ja sogar als der Vorstand des Kriegswucheramtes, widerspricht dem Grundsatz, der im Kabinettsrat vom 23. September 1919 vom Vertreter des Finanzamtes widerspruchsfrei aufgestellt wurde, wonach die Verdienstentgangentschädigung der Arbeiterräte nicht höher sein soll als der Gehaltsbezug der Finanzwachen und gleichstehenden Angestellten und ist geeignet, den Arbeitseifer der höheren meistbelasteten Beamten zu lähmen.“

Ich habe das deshalb hier zur Verlesung gebracht und glaube nicht, aus der Tagesordnung gefallen zu sein, weil ja — ich wiederhole es — die Tätigkeit unseres Kriegswucheramtes sich in zahllosen kleinen Fällen erschöpft, während es dort, wo wirklich ausgesprochener Wucher vorliegt, kaum Zeit hat, den Fällen nachzugehen, hingegen die kleinen Leute aus Handel und Gewerbe ungeheuer drangsaliert werden.

Das Ausland, welches einzieht, daß man uns durch den Friedensvertrag von Saint Germain Bedingungen auferlegt hat, die einfach unerfüllbar sind, zeigt hier und da Regungen, um uns wirtschaftlich zu helfen. Vor einigen Monaten noch



wäre es möglich gewesen, Privatkredit zu erhalten. Ich habe schon vor Monaten hier erklärt, daß ich nicht von Staatskredit spreche; denn dieser Staat hat ja keinen Kredit aus Gründen, die vielfach schon erörtert wurden und deren Wiederholung heute zu weit führen würde. Aber wir sind schon soweit gekommen, daß auch der Privatkredit nicht mehr gewährt werden kann, und zwar sagen die betreffenden Ausländer: Wir können ihnen den Privatkredit nicht geben, weil wir nicht wissen, wohin ihre Geseze noch weiter steuern, andererseits wissen wir, daß sie schon vielfach durch die Teuerung verschuldet sind, daß ihre Exportfähigkeit trotz des Tiefstandes der Valuta außerordentlich gelitten hat. Und würde ihre Valuta steigen, würde ihre Exportfähigkeit sich noch weiter schmälern, sinkt hingegen die Valuta, so sind sie nicht in der Lage, die Beträge für die gelieferten Waren zurückzahlen. Man ventilirt also die Frage, Rohstoffe dem Gewerbe und der Industrie zur Verfügung zu stellen, sie in Lohnarbeit zu geben, sie den Betrieben in treuhändige Verwahrung zu geben, damit die veredelten Waren exportiert und mit vollwertiger Valuta bezahlt werden könnten. Aber es werden zwei Bedingungen daran geknüpft, wie ich aus guter Quelle und aus vielfachen Aussprachen mit den kompetenten Persönlichkeiten weiß. Einerseits wollen sie eine befriedigende Antwort auf die Frage haben, ob denn die Rohstoffe, die hierher geliefert werden, auch gesichert sind.

Man scheint doch Verschiedenes über unsere inneren Verhältnisse auch im Auslande zu wissen. Zweitens sagt man: Solange Sie eine derartige Fesselung Ihres Verkehrs haben, solange Sie sich selbst im Inneren so absperren und nach dem Auslande so abgeschlossen bleiben, halten wir es nicht für möglich, daß die Materialien, die wir Ihnen zur Bearbeitung geben, wirklich ihrer Bestimmung werden zugeführt werden können und daß wir Deckung für die Materialien haben, die wir Ihnen zur Verfügung stellen. Man weiß sehr gut, daß, wenn es mit der Zwangswirtschaft so weiter geht, wenn wir uns im Inneren weiter bonkottieren und dem Handel und der Produktion jeden Atem nehmen, auch die Möglichkeit eines Verkehrs mit den anderen Staaten, mit den Nationalstaaten und dem ferneren Auslande immer schwieriger wird. Denn vergessen Sie nicht: Die Zwangswirtschaft, die hier im Inneren betrieben wird, hat zur Voraussetzung die Abspernung der Grenzen. Und diese Abspernung der Grenzen wieder macht es unmöglich, mit dem anderen Auslande in geordneten Verkehr zu treten. Wir befinden uns auf einer schiefen Ebene und ich fürchte, wenn nicht bald eine bessere Einsicht kommt, werden wir auf den Punkt gelangen, wo wir uns gestehen müssen, daß es überhaupt keine Hilfe gibt. Ich sehe nur eine Möglich-

keit, Produktion und Handel bei uns wieder in Gang zu bringen; nicht nur daß gearbeitet wird, sondern auch, daß wir mit dem Wirtschaftskrieg aufhören, den wir, trotzdem der eigentliche Krieg beendet ist, noch immer weiter führen, und zwar nicht deshalb, weil wir von den anderen dazu gezwungen sind, sondern dieser Wirtschaftskrieg tobt ja im Inneren des Landes selbst und die ganze Methode des Zwanges hat zur Folge, daß wir in einem Wirtschaftskrieg mit den Nationalstaaten und mit dem übrigen Auslande verwickelt werden, aus dem wir erst herauskommen, wenn wir uns endlich entschließen können, der privaten Initiative und der Wirtschaft freie Bahn zu gewähren.

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Hohenberg.

Abgeordneter Hohenberg: Hohes Haus! Meine Herren Vorredner haben sich mit der zentralen Bewirtschaftung befaßt und auch ich möchte dazu einiges sagen. Der Standpunkt unserer Partei zu dieser Frage ist längst bekannt, es bedarf keiner weiteren breitspürigen Auseinandersetzung. Wir sind der Meinung, daß es heute noch nicht möglich ist, die zentrale Bewirtschaftung aufzuheben. Die zentrale Bewirtschaftung ist eine Organisation, dazu geschaffen, um die vorhandenen Güter möglichst zu erfassen und möglichst gleichmäßig zur Verteilung zu bringen. Das ist unsere Hauptargumentation. Die Herren bürgerlichen Vertreter, die stets dagegen gesprochen haben, haben andere Argumente. Sie behaupten, alles Übel stamme hauptsächlich von der zentralen Bewirtschaftung. Es mag vorkommen was will, die zentrale Bewirtschaftung ist an allem schuld. Daß unsere Waren so teuer sind und so schlecht, daran ist natürlich die zentrale Bewirtschaftung schuld, kurz alles wird auf sie geschoben.

Nun möchte ich aber doch die Herren fragen, Sie sind ja doch ernste Männer: Es sind ja schon eine Reihe von Zentralen aufgelöst worden und was war der Effekt? Ist wirklich etwas billiger geworden? Sie sagen, wenn die zentrale Bewirtschaftung aufgehoben wird, werden wieder Waren auf den Markt strömen, alles wird billiger sein, es wird genau so sein, wie vor dem Kriege. Bei den bisherigen Aufhebungen der zentralen Bewirtschaftung bei einzelnen Artikeln hat sich aber gerade das Gegenteil gezeigt und just bei der letzten Aufhebung am allerkrassesten. Anfangs Dezember hat das Staatsamt die Aufhebung der Lederzentrale beschlossen. Den Gründen nachzugehen muß ich mir verwehren, weil dazu die Zeit nicht vorhanden ist. Die Lederzentrale wurde aufgelöst, die Sache wurde verhandelt, aber auch nur in einem ganz kleinen Ausmaße. Und was waren die Folgen dieser Auflösung?



Ich glaube, alle anwesenden Herren könnten darauf die Antwort geben. Gestatten Sie, Ihnen noch zu sagen, daß mir daran gelegen wäre, alle Leder verarbeitenden Gewerbe heranzuziehen, um die Wirkung auf alle diese Gewerbe zu zeigen. Es ist mir leider mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit nicht möglich, daß ich alle diese Gewerbe heranziehe. Das wichtigste dieser Gewerbe ist das Schuhmacher-gewerbe. Wir werden gleich sehen, welche Folgen sich da eingestellt haben. Ich war letzthin in einer großen Versammlung der Maschinenriemermmeister Wiens, in der man nicht sehr davon entzückt war, daß die Zentrale aufgelöst wurde, obwohl wir nicht Ursache haben, dieser Zentrale eine Träne nachzuweinen. Aber die Unternehmer haben erklärt: So schlecht die Zentrale auch war, etwas haben wir doch bekommen. Jetzt bekommen wir fast nichts. (Abgeordneter Partik: Leder ist mehr da, als man braucht!) Aber zu welchen Preisen! Ich will nur sagen, es sind dies lauter Unternehmer und nicht Arbeiter. Weiter habe ich hier einen Bericht aus Kärnten von dem Verbandstage der Schuhmacher des Landesverbandes Kärnten. Auch diese Herren sind nicht entzückt, sie klagen ungeheuer darüber, daß sie kein Leder haben und nichts arbeiten können. (Abgeordneter Pick: Sind das Gehilfen?) Nein, Unternehmer. Wenn ich bloß Gehilfen zitieren würde, würde man sagen, es ist alles nicht richtig. Deshalb berufe ich mich bloß auf Unternehmer.

Ich könnte noch mehr aus dem Bericht herausnehmen, es genügt aber, daß ich Ihnen erkläre, daß mir auch in allen übrigen Branchen, mit denen ich stärker in Fühlung bin, ähnliche Mitteilungen gemacht wurden. Ich werde darauf noch zurückkommen. Ich habe schon bemerkt, daß die staatliche Bewirtschaftung aufgehoben ist. Nun werden die Länder die Bewirtschaftung übernehmen, aber in geringerem Umfange. Man kann aber die bestimmteste Erwartung aussprechen, daß es besser sein wird als die alten Zentralen, wie sie bisher waren. Warum diese Lederzentrale gar so schlecht funktioniert hat und ihr niemand eine Träne nachweint, ist auf die Art und Weise ihrer Zusammensetzung zurückzuführen. Man hat Leute hineingesetzt, die alles andere getan haben, nur nicht zentral bewirtschaftet. Ich möchte wieder einige Herren Unternehmer zitieren, um mich vor dem Vorwurf der Parteilichkeit zu schützen. Wie die Lederzentrale zusammengesetzt war, geht daraus hervor, daß Gremialrat Adler schon im September 1918 in einer Enquete erklärt hat (liest): „Es waren diejenigen, welche das höchste Interesse hatten, viel Geld zu verdienen.“ Meine Herren! Es war dies kein Arbeiter, der dies gesagt hatte, es war der Gremialrat Adler, den Sie heute noch darüber befragen können. Ich werde noch einen

zweiten Experten zitieren, den Herrn Riesenfeld, Vertreter der Häutehändler, der angibt, 30.000 Händler vertreten zu haben. Es war noch unter der alten Monarchie, so daß er vielleicht recht hat. Was sagt dieser Mann zu der Zusammensetzung (liest): „Die Zentrale ist ihrer Zusammensetzung nach nichts als eine Interessenvertretung der wenigen Lederfabrikanten.“ Da muß man sich nicht wundern, wenn die Funktion eine derartige war, daß niemand mit ihr zufrieden war. Es war niemand damit zufrieden als die Herren Lederfabrikanten. (Abgeordneter Pick: Das nennt man Kriegssozialismus!) Ja, das nennt man Kriegssozialismus. Aber darüber will ich mich nicht weiter auslassen.

Was waren nun die Folgen der Auflösung der zentralen Bewirtschaftung? Ein rasches Ansteigen der Schuhpreise. Noch Anfangs Dezember, kaum war es bekannt geworden, daß man die Absicht habe, die Zentrale aufzulösen, sind die Schuhpreise sprunghaft in die Höhe gegangen. Während man anfangs Dezember Schuhe um 300 bis 380 K pro Paar bekommen hat, waren schon Ende Dezember Schuhe nur um 500, später um 550 und dann um 900 K zu haben und wir wissen, daß die Herren Landwirte, an ihrer Spitze der Herr Staatssekretär Stöckler sich selbst darüber beschwert haben, daß man für ein Paar Schuhe jetzt 1000 K zahle. Und ein Paar halbwegs brauchbare Bergschuhe kosten gar 1300 K. Das waren also die Folgen. Geht es in diesem Tempo weiter, dann wird man bald nicht mehr das alte Sprichwort anwenden können: „Es weiß jeder am besten selbst, wo ihn der Schuh drückt“, denn es wird bald viele der Schuh nicht mehr drücken können, weil sie sich keine mehr werden kaufen können. Bei der Volksbekleidung ist wohl in dieser Richtung etwas vorgesorgt worden und das ist auch das einzige Verdienst der Zentrale, daß sie hier etwas geleistet hat, allerdings auch nicht allzuviel. Ich habe mich genau informieren lassen, es waren nicht ganz 700.000 Paar Schuhe, die die zentrale Bewirtschaftung dem Volksbekleidungsamt hat zukommen lassen. Nun rechnen Sie sich gefälligst aus, wie viele Leute da Schuhe bekommen haben und Sie werden finden, daß nur jeder achte, neunte so glücklich war und Sie werden zugeben, es gibt wohl mehr Leute, die dringend ein Paar Schuhe haben müssen und nicht kaufen können als die paar Leute, die da in Betracht kommen.

Die Preise waren so unerschämte hoch, daß selbst die Schuhhändler sich dagegen aufgelegt haben und ich habe hier aus der Lederindustrie eine Nachricht vom 24. Jänner, daß die Schuhhändler selbst bei dem Staatssekretär Zerdik vorgesprochen und dagegen Protest eingelegt haben, daß sie nicht früher gefragt wurden. Das war allerdings nur im



ersten Ansturm, dann sind die Herren bald ruhig geworden und haben sich nicht mehr gerührt, denn sie sind schon auf ihre Rechnung gekommen. Die Aufhebung der Zentralen hat nur einigen Lederfabrikanten genügt. Ich bin mir darüber klar, daß auch diese Fabrikation mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hat. Die Gerbstoffe haben sich verteuert und ganz besonders die Kohle, die zur Lederfabrikation notwendig ist, das muß ich zugeben, aber immerhin stehen die Preise in keinem Verhältnis zu den Gewinnen. (Abgeordneter Dr. Gürtler: Die Löhne haben sich auch verteuert!) Gewiß, Herr Abgeordneter, ich verpflichte mich aber, wenn ich die Frage in allen Einzelheiten durchnehme, nachzuweisen, daß trotz der hohen Löhne, die bei gewissen Artikeln nicht so sehr in Betracht kommen, die Preise zu hoch sind. Die Lederfabrikanten haben ungeheure Gewinne erzielt. Schon im September 1918 bei der von mir bereits bezogenen Enquete hat der jetzige Führer der Lederfabrikanten, der Dr. Falkensamer — früher waren es andere — erklären müssen, sie können es im Protokoll nachlesen, daß die Lederfabrikanten viel verdient haben. Herr Dr. Falkensamer und seinesgleichen, wir haben nicht allzuviel Lederfabrikanten hier, aber die, die Lederfabrikanten sind, haben ungeheuerlich verdient. So wurden in der Nähe von Mariazell sehr bedeutende Güter von einem Lederfabrikanten angekauft, die viele Millionen gekostet haben. — Herr Dr. Falkensamer und die paar Leute, die er geführt hat, haben — das kann man ruhig sagen, es ist keine Phrase — aus der Not des Volkes direkte Gold gemünzt. Man kann dies um so eher behaupten, als diese ungeheuerlichen Gewinne nicht nur der Lederfabrikation, sondern auch der Schuhwarenfabrikation entstammen. Außerdem ist Dr. Falkensamer noch Händler, denn er steht der Aktiengesellschaft Humanic vor, die 36 oder noch mehr Filialen hat. Sie sehen, diese Herrschaften und alle diese Gesellschaften, die zugleich über Lederfabriken verfügen, haben nach jeder Richtung hin verdient. Außerdem wurden ihnen billigere Häute zugewiesen, um billigere Schuhe zu erzeugen. Die Häute sind, so viel ich weiß, nicht zurückgewiesen worden, auf die billigeren Schuhe aber haben wir bis heute vergeblich gewartet.

Diese bezogene Firma — ich kann da nicht jede einzelne durchgehen, ich kenne eine Reihe von Namen — war auch der größte Sattlermeister während des Krieges, also Kriegslieferant. Sie hat oft 1200 bis 1300 Mädchen für die Sattlerarbeit beschäftigt und deshalb kennen wir diese Herrschaften ganz genau. Es wurde ununterbrochen seitens der Frauen über die schlechten Löhne, über die unfreundliche Behandlung geklagt und sie konnten nie zufrieden sein. Es waren dort wirklich Zustände, die die Organisationen stets veranlaßten, allwöchentlich fast dort vorzusprechen. Es war dies sehr schwer bei

diesen Leuten, weil die Firma immerfort, wie Dr. Falkensamer selbst erklärte, sie könnte den Leuten nicht mehr zahlen, wegen einem halben Heller wurde geküßelt. Ähnlich steht es auch mit anderen Fabriken. Ich will bemerken, daß hier eine große Aktiengesellschaft besteht, ihr Kompagnon ist ein gewisser Herr Dr. Meier aus Graz, Firma Rick und Söhne, wie Sie sehen, sind die Herren Schuster und Advokaten zugleich und nicht Poeten, sie sind sehr nüchterne Leute; er ist Eigentümer der Rick und Söhne, Lederfabrik in Graz, eine große Lederfabrik und gleichfalls einer der größten Sattlerbetriebe während des Krieges. Von dem gelten dieselben Praktiken wie von der vorgenannten Firma. Ich erwähne diese Firma nur ganz besonders deshalb, weil unlängst in der Arbeiter-Zeitung gestanden ist, daß der Staat in Gßting bei Graz einen großen Betrieb eingerichtet hat, mit den modernsten Maschinen, die aus dem Auslande eingeführt wurden, die heute gar nicht zu haben sind und ungeheuer viel Geld verschlingen haben. Der Zusammenbruch ist mittlerweile erfolgt und da Herr Dr. Meier eigentlich für den Staat gearbeitet hat, hat man nach den Maschinen gesucht und hat sie lange suchen müssen. Man hat entdeckt, daß die Maschinen, die soviel Geld gekostet haben, verschwunden sind. Eine nähere Nachforschung hat ergeben, daß sie sehr hübsch den Weg in den Betrieb des Herrn Dr. Meier gefunden haben. (Abgeordneter Pick: Ist das ein Arbeitererrat?) Nein, das ist kein Arbeitererrat; davon spricht man nicht. Wenn das ein Arbeitererrat gewesen wäre, hätten wir es einige Duzend Male von der anderen Seite zu hören bekommen. (Abgeordneter Dr. Gürtler: Und so hören wir es von Ihnen! — Lebhaftige Zwischenrufe.) Ich bringe das zur Kenntnis, weil ich mir denke, der Herr Dr. Mataja wäre, wenn ihm der Fall bekannt gewesen wäre, sicherlich auch in dem Falle losgegangen. Nun weiß er es, hoffentlich schenkt er uns den Fall nicht. (Staatssekretär Ing. Zerdik: Der Mann ist in Untersuchung?) Ich möchte bitten, daß wir endlich einmal Auskunft bekommen, wie weit diese Untersuchung ist, wir wollen einstweilen zuwarten, was die Untersuchung zutage fördert. Es sind auch andere Dinge lechthin vorgekommen. Da wir uns in die Untersuchung nicht einmengen wollen, will ich kein Wort mehr darüber verlieren. Was die Lederfabrikanten verdient haben, läßt sich natürlich nicht so einfach feststellen, das weiß man ganz gut, es wird verschleiert und vertuscht. Aber wir werden der Wahrheit ziemlich nahe kommen, wenn wir einen Bericht aus Deutschland zur Hand nehmen. In Deutschland ist nämlich einige Monate vorher, ehe in Österreich die zentrale Bewirtschaftung aufgehört hat, gegen den Willen der Sozialdemokraten die freie Bewirtschaftung eingeführt worden. Wahrscheinlich hat das mitgewirkt, daß auch bei uns dann die Sache in Fluß



gekommen ist und die freie Bewirtschaftung eingeführt werden mußte. Insbesondere trifft das „Berliner Tagblatt“ — kein sozialdemokratisches Organ, wie Sie wissen — den Nagel ziemlich auf den Kopf, indem es durchblicken läßt, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft den Großindustriellen in wenigen Monaten enorme Reichtümer gebracht hat. Die Nachener Lederfabrik hat für das Jahr 1919 40 Prozent Dividende gegen 10 Prozent im Jahre 1918 ausbezahlt. Dabei kommen nur vier bis fünf Monate freier Bewirtschaftung in Betracht. Was die Herrschaften verdienen, läßt sich nicht genau feststellen. Wenn es zur Vermögensabgabe kommt, werden sie sehr arm sein, sie werden nichts haben, es wird nichts zu finden sein, nicht einmal die Maschinen wird man dort finden.

Im übrigen möchte ich noch etwas hinzufügen, weil wir bei Deutschland sind. Ich möchte sagen, welche Erfahrungen man in Deutschland mit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung gemacht hat. Ich finde hier eine Notiz. Es steht darauf „Wahnsinnige Lederpreise“. Sie ist aus der deutschen Sattlerzeitung (liest): „Die freie Lederbewirtschaftung hat in wenigen Monaten zu Preisen geführt, die jeder Vernunft spotten; das Schuhleder hat durchwegs eine Verfünffachung der Preise gegenüber 1919 erfahren.“ Das andere interessiert Sie nicht, aber das will ich hier festgehalten haben. Und bei der bayrischen Regierung hat man sich ernstlich damit befaßt, neuerdings die zentrale Bewirtschaftung einzuführen. Durch verschiedene Umstände ist man nicht mehr dazugekommen, aber Tatsache ist, daß der Wille vorhanden war, daß man eingesehen hat, daß sie notwendig war. Niemand konnte dort mehr Schuhe kaufen, denn es ist eine Verfünffachung der Preise eingetreten, aber nicht nur in Bayern, sondern auch in der Tschecho-Slowakei. Ich bitte, auch hier habe ich den Beweis, einen offiziellen Bericht aus der Tschecho-Slowakei, daß man sich auch dort vor kurzem mit dem Gedanken getragen hat, neuerdings die zentrale Bewirtschaftung einzuführen, weil auch dort so ungeheure Profite seitens der Unternehmerschaft gemacht worden sind.

Sie sehen also, wenn wir für die zentrale Bewirtschaftung unter den heutigen Umständen eintreten, daß wir wohl wissen, warum wir eintreten, und ich weiß nicht, wie ernste Männer dazu kommen, hier zu sagen, daß uns nur der freie Handel helfen kann. Ich weiß nicht, was Sie eigentlich verhandeln wollen. Es ist doch nichts da, um etwas frei verkaufen zu können. Man muß doch erst warten, bis wieder etwas auf dem Markte da ist. (Abgeordneter Dr. Gürtler: Jetzt hat es der Schleichhandel!) Unsere Gewerbetreibenden klagen darüber, daß sie so wenig oder daß sie kein Leder bekommen können. Ich mache Sie aufmerksam, ich

spreche nicht von der Arbeiterschaft, ich spreche von den Genossenschaften. Sie können sich sofort Gewißheit darüber verschaffen, daß sie Leder nicht haben können. Man kann aber jedes Quantum Leder zu entsprechend hohen Preisen haben. Die Sache geht so weit, daß diese Fabrikanten selbst ihren Kunden nicht liefern, sondern sie indirekt beliefern lassen, weil sie sich selbst wegen der Zukunft nicht trauen, so hohe Preise zu verlangen, sondern sie lassen die Sachen durch Agenten dem Unternehmer zuführen. Und die Unternehmer, die ja noch zahlungsfähig sind, weil auch sie sehr gute Geschäfte gemacht haben, zahlen noch immer die furchtbar hohen Preise. Sie haben derartige Praktiken, die nur selten bei einer anderen Branche zu finden sein werden, es heißt einfach, so viel Quadratfuß hat es, das kostet so viel, haben sie starkes, dickes Leder zu verkaufen, dann geht es nach dem Gewicht. Mit einem Wort, die Herrschaften haben sich das sehr gut und sehr kommod eingerichtet und haben ein sehr schönes Geschäft gemacht.

Diese Klagen sind, wie ich bereits gesagt habe, mir zugekommen, auch von den Maschinenriemern, und hier möchte ich eine Bemerkung machen, für deren Richtigkeit ich allerdings nicht einstehen kann, die aber aller Wahrscheinlichkeit nach richtig ist. Aus den Treibriemenfabriken, die zugleich Ledererzeuger sind, sind in letzter Zeit ganz bedeutende Quantitäten von breiten Maschinenriemen nach Jugoslawien, nach Ungarn, nach Polen hinausgegangen, und da war es uns auffällig und ich kann mir das nicht anders erklären, warum denn Polen inmitten des Krieges so große breite Riemen benötigt, wo sie die Industrie hernehmen. Auch von den Jugoslawen wundere ich mich das. Das sind doch nicht Einrichtungen, die man über Nacht machen kann, das dauert längere Zeit und oft sehr lange Zeit, bis man das einrichten kann, aber ich glaube, des Rätsels Lösung ist, daß, nachdem es der Staat nicht gestattet, daß Sohlenleder ausgeführt wird, die Riemen draußen einfach zu Sohlenleder verschnitten werden; die Wahrscheinlichkeit spricht dafür. Auch sachverständige Leute, mit denen ich darüber gesprochen habe, sind ungefähr derselben Meinung.

Die Wirkung auf das Sattlergewerbe bedarf auch keiner weiteren Auseinandersetzung. Sie wissen, wie furchtbar hoch die Preise sind und daß sich niemand mehr etwas kaufen kann. Auch die Branche der Taschner, die ich bereits erwähnt habe, wird, wenn es so fort geht, bald tatsächlich nicht mehr fabrizieren können, weil niemand mehr so hohe Lederpreise bezahlen kann, wenn er nicht weiß, ob er Abnehmer dafür finden wird. Bis jetzt waren es die Ausländer, die die Waren gekauft haben. Ein Wiener kann sich heute natürlich eine Tasche nicht mehr leisten. Und gerade die Wiener Taschnerindustrie, das werden Sie zugeben, wenn Sie ein



bißchen in die Sache eingeweißt sind, hat in ihrer Erzeugung eine Höhe erreicht, wie sie nur von wenigen Industrien erreicht, von gar keiner übertroffen wird. So großartig sind wir in Wien in dieser Branche bestellt. Sobald aber das Rohmaterial fehlt, sind wir leider auch nicht in der Lage, weiter zu fabrizieren.

Aus diesen kurzen Ausführungen, die ich, wie gesagt, im Eilzugstempo geben mußte, werden Sie schon ersehen haben, daß wir, nachdem wir zur zentralen Bewirtschaftung nicht mehr zurückkehren können, einen Ausweg finden müssen. Dieser Ausweg wurde in Niederösterreich tatsächlich bereits gefunden und die Herren Landwirte, so weit sie anwesend sind — ich weiß es nicht, ob von Niederösterreich welche anwesend sind —, werden mir das bestätigen. In Niederösterreich ist auf Grund des von der Nationalversammlung im Juni 1919 beschlossenen Gesetzes eine gemeinwirtschaftliche Genossenschaft gegründet worden, an der der Staat, die Landwirte und die Konsumgenossenschaften gleichmäßig beteiligt sind. Sie haben draußen in Brunn am Gebirge eine große Anstalt errichtet, die bereits daran ist, Schuhe zu fabrizieren. Ein größerer Teil ist bereits fertig. Die Fabrikation konnte bis jetzt nicht in vollem Umfange aufgenommen werden, weil das Material fehlt. Die Gerbereien haben nämlich die Sache ein bißchen sabotiert. Diese Genossenschaft, an der auch die Landwirte beteiligt sind, liefert bereits Schuhe. Ich kann heute schon auf das Bestimmteste erklären, daß sie die Schuhe um nahezu die Hälfte billiger machen wird und dazu noch eine gute Ware liefern wird.

Was die Schuhindustrie während des Krieges gesündigt hat, geht aus den Äußerungen des Abgeordneten Goll hervor, der seinerzeit Vertreter Oberösterreichs war und sich in der Enquete darüber beklagt hat, daß er Schuhe gekauft hat, die nur sechs Stunden lang gehalten haben. Auch andere Landwirte haben sich darüber beklagt, daß die Schuhe so niederträchtig schlecht waren, daß sie nicht zu brauchen waren. Im Gegensatz also zu dieser Schwindelfabrikation kann ich Ihnen mitteilen, daß die Brunner Fabrik tatsächlich gute Ware liefern wird. Sie wird sie um 50 Prozent billiger liefern, und der Bauer wird nicht mehr, wie der Herr Staatssekretär Stöckler erklärt hat, fünf Meterzentner Getreide für ein paar Schuhe hergeben müssen, er wird sie dann bedeutend billiger bekommen. Ich kann daher den sehr geehrten Herren nur empfehlen, daß sie dieses System, das sich in Niederösterreich bereits auf das glänzendste bewährt hat, auch in alle anderen Länder hinaustragen und sich daran beteiligen. Sie werden dabei gut fahren.

Es wurde mir der Zwischenruf gemacht: Hohe Löhne! Ich habe mich der Mühe unterzogen, ich sage offen: der Mühe unterzogen, auch hier zu

erforschen, wie es denn mit den hohen Löhnen steht. Ich habe gefunden, daß zum Beispiel bei der Lederfabrikation die Löhne auch nicht einmal 6 Prozent ausmachen, sondern 4 bis höchstens 6 Prozent betragen. Da kann man doch nicht sagen, daß die Löhne außerordentlich hoch wären. Ich werde Ihnen aber noch ein weiteres sagen und ich bitte, Herr Professor Gürtler, mich zu kontrollieren, ob das wahr ist. Bei einer wirklich feinen Tasche oder Kaffette, wie man sie heute in der Stadt sieht, kommt der Lohn überhaupt nicht in Betracht. Ebenso nicht bei einem Koffer, wie man ihn am Ring oder am Rohlmart sieht. Wenn man dafür 10.000 bis 20.000 K bezahlen muß und der Lohn nicht mehr als 300 K verschlingt, so kommt der Lohn hier wirklich nicht in Betracht. Bei billigen Artikeln wird es schon der Fall sein, aber bei feinen Waren kommt der Lohn gar nicht in Betracht.

Ich muß die Kalkulationen, die ich hier habe und die das alles bewiesen hätten, leider überschlagen und nur ein paar Worte bezüglich des Verhaltens gewisser Herren, der sogenannten geistigen Arbeiter, den manuellen Arbeitern gegenüber sagen. Ich glaube, dieses Verhalten ist nicht ganz einwandfrei gewesen. Ich will die Geschichte mit der Waschfrau nicht weiter aufwischen, sie wurde zur Genüge durchgesprochen. Man will ja auch nicht auf die Waschfrau, sondern auf den manuellen Arbeiter hinweisen. Meinen die Herren wirklich, daß derartige Dinge fabrizieren, wie ich sie genannt habe, daß solche Koffer, wie wir sie in der Kärntnerstraße oder am Graben ausgestellt finden, wirklich jeder machen kann? Oder daß nicht vielmehr die Arbeiter, die solche Waren fabrizieren, auch etwas gelernt haben müssen? Fragen Sie nur einen Unternehmer, wie lange Jahre man braucht, bis er einen Arbeiter, der überdies noch ein besonderes Talent hierzu haben muß, soweit ausgebildet hat, daß er solche Einrichtungskoffer herstellen kann. Man muß hierzu nicht nur manuelle, sondern auch geistiger Arbeiter sein. Glauben Sie, dasselbe ist nicht auch bei der Schneiderei? Ich bin kein Schneider, aber ich habe mich informieren lassen. Es glaubt jeder, es ist leicht, ein Schneider zu sein. Der Herr Abgeordnete Niedrist hat die Fremdblichkeit gehabt, genau auszurechnen, daß, wenn ein Schneider die Küche melken würde, das Melken pro Liter Milch 1 K kosten würde. Ich würde ihn bitten, solche Vergleiche zu unterlassen, weil ich sonst den Spieß umdrehen und ihm den Rat geben könnte, er möge einmal sich von seinem tüchtigen Schweizer einen Anzug machen lassen. Dann werde ich ihn fragen, was der kostet. Aber ich möchte ihn bitten, sich dann mit diesem Anzug auch anschauen zu lassen. (Heiterkeit.) Er könnte dann in einem Varieté auftreten und wäre lange nicht die



schlechteste Nummer. Solche Vergleiche soll man also aus dem Spiele lassen.

Auch beim Zischneider und Schuhmacher ist es so; man glaubt, einen Schuh kann jeder machen. Aber Sie wissen, wie schwer es ist, und viele sind hier, die froh sind, wenn sie einen Schuhmacher haben, der einen passenden Schuh machen kann. Und wie lange dauert es, bis einer das kann! Er muß ein tüchtiger Schuhmacher sein, er muß aber auch ein bißchen Anatomie studieren, um Maß nehmen zu können. Er muß das alles verstehen, um einen wirklich gut passenden Schuh zu machen. Es bedarf vieler Jahre, bis der Mann eine derartige Ausbildung genossen hat, und Sie werden zugeben, daß er in dieser Zeit auch ein geistiger Arbeiter hätte werden können. Und dann werden Sie mir wohl auch zugehören — ich habe alle Achtung vor den geistigen Arbeitern, das brauche ich als Sozialdemokrat nicht besonders hervorzuheben —, daß es vielleicht manchen geistigen Arbeiter gibt, an dem die wissenschaftliche Welt nichts verloren hätte, wenn er Schuster geworden wäre.

Es ist nun fraglich, ob die Schusterei an ihm etwas gewonnen hätte. Ich bitte also um mehr Achtung für die manuellen Arbeiter. *(Beifall.)*

**Präsident** *(welcher während vorstehender Rede wieder den Vorsitz übernommen hat)*: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dengg.

**Abgeordneter Dengg**: Hohe Nationalversammlung! Sehr geehrte Frauen und Herren! Der uns vorliegende Bericht des Finanz- und Budgetausschusses sagt uns ganz richtig, daß der vorliegende Staatsvoranschlag uns kein verlässliches Bild von der Gebarung gibt. Diese Worte sagen uns, wie im Staate gewirtschaftet oder — richtiger gesagt — abgewirtschaftet wird. Unser-Staatshaushalt hat es bisher zu einem Defizit von über 10½ Milliarden gebracht und das ist wohl noch nicht der Gipfelpunkt. Es ist ja richtig, daß eine Hauptschuld an diesem Defizit die Entwertung unserer Krone trifft. Wenn die Regierung aber schon der Geldentwertung die Hauptschuld zuschreibt, so ist es auch ihre Pflicht, daß sie den Fehlern, durch die es zu dieser Entwertung gekommen ist, mit aller Energie nachgeht und sich auch beleißigt, diese Fehler zu beheben. Wenn in einem Haushalt die Ausgaben größer werden als die Einnahmen, so kann man diesem Defizit nur entgegentreten, wenn man die allergrößte Sparsamkeit einschaltet. Wenn in einem Betriebe oder in einer Landwirtschaft die Ausgaben größer werden als die Einnahmen, so kann man diesem Defizit nur steuern, wenn man den größten Fleiß, die größte Arbeitsamkeit und die größte Sparsamkeit einschaltet. Das sind wohl die Hauptbedingungen eines geordneten Haushaltes und diese

Hauptbedingungen sollten ja auch für den Staat gelten. Wenn man aber die Wirtschaft dieses Staates beobachtet, kann man von diesen Hauptbedingungen nichts bemerken.

Ich habe vorhin gesagt, die Regierung ist verpflichtet, den Ursachen der Geldentwertung nachzugehen. Als Hauptursache der Geldentwertung wird der allzu große Fleiß unserer Banknotenpresse angegeben. Das ist wohl noch der einzige Faktor im Staate, dem man Fleiß und Tätigkeit nachjagen kann. Warum muß nun die Banknotenpresse so fleißig arbeiten? Um dem Staate die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu ermöglichen. Die Verpflichtungen des Staates werden aber von Tag zu Tag größer, weil zu wenig produziert wird und weil wir bemüht sind, Lebensmittel und Rohprodukte für unsere minderwertige Valuta vom Auslande zu kaufen. Nun erlaube ich mir die Frage: Warum wird so wenig produziert? Weil unsere Regierung als eine Parteiregierung nicht die Kraft und die Energie besitzt, das Volk zu Fleiß, zu Arbeitsamkeit und Einigkeit anzuspornen. Unsere heutige Regierung ist fast gleich der Regierung des alten Staates, der Monarchie. Dort haben sich die Parteien mit nationalen Kämpfen gezanzt, haben in diesen Kämpfen ganz an die wichtigsten Fragen, das sind die wirtschaftlichen Fragen, vergessen. In unserer heftigen Regierung der zwei großen Parteien begegnen sich die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen mit dem größten Mißtrauen, mit der größten Eifersucht und sind nur bestrebt, Vorteile für ihre Partei herauszuholen, und in diesem Kampfe um die Vorteile vergessen sie an das allgemeine Wohl des Volkes.

Wenn die Regierung ein wenig Sinn für das allgemeine Wohl des Volkes hätte, so müßte sie doch endlich, aber mit eiserner Hand, an den Abbau der Zentralen gehen. Sie müßte aber nicht nur die Zentralen abbauen, sondern sie müßte auch nebstbei bestrebt sein, den Verkehr über die so eng gezogenen Grenzen der Republik zu erleichtern.

Durch die Zentralen wurde der legitime Handel und das Gewerbe vollständig ausgeschaltet, an ihre Stelle trat der Schleichhandel und das Schiebertum. Und ich sage, die Zentralen sind die Brutstätten des Schiebertums und des Schleichhandels.

Die Regierung hatte die Höchstpreise für Getreide und Fleisch so niedrig gestellt, daß es dem Landwirt nicht mehr möglich war, mit diesen Preisen sein Auskommen zu finden. Ein Beispiel: Dem Landwirt wurde die Frucht mit 2 K pro Kilogramm abgenommen. Es wurde ihm noch anbefohlen, er müsse die Frucht zur nächstliegenden Vertragsmühle oder Station bringen. Dort mußte sie der Vertragsmüller mit 6 K pro Kilogramm übernehmen. Das ist ein Mehr von 200 Prozent. Es ist klar, daß bei so gedrückten Höchstpreisen für



den Schleichhandel Platz geschaffen wurde und, wie ich schon früher erklärte, wurden dadurch Gewerbe und Handel, die besten Steuerstützen des Staates, vollkommen ausgeschaltet. Es ist Pflicht der Regierung, daß sie den Produzenten für sein Produkt so viel bietet, daß er damit für seine Arbeiter und für sich das Auskommen findet.

Es ist aber auch Pflicht der Regierung, daß sie dem Schleichhandel und dem Schiebertum mit aller Energie entgegentritt. Die Schleichhändler und die Schieber sind die Mörder des Volkes, die aus dem Elend und der Not des Volkes Millionen holen. Nachdem die Zentralen fast vollständig versagt haben, tritt nun der Schleichhändler und Schieber auch schon im öffentlichen Leben auf. Der Konsument ist, wenn er nicht verhungern will, gezwungen, sich an den Schleichhändler zu wenden. Der Gewerbetreibende, der Kaufmann ist, wenn er noch etwas Waren bekommen will, gezwungen, sich an den Schleichhändler zu wenden. Auch der Industrielle ist, wenn er Rohstoffe bekommen will, schon gezwungen, sich an den Schieber zu wenden. Ich behaupte nun: Wenn heute die Regierung den Mut zeigen würde und ein halbes Duzend solcher Schleichhändler und Schieber aus dem Volke herausholen würde, aber nicht eine Obstlerin, die vielleicht ein Kilogramm Kraut um 5 K zu teuer verkauft, und sie auf den Galgen hängen oder zumindest mit einer gehörigen Tracht Prügel bedenken würde, würden über Nacht die so hohen Preise des Schleichhandels um 25 Prozent zurückgehen. Nicht die Produktion macht die Waren, die Produkte, teurer, nein, die Schleichhändler und der Schieber.

Wenn die Waren wieder in die Hände des legitimen Handels und Gewerbes zurückgeführt werden, werden sich die Preise auf eine reelle Basis stellen und durch die allgemeine Konkurrenz reguliert werden. Die Regierung ist verpflichtet, Handel, Gewerbe und Industrie zu stützen; denn diese sind die Stützen des Staates und gerade jetzt bedarf unser armer, schwacher Staat dieser Stützen. Die Regierung ist aber auch verpflichtet, die Schädlinge, die Schleichhändler und das Schieberwesen zu beseitigen.

Die Regierung wolle daher ehestens ein Gesetz gegen Schleichhändler, Bucherer und Schieber einbringen, welches die strengsten Strafen beinhaltet. Denn für solche Mörder ist nur der Galgen angezeigt oder zumindest die aller schwerste Prügelstrafe. Ich bin vollkommen überzeugt, wenn man mit solchen Maßregeln gegen diese Volkschädlinge, gegen diese besondere Menschenrasse vorgehen würde, würden wieder im Volke Ruhe und Sicherheit zurückkehren.

Das Volk wird zufrieden sein, wenn es um sein Geld wieder Ware und Lebensmittel bekommen

wird. Es wird nicht mehr so gereizt und nervös sein, wenn es sieht, daß in diesem Staate für Schleichhändler, Bucherer, Schieber und Brasser kein Platz ist. Dann wird wieder Arbeitslust und Zufriedenheit einkehren, unser Staat wird produzieren, wir werden nach Außen hin Ansehen gewinnen und unsere Valuta wird im Werte steigen.

Ich appelliere an die hohe Regierung, sie möge Handel, Gewerbe und Industrie wieder lebensfähig und konkurrenzfähig machen, denn nur durch blühenden Handel, Gewerbe und Industrie wird dem arbeitenden Volk eine sichere, bürgerliche, zufriedene Existenz geboten. Kein Kulturstaat ohne Handel, Gewerbe und Industrie. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Partik.

**Abgeordneter Partik:** Hohes Haus! Während des Krieges, wo wir unser Augenmerk hauptsächlich auf die Kriegswirtschaft richten mußten und wo die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den verbündeten Staaten durch die Kriegsämtler geregelt wurden, hatte sich unser Handelsamt mehr mit den inneren Fragen und hauptsächlich mit der Errichtung kriegswirtschaftlicher Einrichtungen, der Zentralen und der Verteilungsstellen, zu beschäftigen. Jetzt wird es notwendig sein, daß sich unser Handelsamt wieder mehr der Handelspolitik zuwendet. Der Friedensvertrag erlegt uns gewisse Bindungen auf, aber es hat sich gezeigt, daß sich doch Änderungen erzielen lassen. Unserem Staatssekretär für Handel ist es gelungen, bei seiner letzten Reise in Rom das einseitige Verhältnis, das der Friedensvertrag uns auferlegt hat, in ein Gegenseitigkeitsverhältnis umzuwandeln.

Wir müssen uns aber in Zukunft anders orientieren. Jetzt sind wir nach dem Westen orientiert. Wir konnten aber schon früher in der alten Monarchie mit den Weststaaten nicht konkurrieren, wir werden auch in Zukunft die Lebensmittel aus diesen Staaten nicht beziehen können, schon wegen der Valutadifferenz. Wir werden uns nach dem Osten orientieren müssen. Mit den gegenwärtigen System, ab und zu abgeschlossener Kompensationsverträge, kommt man nicht sehr weit. Solche Abschlüsse haben schon wochenlange und monatelange Arbeit erfordert, schließlich sind aber technische und politische Schwierigkeiten eingetreten und die Verträge sind nicht zur Durchführung gekommen. Wir müssen endlich trachten, mit den Sukzessionsstaaten Handelsverträge zum Abschlusse zu bringen. Der nächstliegende ist jetzt für uns Ungarn.

Unser Staatskanzler reist herum, er war zuerst in Prag, ist dann nach Rom gegangen, jetzt



will er nach Belgrad reisen. Aber man hört nicht, daß er die Absicht hätte, auch nach Ungarn zu fahren. Und Ungarn steht vor einer glänzenden Ernte. Sie wird in ganz kurzer Zeit eingebracht werden und es hat sich gezeigt, daß bei der Räumung des Theißgebietes durch die Rumänen, eine große Menge von Lebensmitteln aufgebracht wurden, so daß in Budapest heute keine Not in Lebensmitteln besteht. Für uns war Ungarn ein Absatzgebiet für unsere Industrieartikel und Ungarn wird für uns der Lieferant für Brotgetreide sein. Meine Herren! Ich glaube kaum, daß wir uns den Luxus erlauben dürfen, weil es einigen Personen, den Linksradikalen, nicht bequem ist, mit der ungarischen Regierung in Verhandlungen zu treten, davon abzusehen und in der Ferne herumzuschweifen, wenn das Gute so nahe liegt. Wir kommen darüber nicht hinweg und die Bevölkerung wird es sich nicht länger bieten lassen, daß wir Millionen und Milliarden auf die Lebensmittel draufzahlen, die wir aus den westlichen Staaten beziehen müssen, während wir sie tatsächlich in absehbarer Zeit von Ungarn werden beziehen können. Es muß rechtzeitig mit der ungarischen Regierung in Verbindung getreten werden, um die nötigen Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Wir hatten unser Absatzgebiet immer nach Ungarn und es gibt für uns auch gegenwärtig keine andere Aussicht, uns billige Lebensmittel zu verschaffen, wenn wir uns nicht an diese Stelle wenden. Ungarn ist von allen Nachbarstaaten einzig und allein in der Lage, uns Lebensmittel zu liefern. Ungarn bietet uns aber auch einen Markt, wo wir unsere Artikel werden absetzen können.

Wichtig ist aber auch, daß die Verkehrsverhältnisse geregelt werden. Es muß der Donauverkehr ausgestaltet werden, in Wien müssen Lagerplätze errichtet werden, Wien muß wieder Stapel- und Umladeporz werden. Wenn wir wollen, daß Wien nicht verdorrt, muß getrachtet werden, daß sich das ausländische Kapital für Wien interessiere. Das kann aber nur geschehen, wenn hier Verhältnisse sind, die es dem ausländischen Kapital ermöglichen, hier Investitionen vorzunehmen.

Wenn von meinem unmittelbaren Vorredner von der sozialdemokratischen Partei gesagt wurde, daß die Lederbewirtschaftung so von Segen war und daß wir eine ganz falsche Auffassung haben, wenn wir gegen die zentrale Bewirtschaftung aufzutreten, so möchte ich sagen, daß alle seine Argumente gerade gegen die zentrale Bewirtschaftung sprechen. Er hat darauf hingewiesen, daß die Leder- und Schuhfabrikanten, alle soviel Geld verdient haben. Das war doch nur möglich bei der zentralen Bewirtschaftung. *(Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Wir haben jetzt in Wien tatsächlich Schuhe. Während der zentralen Bewirtschaftung des Leders haben wir in Wien überhaupt

keine Schuhe mehr bekommen können. In dem Moment, wo sie aufgehoben wurde, hatten wir in Wien Schuhe in Massen, eine Überflutung mit Schuhen. *(Zwischenrufe.)* Daß Ihnen die zentrale Bewirtschaftung des Leders und der Schuhe gepaßt hat, ist mir verständlich, weil sie durch den Einfluß, den sie auf die Zentralstellen genommen haben, eine bessere Belieferung ihrer Konsumvereine und Organisationen erreicht haben. Das ist das treibende Element, warum Sie an den Zentralen so sehr hängen. Das bezieht sich aber doch nur auf einen kleinen Kreis. Damit kann aber der übrige Teil der Bevölkerung, der auch Schuhe braucht, nicht zufrieden sein. Tatsache ist, daß das Leder so lange bewirtschaftet wurde, bis überhaupt keine Häute mehr aufzutreiben waren und die Häute über die Grenze geschmuggelt wurden. Durch die Aufhebung der zentralen Bewirtschaftung ist das Leder in Ungarn und Deutschland um 50 Prozent zurückgegangen. Jetzt haben wir in Wien so viel Schuhe, daß wir für jeden in Wien Wohnenden mindestens drei Paar Schuhe haben. *(Rufe: Zu welchen Preisen!)* Das werde ich Ihnen sofort sagen. Früher mußten wir besorgt sein und mußten in Holzschuhen herumgehen, weil man Schuhe überhaupt nicht bekommen hat, und jetzt, im Moment der Aufhebung der zentralen Bewirtschaftung des Leders, sehen Sie in allen Auslagen, in allen Geschäften Schuhe, die schon schwer abzusetzen sind. Das ist sehr erfreulich, denn wenn das noch eine Zeit lang andauert, werden die Schuhe infolge des starken Angebots billiger werden. Es ist unrichtig, wenn gesagt wird, daß man jetzt Leder nicht bekommen kann. Gestern hat mir ein Lederhändler, ein Detaillist, der Leder an die Schuhmacher abgibt, mitgeteilt, daß er von Großhändlern überlaufen wird, er soll ihnen Leder abkaufen. Er hat mir mitgeteilt, daß sie ihm das Leder sogar auf Kredit geben wollen, er möge es nur nehmen. Das Angebot wird jetzt wieder stärker und der Fabrikant, zum mindesten in Niederösterreich und in Wien hat Angst, daß er das Leder zu den hohen Preisen nicht mehr anbringen wird; deshalb ist das Angebot ein stärkeres. So wird sich der Abbau vollziehen.

Wenn vor einigen Tagen der Herr Staatssekretär für Volksernährung die Meinung geäußert und darauf hingewiesen hat, daß durch die Aufhebung der Futterbewirtschaftung das Futter teurer geworden ist, möchte ich dem Herrn Staatssekretär folgendes erwidern. Alle Pferdebesitzer in Wien sind sehr froh, daß die Futterbewirtschaftung aufgehoben wurde, weil ihre Pferde in der Zeit der staatlichen Bewirtschaftung dem Verhungern nahe waren. In Wien sind die Pferde zum großen Teile an Rückenmarksdarre umgekommen, die infolge Unterernährung eingetreten ist. Jetzt dagegen, meine Herren, ist das Futter frei und jeder hat Futter genug. Wir haben



für unsere Pferde weder Streu, noch Heu, noch Häcksel bekommen, jetzt haben wir das alles, und die Milchmaier in Wien haben auch genügend Stroh und Heu, das sie vor zwei Jahren, als die staatliche Bewirtschaftung noch bestand, nicht gehabt haben. Jetzt sehen Sie und können sich täglich davon überzeugen, daß die Pferde in Wien wieder ein gutes Aussehen haben. Das ist darauf zurückzuführen, daß sich jeder Pferdebesitzer selbst um die Futterversorgung kümmert und die Möglichkeit dazu hat, weil ihm die Zwangsjacke genommen ist. (Abgeordneter Forstner: Glauben Sie, daß ein Roß vom Heu dick wird?) Aber es trägt dazu bei, Sie werden am besten wissen . . .

**Präsident** (unterbrechend): Ich bitte, meine Herren, sich nicht in zu arge sachmännische Details zu verlieren.

**Abgeordneter Partik** (fortfahrend): Ich habe Gelegenheit gehabt, eine Deputation von Fleischhauern, die auch die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung gefordert haben, in das Volks Ernährungsamt zu führen. In Wien bewirtschaften wir noch das Fleisch. Wir haben einen Auftrieb von sechs Stück Rindern in einer Woche gehabt, von Rindern, die 100 Kilogramm gewogen haben. Bei der Verteilung dieses Fleisches sind fünf Herren mit Automobilen angefahren gekommen. Für dieses bißchen Fleischverteilen hat man beinahe mehr an Benzin verbraucht, als das Fleisch kostet. Trotzdem halten wir noch immer an dieser Bewirtschaftung fest, weil immer noch ein Kreis daran interessiert ist, der sich sagt, soviel wie wir brauchen, kommt noch immer herein.

Da muß eine Änderung eintreten. Wir kennen ja die Folgen, die durch die zentrale Bewirtschaftung hervorgerufen werden. Es wird heute noch das Fleisch staatlich bewirtschaftet und wir sehen in Wien keine Kälber. Was zu sehen ist, kommt nur im Schleichweg herein. Es sind Viehkommissionäre draußen, die die Kälber im Auftrage der Fleischzentrale aufkaufen; sie bezahlen 16 K für das Kilogramm, so daß ein Kalb, das 80 Kilogramm wiegt, 1200 K ausmacht. Der Viehkommissionär, der das Kalb abholt und der vielleicht gleichzeitig Fleischhauer ist, bekommt für das Fell heute 800 K und die Bauern, denen man die Kälber draußen abnimmt — und der Viehkommissionär wacht gar sehr darüber, daß ja keines verloren geht, daß ja der Bauer nicht irgendein Kalb im Schleichwege verkauft —, diese Bauern, die da abliefern müssen, sehen, daß dieser Fleischkommissionär nie Kälber per Bahn oder per Achse nach Wien bringt. Aber das eine sehen sie, daß am Samstag oder Sonntag die Schleichhändler kommen, daß sie die Kälber zu einem Preise von 70 bis 80 K wegstragen. Mit

diesen Dingen muß endlich einmal gebrochen werden. In Wien sind heute Fett und Eier freigegeben. Jetzt haben wir in Wien Fett und Eier, es wird auch ein Preisabbau eintreten. Gestern hat mir ein Gastwirt gesagt, daß er zu einem Zuckerbäcker gekommen ist und ihm gesagt hat, er hätte ziemlich viel Fett abzugeben. Dieser antwortete: Ich kann Fett nicht brauchen, ich bin so voll, auch Eier habe ich zu viel; die sind jetzt auch billiger geworden. Sie sehen also die Wirkung der Aufhebung der Zentralen.

Es wurde vom Herrn Staatssekretär für Volksernährung mitgeteilt, daß während des abgelaufenen Jahres 590.000 Kilogramm Zucker auf den Bahnen gestohlen wurden. Vom Herrn Kollegen Hohenberg wurde der Zwischenruf gemacht: die Schieber und Kettenhändler haben das . . . Er hat das zu den Christlichsozialen hinübergerufen. Es wurde auch in Ihrer Zeitung, der „Arbeiter-Zeitung“, die Demonstration der Gewerbetreibenden als die Demonstration der Kriegsgewinner und Schieber bezeichnet. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß bei diesen Diebstählen keine Gewerbetreibenden beteiligt waren. Denn soviel wir aus den Zeitungen entnehmen können, sind, wenn solche Diebstähle aufkommen, immer Personen beteiligt, die uns nicht so nahe stehen wie Ihnen. Es wurden einige Ballen Seide auf dem Brigittenauer Bahnhof gestohlen, wo nachgewiesen wurde, daß es Hilfsarbeiter, Verschieber und solche Leute waren, die das gestohlen haben. Verkauft haben sie das an polnische Flüchtlinge. Auch die polnischen Flüchtlinge gehören nicht zu uns, denn die schützen ja Sie. Also ich glaube, daß dieser Vorwurf, der da erhoben worden ist, uns nicht treffen kann. (Abgeordneter Witzany: Und wer hat das im Detail verkauft?) Wie das im Detail verkauft wird? Kein Händler bekommt das, das geht nur im Schleichwege an jene Leute, die es bezahlen können. Die ein öffentliches Geschäft haben, haben derartige Geschäfte nicht gemacht. (Abgeordneter Witzany: In Papiergeschäften erhält man Zucker und Eier angeboten!) Ich glaube sicher, daß das Kriegswucheramt darüber wacht. Mir ist noch nie vorgekommen, daß in einem Zucker- oder Papiergeschäft Seidenwaren oder Eier beschlagnahmt oder daß sie durch diese Stelle beanstandet worden wären.

Es geht auch ein Vermögen an Zeitverschwendung durch die zentrale Bewirtschaftung zugrunde. Ich habe hier einen Fall, wo die Angestellten der Westbahn und der Nordwestbahn, der Zentralverband der Eisenbahner, ein gewisses Quantum Apfelspalten bestellt haben. Sie mußten bei der Bestellung an den Magistrat herantreten, dieser hat einen Akt gemacht, dieser Akt ist an die landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle gegangen, diese hat den Akt an das Volksernährungsamt geleitet



und dieses hat den Akt an die „Doelst“ geleitet. Dann erst wurde die Bestellung effektiert. Sie sehen also, daß durch diese zentrale Bewirtschaftung auch jede Bewegungsfreiheit genommen ist. Was diese Arbeit an Zeiterfordernis mit sich bringt, was jeder Einzelne, der daran beteiligt ist, in den Staatsämtern herumlaufen muß — das alles wird mit der zentralen Bewirtschaftung verschwinden.

Wenn aber der geehrte Herr Vorredner von der sozialdemokratischen Partei gesagt hat, daß die gemeinwirtschaftliche Anstalt in Brunn am Gebirge so tadellose Schuhe herstellt und daß das das Heil der Menschheit sein wird, so möchte ich ihn darauf aufmerksam machen, daß diese Anstalt bis heute nicht ein Paar Schuhe erzeugt hat. *(Abgeordneter Hohenberg: Das ist nicht richtig!)* Sie hat 50.000 Paar Schuhe von der Schuhmacher-Werksgenossenschaft bekommen, damit sie Schuhe abgibt. Daß diese Schuhe tadellos sind, das glaube ich, weil diese Werksgenossenschaft wirklich tadellose Schuhe erzeugt hat. Aber die gemeinwirtschaftliche Anstalt in Brunn am Gebirge hat bisher noch keinen Schuh erzeugt. *(Abgeordneter Hohenberg: Das ist nicht richtig! Außerdem sind 38.000 und nicht 50.000 Schuhe übergeben worden.)* Aber sie müssen bestätigen, daß die gemeinwirtschaftliche Anstalt in Brunn am Gebirge bei der Schuhmacherwerksgenossenschaft Schuhe bezogen hat und Sie werden auch bestätigen müssen, daß diese Anstalt bisher noch keinen Schuh erzeugt hat. *(Abgeordneter Hohenberg: Das ist eben nicht richtig!)*

Wichtig ist, daß wir endlich zur Arbeit schreiten, daß wir endlich darangehen, unsere Wirtschaft wieder aufzurichten und unsere Wirtschaft können wir erst dann aufrichten, wenn tatsächlich dem Handel und Verkehr diese Fesseln genommen worden sind und wir uns wieder frei entwickeln können. Bisher mußten wir das als eine Last bezeichnen, es wird aber auch die ganze Bevölkerung dies als eine Last bezeichnen. Es wird bald niemand anderer sein als Sie, die heute noch für die zentrale Bewirtschaftung eintreten, das allerdings nur aus bestimmten Gründen, weil Sie wissen, daß Ihre Anstalten, daß die sozialdemokratischen Konsumvereine, die sozialdemokratischen Organisationen immer bevorzugt beliefert wurden durch den Einfluß, den Sie auf die Zentralen ausüben können. *(Zwischenrufe.)*

Ich habe noch eine Bitte an den Herrn Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten. Kollege Heisl und ich haben in der Nationalversammlung einen Antrag eingebracht und haben ersucht, daß die Regierung der Nationalversammlung ein Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vorlegen soll. Weiters haben wir einen Antrag eingebracht, es soll die Regierung dem

Hause ein Gesetz vorlegen zur Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker. Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, dieses in die Wege zu leiten.

Ich finde hier, daß bei dem Vorschlag für die gewerblichen Fortbildungsschulen und überhaupt für die Gewerbebeförderung ganz geringfügige Beträge ausgeworfen worden sind. Ich glaube es ist notwendig, daß wir hauptsächlich das gewerbliche Bildungswesen fördern. Dieses gewerbliche Bildungswesen und die gewerblichen Fortbildungsschulen sind ein integrierender Bestandteil der Gewerbebeförderung und wir müssen jetzt, nachdem es ja bei dem Wiederaufbau hauptsächlich auf das Gewerbe ankommen wird, das Gewerbe nach allen Richtungen hin und nach Möglichkeit fördern. Es wird das Sache des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten sein, denn Handel, Gewerbe und Industrie sind berufen, mitzuwirken beim Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft. Es wird notwendig sein, daß uns in diesem Belange das Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten weitgehend entgegenkommt. Unter diesen Voraussetzungen wollen wir dem Kapitel unsere Zustimmung geben. *(Beifall.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordneter Dr. Straßner.

**Abgeordneter Dr. Straßner:** Hohes Haus Ich glaube, alle Parteien des Hauses sind einmütig der Meinung, daß unser Wirtschaftsleben nur durch Arbeit wieder aufgebaut werden kann. Der Staatskanzler selbst hat gelegentlich der Vorstellung seines Kabinetts gesagt, uns kann nur durch Arbeit geholfen werden. In dieser Annahme sind wir leider einigermaßen getäuscht worden. Es würde nicht immer und zu jeder Zeit gearbeitet, wo gearbeitet hätte werden können.

Einzelne mögen mir vielleicht einwenden: Ja, in einem bankrotten Staate, wo gerade wir als Regierung das Erbe dieses Staates übernehmen mußten, läßt sich nicht immer arbeiten! Darauf sei es mir gestattet, zu erwidern, daß auch auf Gebieten, wo man hätte arbeiten können, nicht gearbeitet wurde. Ich verweise beispielsweise auf die Holzindustrie. In der Holzindustrie, wo wir Rohmaterial haben, mehr als auf allen anderen Gebieten, können wir verzeichnen, daß es trotz des Vorhandenseins der Nachfrage, trotz des Vorhandenseins des Rohmaterials den Holzverarbeitenden Gewerben und der Holzverarbeitenden Industrien unmöglich ist, so viel Arbeiter zu bekommen, als sie tatsächlich brauchen würden, und zwar nicht deshalb, weil diese Arbeiter nicht vorhanden sind — das wäre ja etwas, was möglich wäre — sondern deshalb, weil sich ein Großteil der Arbeiter lieber anderen Berufen, dem wieder-



hott gekennzeichneten Schleichhandel zuwendet als der manuellen Arbeit. Nun ist aber die Ursache, warum wir tatsächlich nicht mehr arbeiten, nicht allein bei einem Teil der Arbeiter gelegen. Der Großteil der Arbeiter — das gebe ich unumwunden zu — ist arbeitswillig. Der beste Beweis ist wohl dadurch erbracht, daß die Arbeiter, die ehrlich arbeiten wollen — es sind leider unsere besten Arbeiter — dorthin gehen wollen, wo ihnen die unbeschränkte Möglichkeit zur Arbeit geboten ist. Die Grundursache für das Nichtarbeitenwollen liegt tiefer. Die Unlust zur Arbeit ist eigentlich planmäßig durch mehrere Jahrzehnte gepredigt worden und diese Theorie, weniger zu arbeiten, wurde in einem Augenblick verwirklicht, der in meinen Augen der ungünstigste von allen ist. Sie wurde nämlich in dem Augenblick verwirklicht, wo es sich eigentlich darum handelte, mehr zu arbeiten, um unsern zusammengebrochenen Staat wieder aufzurichten. Es wurde eine Theorie verwirklicht, die von den Führern dieser Theorie den Arbeitern durch Jahrzehnte gepredigt wurde. Man hat ihnen gesagt: Du arbeitest zu lange, du arbeitest zu viel und bekommst dafür zu wenig Lohn, denn der Arbeitgeber als solcher ist derjenige, der dich um einen Teil deines Lohnes betrügt; der Zins aus dem Unternehmertum stellt nämlich einen Teil deines Lohnes dar, den du zu wenig bekommst! Das ist die sogenannte Mehrwerttheorie, die Sie ja alle kennen, die in die Literatur und in das engere Parteileben eingeweiht sind. Nun ist aber diese Theorie leider eine falsche; eine falsche deshalb, weil der Zins nicht einen Entzug vom Lohn darstellt, sondern ganz etwas anderes ist. Der Zins ist das Ergebnis aus der mangelnden Konkurrenz, aus einer Art Monopolstellung und belastet eigentlich nicht den Arbeiter, sondern alle Konsumenten, zu denen selbstverständlich auch die Arbeiter gehören. Wir sind infolgedessen Gegner dieser Überwälzung und schon lange vor dem Krieg haben Leute der Partei, der ich angehöre, Leute, die heute schon aus dem politischen Leben geschieden sind, die Grundsätze gepredigt, wie man einer derart schädlichen Wirkung entgegentreten könne. Ich verweise hier auf den alten politischen Führer Schönerer, der allerdings in einer unangenehmen Zeit für ein Antitrust-, für ein Antikartellgesetz eingetreten ist, zur Zeit der liberalen Ära, wo es leider aussichtslos war, ein derartiges Gesetz durchzubringen. Denn trotz der gebiegensten und überzeugendsten Worte war es damals nicht möglich, gegen dieses System aufzutreten. Nun baut sich unser Sozialisierungsgebanke auf dem Gedanken der Mehrwerttheorie auf und das ist die Ursache, warum unsere Sozialisierung Schiffbruch gelitten hat. Denn die großen Gedanken der Sozialisierung, die vor mehr als einem Jahre hier im Hause wiederholt ausge-

sprochen worden sind, haben gründlich Schiffbruch gelitten.

Ich glaube, solange der Gedanke der Sozialisierung auf der von mir gekennzeichneten Theorie des Mehrwertes aufgebaut ist, wird es nie mehr zu einer Sozialisierung kommen. Wenn der Plan der Sozialisierung auf der Verbilligung der Waren aufgebaut wäre, dann würde sich darüber reden lassen. Solange aber im Wege der Sozialisierung die Arbeitszeit gekürzt und die Löhne erhöht werden müssen, weil man schließlich Jahrzehnte lang gegebene Versprechungen einlösen will und muß, solange dieser Gedanke in der Sozialisierung herrscht, wird es nicht möglich sein, das von mir früher gekennzeichnete Ziel der Verbilligung der Waren herbeizuführen. Auf diese Art und Weise werden auch jene Hoffnungen, die für die Aufrichtung unserer Volkswirtschaft gehegt werden, daß wir durch den Export von Industrieartikeln unsere Wirtschaft heben können, zunichte. Wir werden in Zukunft, da die erhöhten Arbeitskosten und die verkürzte Arbeitszeit wieder auf das Produkt überwälzt werden, zu derartigen Preisen kommen, daß uns die Ausfuhr überhaupt unmöglich gemacht wird, selbst wenn wir das notwendige Rohmaterial zur Erzeugung von Exportwaren haben würden. Auf diese Art und Weise erhoffe ich mir im Wege der Sozialisierung nichts. Ich will hier von weiteren Gründen, die mich bewegen, gegen die Sozialisierung aufzutreten, absehen.

Eines würde ich allerdings anraten: daß wir unsere Gesinnung sozialisieren. Das wäre äußerst notwendig; denn wir sind über die Grundsätze der einzelnen Parteien bis heute nicht hinausgekommen. Wir hätten es aber in diesem mißlichen Staate notwendig, daß wir unsere Einzelgesinnung zu einer Staatsgesinnung sozialisieren. Leider ist diese Sozialisierung infolge des Klassenkampfes und der Parteidogmen nicht möglich.

Wenn Sie mir gestatten, die einzelnen sozialisierten Betriebe genauer zu betrachten — ich will hier nicht mit Ziffern aufhalten —, so werden Sie selbst einsehen, daß die sozialisierten Betriebe, ob sie nun in Steiermark oder Niederösterreich liegen — wir haben glücklicherweise nur diejenigen Betriebe sozialisiert, die früher ärarisch gewesen sind —, ein Bild zeigen, das ganz gewiß nicht aufmunternd ist, die Sozialisierung auf weitere Betriebe auszu dehnen. Die sozialisierten Betriebe haben nicht allein mit großen Defiziten zu rechnen, die nicht bloß auf die Sozialisierung als solche, sondern auch auf andere Umstände zurückzuführen sind — ich will das hier ehrlich feststellen —, aber in Sonderheit haben diese sozialisierten Betriebe den großen Fehler, daß dort Zustände herrschen, die eine Gesundung der Verhältnisse überhaupt unmöglich machen. Ich verweise hier auf die sozialisierten Betriebe in



Feldbach und Knittelfeld. Die Herren aus der Steiermark werden das genauer beurteilen können. Diese Betriebe haben die Kritik nicht bloß, sagen wir, der „Bourgeois“, sondern auch des großen Teiles der Arbeiter herausgefordert, und heute ist man bereits so weit, die Schuld an der Mißwirtschaft in diesen Betrieben auf die Hauptanstalt und die Landesanstalt für Sachdemobilisierung abzuwälzen. Man hat schließlich und endlich eingesehen, daß die Wirtschaft so nicht weitergehen kann. Etwas gutes haben uns die bis heute sozialisierten Betriebe nicht gebracht.

Die gemischtwirtschaftlichen Betriebe sind jedenfalls eine bessere Form, unser Wirtschaftsleben gesunden zu lassen, aber auch nur insoweit, als durch sie nicht die einzelnen politischen Strömungen für das Geschäftsleben maßgebend werden. Es besteht die große Gefahr, daß durch die gemischtwirtschaftlichen Betriebe die Politik mehr in unsere Betriebe hineingetragen wird, als dem Gedeihen der ganzen Wirtschaft zuträglich ist. Wir haben in diesen Betrieben ohnehin schon mit Schwierigkeiten genug zu kämpfen. Wir können sehen, daß solche Betriebe mit Beteiligung des Staates, des Landes und Privater leider nicht jene Hoffnungen rechtfertigen, die man in sie gesetzt hat, weil politische Einflüsse unsere Produktion nicht hochkommen lassen. Ich verweise auf die Wolskegg-Traunthaler Kohlenwerke, die leider in ihrer Produktion nicht wesentlich, sondern kaum nennenswert gestiegen sind, während private Betriebe ihre Produktion um 25 Prozent und mehr erhöhen konnten. Hier spielt die Politik eine große Rolle und das wird in allen derartigen Betrieben auch in Zukunft so sein. Die Politik ist aber grundsätzlich aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten, sie ist auch aus unseren Fabriken und Werkstätten auszuschalten, denn bevor nicht die Parteipolitik aus dem Wirtschaftsbetriebe ausgeschaltet ist, werden wir nicht ernstlich an einen Ausbau der Wirtschaft denken können. In dieser Meinung stimmt mit mir auch ein großer Teil der Arbeiter überein, der wirklichen Arbeiter, nicht vielleicht der Arbeiterführer, die nicht aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, sondern theoretische Anhänger des Klassenkampfes darstellen. Zu einer Gesundung der Verhältnisse können wir nur im Wege einer Arbeitsgemeinschaft kommen. Es muß nicht die Faust gegen den Kopf sein, der manuelle gegen den geistigen Arbeiter, schließlich der Unternehmer gegen geistige und manuelle Arbeiter und umgekehrt, sondern diese Leute müssen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, Kopf und Hand müssen ein gemeinsames Ziel haben und sich als Diener einer gemeinsamen großen Sache fühlen. Nur dann besteht die Möglichkeit eines Wiederaufbaues unserer Wirtschaft, der nur im Wege der Verständigung möglich ist. Diese Arbeitsgemeinschaft

ist allerdings heftigen Anhängern des Klassenkampfes ein Dorn im Auge. Unter normalen Verhältnissen würden wir meinetwegen das Spiel der freien Kräfte auf der Arbeitnehmerseite unter Umständen gelten lassen, aber in einem Augenblick, wo es davon abhängt, ob dieser Staat ganz zugrunde gehen soll oder halbwegs gedeihen kann, muß von diesen politischen Idealen Abstand genommen werden und müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich in der Arbeitsgemeinschaft finden, in der wirklich für die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft etwas getan werden kann.

Wir haben deshalb einen Verfassungsentwurf eingebracht, der die Arbeitsgemeinschaft auf eine gesetzliche Grundlage stellt, und wir ersuchen das hohe Haus, uns bei Beratung der neuen Verfassung in diesem Plane zu unterstützen, nicht etwa deshalb, um vielleicht einmal der Mittelpartei rechtzugeben, sondern einzig und allein deshalb, um unserem heißgeliebten Vaterlande wieder zur Genesung zu verhelfen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn wir unsere Gesinnung sozialisieren, wie ich früher gesagt habe. Geschieht dies, dann ist eine Gesundung zu erwarten, sonst müßte mir aber dieser Glaube fehlen. Wenn wir unsere Gesinnung sozialisieren zu einer echten deutschen Gesinnung, die echten Sozialismus an sich trägt, der schon vor dem Gründer der sozialdemokratischen Partei bestanden hat, der alte deutsche Sozialismus, der so schön in den Worten zum Ausdruck kommt: „Einer für alle, alle für Einen“, wenn wir eine Sozialisierung unserer Gesinnung durchführen, wo diese wenigen Worte unser Leitspruch sind, und wenn wir mit diesem Sozialisierungsgedanken nicht nur an unseren Grenzen haltmachen, sondern hinübergehen in den großen deutschen Freistaat, dann ist für uns als Volk noch eine Rettung möglich. Sollten wir aber diese Einsicht nicht aufbringen, dann dürfte uns nicht mehr zu helfen sein. (Lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gelangt noch der Herr Abgeordnete Tuller.

**Abgeordneter Tuller:** Hohes Haus! Um die Schwierigkeiten unserer Industrie besser darlegen zu können, muß ich einen Rückblick halten. In Steiermark wurden nach Ausbruch des Krieges metallverarbeitende Betriebe stillgelegt und 20 Betriebe arbeiteten mit Einschränkungen. Dadurch wurden Tausende arbeitslos und die, welche mit Einschränkungen arbeiteten, verdienten nur den halben Lohn. Die Unternehmer nutzten die schwere Zeit der Arbeitslosigkeit aus und reduzierten die Löhne um 20 bis 40 Prozent, darunter waren auch deutsche Industrielle, insbesondere die Herren



von den Sensengewerken, die heute ein so brillantes Geschäft machen.

Allmählich wurden die Betriebe für den Kriegsbedarf eingerichtet. Man hat alle in die Betriebe eingestellt, die Arbeiter und Arbeiterinnen, auch die Jugendlichen arbeiteten Tag und Nacht. Es hat keinen Schutz für diese Menschen gegeben, die Arbeiter wurden unter das Kriegsdienstleistungsgesetz gestellt, der militärische Leiter zog in den Betrieb ein, zum Schaden der Industrie und zum Fluch der Arbeiter. Der militärische Leiter, ein Soldat, der nur die Befehlsgewalt kennt, hat kein Verständnis für die Industrie, keine soziale Einsicht in die Lage der Arbeiter gehabt. Die erste Arbeit dieser militärischen Leiter war, daß sie entweder im Betriebe oder außerhalb des Betriebes Arreste errichteten. Die Unternehmer aber — man erinnere sich nur an ihre Presse — jubelten auf und erklärten in ihren Zeitungen: Jetzt ist es endlich aus mit der Gewerkschaftsorganisation! Sie freuten sich darüber, daß die durch viele Jahre aufgebaute Gewerkschaftsorganisation endlich vernichtet sei.

Es wird jetzt so viel gesprochen und geschrieben über den Terrorismus und wenn man die Proletarier, die auf unseren Bänken hier sitzen, ansieht, so sind sie alle gemäßregelte Arbeiter — aus jedem Betrieb sind wir hinausgeworfen worden. Aber nicht nur die Arbeiter; seitdem ich in der Arbeiterbewegung stehe, seit dem Jahre 1884, sind tausende und tausende Arbeiter gemäßregelt worden, Vertrauensmänner und Arbeiter. Aber nicht nur die Arbeiter, auch unser Präsident war ein Opfer des Terrors, die beiden Unterstaatssekretäre, die hier sitzen, waren Opfer des Terrors.

Nun, was geschah denn gleich, als die Unternehmer so jubelten?

In den Betrieben wurden die Affordereduziert und die Arbeiter, die sich beschwerten, mußten binnen 24 Stunden einrücken. Die einrückend gemachten Arbeiter erhielten ein Begleitschreiben mit, ich habe solche Begleitschreiben aufgemacht, darin hat es geheißen: Politisch unverläßlich. Wie es einem solchen politisch unverläßlichen Arbeiter an der Front gegangen ist, können sich die Herren lebhaft vorstellen. Die Arbeiter wurden eingesperrt, angebunden, geohrfeigt und auch die, die sich als Entlastungszeugen hergegeben hatten, für geohrfeigt und angebundene Arbeiter, auch die wurden einrückend gemacht. Wenn ein Arbeiter wegen des reduzierten Lohnes beim Gewerbegericht geklagt hat, wurde er sofort einrückend gemacht. Mit aufgepflanzten Bajonetten wurden sie durch die Industrieorte getrieben, durch die Straßen geschleppt. Die Arbeiter haben dazumal ohnmächtig aufgeschrien vor Wut und Empörung. Der Unternehmer, der war unter den Schutz der militärischen Gewalt gestellt und die Arbeiter waren schutz- und rechtslos.

Schon in der Denkschrift des Metallarbeiterverbandes vom 2. Dezember 1916 wurden Daten in Fülle und Fülle über die brutale Behandlung der Arbeiter angegeben. In 18 Protokollen habe ich festgestellt, daß man die Arbeiter wegen geringer Vergehen eingesperrt und angebunden hat.

Mit dieser Feststellung versuchte ich Abhilfe beim Grazer Militärkommando zu erlangen. Zunächst war es schon außerordentlich schwer, in das Militärkommando hineinzukommen. Der Rittmeister, der in der Kanzlei vor der Tür des Kommandanten war, schrie: Was wollen Sie? Schauen Sie, daß Sie hinauskommen, Sie haben hier gar nichts zu suchen! Als ich dann dem Militärkommandanten von Graz vortrug: Verzeihen Sie, Exzellenz, die Arbeiter werden in den Betrieben niederträchtig behandelt, erklärte er: Ich kenne nur den Befehl Seiner Majestät des Kaisers, sonst gar nichts. Haben Sie mich verstanden? Schauen Sie, daß Sie hinauskommen! Auf meinen Einwand, daß die Arbeiter in den Betrieben brutal behandelt werden, hat er gedroht: Binnen 24 Stunden werden Sie aufgehängt oder erschossen! Schauen Sie, daß Sie hinauskommen!

In einem steirischen Gußstahlwerke kam bei der Nachtschicht der Ingenieur in betrunkenem Zustande in den Betrieb, ein Vorstreckler verzehrte gerade während der Arbeitspause sein Nachtessen. Der Ingenieur schrie ihn an, warum er nicht arbeite, der Arbeiter sagte: „Jetzt ist ja die Mittagspause.“ Darauf packte der Ingenieur den Arbeiter bei der Schulter. Der Arbeiter setzte sich zur Wehr und die Folge war, daß der Arbeiter am nächsten Tag zum Rapport mußte. Der militärische Leiter brüllte ihn an und sagte: „Sie Kerl, Sie wollen nicht arbeiten? 14 Tage Arrest!“ Der Arbeiter erlaubte sich zu sagen: „Verzeihen Sie, Herr Hauptmann, ich habe ja gar nichts gemacht.“ Der Hauptmann brüllte ihn neuerdings an und sagte: „Halten Sie das Maul, sonst fliegen Sie sofort an die Front.“ Nochmals sagte der Arbeiter: „Bitt' schön, Herr Hauptmann, ich habe ja wirklich nichts gemacht.“ Der Hauptmann: „Ruhig! 14 Tage Arrest und sofort 2 Stunden anbinden, marsch!“

Es ist nur schade, daß hier im Saale nicht die Herren von der Metallindustrie sitzen, die sich jetzt so über den Terror der Arbeiter beschweren und die sehr genau wissen, was in ihren Betrieben vorgegangen ist. Aber so war es nicht, nur bei der Metallindustrie. Auch für die Bergarbeiter in Johansdorf hat man schon die Gruben gegraben und die Truben hergerichtet, um sie zu erschießen.

Unzählige solcher Beispiele der niedertätigsten, brutalen Behandlung könnte ich anführen. Erst im Jahre 1917 wurde die Beschwerdekommision errichtet. Der Vorsitzende einer solchen Kom-



mission war ein alter schwacher Oberst oder General — eine Jammergestalt. Wir mußten in Graz die Gesetze über die Arbeiterrechte beistellen. Die Herren hatten keine Ahnung vom Arbeiterrecht. Wir brachten bei dieser Kommission eine Beschwerde ein und verlangten für die Grazer Waggon- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft eine Akkordregulierung. Die Entscheidung ließ auf sich warten vom 7. November 1917 bis 19. Juni 1918.

Die Folgen waren Arbeitseinstellungen in allen metallverarbeitenden Betrieben in Graz und Umgebung. Auch andere Branchen wurden mitgerissen und die Folge war die Verhängung des Standrechtes. Freiherr v. Lukas, Militärkommandant in Graz, gab am 25. Mai 1918 eine Rundmachung an die Betriebe hinaus, durch die die Arbeiter mit der Todesstrafe, teils durch Erschießen oder Erhängen bedroht wurden. 34 Vertrauensmänner des Betriebes wurden sofort „einrückend gemacht“. Nach dem Zusammenbruch kamen die Arbeiter allmählich von der Gefangenschaft und der Front zurück, erzählten den Frauen und den Arbeitern des Betriebes, daß sie der Ingenieur M. N., der Betriebsleiter oder Meister „einrückend gemacht“ hat. Nun, meine Herren, stellen Sie sich vor, ein so ein einrückend gemachter Arbeiter kommt ohne Hand oder ohne Bein nach Hause, trifft seine Familie in der größten Notlage. Die Folge war, daß in vielen Betriebsversammlungen verlangt wurde, dieser Menschenhinder müsse entlassen werden. Und Sie werden begreifen, daß die aufgestapelte Wut und gerechte Empörung zu Bedrohungen der Vorgesetzten führte. Während des Krieges machte ich die maßgebenden Herren und insbesondere die Herren der Industrie wiederholt darauf aufmerksam, daß die Arbeiter wegen der furchtbaren, brutalen Behandlung sich nach dem Kriege rächen werden.

Jetzt regt sich die ganze bürgerliche Welt und insbesondere ihre Presse auf, wenn ein Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Vorgesetzten erfolgt. Während des Krieges kümmerte sich kein Mensch, mit Ausnahme der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft, um die Leiden und Sorgen der Arbeiter. Die Deutschnationalen, die größten Kriegsheher, regten sich nicht auf über den Terror der militärischen Leiter. Erschossen und gehängt und angebunden hat man die Arbeiter. Kein Wort der Verurteilung fanden sie über die furchtbaren Vergewaltigungen der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaftsvertreter verurteilen den Terror von rechts und von links und wirken täglich nach dieser Richtung. Wir müssen Sie täglich und stündlich vor dem Zusammenbruch retten. Wir haben die ganze Arbeit zu leisten. Und gerade wir, die wir in Steiermark zu wirken haben, können ein Lied über die geradezu verbrecherische Tätigkeit singen, die seit der Zeit eingesetzt hat, seitdem die Arbeiterschaft nach dem

Zusammenbruch im unaufhaltsamen Aufstieg sich befindet, und von einem Bürgertum betrieben wird, das sich nur durch den großen Geldsack auszeichnet, nicht mehr jene bevorrechtete Stellung innehat wie in der Monarchie. Die Offizierskaste im Verein mit den Geldsackleuten und den Herrenbauern auf dem Lande sind darauf aus, die Welt zurückzuerobieren, und zwar mit allen Mitteln der Gewalt, Gemeinheit und Brutalität. Was hätten Sie, meine Verehrten, in jenen vergangenen Tagen gesagt und getan, wenn alle jene, die eine andere Auffassung von dem Wesen der Staatlichkeit hatten als Sie, sich so benommen hätten und ihre Absichten so unverhüllt gezeigt hätten und vor aller Öffentlichkeit gerüstet hätten, mit Gewehren und Kanonen wie Sie es der Ost- und Mittelsteiermark tun. Was hätten sie damals gesagt, wenn die Arbeiterschaft sich zur Durchsetzung ihrer Ziele mit Gewehren, Maschinengewehren und Kanonen ausgerüstet hätte so wie Sie, die Sie sich mit der durch die Geschichte erfolgten Umwälzung noch immer nicht abfinden wollen. Es ist eine unerhörte Unverschämtheit, wenn Christlichsoziale und Deutschnationale vom Terror der Arbeiter reden, wenn sie auf der anderen Seite den Terror organisieren und dies in einer Art tun, daß man sich schon fragen muß, ob man sich dieses Treiben ruhig gefallen lassen soll.

Durch den Krieg haben wir schon viele Hilfskräfte verloren. Die vor dem Kriege in Österreich beschäftigten Holzknechte waren Italiener und Krainer. Für Bahn-, Straßen-, Brücken- und sonstige Hilfsarbeiten wurden Kroaten, Albanesen, Montenegriner, Hainzen und Kleinkeschler in Untersteiermark verwendet. Die Maurer und Gießer waren Tschechen. Die haben wir alle verloren, kurz wir haben alle möglichen Nationen zu Hilfsknechten gehabt. Vertreiben Sie nun noch die besten Kräfte unserer Volkswirtschaft, die höchstqualifizierten Eisen- und Stahlwerksarbeiter, dann werden wir vollständig verarmen. Wir bemühen uns täglich, unsere Arbeiter, insbesondere die Sensenarbeiter, die Zeugschmiede, die Eisen- und Stahlwerksarbeiter von der Auswanderung abzubringen. Sie werden gesucht in Jugoslawien, in Nordfrankreich, in Schweden und in den jetzt von den Franzosen besetzten deutschen Gebieten. Die steirischen Eisen- und Hüttenarbeiter haben die großen Werke in Wittowitz, Mladno, Bosnien, Ungarn, Rußland, Bilbao, in Spanien und Monterey in Mexiko mit aufgebaut. Kommt es zum Zusammenbruch, dann adieu, deutschösterreichische Industrie. Unsere Sensenarbeiter, Zeugschmiede, Streckler, Federnschmiede und Hüttenarbeiter werden auswandern. Diese Auswanderung muß unter allen Umständen verhindert werden. Der Grazer Stadtrat hat mir vorgestern eine Zuschrift gesendet, in der das bestätigt wird: „Die Anzahl der Auswanderungslustigen ist in steter Zunahme



begriffen und es erscheint vollkommen abgeschlossen, die Auswanderung durch politische Maßnahmen zu unterbinden.“ Der Stadtrat von Graz bestätigt mir also, was ich fortgesetzt fürchte, daß wir unsere bestqualifizierten Arbeiter verlieren werden.

Noch eines zum Schlusse. Die größte Schande ist es, daß es Deutsche sind, die Arbeitende und Arbeitslose beschimpfen. Gerade die Deutschen, die akademisch Gebildeten, verfolgen uns mit ihrem Haß. Sie haben uns schon vor dem Kriege mißachtet und verachtet. Die deutsche Intelligenz soll sich schämen, daß sie die höchstqualifizierten Arbeiter anstatt zu achten und zu schätzen, sie dem Volke, der Volkswirtschaft zu erhalten, täglich auf das gemeinste beschimpft, mißachtet und verachtet. Wollen Sie den Aufbau, dann lernen Sie die Arbeiter achten und schätzen, nicht wie Sie es fortwährend tun, verachten. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Staatssekretär Berdik. Ich erteile ihm das Wort.

Staatssekretär Ingenieur **Berdik:** Hohes Haus! Die vorgeschrittene Zeit und die große Zahl Redner, die noch hinter mir eingetragen sind, veranlassen mich, nicht in umfangreicher Darstellung über den Wirkungskreis des Staatsamtes zu sprechen, sondern nur auf Bemerkungen und Anfragen der einzelnen Herren Redner in Kürze zu reagieren. Der Herr Abgeordnete Partik hat an mich die Anfrage gerichtet, wie die Angelegenheit mit dem Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb stehe. Ich erlaube mir darauf bekanntzugeben, daß die diesbezüglichen Arbeiten abgeschlossen sind. Der Versuch, ein Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zu erlassen, datiert schon viele Jahre zurück. Es kam aber teils durch die Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn, teils durch den Umsturz immer wieder nicht dazu, den Gesetzentwurf endlich dem Hause vorzulegen. Wir sind erst jetzt dazu gelangt, einen vollständig spruchreifen Gesetzentwurf zu verfassen. Ich betone hierbei, daß wir uns, soweit es sich um spezialrechtliche Bestimmungen handelt, durchaus an das deutsche Gesetz anlehnen werden, das denselben Gegenstand behandelt, weil dort schon eine eingehende Judikatur und Praxis gegeben ist, an die man sich anlehnen kann, wodurch eine wesentliche Erleichterung für die hiesige Rechtsprechung und für die Stellen, die Schutz suchen, gegeben erscheint. Nur soweit es nicht spezialrechtliche Bestimmungen sind, sind wir genötigt, uns an die dormaligen gesetzlichen Voraussetzungen, wie sie in Österreich bestehen, zu halten, so daß diesbezüglich ein Einklang mit dem deutschen Gesetze nicht wird herzustellen sein. Im übrigen sind wir gerade mit Rücksicht auf die Beziehungen, die wir

zu Deutschland haben, und auf Verhältnisse, wie sie zwischen uns und Deutschland liegen, dazu gekommen, die spezialrechtlichen Bestimmungen von dort herüberzunehmen.

Der Herr Abgeordnete Partik hat auch gewünscht, daß Handelsbeziehungen mit Ungarn aufgenommen werden. Nun ist das ein Wunsch, der schon lange erfüllt ist, weil ja die Verhandlungen mit Ungarn geraume Zeit schweben. Es handelt sich hier, wie bei allen Sukzessionsstaaten, leider nicht um Handelsverträge, sondern um Kompensationsverträge. Es wäre uns natürlich ungleich sympathischer, wenn wir alle diese Kompensationsverträge durch Handelsverträge ersetzen könnten. Die Schuld, daß dies nicht geschieht, liegt nicht an Österreich, sondern an dem anderen Staate, der für die Waren, die er uns gibt, eben nicht Geld haben will, sondern Waren, die er notwendig braucht. Die Verhandlungen haben sich gestern schwieriger gestaltet, aber ich hoffe, daß auch hier ein Resultat zu verzeichnen sein wird.

Solange wir nur diese Kompensationsverhandlungen zu pflegen haben, bedarf es natürlich einer Stelle, welche sich mit der Abwicklung dieser ganzen Geschäfte befaßt, und das ist eben derzeit das Warenverkehrsbureau. Ich kenne die Abneigung breiter Kreise gegen das Warenverkehrsbureau, aber ich müßte in dem Augenblicke, wo ich das Warenverkehrsbureau auflöse und noch immer genötigt bin, Kompensationsverträge zu schließen, an Stelle dieses Institutes ein anderes setzen, bei dem ich nur die Unannehmlichkeit hätte, daß die dort verwendeten Beamten zweifellos nicht jenes Maß von Eingearbeitetheit besitzen, als es bei den derzeit im Warenverkehrsbureau in Verwendung stehenden Leuten der Fall ist.

Im Zusammenhang damit will ich nur kurz bemerken, daß tatsächlich nur das Abkommen mit Italien ein solches ist, daß einem Handelsvertrage ungefähr gleicht und daß das insofern wertvoll war, als Italien uns großes Entgegenkommen bewiesen hat und die einseitige Meistbegünstigung, die wir nach dem Friedensvertrage zu gewähren haben, fallen ließ, indem es den Vertrag so schloß, als ob er zwischen zwei gleichberechtigten Staaten geschlossen würde. Es ist das eine Errungenschaft, die sich auch in den Beziehungen zu den anderen Staaten, mit denen derartige Verträge zu schließen sein werden, in günstiger Form für Österreich auswirken wird. Wie schwierig es oft ist, Bestimmungen, die verhältnismäßig nebensächlicher Natur sind, in einen solchen Kompensationsvertrag hineinzubringen, haben die letzten Verhandlungen in Polen bewiesen.

Wir wollten damals in dem Vertrage, der sonst ein reiner Kompensationsvertrag ist, nur sicher-



stellen, daß eine Bestimmung Aufnahme findet, die die Reisen der Handelsreisenden zwischen den beiden Staaten regelt, und selbst diese verhältnismäßig nebensächliche Bestimmung hat auf der Gegenseite Anstoß erregt. Man hat sich auf den Standpunkt gestellt, das müsse dem polnischen Landtag vorgelegt werden und man würde es vorziehen, wenn wir diese Bestimmung fallen ließen. Ich habe dieses Detail nur deshalb angeführt, um nachzuweisen, daß unser Bestreben natürlich ist, jeden Kompen-sationsvertrag durch einen Handelsvertrag zu ersetzen, daß dies aber bisher in den meisten Fällen an dem Widerstande der Gegenseite gescheitert ist.

Was nun die von mehreren Rednern berührte zentrale Bewirtschaftung anbelangt, so möchte ich nur sagen, daß, wie immer man über die zentrale Bewirtschaftung denken mag, zweifellos das eine richtig ist, daß durch die steten Angriffe auf dieses System die Autorität in einem Maße erschüttert ist, daß eine staatliche Bewirtschaftung mit Erfolg natürlich kaum mehr durchgeführt werden kann. *(Sehr richtig!)* Unerlässlich ist sie auf ein paar Gebieten, auf denen sie noch aufrecht erhalten wird. Man kann heute von einer weitgehenden staatlichen Bewirtschaftung verschiedener Güter kaum mehr sprechen. Sie wird auf dem Gebiete der Erdöle deshalb aufrecht erhalten, weil wir die Überzeugung haben, daß es zu einem vollständigen Zusammenbruch käme, wenn wir die zentrale Bewirtschaftung hier zur Aufhebung brächten. Wir haben den Dut-fiders, die erklärt haben, daß sie bedeutend mehr Benzin hereinzubringen vermögen als die staatliche Erdölstelle, keine Schwierigkeiten bereitet, sondern man hat ihnen freigestellt, derartige Geschäfte zu tätigen, und ich muß feststellen, daß das, was auf diesem Wege hereinkommt, eine verschwindend kleine Menge ist gegen das, was die staatliche Erdölstelle sichergestellt hat. Wenn man hier in Wien davon spricht, daß die Automobile vielfach mit Schleich-handelbenzin fahren, so hat das seinen Grund darin, daß, wie bei jedem Artikel, der schwer zu haben ist, sich gewisse Börsen entwickelt haben und daß dort Benzin auf widerrechtlichem Wege zur Verteilung gelangt. Alles dieses Benzin stammt aber aus dem, was die staatliche Erdölstelle nach Wien bringt, und nicht aus dem, was irgendwelche Schleichhändler und Schieber nach Wien zu bringen in der Lage sind. Es müßte hier das ebenso zum Zusammenbruche führen, wie bei der Bewirtschaftung der Metalle. Wir haben jetzt nur bescheidene Mengen an Metall und die Metallindustrie leidet ungemein unter diesem Zustande. Eine vollständige Aufhebung der staatlichen Metallbewirtschaftung würde natürlich dazu führen, daß einige sich in den Besitz dieser Metalle zu setzen verstehen, daß aber viele andere ohne Metalle sind und an einen Wiederaufbau der Wirtschaft kaum gedacht werden kann. Wir

müssen mit dem wenigen, was wir an Metallen haben, haushalten, wir müssen trachten, es so zu verteilen, daß daraus Artikel erzeugt werden, die man zunächst exportieren kann und nur zum Teile dem Konsum zuführt, weil wir durch das Fertig-fabrikat, das wir ins Ausland verkaufen, uns Valuten schaffen können, mit denen wir neue Metall-bezüge in größeren Quanten als die aufgewendeten Metalle tätigen. Darin liegt ja das Wesen des ganzen Veredelungsverkehres.

Es werden jetzt größere Kredite von den Ententestaaten in der Form eingeräumt werden, daß sich zunächst hier eine Organisation bilden muß, die die Garantie für diese Kredite übernimmt und die auch dafür sorgt, daß mit den Rohstoffen, die auf Grund dieses Kredites hereingelangen, so gearbeitet wird, wie es das Ausland verlangt, wenn es uns diese Kredite zur Verfügung stellen soll. Diese Organisation soll unter der Ägide des Staatsamtes der Finanzen zusammenkommen; es ist eine Treu-handgesellschaft, in der die Industrie vertreten sein muß, in der der Handel vertreten sein muß und in der vor allem anderen auch Exportleute, die mit dem Export zu tun haben, vertreten sein müssen. Wir haben uns bei den Erklärungen, die wir an die ausländischen Regierungen hinsichtlich der Schaffung dieser Organisationen abgegeben haben, auf den Standpunkt gestellt, daß auch die Gewerkschaften in diesen Organisationen vertreten sein sollen, weil wir uns aus einem Zusammenarbeiten aller Faktoren, die unmitttelbares Interesse an dem Gedeihen des Veredelungsverkehres haben, Ersprießliches erwarten. Es ist dabei daran gedacht, daß die Rohstoffe hier zum Finalprodukt verarbeitet werden, daß man nur einen verhältnismäßig kleinen Teil, der eben unerlässlich ist, dem Inlandskonsum zuführt, daß man aber alles andere als Finalprodukt an das Ausland abgibt, um einerseits den Kredit selbst zu amortisieren und andererseits wieder neue Rohstoffe hereinzubringen. Im übrigen besteht eine staatliche Bewirtschaftung nur noch auf dem Gebiete des Papiermarktes und auch da nur beim Rotations-druckpapier, und wie notwendig sie ist, das ist ja den Herren aus den Zeitungsberichten bekannt.

Wenn über die ärarischen Betriebe gesprochen und hier festgestellt wurde, daß diese Betriebe zunächst mit großen Defiziten arbeiten, so ist das richtig und kann nicht abgeleugnet werden. Es ist auch selbstverständlich, daß, wenn man große Betriebe mit enormen Investitionskosten, die lediglich darauf abgestellt sind, Kriegsmaterial zu erzeugen, nunmehr auf Friedensindustrie umstellen soll, eine derartige Umstellung sehr bedeutende Kosten verursacht und daß nicht daran zu denken ist, daß man von heute auf morgen Rentabilität in die Betriebe hineinbringt, um so weniger wenn, wie nach dem Umsturz, gewisse anarchische Bestrebungen in allen



diesen Betrieben aufgetreten sind. Ich muß aber feststellen, daß gerade in Wöllersdorf die Arbeiterschaft die Aufgaben, die ihr dort zugemessen sind, mit Verständnis erfaßt hat, daß man von einer ständigen ruhigen Entwicklung sprechen kann und daß die Zeit jedenfalls wird erwartet werden können, wo diese Betriebe in solche umgewandelt sind, die auch positiv arbeiten und etwas abwerfen. Die Arbeiterschaft hat sich dort speziell in der letzten Zeit zweifellos als ein Element der Ordnung bewährt.

Ich danke der Frau Abgeordneten Dr. Burjan sehr dafür, daß sie sich des Fortbildungsschulwesens und des gewerblichen Bildungswesens in so warmer Weise angenommen hat.

Es ist eine selbstverständliche Pflicht des Staatsamtes, allen Instituten, die mit dem Unterricht zusammenhängen, der zur Entwicklung von Gewerbe und Industrie Beziehungen hat, die weitestgehende Förderung angedeihen zu lassen. Ich habe mir schon im Ausschusse zu betonen erlaubt, daß lediglich die Beschränktheit der Mittel, die bei der allgemeinen Finanzlage vom Staatsamt der Finanzen für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden, uns hindert, mehr zu tun, als bisher auf diesem Gebiete geschehen ist. Das gilt natürlich auch vom Gewerbeförderungsamt.

Aber ich darf hier eines Gebietes nicht vergessen, das nicht erwähnt wurde, und das ist das Gebiet des Kunstgewerbes. Das hat deshalb eine besondere Bedeutung, weil dem Österreicher eine Eigenschaft zukommt, die man sonst vielfach im Auslande vergeblich sucht, das ist die Eigenschaft des Geschmacks. Als ich das lehtemal Gelegenheit hatte, in Leipzig auf der Messe zu überblicken, was gerade an Erzeugnissen des Kunstgewerbes von Österreich geboten wurde, habe ich mir die Überzeugung verschafft, daß dieses Gebiet jede Förderung des Staates verdient.

Diese Einsicht herrscht auch in der österreichischen Kolonie in Leipzig, die, ohne dem Staat irgendwelche Kosten zu verursachen, dort ein österreichisches Messehaus geschaffen hat, das nunmehr eine Zentralstelle für die gesamten Aussteller, die ja schon seit vielen Jahrzehnten auf diese internationale Messe kommen, bedeutet. In diesem Zusammenhange ist auch die Wiener Messe zu behandeln. Ich betone, daß derzeit zirka 44 Messen in Europa geplant sind, daß Prag, Reichenberg, Budapest, Preßburg, Graz usw. an Messeveranstaltungen denken und daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß Wien im Kreuzungspunkt zwischen Nord, Süd, Ost und West bei dieser Messeaktion nicht unberücksichtigt bleiben kann. Die Aktion ist soweit gediehen, daß Aussicht besteht, daß die Wiener Hofstallungen, das einzige Gebäude, das für diesen

Zweck in Betracht kommen kann, dieser Messe zur Verfügung gestellt werden können. Es ist dabei natürlich Vorsicht geboten. Man soll den Namen der Wiener Messe nicht diskreditieren, man soll sie erst dann Wiener Messe nennen, bis wir die Gewähr haben, daß sie so entspricht, wie es bei den anderen großen Messeveranstaltungen der Fall ist. Bei der letzten Messe in Frankfurt a. M. hat man eine Beobachtung gemacht, die allerdings zum Denken Veranlassung gibt. Die Messe war glänzend besucht, der Absatz war aber ein verhältnismäßig minimaler. Die Leute kamen, um zu sehen, aber nicht um zu kaufen. Die Ursache ist, daß im Deutschen Reiche ebenso wie bei uns eine gewisse Krisis auf dem Absatzmarkt eingetreten ist und man sieht in Deutschland mit Besorgnis auf diese Krisis. Auch bei uns ist, wenn es gleichwohl noch nicht so arg ist, weil die Exportprämie durch die Valutadifferenz noch immer eine beträchtliche ist, ähnliches zu erwarten und ich meine, es wird die Regierung unbedingt daran gehen müssen, die Industriellen und die Arbeiterschaft rechtzeitig zusammenzubringen, um eine solche Krisis, die beider Interessen schwer berühren würde, wo möglich zu vermeiden. Ich meine, es kann nicht in einem schroffen Kampfe zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft die Lösung liegen, sondern in einem gegenseitigen Verstehen und ich hoffe, daß unter der Regierungsgabe das gegenseitige Verstehen auf diesem Gebiete herbeigeführt werden kann. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Die Abgeordneten Gruber, Kollmann, Zwanzger, Freundlich und Heisl sind durch wichtige Abhaltungen verhindert gewesen, bis zum Schlusse der Sitzung zu bleiben. Sie kommen daher nicht mehr zum Worte.

Zu einem formalen Antrage hat sich der Herr Abgeordnete Forstner zum Worte gemeldet.

**Abgeordneter Forstner:** Ich beantrage Schluß der Debatte und Wahl von Generalrednern.

**Präsident:** Ich bitte, die Plätze einzunehmen, ich werde diesen formalen Antrag zur Abstimmung bringen. Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche dem formalen Antrage auf Schluß der Debatte und Wahl von Generalrednern zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Angenommen.

Kontra ist noch der Herr Abgeordnete Ursin gemeldet, der nunmehr zum Worte käme. Als Proredner ist noch der Herr Abgeordnete Schlegl gemeldet. Eine Wahl von Generalrednern ist also nicht mehr notwendig. Zum Worte käme jetzt, da



zuletzt ein Proredner gesprochen hat, der Herr Abgeordnete Dr. Ursin. Ich breche aber die Verhandlung ab.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen, Dienstag, den 18. Mai, 10 Uhr vormittags mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Wiesmaier, Weiß, Fischitz, Scharfegger, Hollersbacher und Genossen (556 der Beilagen) der Abgeordneten Hollersbacher, Gutmann, Dr. Anton Maier, Luttenberger und Genossen (633 der Beilagen), und der Abgeordneten Tragler, Hauser, Johann Gürtler und Genossen (625 der Beilagen),

betreffend die Rückvergütung der Brotsteuer an die im Jahre 1918 von Hagel-, beziehungsweise Frostschäden betroffenen Grundbesitzer (830 der Beilagen).

2. Fortsetzung der Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen).

Es kommen noch die Generalredner zum Worte und dann gelangt die nächste Gruppe: „Soziale Verwaltung“, zur Verhandlung.

Besteht gegen Tag, Tagesordnung und Stunde eine Einwendung? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist genehmigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 8 Uhr 40 Minuten abends.**



